

**DIE ANWENDUNG UND AUSLEGUNG
VÖLKERRECHTLICHER VERTRÄGE
IN DER FRANZÖSISCHEN RECHTSPRECHUNG**

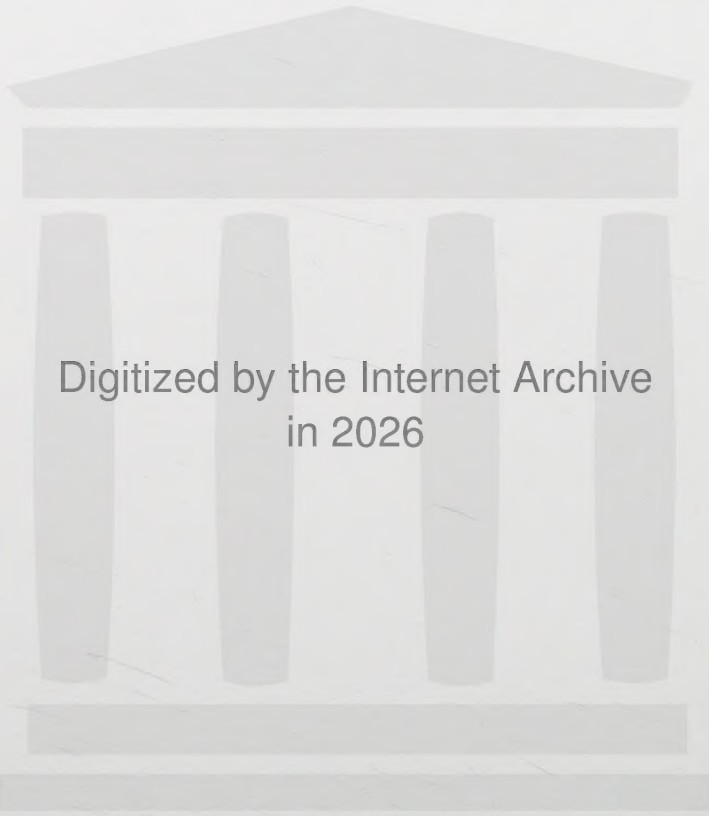
Dissertation
vorgelegt

der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät
der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz
zur Erlangung des Grades eines
Doktors der Rechtswissenschaft (Dr. jur.)

von

Wolfgang Plasa
aus Hann. Münden

1974



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41552610_0023

**DIE ANWENDUNG UND AUSLEGUNG
VÖLKERRECHTLICHER VERTRÄGE
IN DER FRANZÖSISCHEN RECHTSPRECHUNG**

Dissertation

vorgelegt

der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät
der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz
zur Erlangung des Grades eines
Doktors der Rechtswissenschaft (Dr. jur.)

von

Wolfgang Plasa
aus Hann. Münden



1. Berichtserstatter: Professor Dr. H. Armbruster
2. Berichtserstatter: Professor Dr. W. Rudolf

Tag der mündlichen Prüfung: 24. Juni 1974

Meinem lieben Vater

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT	1
EINLEITUNG	3
O. Begriffsbestimmungen	3
O.1. Die Begriffe "Anwendung" und "Auslegung"	3
O.1.1. Die "Anwendung"	3
O.1.2. Die Anwendbarkeit	6
O.1.3. Die "Auslegung"	9
O.1.4. Das Verhältnis dieser Begriffe zueinander	10
O.2. Der Begriff des "völkerrechtlichen Vertrages"	11
O.2.1. Die verschiedenen Kategorien völkerrechtlicher Verträge	11
O.2.2. Die verschiedenen Bezeichnungen völkerrechtlicher Verträge	13
O.3. Die "französische Rechtsprechung"	15
O.4. Gliederung dieser Arbeit	16
O.4.1. Die Fragen der Anwendbarkeit	17
O.4.2. Die Fragen der Anwendung	18

ERSTES KAPITEL

1.	Die die Anwendbarkeit bestimmter Vorfrage	20
1.1.	Das die Anwendung völkerrechtlicher Verträge regelnde Recht	20
1.1.1.	Die III. Republik	21
1.1.2.	Die IV. Republik	22
1.1.3.	Die V. Republik	23
1.1.4.	Gesetzliche Bestimmungen über die Anwendung und Auslegung völkerrechtlicher Verträge	24
1.1.5.	Gewohnheitsrecht	25
1.2.	Die Bedeutung der verfassungsgesetzlichen Bestimmungen	26
1.2.1.	Die Kompetenz zur Aushandlung, Unterzeichnung und Ratifizierung völkerrechtlicher Verträge	26
1.2.2.	Die Kompetenz zur endgültigen völkerrechtlichen Verpflichtung des Staates	29
1.2.3.	Die Mitwirkung des Gesetzgebers	32
1.2.4.	Nicht ratifizierungsbedürftige Abkommen	37
1.2.5.	Die weiteren Besonderheiten der Verfassung von 1958	42
1.3.	Die Bedeutung des Begriffes des "völkerrechtlichen Vertrages"	44
1.3.1.	Der Begriff des Vertrages im formellen Sinn	45
1.3.1.1.	Die von der Verfassung anerkannten Kategorien	45
1.3.1.2.	Die "accords en forme simplifiée"	46
1.3.1.3.	Das Gemeinschaftsrecht	48
1.3.1.4.	Die im Rahmen der internationalen Arbeitsorganisation abgeschlossenen Verträge	49
1.3.1.5.	Die Anerkennung als völkerrechtlicher Vertrag in besonderen und strittigen Fällen	49
1.3.2.	Der Begriff des Vertrages im materiellen Sinn	52

1.4.	Die Reihenfolge der einzelnen Kompetenzen	51
1.4.1.	Die Reihenfolge der einzelnen Kompetenzen	54
1.4.2.	Die Bedeutung der Reihenfolge der Einzelprüfungen	55
1.4.3.	Die übliche Reihenfolge der Einzelprüfungen	57
1.4.4.	Die Reihenfolge der Einzelprüfungen in der Folge der Untersuchung	58
2. RATIFIZIERUNG		
2.	Die völkerrechtliche Richtigkeit	61
2.1.	Die formelle Richtigkeit	61
2.1.1.	Die Unterzeichnung	62
2.1.1.1.	Ratifizierungsbedürftige und nicht ratifizierungsbedürftige Abkommen	63
2.1.1.2.	Abkommen in vereinfachter Form	63
2.1.2.	Die Notwendigkeit einer Ratifizierung oder Billigung	69
2.1.2.1.	Die Absprache der am Vertrag beteiligten Parteien	69
2.1.2.2.	Die in der Verfassung geregelten Fälle	70
2.1.2.3.	Die von der Rechtsprechung entwickelten Grundsätze	71
2.1.2.4.	Die von den Erfordernissen eines Ratifizierungsverfahrens	71
2.1.3.	Die formelle Richtigkeit der Ratifizierungsverfahrens	74
2.1.4.	Die Ratifizierung	75
2.1.5.	Die Billigung	75
2.2.	Die völkerrechtliche Richtigkeit der völkerrechtlicher Verträge als stillschweigende Ratifizierung	77

2.1.4.1.	Die Ermächtigung des Gesetzgebers in der Fiktion des Artikels 90	10
2.1.4.2.	Der Widerspruch zu einem innerstaatlichen Gesetz	11
2.1.4.3.	Betrachtungen zu dieser Rechtsprechung	12
2.2.	Die materielle Gültigkeit	13
2.2.1.	Die materielle Gültigkeit im Hinblick auf Völkerrecht	14
2.2.2.	Die Verfassungsmäßigkeit der Verträge selbst	15
2.3.	Die zeitlichen Grenzen der völkerrechtlichen Gültigkeit	16
2.3.1.	Das Inkrafttreten im völkerrechtlichen Bereich	17
2.3.2.	Die zeitweilige oder endgültige Aufhebung der vertraglichen Verpflichtungen durch äußere Anlässe	18
2.4.	Die Aufhebung und die Kündigung	19
2.4.1.	Die Aufhebung	20
2.4.2.	Die Kündigung	21
2.5.	Der räumliche Geltungsbereich völkerrechtlicher Verträge	22
2.5.1.	Die Grenzen der Geltungsbereiche	23
2.5.2.	Die Anwendung der Regeln über die Geltungsbereiche	24

3.1.1.	Die Verformung bei der Verlesung des Staats-	
3.1.	Die Befreiung des öffentlichen Geltungsbe-	112
	reiches aus Ausland-Zustimmung	

DEUTSCHLAND

3.	Die innerstaatliche Anwendbarkeit	114
3.1.	Die Bekanntmachung	115
3.1.1.	Die Formvorschriften für die Bekanntmachung	115
3.1.2.	Die gerichtliche Überprüfung der Bekannt-	117
	machung	
3.1.2.1.	Das Vorliegen einer Bekanntmachung	117
3.1.2.2.	Die Ordnungsmäßigkeit der Bekanntmachung	119
3.1.3.	Das Problem der Rückwirkung	120
3.1.4.	Abweichungen aus dem Erfordernis einer Bekannt-	125
	machung	
3.1.5.	Bemerkungen zu dieser Rechtsprechung	129
3.2.	Die Anwendung durch die andere Partei	130
3.2.1.	Die Rechtsprechung vor 1950	130
3.2.2.	Die Rechtsprechung nach 1950	132
3.2.3.	Bemerkungen zu dieser Regelung	133
3.3.	Die Unmittelbarkeit	135
3.3.1.	Besondere Bedingungen der innerstaatlichen	135
	Anwendbarkeit vor 1945	
3.3.1.1.	Die Promulgation	135
3.3.1.2.	Die Mitwirkung des Gesetzgebers	136
3.3.2.	Die in der Verfassung zum Ausdruck gekommene	140
	Auffassung des Verhältnisses zwischen	
	VR-Recht und Landesrecht	
3.3.3.	Die Haltung der Rechtsprechung seit 1945	142

5.3.1.1.	Die Bedeutung der Annahmehandlung	
5.3.2.	Das Approbationsrecht	
5.3.3.	Die Bedeutung des Approbationsrechts	
5.4.	Das Problem der direkten Anwendbarkeit	6
5.4.1.	Die direkte Anwendbarkeit von Auslieferungsverträgen	6
5.4.2.	Die Abgrenzung zwischen self-executing und non self-executing	6

VIERTES KAPITEL

4.	Der Vorrang der völkerrechtlichen Verträge	105
4.1.	Der Widerspruch zwischen einem völkerrechtlichen Vertrag und der Verfassung	105
4.2.	Die Anwendbarkeit von Abkommen, auf die Artikel 55 keine Anwendung findet	105
4.3.	Der Widerspruch zwischen einem völkerrechtlichen Vertrag und einem innerstaatlichen Gesetz in der Rechtsprechung aus der Zeit vor 1945	
4.3.1.	Der Widerspruch zwischen einem völkerrechtlichen Vertrag und einem älteren Gesetz	105
4.3.1.1.	Die Regeln zur Lösung des Konflikts	106
4.3.1.2.	Die Grenzen dieser Rechtsprechung	106
4.3.1.3.	Die Anwendung von Verträgen, die nicht vom Gesetzgeber gebilligt waren	106
4.3.2.	Der Widerspruch zwischen einem völkerrechtlichen Vertrag und einem jüngeren Gesetz	106
4.3.2.1.	Die Gleichstellung des Vertrages mit dem Gesetz	106
4.3.2.2.	Die vermittelnde Auslegung	106
4.3.2.3.	Die Anerkennung des Vertragsvorrangs	106

...	...	...
...	Der Vorrang des völkerrechtlichen Vertrags vor dem innerstaatlichen Recht	172
...	Die völkerrechtliche Verantwortlichkeit	173
4.4.1.	Die Bedeutung der Anerkennung des Vorrangs	174
4.4.2.	Der Vorrang zwischen völkerrechtlichen Verträgen und einem jüngeren Gesetz	175
4.4.3.	Die mittelbare Anerkennung des Vorrangsprinzips	176
4.4.4.	Die ausdrückliche Anerkennung des Vorrangsprinzips	177
4.4.5.	Die einschränkende Auslegung des Vertrages	179
4.4.6.	Die Nichtbeachtung des Vorrangsprinzips	180
4.5.	Bemerkungen zu dieser Rechtsprechung	181

5. ABSCHLUSSE

5.	Die Gleichstellung völkerrechtlicher Verträge mit Gesetzen	185
5.1.	Die Verletzung des innerstaatlichen Rechts	186
5.1.1.	Anfechtungsklagen gegen den völkerrechtlichen Vertrag selbst	188
5.1.2.	Anfechtungsklagen gegen die zur Ausführung eines völkerrechtlichen Vertrages erlassenen Maßnahmen	190
5.1.3.	Schadensersatzklagen	193
5.2.	Die Verletzung des Vertrages selbst	195
5.2.1.	Anfechtungsklage	196
5.2.2.	Anfechtungsklage gegen im Widerspruch zum Gemeinschaftsrecht erlassene Ausführungsmaßnahmen	197
5.2.3.	Schadensersatzklagen	199

5.3.	Bemerkungen zu dieser Rechtsprechung	20
5.3.1.	Die Theorie der Regierungsgewalt	20
5.3.1.1.	Die Begründung der Anwendung der Theorie der Regierungsgewalt auf die Anwendung der Theorie der Regierungsgewalt	20
5.3.1.2.	Die Funktion der Theorie der Regierungsgewalt	20
5.3.1.3.	Bemerkungen zu der Theorie der Regierungsgewalt	20
5.3.2.	Der Begriff der Trennbarkeit	20
5.4.	Die Theorie der Schadenersatzklagen	21
5.4.1.	Die Begründung der Schadenersatzklagen	21
5.4.2.	Die Begründetheit der Schadenersatzklagen	21
5.4.3.	Die Gleichstellung der völkerrechtlichen Verträge mit den innerstaatlichen Gesetzen auf den übrigen Gebieten	21

SECHSTES KAPITEL

6.	Die Auslegung völkerrechtlicher Verträge	22
6.1.	Die Auslegung in der Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte	22
6.1.1.	Der von den Verwaltungsgerichten befolgte Grundsatz	22
6.1.2.	Die Ausnahme aus dem Grundsatz	22
6.1.3.	Die Theorie des klaren Sinnes	22
6.1.4.	Die einzelnen Folgen aus dieser Haltung	22
6.1.4.1.	Die Form der regierungsamtlichen Auslegung	22
6.1.4.2.	Die Kompetenz zur Erteilung der Auslegung	22
6.1.4.3.	Die Verbindlichkeit der regierungsamtlichen Auslegung	22
6.1.4.4.	Die Kompetenzkompetenz	22

6.1.5.	Die Auslegung des Gemeinschaftsrechts	232
6.1.5.1.	Die Ablehnung des Vorlegeverfahrens	232
6.1.5.2.	Die Theorie des klaren Sinnes	233
6.1.5.3.	Die Einholung der Vorabentscheidung	235
6.1.5.	Bemerkungen zu dieser Rechtsprechung	235
6.2.	Die Auslegung in der Rechtsprechung der ordentlichen Gerichte	235
6.2.1.	Die Abgrenzung der Auslegungskompetenzen	236
6.2.1.1.	Die Entwicklung der Abgrenzung	239
6.2.1.2.	Die Abgrenzung in der heutigen Rechtsprechung	242
6.2.2.	Gebiete, auf denen die ordentlichen Gerichte nicht zur Auslegung kompetent sind	246
6.2.3.	Die Theorie des klaren Sinnes	247
6.2.4.	Die einzelnen Folgen aus dieser Haltung	249
6.2.4.1.	Die Form der regierungsamtlichen Auslegung	249
6.2.4.2.	Die Kompetenz zur Erteilung der Auslegung	252
6.2.4.3.	Die Verbindlichkeit der regierungsamtlichen Auslegung	253
6.2.4.4.	Die Kompetenzkompetenz	255
6.2.5.	Die Auslegung des Gemeinschaftsrechts	256
6.2.5.1.	Die Ablehnung des Vorlegeverfahrens	258
6.2.5.2.	Die Theorie des klaren Sinnes	259
6.2.5.3.	Die Einholung der Vorabentscheidung	260
6.2.5.4.	Die Verbindlichkeit der Auslegung durch den Europäischen Gerichtshof	261
6.2.6.	Bemerkungen zu dieser Rechtsprechung	262
6.2.6.1.	Die Grundlagen der Abgrenzung	263
6.2.6.2.	Die Bedeutung der Abgrenzung	265
6.2.6.3.	Kritik an der Haltung der ordentlichen Gerichte zur Frage ihrer eigenen Auslegungskompetenz	267

1.1.	Das Verhältnis der Rechtsprechung beider Gerichtszweige auf dem Gebiet der Auslegung völkerrechtlicher Verträge	62
1.2.1.	Die Annäherung der Rechtsprechung der ordent- lichen Gerichte an diejenige der Verwaltungs- gerichte	65
1.2.2.	Unterschiede in der Rechtsprechung beider Gerichtszweige	76
1.3.1.	Kritik an der Trennung zwischen Anwendung und Auslegung	71
1.3.4.	Kritik an der Theorie des klaren Sinnes	75
1.4.	Die Interpretationsmethoden	77
1.4.1.	Allgemeine Interpretationsmethoden, die im Völkerrecht eine besondere Ausprägung erfahren haben	77
1.4.2.	Besondere völkerrechtliche Auslegungsregeln	77
SCHLUSSBETRACHTUNGEN		9
SCHRIFTTUMSVERZEICHNIS		11

Abt.	anderer Ansicht
Abt.	Abgrenzender Ort
Abt.	Abteilung (section)
ADDI	Annuaire français du Droit International
ADDI	Annuaire de l'Institut du Droit International
AJIL	American Journal of International Law
AJDA, Act. Jur. DA	Actualité juridique, Droit administratif
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
ass. plén.	Assemblée plénière
Bull. civ.	Bulletin des arrêts de la Cour de Cassation (Chambres civiles)
Bull. crim.	Bulletin des arrêts de la Cour de Cassation (Chambre criminelle)
CC	Cour de Cassation
CC civ.	Cour de Cassation, chambres civiles, section civile
CC soc.	Cour de Cassation, chambres civiles, section sociale
CC comm., comm. et fin.	Cour de Cassation, chambres civiles, section commerciale et financière
CC crim.	Cour de Cassation, chambre criminelle
CC req., Req.	Cour de Cassation, chambre des requêtes
chr., chron.	chronique
CE	Conseil d'Etat
Cl.	Journal du droit international (Clunet)
D.	Recueil Dalloz
D.H.	Recueil hebdomadaire Dalloz
D.M.	Droit maritime français
doctr.	doctrine
D.P.	Recueil périodique et critique Dalloz

EuG.	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
GP	Gazette du Palais
JCP	Jurisclasseur périodique - La semaine juridique
JDI	Journal du Droit International (Clunet)
JO, JORF	Journal Officiel de la République Française
JOCE	Journal Officiel des Communautés Européennes
RCADI	Recueil des Cours de l'Académie du Droit International de la Haye
RCDI ^P	Revue critique du droit international privé
RCLC	Revue critique de législation et jurisprudence
RDILC	Revue du droit international et de législation comparée
RDIP	Revue du droit international
RDP, RDPSP	Revue de droit public et de la science politique en France et à l'étranger
Rec.	Recueil des arrêts du Conseil d'Etat (Lebon)
Rép.	Répertoire
RFDA	Revue française du droit aérien
RGDIP	Revue générale du droit international public
RHDI	Revue hellénique du droit international
RIDC	Revue internationale de droit comparé
RIHCP	Revue internationale de l'Histoire constitutionnelle et politique
RJPUF	Revue juridique et politique de l'Union française
RPDA	Recueil pratique de droit administratif
Trib. adm.	Tribunal administratif
Trib. comm.	Tribunal commercial
Trib. correction.	Tribunal correctionnel
Trib. gr. inst.	Tribunal de grande instance
Trib. par.	Tribunal paritaire
S.	Recueil Sirey
somm.	sommaire
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

V O R W O R T

Die Intensivierung der internationalen Beziehungen, die sich vor allem in einer immer größer werdenden Zahl von völkerrechtlichen Verträgen ausdrückt, hat deren Bedeutung auch für die innerstaatliche Rechtsprechung erheblich zunehmen lassen. Immer häufiger werden die nationalen Gerichte angerufen, um rechtliche Fragen zu entscheiden, deren Beantwortung von der Anwendung völkerrechtlicher Verträge abhängt. Angesichts dieser Veränderungen, die sowohl quantitativer (Bestimmungen auf bisher völkerrechtlich unregulierten Gebieten) als auch qualitativer Art sind (Gemeinschaftsrecht), stellen sich dem Richter stets neue Fragen, die sich auf der Grundlage der bisherigen Rechtsprechung nicht beantworten lassen oder sogar diese selbst in Frage stellen.

Der Gegenstand, der hier untersucht werden soll, ist die französische Rechtsprechung zu den Problemen der Anwendung und Auslegung internationaler Abkommen. Der Verfasser hat sich mit denselben in seiner Lage als Ausländer befaßt, der das Recht des Landes, in dem er lebt, kennenlernen möchte auf dem Gebiet, auf dem es gerade für den Ausländer am belangreichsten ist.

Die diesbezüglichen Fragen haben seit jeher ein besonderes Problem für die französischen Gerichte bedeutet, was einerseits mit den Besonderheiten der diese Materie regelnden Rechtssätze, andererseits mit bestimmten überlieferten Betrachtungsweisen zusammenhängt, denen der französische Richter verhaftet ist. Aus diesen Gründen hat sich die französische - und in erstaunlichem Umfange auch ausländische - Rechtslehre schon immer mit Vorliebe diesem Gebiet der französischen Rechtsprechung gewidmet, wie die Fülle der hierzu erschienenen Veröffentlichungen zeigt.

Mit der folgenden Darstellung soll nun der Versuch unternommen werden, eine umfassende Untersuchung anzustellen, die alle Teilgebiete berücksichtigt und somit nicht nur Widersprüche aufzudecken bezweckt, sondern sich gleichzeitig um erklärende Gesichtspunkte aus den größeren Zusammenhängen bemüht - wobei verschiedentlich auch zu bisherigen Erklärungsversuchen Stellung zu nehmen sein wird.

Eine Darstellung der Anwendung und Auslegung völkerrechtlicher Verträge in der französischen Rechtsprechung kann schwerlich erschöpfend sein. Für die Auswahl der Fragen, die eine eingehendere Behandlung erfahren sollen, wurde folgendes Kriterium zugrunde gelegt: Es sollen nur allgemeine Probleme erörtert werden, also solche, die sich nicht nur im Zusammenhang mit einem einzelnen Vertrag stellen. Es wird vor allem also auf formelle Fragen einzugehen sein. Doch lassen sich diese in vielen Fällen nicht ohne einen Blick auf das Inhaltliche beantworten. In diesem Umfang und soweit die sich hierbei stellenden Probleme von allgemeiner Bedeutung sind (z.B. einheitliche, stetige Tendenzen bei der Auslegung, bestimmte Gebiete, auf denen die Zulässigkeit von Klagen anerkannt wird), werden auch materielle Vertragsbestimmungen zu berücksichtigen sein. Grundsätzlich soll jedoch nicht die Rechtsprechung zu den verschiedenen Gebieten, sondern zu den juristischen Problemen des Rechtes der völkerrechtlichen Verträge behandelt werden.

E I N L E I T U N G

0. Begriffsbestimmungen

Um den Gegenstand der folgenden Untersuchung zu umreißen, erscheint es zunächst notwendig, die Begriffe zu bestimmen, die in Frage stehen. Es handelt sich hierbei zunächst nicht darum, festzustellen, in welchem Sinne die französische Rechtsprechung diese einzelnen Begriffe versteht; an dieser Stelle soll vielmehr deren Inhalt insoweit bestimmt werden, als dies eine Begrenzung des zu behandelnden Gebietes bedeutet⁽¹⁾.

0.1. Die Begriffe "Anwendung" und "Auslegung"

Wenden wir uns zunächst den Begriffen "Anwendung" und "Auslegung" zu.

0.1.1. Die "Anwendung"

Die Anwendung der Verträge ist ein Verfahren, das darin besteht, den einzelnen Bestimmungen Wirksamkeit zu verleihen⁽²⁾. In ihrem ursprünglichen Sinne bedeutet also die Anwendung, die Folgen festzustellen oder zu ziehen, die sich im Hinblick auf ein besonderes Rechtsverhältnis oder eine bestimmte Rechtslage aus einer allgemeinen vorgegebenen Regelung ergeben.

(1) Es sei daran erinnert, daß sich die angesprochenen Begriffe nicht auf a priori existierende Kategorien beziehen; siehe dazu auch unten 5.3.1.

(2) Dictionnaire de la terminologie du droit international, S. 47

"Eine Rechtsnorm anzuwenden bedeutet, in einem konkreten Falle die Tatsache mit der Norm zu vergleichen, die sich auf sie bezieht, d.h. die rechtlichen Folgen zu bestimmen, die die Norm an diese Tatsache knüpft⁽³⁾." Somit ist von einer Anwendung durch ein Gericht zu sprechen, wenn der Richter zur Beurteilung einer eine besondere Rechtslage erzeugenden Einzelhandlung die Übereinstimmung derselben mit einem allgemeinen Rechtssatz überprüft, dem sie entsprechen muß⁽⁴⁾. Dieser Begriff kann in verschiedenem Zusammenhang jedoch im einzelnen recht unterschiedliche Bedeutung annehmen. Diese sollen im folgenden näher umrissen werden, um einerseits die Fälle einer Anwendung auszuschließen, die nicht näher behandelt werden sollen, und um andererseits diejenigen Arten der Anwendung voneinander zu unterscheiden, die im einzelnen untersucht werden sollen.

Der Begriff der Anwendung wird zunächst einmal in einem Sinne verwendet, der von der genannten ursprünglichen Bedeutung des Wortes recht weit entfernt ist. So wird der Vertrag vom Richter "angewendet", wenn dieser zu der Frage seiner eigenen Kompetenz Stellung nimmt⁽⁵⁾. Tatsächlich zieht der Richter zur Entscheidung über diese und ähnliche Vorfragen den Vertrag ebenso zu Rate, wie er durch einen Blick in das Gesetz Auskunft über dessen Anwendbarkeit auf ein bestimmtes Rechtsverhältnis einholt. Dabei geht es hier wie dort allein um die Beantwortung der betreffenden Vorfrage. Diese "Anwendung" im weiteren Sinne bedeutet keineswegs, daß der Vertrag auch im eigentlichen Sinne angewendet wird. Dazu kommt es nur, wenn sich aus der Anwendung zur Beantwortung aller Vorfragen die Anwendbarkeit des fraglichen Rechtssatzes auf das streitige Rechtsverhältnis ergibt.

(3) Anzilotti, Cours de Droit International, Band I, S. 105

(4) Waelbroek, Traité internationaux et droit interne dans les pays du Marché commun, S. 13

(5) Diese Ausdrucksweise findet sich z.B. bei Gervais, AFDI 1965, S. 14

Ein anderer Fall einer Anwendung - auch im weiteren Sinne - liegt vor, wenn der Richter gewisse Rechtswirkungen eines Vertrages im völkerrechtlichen Bereich berücksichtigt. Die durch diese geschaffene Rechtslage kann insoweit Bedeutung für die Entscheidung über einen Rechtsstreit zwischen Einzelnen haben, als sich aus ihr die Anwendbarkeit eines anderen Rechtssatzes bestimmen läßt. So kann in einem Prozeß für die Frage der anzuwendenden Vorschriften die Staatsangehörigkeit einer der Parteien entscheidend sein, und diese kann z.B. von der Auslegung eines Vertrages abhängen, der den Grenzverlauf und die Zugehörigkeit bestimmter Gebiete regelt, für die ein Naturalisationsgesetz ergangen ist⁽⁶⁾. Es handelt sich hierbei nicht um eine Anwendung des Vertrages im eigentlichen Sinne, sondern um die Feststellung der Wirkungen eines Vertrages im Völkerrecht⁽⁷⁾. Auch die in diesem Zusammenhang angeschnittenen Fragen sollen eine nähere Untersuchung erfahren, da sie eng mit der eigentlichen Anwendung verbunden sind.

Unter Umständen bedarf es zur innerstaatlichen Anwendbarkeit völkerrechtlicher Verträge noch des Erlasses rechtssetzender Maßnahmen des innerstaatlichen Rechts, wenn nämlich solche Verträge selbst noch keine ins einzeln gehende Regelungen enthalten⁽⁸⁾. Hierbei taucht die Frage auf, ob es sich bei der Anwendung dieser ergänzenden Maßnahmen noch eigentlich um eine Anwendung des internationalen Abkommens handelt, was für die Zulässigkeit der Klage entscheidend sein kann. Im übrigen handelt es sich hierbei um die Umkehrung des vorangehenden Falles: während dort von einer eigentlichen Anwendung nicht zu sprechen ist, weil nur die Wirkung des

(6) Beispiel von Waelbroek, aaO, S. 14

(7) Siehe zu dieser Unterscheidung auch Rigaux, "Rapport sur le problème des dispositions directement applicables (self-executing) des traités internationaux et son application aux traités instituant les Communautés", in Deuxième Colloque international de droit européen, S. 175

(8) non-self-executing; zur Abgrenzung in der französischen Rechtsprechung siehe unten 3.4.2.

Vertrages im völkerrechtlichen Bereich berücksichtigt werden, liegt hier eine eigentliche Anwendung des Vertrages dann nicht mehr vor, wenn die zu seiner Anwendung ergangene Maßnahme als völlig vom Vertrag getrennt anzusehen ist⁽⁹⁾.

Der Fall einer eigentlichen Anwendung in einem Rechtsstreit ist gegeben, wenn der Richter einen Vertrag heranzieht, um auf der Grundlage der in ihm enthaltenen Normen die Rechtslage zu bestimmen, die den fraglichen Rechtsstreit entscheidet, d.h. wenn er "Recht spricht", indem er Rechtssatz und Wirklichkeit vergleicht. Für diese Art von Anwendung ist es wesentlich, daß sie im Rahmen eines Rechtsstreites vor Gericht erfolgt, welches die Anwendbarkeit der fraglichen Norm bejaht und daher die Entscheidung über die ihm unterbreitete Streitigkeit unmittelbar unter Zugrundelegung der fraglichen Norm fällt.

Aber auch aufgrund der Tatsache, daß eine solche - eigentliche - Anwendung nicht stattfindet, weil der Richter sich zur Überprüfung einer behaupteten Rechtsverletzung nicht für kompetent erklärt, ergeben sich mittelbar Konsequenzen. Denn in einem solchen Falle folgt gerade aus der Unmöglichkeit einer gerichtlichen Kontrolle eine "Regelung" des betreffenden Rechtsverhältnisses. Sein Zustand ist endgültig, da es einem Eingriff durch den Richter entzogen ist. Ein Rechtssatz, mit dem diese "Regelung" nun übereinstimmt, findet so in tatsächlicher Hinsicht auf das betreffende Rechtsverhältnis Anwendung, da seinen Bestimmungen praktische Wirksamkeit verliehen ist. Wäre eine Klage unbegründet, so hat ihre Unzulässigkeit freilich keine besonderen Folgen: Die Anwendung durch den Richter würde die tatsächliche Anwendung nur bestätigen. Befindet sich dagegen besagte Regelung im Widerspruch zu einem anderen Rechtssatz, dessen Verletzung bei einer gerichtlichen Kontrolle festzustellen

(9) siehe unten 5.3.2.

wäre, so liegt in der Tatsache, daß dieser Zustand einer anderen Rechtsnorm entspricht, eine unrechtmäßige Anwendung derselben. Insoweit findet ein völkerrechtlicher Vertrag unrechtmäßigerweise Anwendung, wenn die Zulässigkeit eines Rechtsmittels zur Feststellung seiner Unanwendbarkeit führen würde. Andererseits ist aber auch der Fall denkbar, daß seine Anwendung unrechtmäßigerweise unterbleibt, weil eine Klage, die begründeterweise die Notwendigkeit einer Anwendung behauptet, unzulässig ist.

Eine andere Art der Anwendung eines völkerrechtlichen Vertrages ist die Ausführung desselben durch Anordnungen verwaltungsrechtlicher Art. Diese Art von Anwendung wird nicht unmittelbar Gegenstand der Untersuchung sein, da sie nicht durch die Rechtsprechung erfolgt. Sie ist deshalb nur insoweit zu betrachten, als sie selbst Gegenstand der Anwendung oder Auslegung durch die Gerichte ist.

Eine letzte hier zu beachtende Art der Anwendung ist schließlich das durch die richterliche Gewalt erfolgende Gegenstück zu der soeben besprochenen Form der Anwendung: Dieser Fall ist gegeben, wenn der Richter selbst durch seinen Urteilspruch gestaltend auf ein Rechtsverhältnis eingreift, indem er etwa einen Verwaltungsakt aufhebt oder eine untergesetzliche Rechtsvorschrift für ungültig erklärt oder aber einer Leistungsklage gegen die Verwaltung stattgibt⁽¹⁰⁾. Die Anwendung in diesem Sinne beschränkt sich nicht auf die Nachprüfung der Rechtmäßigkeit, schließt diese jedoch notwendigerweise mit ein. Dieser Unterschied kann für die Zulässigkeit von Klagen eine entscheidende Überlegung darstellen⁽¹¹⁾.

(10) Wodurch das französische Verwaltungsgericht die Entscheidung der Verwaltungsbehörde auch durch eine andere ersetzen oder diese zur Zahlung einer Geldsumme verurteilen kann, siehe hierzu Ule, Verwaltungsprozeßrecht, S. 277.

(11) siehe im einzelnen unten 5.1. und 5.2.

0.1.2. Die Anwendbarkeit

Es ist also festzustellen, daß mit dem Begriff "Anwendung" recht verschiedene Fälle angesprochen sein können, in denen ein völkerrechtlicher Vertrag - wie auch jeder andere Rechtssatz - rechtliche Wirkung zeigt. Ebenso bedeutet der damit zusammenhängende Ausdruck "Anwendbarkeit" etwas verschiedenes, je nachdem, welche Art von Anwendung damit gemeint ist.

Die Anwendbarkeit völkerrechtlicher Verträge durch die Verwaltungsbehörden bezieht sich auf die Rechtmäßigkeit einer Anwendung beim Erlaß verwaltungsrechtlicher Maßnahmen; als solche betrifft sie die Begründetheit von Klagen auf diesem Gebiet. Diese Frage ist aus den oben genannten Gründen von untergeordneter Bedeutung.

Im Sinne einer praktischen Anwendbarkeit bezieht sich dieser Begriff auf die Frage, ob ein Vertrag erst nach Erlaß ergänzender innerstaatlicher Maßnahmen angewendet werden kann. Dies betrifft somit ein weniger rechtliches als tatsächliches Problem. Für die Anwendbarkeit im Sinne einer Berücksichtigung der Wirkungen eines Abkommens im rein völkerrechtlichen Bereich sind dagegen unter Umständen formelle Voraussetzungen zu erfüllen.

Die Frage der Anwendbarkeit bezieht sich freilich in den meisten Fällen auf die Anwendung im eigentlichen Sinne. Dieser Sinn des Begriffes wird jedoch nicht immer deutlich von anderen unterschieden:⁽¹²⁾ Die Anwendbarkeit eines Vertrages meint oft die Frage der Zulässigkeit einer Klage; die Anwendbarkeit eines Vertrages auf ein Rechtsverhältnis dagegen bedeutet die Feststellung, daß dessen Rechtmäßigkeit auf der Grundlage der durch ihn ausgesprochenen Rechtssätze zu beurteilen ist.

(12) siehe Gervais, AFDI 1965, S. 14

Schließlich ist an die Anwendbarkeit im Sinne der Möglichkeit der Heranziehung einer Rechtsnorm zur Beantwortung von Vorfragen zu denken, die sich auf die eigentliche Anwendbarkeit richten. Auch für die Anwendung zur Beantwortung von Vorfragen bestehen unter Umständen wiederum besondere Voraussetzungen. Aufgrund der gleichen Überlegungen, mit denen der Richter die Unzulässigkeit einer gerichtlichen Kontrolle begründet und damit also eine Anwendbarkeit vor Gericht verneint, sieht er sich veranlaßt, auch eine Heranziehung des Vertrages zur Beantwortung von Vorfragen - über eben diese Anwendbarkeit - auszuschließen, und somit bereits eine Anwendbarkeit in diesem weiteren Sinne zu verneinen. Dieser Fall ist vor allem gegeben, wenn Fragen der Auslegung aufgeworfen werden, für deren Entscheidung die Gerichte sich nur in engen Grenzen für kompetent ansehen. Diese Grenzen gelten auch für die Anwendung im weiteren Sinne, die allein zur Feststellung der eigenen Kompetenz erfolgt.

0.1.3. Die "Auslegung"

Die Anwendung völkerrechtlicher Verträge - wie auch anderer Rechtsnormen - bringt nun oftmals eine Reihe von Schwierigkeiten mit sich, die sich daraus ergeben, daß der Sinn und die Grenzen einzelner Vertragsbestimmungen nicht immer genügend klar und deutlich sind. In diesen Fällen muß ein weiteres Verfahren vorgeschaltet werden: die Auslegung. Sie ist das Verfahren, durch das die Bedeutung einer Bestimmung aufgesucht⁽¹³⁾ ... festgestellt wird⁽¹⁴⁾. "Einen Vertrag auslegen heißt, seinen Sinn für einen vorliegenden Fall näher bestimmen."⁽¹⁵⁾ "Es ist Aufgabe der Auslegung, ... Inhalt und Umfang der Rechtsbegriffe zu gegenwärtigen⁽¹⁶⁾". Nach ähnlicher Begriffsbestimmung ist die

(13) Berber, Lehrbuch des Völkerrechts, Band I, S. 441

(14) Dictionnaire de la terminologie du Droit International, S. 346

(15) Bülick in Strupp-Schlochauer, Wörterbuch des Völkerrechts, S. 547

(16) Englisch, Einführung in das juristische Denken, S. 70, unterstrichenes im Original kursiv

Auslegung die "geistige Arbeit, die darin besteht, den Sinn eines Rechtsaktes zu bestimmen, seinen Umfang zu umreißen und seine dunklen und zweideutigen Punkte aufzuhellen⁽¹⁷⁾".

Es besteht also allgemein Einigkeit über die Bedeutung dieses Begriffes, doch wird ebenso allgemein anerkannt, daß Schwierigkeiten bestehen hinsichtlich der Bestimmung des Verhältnisses zwischen Anwendung und Auslegung^(17a).

0.1.4. Das Verhältnis dieser Begriffe zueinander

"Die Auslegung völkerrechtlicher Verträge durch innerstaatliche Gerichte ist nur ein Ausdruck einer gerichtlichen Funktion, die in ihrer Gesamtheit zu betrachten ist⁽¹⁸⁾". Kiss⁽¹⁹⁾ will den Zusammenhang in vereinfachter Form so deutlich machen: Von Auslegung spricht man, wenn sich ein formelles Verfahren einschaltet, das zu einem solchen geworden ist, weil sich bei der Frage der Anwendung Bedenken ergeben haben. Liegt dazu keine Veranlassung vor, so bleibt die Auslegung unsichtbar und fällt mit der Anwendung zusammen. Gewiß kommt diese Formulierung dem nahe, wie sich die Praxis darstellt, doch wird an späterer Stelle zu untersuchen sein, ob sie sich bei einer eingehenderen Betrachtung der tatsächlichen Zusammenhänge aufrechterhalten läßt.

Im folgenden soll von der Unterscheidung ausgegangen werden, die Ehrlich in seiner dissenting opinion zum Chorzów-Urteil zum Ausdruck gebracht hat, nach der die Auslegung ein Verfahren darstellt, das darin besteht, die Bedeutung eines Rechtssatzes zu

(17) Rousseau, Précis du Droit International Public, S. 61

(17a) Zum Verhältnis beider zueinander, das im folgenden nur vorläufig zur Begrenzung des zu untersuchenden Gegenstandes bestimmt werden soll, siehe unten 6.3.3.

(18) Rousseau, aaO

(19) L'application et l'interprétation des traités en France, S. 3

bestimmen, die Anwendung dagegen ein Verfahren, das darin besteht, in einem Sinne, die Rechtsfolgen zu bestimmen, die die Regelung an das Vorliegen einer gegebenen Tatsache knüpft, in einem anderen Sinne, die Wirkungen eintreten zu lassen, die gemäß der Regelung aus dieser Tatsache sich ergeben sollen⁽²⁰⁾.

0.2. Der Begriff des "völkerrechtlichen Vertrages"

Weiterhin ist eine Klärung erforderlich hinsichtlich des Begriffes des internationalen Vertrages. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß erst an späterer Stelle zu untersuchen sein wird, was die französischen Gerichte unter diesem Begriff verstehen, im Zusammenhang mit der Frage nämlich, inwieweit die Feststellung, daß ein Abkommen in eine der Kategorien als gültig anerkannter Vertragstypen fällt, Auswirkungen auf seine Anwendung haben kann^(20a). Hier soll nur der Bereich abgegrenzt werden, auf den sich die folgenden Untersuchungen beziehen.

0.2.1. Die verschiedenen Kategorien völkerrechtlicher Verträge

Eine Bestimmung des Begriffes "völkerrechtlicher Vertrag" im klassischen Sinne wirft keine besonderen Schwierigkeiten auf. So definiert die Konvention von Wien über das Recht der völkerrechtlichen Verträge in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a einen solchen Vertrag als "un accord international conclu par écrit entre Etats et régi par le droit international, qu'il soit consigné dans un instrument unique ou dans deux ou plusieurs instruments connexes, et quelle que soit sa dénomination particulière"⁽²¹⁾. Rousseau⁽²²⁾ versteht unter einem völkerrechtlichen Vertrag "tout accord conclu entre sujets du droit de gens". Reuter⁽²³⁾ bestimmt ihn

(20) Entscheidungen des StIGH, 5. Band, 1927, Urteil Nr. 8 v. 26.7.1927, S. 62

(20a) siehe dazu unten 1.3.

(21) siehe Wortlaut in Reuter, La Convention de Vienne sur le Droit des Traités, S. 29

(22) Principes du Droit International Public, Nr. 71

(23) Droit international public, S. 43

als "tout accord de volonté entre sujets de droit international, soumis par ceux-ci aux règles générales du droit international". Davon unterscheidet sich die Definition von Oppenheim⁽²⁴⁾ nur wenig: "agreements of a contractual character between States or organisations of States, creating legal rights and obligations between the parties", ebenso diejenige des Harvard Research Institut of International Law⁽²⁵⁾: "formal instrument of agreement by which two or more States establish or seek to establish a relation under International Law between themselves".

Beiden zum Zwecke der Kodifizierung des völkerrechtlichen Vertragsrechts formulierten Definitionen ist gemein, daß sie eine Beschränkung auf formelle Verträge enthalten, also auf solche, die in Schriftform abgefaßt sind⁽²⁶⁾. Aus den gleichen praktischen Gründen, die wohl auch diese Beschränkung veranlaßt haben, soll im folgenden grundsätzlich nur von schriftlichen völkerrechtlichen Verträgen die Rede sein⁽²⁷⁾.

Diese umfassen indes mehr als nur die "klassischen" völkerrechtlichen Verträge. Unter dem Begriff "internationaler Vertrag" sind auch die immer mehr Bedeutung erlangenden Abkommen zu verstehen, die einer Ratifizierung nicht bedürfen, sondern durch eine andere Art der Erklärung der endgültigen Annahme der völkerrechtlichen Verpflichtung internationale Gültigkeit erlangen, oder sogar ohne eine solche. Weiterhin sollen auch Verträge mit einbezogen werden, die im Rahmen von internationalen Organisa-

(24) Lauterpacht, Oppenheim's International Law, Band I, S. 877
(25) Artikel 1 der Draft Convention on the Law of treaties, AJIL 1935, S. 686

(26) obwohl anerkannt ist, daß auch völkerrechtliche Verträge keiner besonderen Form bedürfen, siehe das Urteil des StIGH in der Rechtssache über Ostgrönland; siehe auch Mosler, L'application du Droit international public par les tribunaux nationaux, S. 651; Geck, Die völkerrechtlichen Wirkungen verfassungswidriger Verträge, S. 3 - 10; Verdross, Völkerrecht, S. 158, Fußnote 3; Dahm, Völkerrecht, Band III, S. 71; Guggenheim, Lehrbuch, S. 60; von der Heydte, Völkerrecht, Band I, S. 79

(27) auch die Verträge zwischen Privatpersonen und Staaten werden nicht zu untersuchen sein, siehe auch Artikel 3 der Wiener Konvention über das Recht der völkerrechtlichen Verträge

tionen abgeschlossen werden, oder aber eine solche Organisation gründen⁽²⁸⁾. Daher wird auch vom sogenannten Gemeinschaftsrecht zu sprechen sein. Schließlich werden auch solche Abkommen zu betrachten sein, die, obwohl sie in einer für das Völkerrecht untypischen Weise abgeschlossen werden, nach und nach als eigenständiger Vertragstyp Anerkennung gefunden haben, so etwa die innerhalb der Internationalen Arbeitsorganisation ausgearbeiteten Verträge.

O.2.2. Die verschiedenen Bezeichnungen völkerrechtlicher Verträge

Für diese verschiedenen Abkommen steht eine Fülle von Bezeichnungen zur Verfügung, die gerade im Französischen schier grenzenlos erscheint: traité, convention, accord, pacte, charte, statut, constitution, acte, déclaration, protocole, arrangement, modus vivendi, avenant, concordat, memorandum, échange de lettres, échange de notes, etc.⁽²⁹⁾.

Verschiedene dieser Benennungen haben ein festliegendes Anwendungsgebiet, so z.B. die Bezeichnung "concordat". Andere Ausdrücke werden gebraucht, um Verträge zu benennen, die internationale Organisationen ins Leben rufen, etwa "statut, constitution". Wieder andere werden in der Regel für multilaterale Verträge verwendet, so oft die Bezeichnung "convention". Der Ausdruck "traité" wird in den meisten Fällen für Verträge gebraucht, die wichtigere Angelegenheiten regeln und deren Abschluß nach den klassischen Regeln des Völkerrechts erfolgt. Mit "accords" dagegen sind oft solche Abkommen gemeint, die in vereinfachter

(28) Im Sinne von Artikel 5 der genannten Konvention von Wien; siehe auch Wengler, Völkerrecht, Band I, S. 264 und 319; Seidl-Hohenveldern, Völkerrecht, S. 38 und 59; Menzel, Völkerrecht, S. 91; von der Heyde, Völkerrecht, S. 72

(29) siehe Berber aaO.; Rousseau, Précis S. 23; Bastid, Cours du Droit international public, Band III, S. 327; Dahm, Völkerrecht, Band III, S. 68; Menzel, aaO, S. 91

Form zustandekommen, also nicht ratifizierungsbedürftig sind, sei es, weil sie nur für das Verhältnis zwischen den beteiligten Staaten - also im völkerrechtlichen Bereich - von Bedeutung sind, oder weil ihre Bedeutung auf rein technische Fragen beschränkt ist. Die "échange de lettres" oder "échanges de notes", die in der Regel solche Abkommen in vereinfachter Form darstellen, werden meistens nur Ergänzung oder Auslegung bestehender völkerrechtlicher Verträge benutzt⁽³⁰⁾.

Die Benennung eines Vertrages bedeutet nun keineswegs, daß sich bereits aus ihr eine Rechtsfolge ergeben könnte. Vielmehr geht in der Praxis die Verwendung der einzelnen Bezeichnungen erheblich durcheinander. Es lassen sich daher aus dem Namen eines Vertrages nicht irgendwelche rechtlichen Fragen beantworten, etwa die der Ratifizierungsbedürftigkeit. Ein Abkommen kann in Wirklichkeit auch einem anderen als dem durch seine Bezeichnung normalerweise angesprochenen Vertragstyp unterfallen, der ganz andere rechtliche Besonderheiten aufweist.

Eine andere Klassifizierung ist dagegen von wissenschaftlichem Interesse und wird von der französischen Rechtslehre **auch fast** ausnahmslos anerkannt: die Trennung zwischen traité-contrat und traité-loi⁽³¹⁾. Es muß jedoch sehr bezweifelt werden, ob ihre Verwendung eine Darstellung der französischen Rechtsprechung zu den Problemen, auf die sich diese Unterscheidung bezieht, erhellen kann. Versuche, die Entscheidungen der französischen Gerichte auf dieser Grundlage zu erklären, haben immer wieder Bedenken hervorgerufen - wohl zu Recht⁽³²⁾.

(30) siehe im einzelnen Vellas, Droit International Public, Institutions Internationales S. 99

(31) siehe z.B. Bastid aaO S. 248 und Rousseau, Précis aaO S. 24

(32) siehe etwa zu der von Dehaussy in Jurisclasseur du Droit International, Heft 12 D Nr. 96 ff verwendeten Abgrenzung, die sich an obige Unterscheidung anlehnt, Boyer, Sur la compétence des tribunaux en matière d'interprétation des traités, in JCP 1966 I 2036

O.3. Die "französische Rechtsprechung"

Es bleibt zu bestimmen, welche Bedeutung dem Begriff "französische Rechtsprechung" zukommt. Zunächst ist festzustellen, daß die Anwendung und Auslegung internationaler Verträge auf nationaler Ebene in dem Sinne völkerrechtlich irrelevant ist, daß die Entscheidung der innerstaatlichen Gerichte keinerlei bindende Wirkung für rechtliche Streitigkeiten über den Vertrag unter den an ihm beteiligten Staaten haben können^(32a). In anderer Hinsicht dagegen kann sowohl die Anwendung als auch die Auslegung der Verträge durch innerstaatliche Behörden Bedeutung auch für den völkerrechtlichen Bereich gewinnen, wenn nämlich wegen einer verweigerter oder fehlerhaften Anwendung oder Auslegung die Frage aufgeworfen wird, ob der betreffende Staat seine sich aus dem Vertrag ergebenden internationalen Verpflichtungen verletzt hat^(32b). Tatsächlich kann der innerstaatliche Richter bei der Entscheidung über Rechtsstreitigkeiten, bei denen es um die Anwendung völkerrechtlicher Verträge geht, Fragen des Völkerrechts nicht ohne weiteres ausklammern. Andererseits sind für diese die Rechtsätze der innerstaatlichen Rechtsordnung nicht ohne jede Bedeutung, zumindest aus der Sicht des innerstaatlichen Richters.

Innerhalb des Rahmens der innerstaatlichen Anwendung und Auslegung sollen von den verschiedenen Staatsorganen, die zur einen oder anderen befugt oder verpflichtet sein können, nur die Gerichte betrachtet werden. Diese Betrachtung könnte jedoch nicht vollständig sein, ohne daß Ausblicke auf die anderen Träger staatlicher Gewalt vorgenommen würden - so auf das Parlament, das ein zur Ratifizierung eines internationalen Vertrages ermächtigendes Gesetz erläßt, den Staatspräsident, der ratifiziert, die Regierung, die einen Vertrag auslegt, die Verwaltung, die eine Maßnahme in Ausführung eines solchen Vertrages trifft. All diese mit völkerrechtlichen Verträgen im Zusammenhang stehenden

(32a) siehe Lord McNair, *Law of Treaties*, S. 345

(32b) siehe Lord McNair, *Law of Treaties*, S. 353; Boehmer, *Der völkerrechtliche Vertrag im deutschen Recht*, S. 2; Dahm, *Völkerrecht*, Band I, S. 56; Guggenheim in *Wörterbuch*, Band III, S. 655; derselbe, *Völkerrechtliche Schranken*, S. 3; Partsch, *Bericht*, S. 25

Tätigkeiten der anderen Gewaltträger werden jedoch nur insoweit zu betrachten sein, als sie wiederum Gegenstand richterlicher Beurteilung sind.

Unter Rechtsprechung soll die Ausübung der staatlichen Gewalt durch die innerstaatlichen Gerichte verstanden werden. Diese erfolgt in Frankreich durch verschiedene Gerichtsbarkeiten, von denen hier nur die ordentlichen und Verwaltungsgerichte behandelt werden sollen⁽³³⁾.

Während hinsichtlich der ordentlichen Gerichte der Unterschied gegenüber den Verhältnissen in Deutschland gering ist, waren und sind die französischen Verwaltungsgerichte auch heute noch Einrichtungen der Verwaltung, und nicht der Justiz⁽³⁴⁾. Die heutige französische Verwaltungsgerichtsbarkeit hat sich aus der Rechtsprechungstätigkeit des Conseil d'Etat (Staatsrat) und der Präfekturräte (Conseils de Préfecture) entwickelt; letztere sind seit 1953 zu echten Verwaltungsgerichten (Tribunaux administratifs) geworden. Beide haben teilweise durch kaum merkliche, stille Entwicklung, aber auch durch die Reformen der Jahre 1848, 1872, 1926 und 1953 immer größere Selbständigkeit gegenüber der Regierung erlangt, so daß der Gerichtscharakter dieser Organe heute allgemein anerkannt wird.

Es wird hinsichtlich der meisten wesentlichen Fragen eine Trennung zwischen beiden Zweigen der Rechtsprechung zu machen sein, wobei ein Vergleich der Einstellungen und Tendenzen im einzelnen aufschlußreich sein wird.

0.4. Gliederung dieser Arbeit

Die Anwendung und Auslegung völkerrechtlicher Verträge durch innerstaatliche Gerichte in dem Sinne, wie er hier zu bestimmen versucht wurde, wirft sehr verschiedene Fragen auf, die sich

(33) ausnahmsweise auch der Kompetenzgerichtshof

(34) Ule aaO S. 277; Trotabas, Manuel de droit public, S. 182 ff

schon bei der Gegenüberstellung der unterschiedlichen Bedeutungen des Begriffes "Anwendung" angedeutet hatten. Im folgenden sollen nun grundsätzlich zwei Probleme getrennt werden, nämlich das der Anwendbarkeit und das der Anwendung. Aufgrund der aufgezeigten Mehrdeutigkeit dieser Begriffe erscheint es erforderlich, die beabsichtigte Unterteilung näher zu erläutern.

O.4.1. Die Fragen der Anwendbarkeit

Die Fragen der Anwendbarkeit richten sich vom Standpunkt der Gerichte aus gesehen auf die Feststellung des Vorliegens aller erforderlichen Voraussetzungen für die Anwendung eines völkerrechtlichen Vertrages in der innerstaatlichen Rechtsordnung. Diese Probleme stellen eine Reihe von Vorfragen, die in einem ersten Kapitel zu erörtern sein werden. Die innerstaatliche Anwendbarkeit hängt zwar mittelbar, aber in erster Linie von der völkerrechtlichen Gültigkeit ab, die im zweiten Kapitel untersucht werden soll. Andere Voraussetzungen dagegen entscheiden unmittelbar darüber, ob die Anwendbarkeit eines völkerrechtlichen Vertrages in der innerstaatlichen Rechtsordnung bejaht werden kann; diese Voraussetzungen werden Gegenstand des dritten Kapitels sein.

Die richterliche Kontrolle umfaßt jedoch nicht die Gesamtheit aller theoretisch notwendigen Voraussetzungen der innerstaatlichen Anwendbarkeit. Der Raum, der zwischen den Grenzen der tatsächlich ausgeübten Kontrolle und dem, was eigentlich für die Anwendbarkeit eines bestimmten internationalen Vertrages zu fordern wäre, ist nun aber nicht mehr Gegenstand der auf die Anwendbarkeit gerichteten Frage, sondern ist unter dem Gesichtspunkt der Anwendung selbst zu betrachten, denn die Gerichte schließen in all den Fällen eine Anwendbarkeit nicht aus, wo sie eine Kontrolle nicht vornehmen - und diese zum Ergebnis der Unanwendbarkeit führen würde.

Da zunächst die Frage bejaht sein muß, daß der Richter überhaupt zur Anwendung befugt ist, bevor er die Frage stellen kann, ob die eigentlichen Voraussetzungen für eine Anwendung des fraglichen völkerrechtlichen Vertrags vorliegen, soll bei der Darstellung der gerichtlichen Kontrolle über die Fragen der Anwendbarkeit von dem Fall ausgegangen werden, in dem die Grenzen der Zulässigkeit am weitesten gezogen sind. Dieser Fall ist der der Einrede der Unrechtmäßigkeit (*exception d'illégalité*). Die besonderen Probleme der Zulässigkeit einzelner Klagen werden dagegen in einem der Kapitel behandelt werden, die sich mit der Anwendung selbst befassen.

Die sich mit den Fragen der Anwendbarkeit beschäftigenden Kapitel erfahren noch eine andere Einschränkung insoweit, als die Anwendbarkeit nicht im Sinne der auf sie bezogenen Voraussetzungen zu kontrollieren ist, sondern bereits selbst vom Gesetz geregelt ist. Dies ist der Fall hinsichtlich eventueller materieller Konflikte zwischen dem innerstaatlichen Gesetz und den Bestimmungen eines völkerrechtlichen Vertrages. Im Sinne der diesbezüglichen Regelung - des Artikels 55 der Verfassung - ist die Anwendbarkeit die Rechtsfolge aus dem Vorliegen aller anderen Voraussetzungen der innerstaatlichen Anwendbarkeit. Die Frage der Anwendbarkeit betrifft somit allein die völkerrechtliche Gültigkeit und die formellen innerstaatlichen Voraussetzungen.

0.4.2. Die Fragen der Anwendung

Gegenstand der sich anschließenden Kapitel sind die Bedingungen der eigentlichen Anwendung völkerrechtlicher Verträge durch die innerstaatlichen französischen Gerichte. Dies betrifft vor allem die Anwendung des Artikels 55, d.h. die Beachtung der in diesem

angeordneten Rechtsfolge, nach der Verträge auch im Falle eines inhaltlichen Widerspruchs zu innerstaatlichen Gesetzen anzuwenden sind. Ob und wie weit die Gerichte die Verträge tatsächlich anwenden, wird im vierten Kapitel zu untersuchen sein.

Ein besonderes Problem stellt sich in dieser Hinsicht auf dem Gebiet des Verwaltungsrechts und der verwaltungsrechtlichen Klagen. In diesem Zusammenhang sind die Probleme der Anwendbarkeit im Sinne der Zulässigkeit eines Rechtsmittels zu behandeln, da sie im Grunde eine Frage der Anwendung selbst betreffen: wie festgestellt wurde, geht es hierbei um die Anwendbarkeit nur in zweiter Linie; vorgelagert ist die Frage, ob sich der Richter für kompetent erachtet, auf der Grundlage des betreffenden völkerrechtlichen Vertrages Recht zu sprechen. Bejaht er diese Frage, so geht seine Prüfung bezüglich der eigentlichen Voraussetzungen der Anwendbarkeit in keinem Falle über die Grenzen hinaus, die bei einer Einrede das Ausmaß der gerichtlichen Kontrolle bestimmen. Insofern gilt also auch hier, was in den Kapiteln über die Anwendbarkeit festzustellen sein wird. Wird dagegen die Zulässigkeit einer Klage verneint, so sind die Fragen der Anwendbarkeit nicht mehr zu stellen, da es nicht mehr zum Prozeß und somit zu keiner richterlichen Anwendung kommen kann. Auf diese Fragen soll im fünften Kapitel näher eingegangen werden.

Die Fragen der Anwendung der völkerrechtlichen Verträge werden durch eine Darstellung der gerichtlichen Praxis auf dem Gebiet der Auslegung zu ergänzen sein. Die Anwendung soll hier also in einem weiteren Sinne verstanden werden, der die Auslegung mit umfaßt. Die diesbezügliche Rechtsprechung wird im sechsten Kapitel darzustellen sein.

ERSTES KAPITEL

1. Die die Anwendbarkeit bestimmenden Vorfragen

Bevor die Gerichte zu den eigentlichen Fragen der Anwendbarkeit völkerrechtlicher Verträge Stellung nehmen, haben sie sich eine Reihe von Vorfragen zu beantworten, die sich auf die richterliche Kompetenz und das Verfahren zur Vornahme der Einzelprüfungen beziehen. Zunächst ist in diesem Zusammenhang ein Blick auf das gültige innerstaatliche Recht zu werfen, und zwar vor allem die verfassungsrechtlichen Normen. Zum anderen ist es für die Anwendung eines völkerrechtlichen Vertrages entscheidend, daß dieser überhaupt von der Rechtsprechung anerkannt wird. Schließlich wird das Ergebnis, zu dem der Richter gelangt, in erheblichem Maße von der Reihenfolge mitbestimmt, in der er die einzelnen Prüfungen bezüglich der Voraussetzungen der Anwendbarkeit vornimmt.

1.1. Das die Anwendung völkerrechtlicher Verträge regelnde Recht

Die Frage der Anwendung und Auslegung völkerrechtlicher Verträge durch ein innerstaatliches Gericht hängt in erster Linie von den Rechtssätzen ab, die dieses Gebiet regeln. An erster Stelle sind hier die diesbezüglichen Verfassungsnormen zu nennen. Zum anderen bestehen zur Ergänzung dieser Normen eine Reihe einfacher Gesetze und Verordnungen. Schließlich spielt in geringerem Umfang auch Gewohnheitsrecht eine Rolle.

Die heute in Frankreich geltenden verfassungsrechtlichen Bestimmungen über die Anwendung internationaler Verträge sind das Ergebnis einer Entwicklung, die bereits in der III. Republik nachzuweisen ist. Die einzelnen Grundsätze haben im Laufe der Verfassungsgeschichte eine immer präzisere Ausprägung erfahren, und zwar vor

allem unter dem Einfluß der Rechtsprechung. Einige dieser Prinzipien, die in den meisten Fällen zunächst nur von den Gerichten in ständiger Rechtsprechung befolgt worden waren, haben so schließlich Verfassungsrang erhalten. Diese Entwicklung wird deutlich, wenn man zum Vergleich die Verfassungsbestimmungen gegenüberstellt, die zu verschiedener Zeit in Kraft gewesen sind. Dabei sind drei Epochen zu unterscheiden:

- die III. Republik,
- die Jahre nach 1946 und schließlich
- der Zeitraum zwischen 1958 und heute.

1.1.1. Die III. Republik

In der Verfassung der III. Republik, die durch Gesetz vom 16. Juli 1875 verkündet wurde, hatte nur der Abschluß völkerrechtlicher Abkommen eine Regelung gefunden, nämlich in Artikel 8:

"Le Président de La République négocie et ratifie les traités. Il en donne connaissance aux Chambres aussitôt que l'intérêt et la sûreté de l'Etat le permettent. Les traités de paix, de commerce, les traités qui engagent les finances de l'Etat, ceux qui sont relatifs à l'état des personnes et au droit de propriété des français à l'étranger ne sont définitifs qu'après avoir été votés par les deux Chambres. Nulle cession, nul échange, nulle adjonction de territoire ne peut avoir lieu qu'en vertu d'une loi."

Es war daher Sache der Rechtsprechung, die für die Anwendung der Verträge in der innerstaatlichen Rechtsordnung maßgeblichen Grundsätze zu entwickeln. In der Tat lassen sich in den Entscheidungen aus der Zeit bis 1946 bereits die wesentlichen Prinzipien nachweisen, die in der Nachkriegszeit zu geltendem Verfassungsrecht erhoben wurden⁽³⁵⁾.

(35) siehe unten 4.3.2.3.

1.1.2. Die IV. Republik

Das Ende des 2. Weltkrieges hat einen neuen Abschnitt in der Geschichte der Anwendung völkerrechtlicher Verträge in Frankreich eingeleitet. Aus dieser Zeit stammt das erste Beispiel einer ausdrücklichen verfassungsrechtlichen Regelung der Anwendung internationaler Vereinbarungen im französischen Recht, die durch die Artikel 26 bis 28 und 31 der Verfassung vom 27. Oktober 1946 ausgesprochen wird:

Article 26. "Les traités diplomatiques régulièrement ratifiés et publiés ont force de loi dans le cas même où ils seraient contraires à des lois françaises, sans qu'il soit besoin pour en assurer l'application d'autres dispositions législatives que celles qui auraient été nécessaires pour assurer leur ratification."

Article 27. "Les traités relatifs à l'organisation internationale, les traités de paix, de commerce, les traités qui engagent les finances de l'Etat, ceux qui sont relatifs à l'état des personnes et au droit de propriété des français à l'étranger, ceux qui **modifient** les lois internes françaises, ainsi que ceux qui comportent cession, échange, adjonction de territoire, ne sont définitifs qu'après avoir été ratifiés en vertu d'une loi. Nulle cession, nul échange, nulle adjonction de territoire n'est valable sans le consentement des populations intéressées."

Article 28. "Les traités diplomatiques régulièrement ratifiés et publiés ayant une autorité supérieure à celle des lois internes, leurs dispositions ne peuvent être abrogées, modifiées ou suspendues qu'à la suite d'une dénonciation régulière, notifiée par voie diplomatique. Lorsqu'il s'agit d'un traité visé à l'article 27, la dénonciation doit être autorisée par l'Assemblée nationale, exception faite pour les traités de commerce."

Article 31. "Le Président de la République est tenu informé des négociations internationales. Il signe et ratifie les traités."

Die durch die Verfassung angeordnete Bestätigung der unmittelbaren Anwendbarkeit und Vorrangigkeit der völkerrechtlichen Verträge wurde damals als umwälzende Neuerung erkannt und lebhaft begrüßt. Sie zog erhebliche Aufmerksamkeit im Ausland auf sich und wurde als erfreuliches Beispiel, als Musterlösung für die diesbezüglichen Fragen angesehen⁽³⁶⁾.

1.1.3. Die V. Republik

Die neue Tendenz fand in abgewandelter Form, aber sachlich weitgehender Übereinstimmung eine neue Ausprägung in der Verfassung vom 4. Oktober 1958, deren Artikel 52 bis 55 das Wesentliche der schon 1946 formulierten Grundsätze wiederaufnehmen⁽³⁷⁾:

Article 52. "Le Président de la République négocie et ratifie les traités. Il est informé de toute négociation tendant à la conclusion d'un accord international non soumis à ratification."

Article 53. "Les traités de paix, les traités de commerce, les traités ou accords relatifs à l'organisation internationale, ceux qui engagent les finances de l'Etat, ceux qui modifient des dispositions de nature législative, ceux qui sont relatifs à l'état des personnes, ceux qui comportent cession, échange ou adjonction de territoire, ne peuvent être ratifiés ou approuvés qu'en vertu d'une loi.

Ils ne prennent effet qu'après avoir été ratifiés ou approuvés. Nulle cession, nul échange, nulle adjonction de territoire n'est valable sans le consentement des populations intéressées."

(36) Mirkine-Guetzévitch, Les tendances internationales des nouvelles constitutions, RGDIP 1948, 375; Lardy, La force obligatoire du droit international en droit interne, S. 109

(37) De Laubadère, ZaöRV, 1959/60, 506

Article 54. "Si le Conseil Constitutionnel, saisi par le Président de la République, par le Premier ministre ou par le Président de l'une ou l'autre Assemblée, a déclaré qu'un engagement international comporte une clause contraire à la constitution, l'autorisation de le ratifier ou de l'approuver ne peut intervenir qu'après la révision de la constitution."

Article 55. "Les traités ou accords régulièrement ratifiés ou approuvés ont, dès leur publication, une autorité supérieure à celle des lois, sous réserve, pour chaque accord ou traité, de son application par l'autre partie."

Diese Regelung ist zwar in verschiedener Hinsicht weniger ausführlich als die von 1946, enthält jedoch keine erhebliche Änderung gegenüber den Grundsätzen der Verfassung der IV. Republik, die den eigentlichen "Einzug" des Völkerrechts in die innerstaatliche Rechtsordnung ermöglicht hatte.

1.1.4. Gesetzliche Bestimmungen über die Anwendung und Auslegung völkerrechtlicher Verträge

Die französische Rechtsprechung hat im Zusammenhang mit den Fragen der Anwendung und Auslegung internationaler Verträge nicht nur verfassungsrechtliche Bestimmungen, sondern auch einfache Gesetze und Verordnungen zu berücksichtigen. Zunächst sind hier die einzelnen Gesetze zu nennen, die zur Ratifizierung eines einzelnen Vertrages ermächtigen⁽³⁸⁾ oder zur Billigung eines Abkommens⁽³⁹⁾, sowie die Dekrete zur Veröffentlichung eines Vertrages oder Abkommens⁽⁴⁰⁾. Diese haben jedoch keine über das einzelne

(38) siehe Beispiel bei Rideau, Droit international et droit interne français, Dokument Nr. 14

(39) siehe Beispiel bei Rideau, aaO Dokument Nr. 15

(40) siehe Beispiel bei Rideau, aaO Dokument Nr. 17 bis 19

Abkommen hinausgehende Bedeutung. Es gibt jedoch auch eine Reihe von Vorschriften allgemeiner Art, so z.B. das Dekret Nr. 53-192 vom 14. März 1953, in dem die Modalitäten der Veröffentlichung völkerrechtlicher Abkommen in Frankreich festgelegt sind⁽⁴¹⁾. Ein anderes Beispiel ist die vom Präsidenten der Republik in seiner Eigenschaft als Präsident der Communauté erlassene Entscheidung vom 14. April 1959 über die Frage der Verbindlichkeit und Anwendung von völkerrechtlichen Verträgen in den diese Communauté bildende Staaten⁽⁴²⁾. Darüberhinaus gibt es Gesetze und Verordnungen zumindest allgemeinerer Bedeutung, die mittelbar die Auslegung von völkerrechtlichen Verträgen in einem bestimmten Sinn festlegen, so etwa das Gesetz vom 28. Mai 1943⁽⁴³⁾ über die Anwendung der Miet- und Pachtgesetze von 1926 auf Ausländer, die durch entsprechende völkerrechtliche Verträge begünstigt wurden, oder - in ähnlichem Sinne - das Dekret vom 27. Juli 1962, das bestimmt, daß gewisse Vorschriften im Einklang mit den Verordnungen der EWG zu stehen haben.

1.1.5. Gewohnheitsrecht

Es bestehen auf dem hier in Frage stehenden Gebiet eigentlich keine gewohnheitsrechtlichen Regelungen, die besonders zu nennen wären⁽⁴⁴⁾. Besonders läßt sich schwerlich das Vorhandensein eines die Auslegung völkerrechtlicher Verträge regelnden Gewohnheitsrecht allein mit dem Hinweis auf das Fehlen gesetzlicher Regelungen behaupten⁽⁴⁵⁾. Der Gebrauch von Interpretationsmethoden stellt, auch wenn er oft und gleichmäßig geschieht, kein Gewohnheitsrecht dar⁽⁴⁶⁾.

(41) Journal Officiel de la République Française (JO) vom 15.3.1953, siehe auch Rideau, aaO, Dokument Nr. 20

(42) JO vom 18.4.1959, S. 4290

(43) JO vom 6.8.1943, S. 2046

(44) siehe Dubouis, L'application du droit international coutumier par le juge français, Rapport au Colloque de Grenoble

(45) in diesem Sinne jedoch Kiss, aaO, S. 28

(46) So mit Recht Dehaussy, aaO Heft 12 C Nr. 51

Der Begriff des Gewohnheitsrechts wird oft mit dem Begriff der ständigen Rechtsprechung in Zusammenhang gebracht. So ist behauptet worden, daß das Erfordernis, völkerrechtliche Verträge dem Verfahren der Promulgation zu unterwerfen, bis 1946 gewohnheitsrechtlich verankert war. Doch ließ die Rechtsprechung durchaus in dieser Hinsicht Ausnahmen zu⁽⁴⁷⁾. Da die Rechtsprechung Gegenstand der hier anzustellenden Betrachtungen ist, soll von dem auf "ständiger Rechtsprechung" beruhenden Gewohnheitsrecht abgesehen werden, da es weniger eine Bindung der Gerichte, als eine Bindung durch die Gerichte bedeutet.

1.2. Die Bedeutung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen

Im Laufe der Verfassungsgeschichte haben die einzelnen positivrechtlichen Lösungen verschiedentlich Änderungen erfahren, die jedoch in der Regel eine gleichmäßige Entwicklung in derselben Richtung erkennen lassen.

1.2.1. Die Kompetenz zur Aushandlung, Unterzeichnung und Ratifizierung völkerrechtlicher Verträge

Nach der Verfassung von 1875 war es Sache des Staatspräsidenten, die internationalen Verträge auszuhandeln und zu ratifizieren. Mit dieser Regelung war beabsichtigt, dem Präsidenten der Republik ein Initiativrecht auf diesem Gebiet zu überlassen. Zwar war die Frage der Kompetenz zur Unterzeichnung der Verträge nicht ausdrücklich geregelt, doch läßt sich aus dem Zusammenhang darauf schließen, daß auch hier der Staatspräsident allein befugt war. Die in der Verfassung von 1875 ausgesprochene Regelung machte es jedoch nicht unmöglich, daß völkerrechtliche Verträge auch von anderen Personen ausgehandelt wurden, die vom Präsidenten der Republik dazu Vollmacht erhalten hatten, was im übrigen in den meisten Fällen in der Praxis geschehen sein dürfte.

(47) siehe unten 3.3.1.1.

Die Verfassung von 1946 trägt diesem Umstand Rechnung, indem sie nicht mehr ausdrücklich bestimmt, daß der Staatspräsident die Verträge aushandelt, sondern in Artikel 31 besagt, daß er über die internationalen Verhandlungen zu unterrichten ist. Derselbe Artikel enthält jedoch eine ausdrückliche Regelung bezüglich der Kompetenz zur Unterzeichnung der Verträge, die - in Fortsetzung der bis dahin befolgten Praxis - dem Staatspräsidenten zugeteilt wurde. Von den drei zum Abschluß völkerrechtlicher Verträge im klassischen Sinne notwendigen Tätigkeiten sind dem Präsidenten der Republik also nach Inkrafttreten der Verfassung von 1946 nur noch zwei verblieben.

Artikel 52 der Verfassung von 1958 bestimmt in Absatz 1, daß völkerrechtliche Verträge vom Präsidenten ausgehandelt und ratifiziert werden. Die Zuteilung der Kompetenz der Aushandlung bedeutet keinen Rückschritt gegenüber der 1946 getroffenen Regelung, denn einerseits läuft sie auf die gleiche "Fiktion" heraus, zu der schon die 1875 erlassene Bestimmung angesichts der daraufhin befolgten Praxis geworden war. Andererseits findet sich in Satz 2 des gleichen Absatzes eine stillschweigende Einschränkung, die den Vorschriften von 1946 entspricht, jedoch gegenüber ihrer Vorgängerin eine gewisse Präzisierung erfahren hat: Der Staatspräsident ist über die Verhandlungen zu unterrichten, die den Abschluß von Abkommen bezwecken, die nicht ratifiziert zu werden brauchen. Hinsichtlich der Befugnis zur Aushandlung von völkerrechtlichen Verträgen besteht also kein sachlicher Unterschied gegenüber der Regelung von 1946.

Bezüglich der Zuständigkeit zur Unterzeichnung solcher Abkommen dagegen läßt sich - aus den in dieser Bezeichnung wenig expliziten Bestimmungen der Verfassung - auf eine Neuregelung schließen. Denn zunächst spricht die Verfassung von 1958 - im Gegensatz zu derjenigen von 1946 - nicht mehr ausdrücklich von dieser Frage. Das war schon 1875 der Fall gewesen, nur ist der Zusammenhang nicht mehr derselbe. Nach Artikel 52 ratifiziert der Präsident

die Verträge. Nun stellt die Verfassung von 1956 neben die ratifizierungsbedürftigen Verträge solche Abkommen, die nicht ratifizierungsbedürftig sind (*accords non soumis à ratification*), dafür aber einem Billigungsverfahren (*approbation*) unterworfen sind. Die Eröffnung einer Alternative der Verfahren zum endgültigen Abschluß völkerrechtlicher Verträge erlaubt den Schluß, daß auch die Unterzeichnung dieser nicht ratifizierungsbedürftigen Verträge nicht mehr notwendigerweise durch den Staatspräsidenten zu erfolgen hat.

Zwar hat der Präsident der Republik seit 1958 am Abschluß völkerrechtlicher Verträge, was die Aushandlung und sogar die Unterzeichnung derselben angeht, nicht mehr in jedem Falle mitzuwirken. Am letzten Teil des Abschlusses ist er jedoch notwendigerweise beteiligt: Er hat alleinige und ausschließliche Kompetenz, internationale Verträge zu ratifizieren. Diese Kompetenz wird ihm von der Verfassung ausdrücklich jedoch nur bezüglich der Verträge verliehen, die auch tatsächlich zu ratifizieren sind. Daß eine Mitwirkung des Präsidenten auch in den Fällen zu erfolgen hat, in denen ein Billigungsverfahren durchzuführen ist, ist nicht ausdrücklich angeordnet⁽⁴⁸⁾. Doch sieht die Verfassung von 1958 vor, daß die völkerrechtlichen Verträge veröffentlicht werden müssen. Dies geschieht durch einen Dekret des Präsidenten der Republik: Eine Mitwirkung des Staatsoberhauptes - zumindest in diesem letzten Teilbereich des für die Anwendung internationaler Verträge erforderlichen Verfahrens - ist also auch heute noch erforderlich, wenn auch nicht mehr verfassungsrechtlich verankert⁽⁴⁹⁾.

(48) siehe unten 1.2.4.

(49) außer im Falle des Gemeinschaftsrechts, soweit dies im Europäischen Amtsblatt veröffentlicht wird, siehe unten 3.1.1.

1.2.2. Die Kompetenz zur endgültigen völkerrechtlichen Verpflichtung des Staates

Die genannten Kompetenzen des Staatspräsidenten sind nun in dem Umfang gebunden, in dem die Mitwirkung des Parlaments angeordnet ist. Man unterscheidet herkömmlicherweise zwischen Systemen, die die Kompetenz zur Ratifizierung der Exekutive überlassen, solchen, die sie der Legislative zuordnen, und sogenannten gemischten Systemen. Hierbei ist jedoch zu beachten, daß beides Fragen der innerstaatlichen Kompetenzen sind: die völkerrechtliche Kompetenz richtet sich in dieser Hinsicht nach der verfassungsmäßigen Regelung des jeweiligen Staates. In diesem Rahmen ist weiterhin zwischen der Ermächtigung zur Ratifizierung und der Zuständigkeit zur Abgabe derselben zu unterscheiden. Letztere liegt in Frankreich stets beim Präsidenten der Republik. Das bedeutet aber, daß die Mitwirkung des Parlaments grundsätzlich nicht die Ratifizierung, sondern die Ermächtigung zu derselben bedeutet.

Auch aus der Sicht des innerstaatlichen Rechts ist ein Vertrag noch nicht ratifiziert, wenn lediglich die Zustimmung des Parlaments in Form eines Gesetzes vorliegt. Für die Ratifizierung bedarf es in jedem Fall der Mitwirkung des Präsidenten der Republik. Die Teilung der Kompetenzen gemäß den Bestimmungen der Verfassung bedeutet also, daß der Staatsoberhaupt in allen Fällen, in denen keine ausdrückliche Regelung durch die Verfassung erfolgt ist, völkerrechtliche Verträge ohne weiteres allein ratifizieren kann. In den Fällen dagegen, in denen die Mitwirkung des Parlaments vorgeschrieben ist, erfolgt diese, um den Präsidenten zur Ausübung seiner Kompetenz zu ermächtigen, die ihm gemäß der Verfassung gegeben ist.

Diese Teilung der Kompetenzen hat nun im Laufe der Verfassungsgeschichte eine Reihe von Änderungen erfahren, wobei die ursprüngliche Regelung der Verfassung von 1875 in den Grundzügen beibehalten wurde.

Der klassische Katalog der Verträge, die die Mitwirkung des Parlaments erfordern, umfaßte Friedensverträge, Handelsverträge, Verträge, welche die Staatsfinanzen betreffen, die, welche sich auf den Personenstand und auf das Eigentumsrecht von Franzosen im Ausland beziehen, sowie die Fälle der Abtretung, des Tausches und des Erwerbs von Gebietsteilen. Für Verträge, deren Inkrafttreten im innerstaatlichen Bereich eine Änderung oder Aufhebung der bestehenden Gesetze bewirkt, fehlt in der Verfassung von 1875 noch eine Regelung. Solche Verträge waren den Kammern nur dann vorzulegen, wenn sie gleichzeitig auf eines der in Artikel 8 aufgezählten Gebiete fielen, vor allem also den Personenstand oder das Eigentumsrecht von Franzosen im Ausland betrafen.

Die Verfassung von 1946 hat die Liste⁽⁵⁰⁾ der Verträge, deren Ratifizierung eine vorherige Zustimmung des Gesetzgebers notwendig machte, einerseits um die Verträge über die internationale Organisation, andererseits um diejenigen Abkommen erweitert, durch die bestehende innerstaatliche Gesetze geändert wurden. Während die Hinzufügung von Verträgen bezüglich internationalen Organisationen angesichts der völkerrechtlichen Entwicklung nichts Außergewöhnliches darstellt, bedeutet die Aufnahme der Verträge, die interne französische Gesetze aufheben oder ändern, eine wichtige Neuerung. Sie ist als Korrelat zu der gleichzeitigen Anordnung des Vorangs völkerrechtlicher Verträge vor den innerstaatlichen Gesetzen zu verstehen. Da dieser Grundsatz, wie dies Artikel 26 mehr als deutlich anspricht, gerade - und eigentlich auch nur - im Falle eines Widerspruches zwischen einem Vertrag und einem Gesetz Bedeutung erlangt, erschien es notwendig, für seine Verwirklichung den fraglichen Verträgen eine zusätzliche Autorität durch den Gesetzgeber zu verleihen. Andererseits erschien es notwendig, die rechtsetzenden Kompetenzen der Regierung einzuschränken, die durch

(50) siehe dazu Rousseau, La ratification des traités en France depuis 1946, S. 473 ff; De Corail, Le rôle des Chambres en matière de politique extérieure, RDPSP 1956, 789 - 797

den Abschluß entsprechender völkerrechtlicher Verträge sonst gegebenenfalls ohne weiteres innerstaatliche Gesetze hätte abändern oder aufheben können.

Auch die Verfassung, die sich die V. Republik gegeben hat, enthält zwei Änderungen gegenüber der vor ihr bestehenden Regelung. So sind in Artikel 53 nicht mehr die Verträge aufgezählt, die die Eigentumsrechte von Franzosen im Ausland betreffen. Andererseits hat gerade die wichtigste Neuerung aus dem Jahre 1946 - die Aufnahme der gesetzesändernden Verträge in die Liste derjenigen Abkommen, für deren Ratifizierung die gesetzgeberische Mitwirkung erforderlich ist - eine Neufassung erfahren. So heißt es nicht mehr "... traités modifiant les lois internes..." wie in Artikel 27 der Verfassung der IV. Republik, sondern "...traités qui modifient les dispositions de nature législative...". Dieser Ausdruck ist im Zusammenhang mit Artikel 34 der Verfassung von 1958 zu sehen. Dieser Artikel definiert den Gesetzesbegriff in formeller und materieller Hinsicht. Absatz 1 bestimmt, daß "das Gesetz vom Parlament verabschiedet wird." Die folgenden Absätze umschreiben die Bereiche, die durch Gesetz geregelt werden, wodurch dieselben abschließend festgelegt werden. Die anderen Bereiche dagegen, die unter die Gesetzeskompetenz fallen, werden im Verordnungswege geregelt (Artikel 37). Damit ist der Exekutive eine eigenständige Verordnungsgewalt gegeben, in die die gesetzgebende Gewalt nicht eingreifen darf. Dieser Bereich ist es nun, der aufgrund der in Artikel 53 Absatz 1 enthaltenen Neufassung aus der vorherigen Regelung des Artikel 27 von 1946 ausgenommen ist. Die Notwendigkeit der Ermächtigung durch den Gesetzgeber ist somit auf die Gebiete beschränkt, auf denen ihm gemäß Artikel 34 und folgende der Verfassung von 1958 Gesetzgebungskompetenz erteilt ist. Damit ist die Anzahl der Verträge, deren Ratifizierung nur aufgrund eines Gesetzes erfolgen kann, erheblich verringert worden⁽⁵¹⁾.

(51) siehe dazu Cocatre-Zilgien, Constitution de 1958, droit international, relations extérieures et politiques étrangères, AFDI 1958, 652; Nguyen Quoc Dinh, La Constitution de 1958 et le droit international, RDPSP 1959, 530; Dehaussy, Les conditions d'application des normes conventionnelles sur le for interne français, Cl. 1960, 722

Ein Gesetz, das zur Ratifizierung ermächtigt, ist aber auch in dem besonderen Fall des Artikels 54 erforderlich. Diese Bestimmung sieht vor, daß in dem Falle eines Widerspruchs zwischen einer Klausel eines völkerrechtlichen Vertrages und der Verfassung vor Erteilung der Ermächtigung zur Ratifizierung eine Verfassungsänderung vorzunehmen ist. Die Erteilung der Ermächtigung selbst aber geschieht, wie in den anderen Fällen, in Form eines Gesetzes.

1.2.3. Die Mitwirkung des Gesetzgebers

Die Mitwirkung des Gesetzgebers beim Zustandekommen internationaler Verträge kann grundsätzlich zwei verschiedene Bedeutungen haben, nämlich die einer Bedingung der völkerrechtlichen Gültigkeit oder die einer Voraussetzung der innerstaatlichen Anwendbarkeit. Als dritte Möglichkeit ist schließlich denkbar, daß die Mitwirkung des Parlaments gleichzeitig eine Ermächtigung zum Abschluß eines Vertrages und eine Anordnung zu dessen innerstaatlicher Ausführung darstellt. Aufgrund der Änderungen, die die einzelnen Verfassungen bezüglich der Voraussetzung der Mitwirkung des Parlaments auf den verschiedenen Gebieten gebracht haben, stellt diese zu verschiedenen Zeiten mal eine Bedingung der Anwendbarkeit, mal eine Voraussetzung der völkerrechtlichen Gültigkeit dar.

Während der III. Republik war die Zustimmung der beiden Kammern zu den in Artikel 8 des Verfassungsgesetzes von 1875 bezeichneten Verträgen eine Bedingung für deren völkerrechtliche Gültigkeit⁽⁵²⁾.

(52) siehe zur Rechtslehre: Robinet de Cléry, Des conditions de validité des traités diplomatiques dans l'état actuel de notre législation, Cl. 1876, 451; Jèze, Le pouvoir de conclure des traités internationaux et des traités secrets, RDPSP 1912, 313; Noël, De l'autorité des traités comparée à celle des lois, S. 68 ff; Mestre, Les traités et le droit interne, RCADI 1931 IV 261; Chailley, La nature juridique des traités internationaux, Nr. 63; P. De Visscher, De la conclusion des traités internationaux, S. 56 ff;

Die in dieser Zeit befolgte Praxis entsprach dieser Regelung, indem üblicherweise die Mitwirkung des Gesetzgebers vor dem entgeltigen Abschluß der Verträge erfolgte, zu deren Ratifizierung er zu ermächtigen hatte. Diese Ermächtigung erging durch den Erlaß eines Gesetzes. Die Rechtsprechung sprach sich im gleichen Sinne aus, indem sie den völkerrechtlichen Verträgen, bei denen der Gesetzgeber nicht mitgewirkt hat, völkerrechtliche Gültigkeit und damit innerstaatliche Anwendbarkeit aberkannte⁽⁵³⁾.

Schwierigkeiten ergaben sich im Zusammenhang mit Verträgen, die bestehende Gesetze abänderten oder aufhoben, denn vor 1946 war die Erforderlichkeit der gesetzgeberischen Mitwirkung beim Zustandekommen solcher Verträge nicht verfassungsrechtlich verankert. Der Präsident der Republik konnte diese also rechtmäßigerweise allein ratifizieren, ohne dazu durch die Legislative ermächtigt zu sein⁽⁵⁴⁾. Da die Beteiligung des Gesetzgebers in den Fällen, in denen sie in der Verfassung vorgesehen war, allein als Bedingung der völkerrechtlichen Gültigkeit der betreffenden Verträge anzusehen war, war bei den Abkommen, für die Verfassung diese Mitwirkung nicht vorschrieb, zumindest kein verfassungsrechtliches Hindernis dafür zu sehen, daß sie von dem Augenblick an Anwendung fänden, in dem sie im völkerrechtlichen Bereich in Kraft traten. Daraus ergab sich für die Gerichte die Frage, ob tatsächlich

Freymond, La ratification des traités et le problème des rapports entre le droit international et le droit interne, S. 74 ff; Pinto, Le contrôle de la régularité des conventions internationales par les juridictions françaises, in L'évolution du droit public, Festschrift Mestre, 1956, S. 438

(53) Paris, 28. 1. 1926, S. 1927, 2, 1, Anm. Niboyet; CC req. 14. 5. 1935, S. 1936, 1, 281, Anm. Rousseau; req. 25. 7. 1887, DP 1888, 1, 5, Anm. Sarrut und S. 1888, 1, 70, Anm. Lyon-Caen; Paris, 11. 2. 1892, DP 1892, 2, 593; Cour d'Appel de l'A.O.F., 8. 2. und 1. 3. 1907, S. 1908, 2, 209, Anm. Girault

(54) CC req. 14. 5. 1935, S. 1936, 1, 281, Anm. Rousseau; Dijon, 2. 5. 1933, RDIP 1933, 475, Anm. Niboyet; siehe auch Reglade, De la nature juridique des traités internationaux et du sens de la distinction des traités-lois et des traités-contrats, RDPSP 1924, 505

völkerrechtliche Verträge in solchen Fällen anstelle der ihnen widersprechenden innerstaatlichen Gesetze anzuwenden seien⁽⁵⁵⁾ oder ob die Anwendbarkeit von dem Erlaß eines den Vertrag bestätigenden Gesetzes abhängig zu machen sei.

Nach verschiedenen Entscheidungen⁽⁵⁶⁾, sowie einem Teil der Rechtslehre⁽⁵⁷⁾, waren gesetzesändernde Verträge auch dann für die Gerichte als verbindlich anzusehen, wenn keine gesetzgeberische Mitwirkung erfolgt war.

Nach anderer Ansicht⁽⁵⁸⁾, die auch in den meisten Entscheidungen⁽⁵⁹⁾

(55) dies ist eine Frage des Vorrangs, auf die an späterer Stelle noch zurückzukommen sein wird, siehe unten 4.3.1.3.

(56) vor allem zu Verträgen aus der Zeit vor 1875, als jedoch eine ähnliche verfassungsrechtliche Regelung bestand: Civil Lyon, 5.6.1884, Cl. 1885, 85; Nîmes, 19.11.1886, Cl. 1889, 295; CC req. 25.7.1887, D. 1888, 1, 5, Anm. Sarrut; Civil Seine, 5.5.1893, Cl. 1893, 843; comm. Marseille, 9.3.1898, Cl. 1899, 116

(57) Pic, De l'interprétation des traités internationaux, RGDI 1910, 6 ff; Noël, aaO, S. 73 ff; Mestre, aaO, RCADI 1931 IV 249 ff; Niboyet, La législation des loyers en France, le droit constitutionnel et le droit international, RDIP 1929, 594; Maury, Règles générales des conflits de lois, RCADI 1936 III 441 ff; De Soto, La promulgation des traités, S. 45 ff und 56

(58) Carré de Malberg, Contribution à la théorie générale de l'Etat, S. 536 ff; Trasbot, Anm. unter Paris, 2.7.1928, D. 1928, 2, 129; Reglade, aaO, RDPSP 1924, 511 ff; Bartin, Principes de droit international privé, Nr. 48; Chailley, aaO, Nr. 101 und 102; P. De Visscher, aaO, S 61 ff; Rousseau, Le régime actuel de conclusion des traités en France, in Festschrift Scelle, S. 577; Benoist, aaO, JCP 1952, I, 992; Pinto, aaO, S. 438; Schilling, Völkerrecht und staatliches Recht in Frankreich, S. 20

(59) Colmar, 29.7.1925, cl. 1926, 604; Douai, 2.3.1926, Cl. 1927, 119; Nancy, 28.11.1928, RDIP 1929, 602; Douai, 16.4.1929, Cl. 1930, 131; Lyon, 30.10.1929, Cl. 1930, 656; Civil Seine, 28.5.1930, Cl. 1931, 391; Civil Seine, ch. conc. loyers, 4. Abt., 28.3.1930, RDIP 1930, 675; Civil Seine, 8.3.1932, RDIP 1932, 286

zum Ausdruck kommt, war von einer Betrachtung auszugehen, die zwischen Völkerrecht und innerstaatlicher Rechtsordnung trennt⁽⁶⁰⁾. Danach konnte die Gültigkeit von Verträgen, die innerstaatlichen Gesetzen widersprechen und ohne Mitwirkung des Gesetzgebers abgeschlossen sind, nicht in Frage gestellt werden. Für die innerstaatliche Anwendbarkeit dieser Verträge - d.h. die Anerkennung eines Vorrangs vor widersprechenden innerstaatlichen Gesetzen - war jedoch gemäß dem Grundsatz der Gewaltenteilung der Erlass eines entsprechenden Gesetzes erforderlich.

Auch während der IV. Republik behielt die Mitwirkung des Parlaments in den Fällen, in denen sie gemäß der Verfassung notwendig war, den Charakter einer Voraussetzung der völkerrechtlichen Gültigkeit. Die Verfassung von 1946 läßt in dieser Hinsicht keinen Zweifel bestehen: Artikel 27 sieht vor, daß die Verträge nur unter der Bedingung wirksam werden konnten, daß sie auf der Grundlage einer gesetzlichen Ermächtigung ratifiziert worden war. Die Gebiete, auf denen eine Ermächtigung erforderlich ist, umfassen seit dieser Zeit auch die Änderung bestehender Gesetze. Damit ist entschieden, daß solche Verträge nicht mehr ohne die Genehmigung des Gesetzgebers wirksam zustande kommen können. Diese Genehmigung ist seitdem also auch bei gesetzesändernden Verträgen Voraussetzung der völkerrechtlichen Gültigkeit.

Artikel 53 der Verfassung läßt diese bisherige Regelung bestehen, indem er ihren Inhalt noch deutlicher klar macht: So werden die Verträge, die unter seine Bestimmungen fallen, "erst wirksam, nachdem sie ratifiziert oder approbiert worden sind". Die Ratifizierung oder Billigung kann aber gemäß Absatz 1 nur auf der Grundlage einer gesetzlichen Ermächtigung erfolgen. Die seitdem vom Parlament befolgte Praxis bestätigt die Auffassung, in den

(60) Die Vorstellung einer Trennung oder Teilung findet sich in der französischen Rechtsprechung auf dem hier in Frage stehenden Gebiet in verschiedenem Zusammenhang wieder, siehe unten 1.3.1. und 2.1.4.4.

Vorschriften der Verfassung eine Voraussetzung der völkerrechtlichen Gültigkeit zu sehen, da sie üblicherweise vor der Ratifizierung ergeht⁽⁶¹⁾.

Bestritten ist dagegen die Bedeutung der Mitwirkung des Gesetzgebers im Falle des Artikels 54. So ist zunächst zu bemerken, daß ein gewisser Unterschied besteht zwischen Artikel 54 und der Regelung des Artikels 53 in Verbindung mit Artikel 55. Letzterer spricht den Vorrang völkerrechtlicher Verträge vor den innerstaatlichen Gesetzen aus und macht die Anwendung dieses Grundsatzes von der Erfüllung bestimmter Voraussetzungen abhängig: Die fraglichen Verträge müssen "ordnungsgemäß" ratifiziert oder gebilligt sein, um trotz des Widerspruchs zum innerstaatlichen Recht Anwendung finden zu können. Artikel 54 bezweckt, den Widerspruch - hier also zur Verfassung - auf andere Weise zu beseitigen, nämlich durch eine Anpassung derselben an den völkerrechtlichen Vertrag. Daraus folgt keineswegs ein Vorrang des Vertrages vor der Verfassung; die zunächst verfassungswidrige Vertragsbestimmung wird vielmehr nach Änderung der Verfassung zu einem rechtmäßigen Bestandteil der Rechtsordnung, der von der Verfassung gebilligt oder selbst zum Verfassungssatz erhoben ist. Dabei bleibt die vertragliche Bestimmung als solche jedoch auch weiterhin der Verfassung untergeordnet. Artikel 54 sieht keineswegs vor, daß nach ordnungsgemäßer Durchführung des von ihm vorgesehenen Verfahrens eine Anwendung der vertraglichen Bestimmung auf Kosten der Verfassung erfolge, wie dies Artikel 55 im Hinblick auf die einfachen innerstaatlichen Gesetze tut. Dies dürfte der Grund dafür sein, daß Artikel 54 nicht die Wendung "ordnungsgemäß ratifiziert" enthält; tatsächlich kommt es in seinem Falle auf die Ordnungsgemäßheit weniger an, da die Frage eines Vorrangs des Vertrages nicht gestellt ist.

(61) die Rechtslehre teilt einhellig diese Auffassung: Pinto, aaO, S. 439; Luchaire, L'exercice de la fonction exécutive du droit international, in Festschrift Scelle, S. 827 ff; Dehaussy, aaO, Cl. 1960, 727; Schilling, aaO, S. 18 ff, besonders 25; Nguyen Quoc Dinh, aaO, RDPSP 1959, 531

Andererseits besagt Artikel 54, daß "die Ermächtigung zur Ratifizierung oder Billigung erst nach Verfassungsänderung ergehen kann", im Gegensatz zu Artikel 53, der expliziter formuliert: "...können nur auf der Grundlage einer gesetzlichen Ermächtigung ratifiziert oder gebilligt werden. Sie werden erst wirksam, nachdem sie ratifiziert oder gebilligt worden sind." Dennoch muß auch Artikel 54 so verstanden werden, daß er die völkerrechtliche Gültigkeit eines internationalen Vertrages von seiner materiellen Verfassungsmäßigkeit abhängig machen will⁽⁶²⁾. Dies ergibt sich im übrigen aus einer die Gesamtregelung der Artikel 52 bis 55 berücksichtigenden Analyse der Verfassung im Hinblick auf die in ihr zugrundeliegenden Konzeption des Verhältnisses zwischen Völkerrecht und innerstaatlichem Recht⁽⁶³⁾.

1.2.4. Nicht ratifizierungsbedürftige Abkommen

Erst die Verfassung von 1958 sieht die Möglichkeit des Abschlusses von völkerrechtlichen Abkommen vor, die nicht ratifiziert zu werden brauchen (*accords non soumis à ratification*). Die Bestimmungen der Verfassung, die auf diese Abkommen gerichtet sind, lassen jedoch ein erhebliches Maß an Deutlichkeit vermissen; viele Einzelfragen lassen sich nur - und nicht immer eindeutig - aus dem Zusammenhang beantworten. So spricht Artikel 52 in Absatz 2 davon, daß der Präsident der Republik über die Verhandlungen zu unterrichten ist, die den Abschluß von Abkommen bezwecken, welche nicht ratifiziert zu werden brauchen. Artikel 53 schreibt vor, daß Verträge oder Abkommen, die Regelungen auf einem der dort genannten Gebieten vorsehen, nur gültig sind, wenn sie ratifiziert oder gebilligt (*approuvés*) worden sind, wobei zu dieser Ratifizierung oder Billigung eine gesetzliche Ermächtigung vorliegen muß. Artikel 54 macht die Ermächtigung zur Ratifizierung oder Billigung eines Abkommens

(62) siehe auch Chailley, aaO, Nr. 98

(63) die an späterer Stelle anzustellen sein wird, siehe unten 3.3.2.

- also auch letztere Bestätigung - von der vorherigen Verfassungsänderung abhängig. Artikel 55 macht schließlich die Anerkennung des Vorrangs völkerrechtlicher Verträge und Abkommen vor den innerstaatlichen Gesetzen davon abhängig, daß diese Verträge und Abkommen ordnungsgemäß ratifiziert bzw. gebilligt worden sind. Die Anerkennung der Existenz von nicht ratifizierungsbedürftigen Abkommen auf dem Wege ausdrücklicher verfassungsrechtlicher Regelung ist also insoweit erfolgt, als für derartige Abkommen unter besonderen Umständen ein Billigungsverfahren vorgesehen worden ist. Diese Anerkennung ist also nur mittelbar geschehen.

Die genannten Bestimmungen der Verfassung von 1958 tragen einer völkerrechtlichen Entwicklung Rechnung, die allgemein in Richtung auf eine Vereinfachung oder Erleichterung der Formerfordernisse bezüglich des Abschlusses völkerrechtlicher Verträge geht. Solche in "vereinfachter Form" abgeschlossenen Abkommen (accords en forme simplifiée) sind aus dem Bedürfnis entstanden, für die Vielzahl von internationalen Verträgen, die in der heutigen völkerrechtlichen Praxis auf immer zahlreicheren und oft politisch weniger wichtigen Gebieten abgeschlossen werden, die Schwerfälligkeit des klassischen Verfahrens der Ratifizierung zu vermeiden. In der Fassung des Entwurfes von 1965 der Konvention über das Recht der völkerrechtlichen Verträge findet sich eine Definition der Abkommen in vereinfachter Form, die diese zu einer besonderen Kategorie völkerrechtlicher Verträge macht⁽⁶⁴⁾:

"L'expression accord en forme simplifiée s'entend à un traité conclu par un échange de notes, un échange de lettres, un procès verbal approuvé, un mémorandum d'accord, une déclaration commune ou tout autre instrument conclu par une procédure analogue."

(64) zitiert bei Colliard, Institutions Internationales, S. 242

In der endgültigen Fassung der Konvention von Wien ist keine entsprechende Bestimmung aufgenommen worden, doch läßt Artikel 12 stillschweigend den Abschluß von Abkommen in vereinfachter Form zu. Festzuhalten ist in jedem Fall, daß ein derartiges Abkommen nicht ratifizierungsbedürftig ist, da sich die an seinem Abschluß beteiligten Staaten darüber einig sind, allein durch ihre Unterschrift eine endgültige völkerrechtliche Verpflichtung einzugehen.

Wenn jedoch ein Abkommen in eines der in Artikel 53 aufgezählten Gebiete fällt, muß zur Billigung durch ein Gesetz ermächtigt werden. In diesen Fällen ist die Billigung also gleichermaßen wie die Ratifizierung gemäß Absatz 2 des gleichen Artikels eine Voraussetzung der völkerrechtlichen Gültigkeit. Das aber bedeutet, daß auch die nicht ratifizierungsbedürftigen Abkommen, von denen die Verfassung spricht, nicht allein durch ihre Unterzeichnung in Kraft treten können⁽⁶⁵⁾. Demnach sind mit den "accords non soumis à ratification" nicht "accords en forme simplifiée"⁽⁶⁶⁾. In dem Umfang, in dem die Existenz der nicht ratifizierungsbedürftigen Abkommen expressis verbis durch die Verfassung anerkannt ist, ist keine umwälzende Neuerung erfolgt, denn eine tatsächliche Erleichterung hinsichtlich des Verfahrens zum Abschluß dieser Abkommen besteht nicht: auf den Gebieten, auf denen die Verfassung eine andere Prozedur als die der Ratifizierung erlaubt, gestattet sie es nicht, daß eine völkerrechtliche Verpflichtung bereits durch die Unterschrift begründet werden kann. Eine gewisse Vereinfachung kann natürlich darin gesehen werden, daß nicht mehr unbedingt der Staatspräsident unterzeichnen muß. Doch handelt es sich in jedem Falle um die gleiche Verfahrenstechnik.

(65) siehe Nguyen Quoc Dinh, aaO, S. 533; aA Smets, La conclusion des accords en forme simplifiée, S. 110

(66) die Ausdrücke "accords non soumis à ratification" und "accords en forme simplifiée" sowie "approbation" beziehen sich keineswegs immer auf dieselben Begriffe, siehe Vellas, aaO S. 26; die von der Verfassung von 1958 verwendete Terminologie entspricht kaum den normalerweise im Völkerrecht gebrauchten Ausdrücken, siehe Rideau, aaO, S. 11; die Bezeichnung "accords non soumis à ratification" wird hier im Sinne der Verfassung verwendet, während der Begriff "accords en forme simplifiée" im Sinne der oben gegebenen Definition gebraucht wird

Ebensowenig bestehen zwischen den klassischen völkerrechtlichen Verträgen und den von der Verfassung gemeinten Abkommen in vereinfachter Form Unterschiede hinsichtlich deren Inhalts. Beide Formen von völkerrechtlichen Vereinbarungen können die gleichen Verpflichtungen enthalten, was besonders deutlich in Artikel 54 zum Ausdruck kommt: Sogar verfassungsändernde Verträge können als nicht ratifizierungsbedürftige Abkommen abgeschlossen werden.

Es läßt sich also feststellen, daß auch die Verfassung von 1958 noch nicht den Weg zum Abschluß von Abkommen in vereinfachter Form im eigentlichen Sinne eröffnet. Die Regelung, die sie enthält, bezieht sich auf Abkommen, die den ratifizierungsbedürftigen Verträgen in allen wesentlichen Hinsichten gleichgestellt sind⁽⁶⁷⁾.

Dagegen unterscheiden sich die "accords non soumis à ratification" von den "accords en forme simplifiée" sowohl hinsichtlich ihres sachlichen Inhalts als auch der Voraussetzung ihres Inkrafttretens im völkerrechtlichen Bereich. Obwohl die Verfassung nicht ausdrücklich von Abkommen spricht, die allein durch ihre Unterschrift Pflichten zwischen den Staaten begründen, kann doch aus einem argumentum ex contrario auf die Möglichkeit geschlossen werden, solche Verträge abzuschließen⁽⁶⁸⁾: Auf Gebieten, die nicht unter die Bestimmung des Artikels 53 Absatz 1 fallen, genügt die Unterschrift, um einem Abkommen volle Rechtswirksamkeit im Völkerrecht zu verleihen. Tatsächlich gibt es auch heute noch Verträge, die allein durch ihre Unterzeichnung in Kraft treten⁽⁶⁹⁾.

Doch ist auch für solche Abkommen eine Billigung erforderlich, damit sie im innerstaatlichen Bereich angewendet werden können.

(67) siehe Waelbroek, aaO, S. 33

(68) vgl. Bastid, aaO

(69) siehe z.B. JO vom 14. April 1964, S. 3357

Im Gegensatz zu den von der Verfassung geregelten accords non soumis à ratification bedeutet die Billigung jedoch hier keine Bedingung der völkerrechtlichen Gültigkeit, sondern eine Voraussetzung der innerstaatlichen Anwendbarkeit⁽⁷⁰⁾.

Die Verfassung legt aber auch für die von ihr anerkannten nicht ratifizierungsbedürftigen Abkommen nicht die Einzelheiten bezüglich des Billigungsverfahrens fest. So schweigt sie vor allem zu der Frage, wer zu der erforderlichen Billigung befugt ist. Zunächst kann festgestellt werden, daß diese Billigung aufgrund eines Gesetzes, also auf der Grundlage einer Ermächtigung durch den Gesetzgeber (en vertu d'une loi), nicht aber durch dieses selbst erfolgt - wie das manchmal unter der IV. Republik geschah⁽⁷¹⁾. Artikel 52 ordnet an, daß der Staatspräsident die völkerrechtlichen Verträge ratifiziert. Daraus ist gefolgert worden, daß auch er es ist, der die nicht ratifizierungsbedürftigen Abkommen billigt⁽⁷²⁾. Nach anderer Ansicht läßt sich aus dem Unterschied zwischen Ratifizierung und Approbierung auch auf eine Unterscheidung bezüglich der Kompetenzen schließen, indem gesagt wird, daß neben dem Staatspräsidenten auch der Ministerpräsident die Billigung aussprechen kann⁽⁷³⁾. In dieser Hinsicht würde also ein Unterschied zu den Verträgen deutlich werden, die ratifiziert werden müssen - wozu allein der Staatshof befugt ist. Während der IV. Republik hatte auch die Billigung notwendigerweise durch den Staatshof zu erfolgen⁽⁷⁴⁾. Auch in dieser Hinsicht besteht also eine gewisse Verfahrenserleichterung, indem - wie bei der Unterzeichnung - eine Alternative eröffnet wird. Doch bleibt, wie gesagt, die Technik im wesentlichen dieselbe.

(70) siehe im einzelnen unten 2.1.2.3.

(71) siehe unten 2.1.3.4.

(72) so Dehaussy, aaO Heft 12 A Nr. 77

(73) so die überwiegende Ansicht, Nguyen Quoc Dinh, La constitution de 1958 et le droit international, RDPSP 1959, 535; siehe auch die Schlußanträge von Fournier vor der Entscheidung CE vom 13.7.1965, SOC. Navigator, Rec. 1965, 422.

(74) was im übrigen als Argument für die Beschränkung der Kompetenz zur Billigung auf den Staatspräsidenten angeführt wird, indem in der verfassungsrechtlichen Regelung von 1958 nur eine Bestätigung der bis dahin üblichen Praxis gesehen wird, so Dehaussy aaO.

1.2.5. Die weiteren Besonderheiten der Verfassung von 1958

Die Verfassung von 1958 enthält eine andere, beachtenswerte Neuerung, indem sie die Möglichkeit einer Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit von völkerrechtlichen Verträgen vorsieht. Zu dieser Kontrolle befugt ist - unter den in Artikel 54 genannten Voraussetzungen - der Verfassungsrat (Conseil constitutionnel), der zwar gegenüber seinem von der Verfassung von 1946 vorgesehenen Vorgänger erheblich an Bedeutung gewonnen hat, jedoch immer noch weit von einem wirklichen Verfassungsgerichtshof entfernt ist. Die Verfassung von 1958 versucht, einen Widerspruch zwischen den verfassungsrechtlichen Vorschriften und den Bestimmungen eines völkerrechtlichen Vertrages von vornherein auszuschließen, indem sie bestimmt, daß der vor der Ratifizierung oder Approbierung eines solchen Vertrages dessen Übereinstimmung mit der Verfassung zu überprüfen ist, wenn der Präsident der Republik, der Premierminister, oder der Präsident einer der beiden Kammern dem Verfassungsrat einen entsprechenden Antrag stellt. Erklärt dieser, daß der fragliche Vertrag eine Bestimmung enthält, die im Widerspruch zur Verfassung steht, so kann die Ratifizierung bzw. Billigung nur nach einer entsprechenden Verfassungsänderung erfolgen. Entweder wird also die Verfassung dahingehend revidiert, daß der Konflikt mit dem Vertrag aufgehoben ist, oder aber der Vertrag soll nicht ratifiziert werden. Diese Bestimmung wirft freilich unmittelbar die Frage auf, welche Folgen sich ergeben, wenn trotz eines offensichtlichen Widerspruches zwischen Vertrag und Verfassung der Verfassungsrat nicht angerufen wird⁽⁷⁵⁾, oder wenn trotz der Feststellung eines Widerspruches zur Ratifizierung ermächtigt wird. Diese Fragen werden uns nur in zweiter Linie beschäftigen; für die Untersuchung der französischen Rechtsprechung ist es wichtiger, festzustellen, welche Haltung die Gerichte im Hinblick auf die Behauptung einer Verfassungswidrigkeit eines Vertrages einnehmen. Allgemein läßt sich schon

(75) Nach Ansicht von Simon-Depitre ist die Anrufung fakultativ, Jura-Europae, Das Niederlassungsrecht in Frankreich, Nr. 44

an dieser Stelle sagen, daß es sich bei der in Artikel 54 enthaltenen Regelung weniger um eine Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit eines völkerrechtlichen Vertrages handelt, als darum, die Übereinstimmung der Verfassung mit den Bestimmungen eines solchen Vertrages herzustellen⁽⁷⁶⁾.

Schon die Verfassung von 1875 hatte vorgesehen, daß ein Gesetz die Abtretung, den Tausch oder den Erwerb von Gebietsteilen zu genehmigen hatte. Seit 1946 bedarf es darüberhinaus der Zustimmung der betroffenen Bevölkerung, was eine Bestätigung des Grundsatzes des Selbstbestimmungsrechtes der Völker bedeutet. Dabei ist anerkannt, daß diese Zustimmung eine Voraussetzung für die Rechtmäßigkeit des Gesetzes ist, das auch gemäß den Verfassungen von 1946 und 1948 noch zusätzlich notwendig ist, um die Ermächtigung zur Ratifizierung auszusprechen.

Zum anderen sieht Artikel 11 der gültigen Verfassung vor, daß auch in sonstigen Fällen der Gesetzesentwurf, der für die Ermächtigung zur Ratifizierung eines völkerrechtlichen Vertrages bestimmt ist, einem Volksentscheid unterworfen werden kann, wenn dieser Vertrag, ohne daß er der Verfassung widerspräche, Auswirkungen auf das Zusammenwirken der Staatsorgane im Sinne der Verfassung hätte:

"Le Président de la République ... peut soumettre au référendum tout projet de loi ... tendant à autoriser la ratification d'un traité qui, sans être contraire à la constitution, aurait des incidences sur le fonctionnement des institutions." Eine solche Volksabstimmung ist zwar nicht möglich, wenn ein Widerspruch zur Verfassung vorliegt⁽⁷⁷⁾, kann aber - unter den genannten Bedingungen - auf allen in Artikel 53 Absatz 1 aufgezählten Gebieten stattfinden, also auch, wo eine gesetzgeberische Ermächtigung wegen Widerspruchs zu einem innerstaatlichen Gesetz notwendig ist. Da die Souveränität des Volkes insoweit der Souveränität des Gesetzgebers vorgeht, wird

(76) Siehe Simon-Depitre, aaO

(77) wie sich aus einer Gegenüberstellung mit Artikel 89 ergibt; siehe jedoch die anlässlich des Referendums von 1962 über die Verträge von Evian entstandenen Kontroversen

über die Ermächtigung zur Ratifizierung in solchen Fällen nicht auf dem Wege des Gesetzgebungsverfahrens, sondern durch den Ausgang des Referendums entschieden.

Schließlich enthält die Verfassung von 1958 eine Neuerung, die für das praktische Rechtsleben von weniger Bedeutung ist als die Reaktionen der Rechtslehre zunächst vermuten ließen⁽⁷⁸⁾: Sie stellt den Grundsatz auf, daß völkerrechtliche Verträge nur unter der Voraussetzung der Anwendung durch die Gegenseite auch in Frankreich Anwendung finden können, ein Prinzip, das gewöhnlich als "non adimpleti contractus" bezeichnet wird. Die Aufnahme dieser Bestimmung in die Verfassung stieß allgemein auf Empörung, die zumindest angesichts der zwischenzeitlichen Entstehung des Gemeinschaftsrechtes berechtigt erscheint. Eine Erklärung für die Einführung dieses Vorbehalts in das positive Verfassungsrecht läßt sich darin sehen, daß die Konstitution von 1958 mehr als ihre Vorgängerin den Vorstellungen nationaler Souveränität huldigt.

1.3. Die Bedeutung des Begriffes des "völkerrechtlichen Vertrages"

Es stellt sich an dieser Stelle noch einmal die Frage nach dem Begriff des völkerrechtlichen Vertrages, hier jedoch im Hinblick auf die Bedeutung, die die französischen Gerichte diesem Begriff geben, d.h., auf welche Abkommen sie die Artikel 52 bis 55 der Verfassung anwenden.

(78) siehe unten 3.2.

1.3.1. Der Begriff des Vertrages im formellen Sinn

Die Frage, ob ein bestimmtes Abkommen als völkerrechtlicher Vertrag angesehen werden kann, hängt zunächst davon ab, welche Typen von internationalen Verträgen die französische Rechtsprechung als solche anerkennt, d.h. welche Möglichkeiten des Abschlusses solcher Verträge ihrer Ansicht nach bestehen, um gültige internationale Verpflichtungen entstehen zu lassen. Davon zu trennen ist die Frage, welche besonderen Voraussetzungen nach Meinung der französischen Gerichte vorliegen müssen, damit die völkerrechtliche Gültigkeit der einzelnen Vertragsarten angenommen werden kann⁽⁷⁹⁾. Beide Fragen mögen in Grenzfällen ineinander übergehen, so z.B. zu Beginn einer später ständigen Rechtsprechung. Sie sollen hier jedoch in dem Sinne unterschieden werden, daß zunächst nur festzustellen ist, welche formellen Kategorien völkerrechtlicher Abkommen vom französischen Richter anerkannt werden.

1.3.1.1. Die von der Verfassung anerkannten Kategorien

Freilich erkennen die Gerichte ohne weiteres solche Abkommen als völkerrechtliche Verträge an, die in eine der von der Verfassung selbst anerkannten Kategorien fallen. Hierbei handelt es sich zunächst um die klassischen völkerrechtlichen Verträge, die zwischen zwei oder mehreren Staaten ausgehandelt werden, und im Anschluß daran unterzeichnet und ratifiziert werden. Ebensowenig haben sich besondere Schwierigkeiten hinsichtlich der Anerkennung der 1958 eingeführten nicht ratifizierungsbedürftigen Abkommen ergeben, was sich schon angesichts der Tatsache erklärt, daß sich diese Abkommen von den klassischen völkerrechtlichen Verträgen nicht wesentlich unterscheiden.

(79) siehe dazu unten 2.1.

... Die ... s. f. ... 1916

merkwürdig ist dagegen die Entwicklung, die unter dem
der Anerkennung von Abkommen in vereinfachter Form Stellung nimmt.
Diese Abkommen, soweit es sich um eine solche in eigentlicher
Sinne handelt, haben ja auch heute noch keine ausdrückliche An-
erkennung in der Verfassung gefunden. Bereits während der IV.
Republik sahen sich die Gerichte gezwungen, die völkerrechtliche
Gültigkeit der immer häufiger erfolgenden Abschlüsse in vereinfach-
ter Form anzuerkennen, obwohl die Verfassung diese eigent-
lich nicht zuließ. Dabei stellte sich zunächst gar nicht das
Problem einer fehlenden Ratifizierung. Die Schwierigkeiten er-
gaben sich bereits im Hinblick auf eine vorher zu stellende
Frage: Die fraglichen Abkommen waren nämlich nicht vom Staats-
präsidenten unterzeichnet worden, wie Artikel 31 der Verfassung
von 1946 dies ausdrücklich anordnete. Zudem war in diesen Ver-
trägen nicht von einer Ratifizierung die Rede. Vielmehr war vor-
gesehen, daß sie bereits mit ihrer Unterzeichnung Gültigkeit er-
langten, woraus sich ein zusätzliches Problem ergab. Diese
Praxis, bestimmte Abkommen abzuschließen, ohne daß der Staats-
chef daran beteiligt war, hat sich offensichtlich unter dem
Druck politischer Notwendigkeiten herausgebildet⁽⁸⁰⁾.

Derartige Abkommen wurden zuerst von den Zivilgerichten anerkannt⁽⁸¹⁾.

(80) siehe Loussouarn, Anm. unter Paris, Chambre des mises en accusation, 31.10.1950; Nancy, Chambre des mises en accusation, 10.11.1949, RCDIP 1951, 490 ff; Monneray, Anm. unter CC Chambres réunies, 27.4.1950, RCDIP 1951, 113; Bellet, Anm. unter Prés. du Tribunal de la Seine, 12.10.1957, RDCIP 1953, 377; Dehaussy, Les conditions d'application des normes conventionnelles sur le for interne français, Cl. 1960, 713; Chayet, Les accords en forme simplifiée, AFDI 1957, 3; Benoist, La force obligatoire pour les tribunaux des accords en forme simplifiée, JCP 1952, I, 992; siehe auch Wengler, Völkerrecht, Band I, S. 226; Verdross, Völkerrecht, S. 161 und 165; Seidl-Hohenveldern, Völkerrecht, S. 46 f und 55 ff

(81) CC civil, Ass. plén., 11.3.1953, Gambino ./s. Arcens, Cl. 1953, 636, RCDIP 1953, 113

Diese Anerkennung erfolgte auf der Grundlage einer recht extensiven Auslegung der Verfassung, deren Bestimmungen nach Ansicht der Rechtsprechung auch Genüge getan war, wenn derartige Abkommen im nachhinein durch ein Dekret des Präsidenten der Republik "gebilligt" (*approuvés*) wurden. Dabei wurde eine gedankliche Trennung zwischen der völkerrechtlichen und verfassungsrechtlichen Seite der Ratifizierung eingeführt: "im völkerrechtlichen Bereich ist die Ratifizierung ein Mittel, das endgültige Einverständnis des Staates zu geben; auf innerstaatlichem Gebiet ist die Ratifizierung durch das Mitwirken des Staatsoberhauptes gekennzeichnet."⁽⁸²⁾ Auf diese letztere Seite kam es den Gerichten entscheidend an: Sie ließen es daher zu, daß das Fehlen einer eigentlichen Ratifizierung durch ein Eingreifen a posteriori durch den Staatspräsidenten geholt werden konnte⁽⁸³⁾. Obwohl dieses Dekret "décret ratifiant l'accord...." genannt wurde, handelte es sich dabei um einen rein innerstaatlichen Rechtsakt, dem keinerlei Bedeutung oder Wirkung im Völkerrecht zukam⁽⁸⁴⁾.

Diese Anerkennung wurde anschließend auch vom Staatsrat ausgesprochen, und zwar hinsichtlich der gleichen Verträge, die auch am Beginn der Rechtsprechung des Kassationshofes gestanden hatten: dem französisch-italienischen Notenaustausch vom 17. Mai 1946, der durch Dekret vom 25. August 1947 "ratifiziert" und am 27. August 1947 veröffentlicht worden war⁽⁸⁵⁾. Seit dieser Entscheidung kann die Anerkennung seitens der Gerichte der *accords en forme simplifiée* als völkerrechtliche Abkommen *sui generis* nicht mehr angezweifelt werden.

(82) Schlußanträge des Generalanwalts Blanchet vor der Entscheidung Gambino

(83) Der Gedanke einer Trennung liegt verschiedenen grundsätzlichen Einstellungen der Rechtsprechung zugrunde, siehe schon oben 1.2.3. sowie unten 2.1.4.4. Es handelt sich dabei um eine Folge der Vorstellungen, die sich die Richter von dem Verhältnis des Völkerrechts zum innerstaatlichen Recht machen, siehe unten 3.3.2.

(84) Dehaussy, aaO Heft 12 A, Nr. 76

(85) CE, 16.11.1956, Villa RDP 1957, 123

So ist auch die Frage, ob diese Rechtsprechung eine Anerkennung der völkerrechtlichen Gültigkeit von Abkommen bedeutet, die gemäß der Absprache der beteiligten Staaten allein durch ihre Unterschrift in Kraft treten, zu bejahen⁽⁸⁶⁾. In jedem Falle machen die Gerichte die innerstaatliche Anwendbarkeit jedoch von einer Billigung abhängig, und zwar auch bezüglich der Abkommen, die nach 1958 in dieser Form abgeschlossen worden sind⁽⁸⁷⁾. Besondere Schwierigkeiten ergeben sich hinsichtlich der Anwendbarkeit des Artikels 55⁽⁸⁸⁾. Doch stellen es die Gerichte nicht in Frage, daß besagte Abkommen als völkerrechtliche Verträge anzusehen sind⁽⁸⁹⁾.

1.3.1.3. Das Gemeinschaftsrecht

Bei der Frage der Anerkennung des sogenannten Gemeinschaftsrechts als völkerrechtliches Vertragsrecht ist zwischen den Verträgen zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften und den ergänzenden Verträgen einerseits und den Rechtsakten der Gemeinschaftsorgane andererseits zu unterscheiden⁽⁹⁰⁾. Die französische Rechtsprechung faßt sowohl das primäre als auch das sekundäre Gemeinschaftsrecht als Völkerrecht im weiteren Sinne auf. Beide Bereiche des Gemeinschaftsrechts werden dem Recht der völkerrechtlichen Verträge gleichgestellt. Die Besonderheiten des Gemeinschaftsrechts werden keineswegs geleugnet, doch wird in ihnen keine so weitgehende Eigenständigkeit gesehen, daß die Anwendung des Artikels 55 ausgeschlossen wäre⁽⁹¹⁾.

(86) siehe Waelbroek, aaO, S. 33

(87) siehe unten 2.1.2.3.

(88) siehe unten 4.2.

(89) vgl. Schilling, Völkerrecht und staatliches Recht in Frankreich, S. 184

(90) Zu der Frage, ob auch die in Anwendung einer Gemeinschaftsvorschrift erlassenen innerstaatlichen französischen Normen zum Gemeinschaftsrecht gerechnet werden, siehe Saint-Esteben, Droit communautaire et droits nationaux.

(91) Cour d'Appel de Paris, Soc. UNEF ./.. Etbl. Consten, 26. 1. 1963, Cl. 1963, 728, D. 1963, 189 Anm. Robert, RCDIP 1963, 399 Anm. Mezger; 4. 3. 1964, D. 1964, 419; CE, 22. 12. 1961, SNCF ./.. Ministère des Travaux Publics et des Transports, Rec. 1961, 739; CC crim., 19. 2.

1.3.1.4. Die im Rahmen der Internationalen Arbeitsorganisation abgeschlossenen Verträge

Die Frage, ob die im Rahmen der Internationalen Arbeitsorganisation abgeschlossenen Verträge gültige völkerrechtliche Abkommen darstellen, war in Frankreich in den Jahren 1920 bis 1926 heftig diskutiert. Trotz der Vorbehalte, die vor allem seitens der Rechtslehre Ausdruck fanden, da der Abschluß dieser Verträge völlig ohne Mitwirkung des Staatsoberhauptes erfolgte⁽⁹²⁾, hat auch die französische Rechtsprechung, die herkömmlicherweise einer sich auf das vertragliche Element völkerrechtlicher Verträge gründenden Auffassung anhängt⁽⁹³⁾, die Rechtmäßigkeit dieses Verfahrens zugelassen. Die späteren Entscheidungen bestätigen seine Wirksamkeit, ohne zu verlangen, daß die Bestimmungen derartiger Verträge in zweiseitigen Abkommen wiederholt werden⁽⁹⁴⁾.

1.3.1.5. Die Anerkennung als völkerrechtlicher Vertrag in besonderen und strittigen Fällen

Der Kassationshof hat unter einem völkerrechtlichen Abkommen auch einen solchen Vertrag verstanden, an dem Parteien beteiligt waren, die nicht die Eigenschaft eines Subjekts des Völkerrechts aufwiesen⁽⁹⁵⁾.

1964, Riff, Cl. 1965, 85, RDP 1965, 886 ff; Trib. gr. inst. Strasbourg, 3.6.1965, Rev. trim. dr. eur. 1965, 487; Cour d'Appel de Paris, 7.7.1965, Rev. trim. dr. eur. 1965, 4, 90, Schlußanträge Toubas, JCP 1966 II 14578, GP 1965 II 90; Cour d'Appel Colmar, 15.11.1967, GP 1968, 1, CEE 6

(92) sie werden im Rahmen einer internationalen Konferenz ausgehandelt und von deren Präsident, also dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsbüros, unterschrieben; siehe zu diesen Fragen Watrin, Quelques difficultés constitutionnelles suscitées en France par l'élaboration des conventions internationales du travail, in Festschrift Mahaim, S. 603 ff

(93) siehe Rousseau, Précis, S. 48

(94) Req., 27.2.1934, D.H. 1934, 203, S. 1935, 1, 1, Anm. Niboyet

(95) 5.10.1965, GP 1965 II 364; außer verschiedenen Staaten waren an diesem Abkommen die Compagnie des chemins de fer Danube-Save-Adriatique sowie das Comité des porteurs d'obligations beteiligt; siehe hierzu auch Bernhard, Der Abschluß völkerrechtlicher Verträge im Bundesstaat, S. 5; Wengler, Völkerrecht, Band III, S. 186; Guggenheim, Lehrbuch, S. 75

So wurden auch als internationale Verträge die Abkommen von Evian bezeichnet, die am 19. März 1962 zwischen der französischen Regierung und den Vertretern der nationalen Befreiungsfront Algeriens abgeschlossen worden waren⁽⁹⁶⁾. Diese Verträge sind am 20. März 1962 als *déclarations gouvernementales*, also als einseitiger Rechtsakt, im *Journal Officiel* veröffentlicht worden⁽⁹⁷⁾. Ihre Bedeutung hat in jüngerer Zeit noch erheblich zugenommen, da einerseits die Endgültigkeit der neuen Situation den Betroffenen klar wurde, und daher ein größeres Rechtsschutzbedürfnis merkbar wurde, andererseits die Gerichte nun nach einigem zeitlichen Abstand mehr Bereitschaft zeigen, in den besagten Abkommen völkerrechtliche Verträge zu sehen⁽⁹⁸⁾. Dies gilt vor allem für die Zivilgerichte.

Der Staatsrat hat dagegen die Frage, ob diesen Verträgen die Eigenschaft internationaler Abkommen zukommt, für eine Auslegungsfrage gehalten, für deren Beantwortung er nicht kompetent ist und die er infolgedessen dem Außenminister unterbreitet hat. Nach Bejahung durch die zuständigen Stellen hat er die Abkommen als solche angewendet⁽⁹⁹⁾. Der Staatsrat hat auch nicht die Anwendung des Protokolls über die Gerichtsorganisation ausgeschlossen, das am 28. August 1962 von der französischen Regierung und der provisorischen Regierung Algeriens unterzeichnet worden war.⁽¹⁰⁰⁾ Die Mitglieder dieser Regierung waren von der französischen Regierung durch Dekret vom 6. April 1962 ernannt worden⁽¹⁰¹⁾. Rousseau⁽¹⁰²⁾

(96) Cour de Paris, 21. 5. 1965, RGDIP 1966, 204, Anm. Rousseau; Cour d'Aix, 2. 12. 1965, JDI 1966, 108, Anm. Bredin; GP 1966 I 263

(97) siehe Rousseau in RGDIP 1968, 118

(98) so mit der Begründung, daß sie durch Referendum vom 8. April 1962 ratifiziert worden sind: Trib. d'inst. de Puteaux, 12. 11. 1969, *Entreprise Moinon* ./.. Vivez, Nouar et Ramdani, GP 1970 I 54; Trib. comm. Lille, 5. 7. 1967, GP 1967 II 239 Anm. Gavalda

(99) 27. 3. 1968, *Sieurs Moraly et Soc. Maison Moraly*, Rec. 1968, 205, D. 1968, J 678, Anm. Silvera; JCP 1969 II 15847 Anm. Ribs und Manesse, RCDIP 1969, 461 Anm. Kovar, RDP 1968, 688 Anm. Waline

(100) CE, 12. 10. 1962, *Union régionale de la CFTC*, Cl. 1963, 402, Anm. Pinto, siehe auch Wengler, *Völkerrecht*, Band I, S. 283 und 295
(101) JO vom 7. 4. 1962

(102) Rousseau, aaO

weist darauf hin, daß bei diesen Abkommen weder eine Trennung der Parteien in einer Präambel geschehen war, noch bei ihrer Veröffentlichung⁽¹⁰³⁾, wie sonst üblich, auf das Dekret vom 14. März 1953 betreffend die Bekanntmachung völkerrechtlicher Verträge erwähnt wurde.

Die Entscheidung darüber, ob ein fragliches internationales Abkommen als völkerrechtlicher Vertrag zu betrachten ist, hängt freilich in vielen Fällen von einer Auslegung desselben ab. So verneinte der Staatsrat die Anwendbarkeit eines Abkommens über den Fiscofflag in der Doubs, das am 4.12.1954 zwischen der französischen und schweizerischen Verwaltung abgeschlossen worden war, mit der Begründung, daß dieses Abkommen von den Verwaltungsdirektoren unterzeichnet war und daß sich aus der Mitteilung des Außenministeriums ergab, daß es sich nicht um ein völkerrechtliches Abkommen im Sinne der Verfassung von 1946 handelte⁽¹⁰⁴⁾.

Allgemein läßt sich bemerken, daß die Gerichte eine Neigung zeigen, Abkommen als völkerrechtliche Verträge anzuerkennen, wenn sich im Anschluß an diese Feststellung ihre Unzuständigkeit für die ihnen zur Entscheidung unterbreiteten Fragen begründen läßt⁽¹⁰⁵⁾. Andererseits erlaubt freilich auch gerade die Nichtanerkennung als völkerrechtlicher Vertrag, die Anwendbarkeit auszuschließen⁽¹⁰⁶⁾.

Wenn ein bestimmtes internationales Abkommen in eine der **Kategorien** fällt, die von der französischen Rechtsprechung als völkerrechtliche Verträge anerkannt sind, so bedeutet dies freilich noch nicht, daß das fragliche Abkommen gültig ist. Dies ist im Hinblick auf die den einzelnen Vertragsarten eigenen, besonderen Voraussetzungen zu entscheiden, deren Vorliegen in jedem Einzelfall zu überprüfen ist. Die Rechtsprechung zu diesen Fragen wird im Anschluß zu untersuchen sein⁽¹⁰⁷⁾.

(103) J.C. vom 10.1.1953.

(104) CS 1.4.1955, Consorts Châtelain, RGDP 1955, 201.

(105) CS 14.1.1959, Sieurs Moraly et Soc. Maison Moraly, Rec. 1959, 10, D. 1959, 313, Ann. Silveira, RDP 1959, 336, Ann. Maline.

(106) Trib. adm. Seine, 10.2.1970, Soc. Européenne d'Etudes et d'Entreprises, J.C. 1971, II, 15 10, Ann. Rusie.

(107) siehe unten 2.1.

1.3.2. Der Begriff des Vertrages im materiellen Sinn

In Ergänzung der Frage, inwieweit ein Vertrag als förmliches völkerrechtliches Abkommen anerkannt wird, bleibt zu betrachten, inwieweit eine Prüfung darüber erfolgt, ob der Vertrag tatsächlich verpflichtende Normen enthält. Dabei läßt sich die Neigung des französischen Richters feststellen, aufgrund der Tatsache des Abschlusses, der Ratifizierung bzw. Billigung und einer ordnungsgemäßen Veröffentlichung allein bereits die Anwendbarkeit eines Vertrages zu bejahen. In diesem Sinne wenden verschiedene Entscheidungen das Genfer Abkommen vom 30. Juni 1928 über die Behandlung der russischen und armenischen Flüchtlinge an, welches durch ein Dekret des Präsidenten gebilligt worden war, durch das seine Veröffentlichung im Journal Officiel und sein Inkrafttreten angeordnet wurde, "soweit es mit den Gesetzen und Verordnungen zu vereinbaren ist". Dieses Abkommen erhielt bloße Empfehlungen an die Regierung und legte diesen keine wirklichen Verpflichtungen auf⁽¹⁰⁸⁾.

Der Staatsrat hat dagegen entschieden, daß die Universelle Erklärung der Menschenrechte, die von der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948 angenommen worden war, nicht als völkerrechtlicher Vertrag zu betrachten sei⁽¹⁰⁹⁾. Er ließ daher die Anfechtung der Annullierung einer Wahl nicht zu, die auf der Grundlage des Erlasses vom 21. April 1944 erfolgt war, gemäß der bestimmte Personen aufgrund ihres Verhaltens während des Krieges des passiven Wahlrechtes für verlustig erklärt worden waren⁽¹¹⁰⁾.

(108) Paris, 27.3.1930 und Civil Seine, Ch. cons. loyers, 3. Abt., 28.5.1930, RDIP 1930, 677, Anm. Trachtenberger; Civil Seine 4.11.1930, Cl. 1931, 111; Grenoble, 18.1.1932, RDIP 1932, 290; dagegen Civil Seine, Ch. cons. loyers, 4. Abt., 28.5.1930, RDIP 1930, 675; CE 18.3.1936, Diakonoff, Rec. 1936, 339

(109) 18.4.1951, Élection de Nelay, Rec. 1951, 189

(110) die Menschenrechtskonvention wurde vom österreichischen Verfassungsgerichtshof in der Entscheidung vom 5.10.1950 als rechtlich unverbindlich betrachtet, JDI 1951, 1161; das Berufungsgericht des 2. Distrikts von Kalifornien dagegen hat ihr in der Rechtssache Sei Fuji am 24.4.1950 Rechtsverbindlichkeit beigemessen

Eine jüngere Entscheidung dagegen hatte sich auf den Standpunkt gestellt, daß diese Erklärung, da sie im Journal offiziell bekanntgemacht war, wie ein französisches Gesetz anzuwenden sei⁽¹¹¹⁾. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine allgemeine Rechtsprechung. Dem Staatsrat genügt die Veröffentlichung nicht, um die Anwendbarkeit zu bejahen⁽¹¹²⁾. So ist festzustellen, daß die genannten, eine Anwendbarkeit bejahenden Entscheidungen zwar bezeichnend dafür sind, daß der französische Richter allein auf die äußere Form eines völkerrechtlichen Vertrages abstellt, daß jedoch eine Anwendung in der Regel nur erfolgt, wenn der fragliche Vertrag tatsächlich eine Verpflichtung gegenüber einem anderen Subjekt des Völkerrechts enthält⁽¹¹³⁾.

1.4. Das Vorgehen der Gerichte bei der Überprüfung der Anwendbarkeit eines völkerrechtlichen Vertrages

Die Lösungen, zu denen die Gerichte bezüglich der Frage der Anwendbarkeit eines internationalen Abkommens gelangen, werden in erheblichem Umfang von der Reihenfolge bestimmt, in der sie die die Beantwortung dieser Frage bestimmenden Einzelprüfungen vornehmen. Andererseits hängt die Frage der Anwendbarkeit zum großen Teil von der Beantwortung der Vorfrage ab, wie die Gerichte über das Vorliegen ihrer eigenen Kompetenz entscheiden.

(111) Cour de Paris, 29.4.1959, Soc. Roy export et Charlie Chaplin ./.. Soc. Les films Roger Richeb , Cl. 1960, 128, Anm. Goldman, GP, 1959, 1, 125, Anm. Combaldieu, RCDIP 1959, 484, Anm. Loussouarn, RDP 1959, 820

(112) CE 11.5.1960, Car , RPDA 1960, Nr. 207, Cl. 1961, 404 Anm. Pinto

(113) siehe auch unten 3.4. sowie Mosler, Das Völkerrecht in der Praxis der deutschen Gerichte, S. 21 f

1.4.1. Das Feststellen der eigenen Kompetenz

Der französische Richter wendet grundsätzlich die einzelnen Bestimmungen eines völkerrechtlichen Vertrages an, um die Frage seiner eigenen Kompetenz zu beantworten. Er stellt dabei stets auf die vertraglichen Bestimmungen ab, die unmittelbar die Frage der Kompetenz regeln. Dies geschieht sowohl mit dem Ergebnis einer Verneinung der Kompetenz⁽¹¹⁴⁾, als auch der Feststellung ihres Vorliegens⁽¹¹⁵⁾.

Fehlen ausdrückliche vertragliche Bestimmungen zur Regelung der Frage der Kompetenz des innerstaatlichen Richters, wird die Antwort aus dem sachlichen Zusammenhang des betreffenden Vertrages erschlossen.⁽¹¹⁶⁾ Stellt sich diese Frage als Auslegungsfrage dar, zu deren Beantwortung sich der Richter für inkompetent ansieht, so bittet er das Außenministerium um Stellungnahme⁽¹¹⁷⁾, auf deren Grundlage er die Frage seiner eigenen Kompetenz entscheidet. Die die Kompetenzen des Richters auf dem Gebiet der Anwendung und Auslegung völkerrechtlicher Verträge bestimmenden Grenzen gelten auch, was die die Anwendbarkeit derselben betreffenden Vorfragen angeht.

(114) CE 13. 5. 1872, Lebel, DP 1877, III, 58; 24. 10. 1955, Geimer, Rec. 1955, 461; 10. 7. 1957, Soc. anonyme Saarländische Lederwerke, Rec. 1957, 455; 18. 11. 1961, Mayi-Matip, Rec. 1961, 572; 23. 1. 1963, Couramassamy, Vannier, Rec. 1963, 44

(115) CE 27. 10. 1925, Soc. Deutsche Kaliwerke, Rec. 1925, 945; 26. 6. 1961, S.O.P.R.E.M.A., Rec. 1961, 410; 25. 1. 1963, Costa, Rec. 1963, 47

(116) CE 1. 6. 1938, Jabin-Dudognon, Rec. 1938, 607; 15. 5. 1931, Houbron, Rec. 1931, 531; 21. 12. 1951, Korette, Rec. 1951, 603; 26. 1. 1944, Wang Yu Kong, Rec. 1944, 30; 17. 6. 1955, Groupement des scieurs alsaciens et mosellans, Rec. 1955 Tables 631

(117) CE 18. 7. 1958, Hédi Ben Zakour, RDP 1959, 330; siehe auch unten 6.1.4.4.

1.4.2. Die Bedeutung der Reihenfolge der Einzelprüfungen

Die Anwendbarkeit eines völkerrechtlichen Vertrages hängt von zwei hauptsächlichen Voraussetzungen ab, nämlich der völkerrechtlichen Gültigkeit und der innerstaatlichen Anwendbarkeit^(117a). Der innerstaatliche Richter kann nun die Kontrolle der Anwendbarkeit grundsätzlich auf zwei verschiedenen Wegen vornehmen: einerseits kann er sich vorzugsweise mit der Überprüfung des Vorliegens der Voraussetzungen beschäftigen, von denen gemäß dem innerstaatlichen Recht die Anwendbarkeit eines völkerrechtlichen Vertrages abhängt. Andererseits kann er sich aber auch auf die Frage der völkerrechtlichen Gültigkeit konzentrieren, und bei Feststellung einer Unregelmäßigkeit beim Abschluß des Vertrages dessen Anwendbarkeit bereits aus diesem Grunde verneinen.

In dieser Hinsicht besteht nun im französischen Recht zusätzlich zu der ohnehin gegebenen Verknüpfung der beiden Fragen ein recht verwickeltes Abhängigkeitsverhältnis im umgekehrten Sinne. Wie sich schon bei der Besprechung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen feststellen ließ, machen diese das völkerrechtliche Inkrafttreten eines internationalen Abkommens von der "Ordnungsmäßigkeit" der Ratifizierung bzw. Approbierung abhängig. Die völkerrechtliche Gültigkeit setzt demnach, vom Standpunkt des innerstaatlichen französischen Rechts aus gesehen, die Mitwirkung verschiedener staatlicher Organe voraus. Es liegt auf der Hand, daß diese Regelung eine Kontrolle der völkerrechtlichen Gültigkeit schwieriger erscheinen läßt, d.h. nicht nur komplizierter, sondern auch delikater. So bleibt ein ungutes Gefühl, wenn die völkerrechtliche Gültigkeit von der Autorität eines innerstaatlichen Gerichts allein und nur auf der Grundlage der verfassungsrechtlichen Bestimmungen verneint wird. Kompetent im eigentlichen Sinne des Wortes dürfte zur Entscheidung einer solchen Frage nur eine internationale Gerichtsbehörde sein.

(117a) siehe zum Verhältnis dieser beiden: Lord McNair, aaO, S. 58 f; Boehmer, aaO, S. 12 ff, 30 f und 40 ff

Gewisse Zögerungen der französischen Richter bei der Beurteilung der völkerrechtlichen Gültigkeit internationaler Abkommen erscheinen daher verständlich. Im allgemeinen ziehen es die Gerichte vor, allein das Problem der innerstaatlichen Anwendbarkeit zu entscheiden, um so zu vermeiden, zu der Frage der völkerrechtlichen Gültigkeit des betreffenden Vertrages Stellung zu beziehen. So ist etwa die Entscheidung des Staatsrates vom 13. Juli 1965⁽¹¹⁸⁾ sorgfältig darauf bedacht, sich nicht zu den völkerrechtlichen Folgen der fehlenden Mitwirkung des Staatshaupts auszusprechen, und verneint die Anwendbarkeit des fraglichen Abkommens mit der Begründung, daß eben aufgrund dieser fehlenden Mitwirkung das Abkommen nicht in die innerstaatliche französische Rechtsordnung eingeführt worden sei.

Eine Beschränkung auf diesen Fragenkomplex ist dem Richter jedoch nicht in allen Fällen möglich. Sie läßt sich z.B. nicht durchführen, wenn es sich nicht darum handelt, einen Vertrag im eigentlichen Sinne anzuwenden, sondern allein die durch ihn bewirkten Rechtsfolgen Voraussetzung für die Anwendung einer Rechtsnorm auf den fraglichen Rechtsstreit sind. Die Berücksichtigung dieser rechtlichen Wirkungen eines Vertrages machen es notwendig, allein und unmittelbar zu der Frage seiner völkerrechtlichen Gültigkeit Stellung zu nehmen⁽¹¹⁹⁾. Eine Beschränkung ist darüber hinaus oft nicht möglich, da sich die innerstaatliche Anwendbarkeit grundsätzlich bereits unmittelbar aus der völkerrechtlichen Gültigkeit ergibt.⁽¹²⁰⁾ Insoweit hat der Richter ohne Umweg die Frage der völkerrechtlichen Gültigkeit zu entscheiden, und zwar hinsichtlich der völkerrechtlichen als auch verfassungsrechtlichen Bedingungen.

(118) CE Ass., Soc. Navigator, RCDIP 1966, 610, Ann. Dehaussy, Rec. 1966, 422, JCP 1965, II, 14349, RGDIP 1966, 489

(119) siehe Waelbroek, aaO, S. 46

(120) siehe hierzu unten 3.3.

1.4.3. Die übliche Reihenfolge der Einzelprüfungen

Die übliche Reihenfolge, in der der Richter nun die einzelnen Voraussetzungen der Anwendbarkeit eines völkerrechtlichen Vertrages kontrolliert, ist daher folgende:

- Prüfung des Vorliegens einer Bekanntmachung;
- Prüfung der Ordnungsmäßigkeit derselben;
- Prüfung des Vorliegens einer Ratifizierung bzw. Billigung;
- Prüfung der Ordnungsmäßigkeit derselben⁽¹²¹⁾.

Diese von der Rechtsprechung gewählte Reihenfolge beim Vorgehen der Kontrolle der Einzelfragen entspricht deren Auffassung, in der Veröffentlichung des Vertrages die wichtigste Bedingung für dessen innerstaatliche Anwendbarkeit zu sehen⁽¹²²⁾ sowie in der Ratifizierung eine Maßnahme zu erblicken, die die Kompetenzen der Regierung zu schützen bestimmt ist⁽¹²³⁾.

(121) Cour de Paris, Chambre des mises en accusation, 14.12.1953, Ministère Public ./.. Zerfou, AFDI 1956, 726; CC civ. 6.7.1954, GP 1954, 2, 73 mit Schlußanträgen Rey; CE 23.12.1949, Soc. Cominfi, Rec. 1949, 570; CE 30.5.1952, Dame Kirkwood, ADP 1952, 781; CC comm. 4.4.1960, Consorts Rueff ./.. Directeur Général des Impôts / Enregistrement, Bull. civ. III, Nr. 134; CC Ass., 11.3.1953, Gambino ./.. Arcens, Cl. 1953, 636; CC soc. 6.1.1956, Sanzoni ./.. Dame Caïsso, Bull. civ. IV, 2; CC soc. 19.10.1956, Navi und Orso ./.. Dame Sevastopoulo, JCP 1956, IV éd. G, 159; Aix, 15.12.1954, époux Dumont ./.. Dame Picestrelli, GP 1955, 1, 114; CE 16.11.1956, Ministère chargé des relations avec les Etats associés, RJUF 1957, 201, Schlußanträge Laurent; CE 29.1.1958, Sbira, RPDA 1958, Nr. 86; CE 31.1.1958, Vally, RPDA 1958, Nr. 91, Schlußanträge Tricot, RDP 1958, 812; CE 18.6.1965, Consorts Châtelain, Rec. 1965, 366; CE 22.12.1965, Ministère finances et affaires économiques, Cl. 1967, 386, Anm. Pinto, Acte juridique DA 1966 II 430

(122) siehe dazu unten 3.3.3.

(123) siehe die Anmerkungen der Universität Nizza S. 3

Diese Reihenfolge der Einzelprüfungen sowie die Zugrundelegung einer bestimmten völkerrechtlichen Lehren entsprechenden Konzeption⁽¹²⁴⁾ bewirken es, daß die französische Rechtsprechung die für die Frage der Anwendbarkeit erheblichen Gesichtspunkte nicht immer ausreichend klar voneinander trennt, was sich natürlich in den Ergebnissen widerspiegelt, zu dem die einzelnen Entscheidungen gelangen. So hat der Kassationshof beispielsweise in der Rechtssache "Rueff" eine Vermutung für die ordnungsgemäße Ratifizierung des fraglichen Vertrages darin erblicken wollen, daß eine vorschriftsmäßige Veröffentlichung geschehen war⁽¹²⁵⁾. Besonders weit geht die Vermengung der Einzelprüfungen bei den Abkommen, die nicht ratifiziert zu werden brauchen; Da deren Veröffentlichung und Billigung praktisch meistens miteinander verbunden sind, werden in der Regel auch die Prüfungen ihres Vorhandenseins für beide gemeinsam vorgenommen⁽¹²⁶⁾.

1.4.4. Die Reihenfolge der Einzelprüfungen in der folgenden Untersuchung

Bei der Kommentierung gerichtlicher Entscheidungen hängt die Verständlichkeit der Kritik, oft aber sogar deren Ergebnis - Zustimmung oder Ablehnung - davon ab, ob methodisch derselbe Weg eingeschlagen wird, wie ihn der Richter gewählt hat, oder ob die Lösung auf eine andere Art und Weise gesucht wird. Da hier die Entscheidungen selbst Gegenstand der Untersuchung sein werden, soll einer Darstellungsweise der Vorzug gegeben werden, die sich einer Beantwortung der im einzelnen zu stellenden Fragen auf einem anderen Wege nähert, als ihn die Rechtsprechung üblicherweise beschreitet - um so nämlich den Fußangeln und Unwegsamkeiten zu entrinnen, die dieser birgt.

(124) siehe unten 3.3.3.

(125) siehe auch CC civil I 16.5.1961, Le Breton ./.. Delle Loesch, JCP 1961, IV, éd. G, 98, D 1961 J 589 Anm. Holleaux, Cl. 1962, 416, Anm. Sialelli

(126) siehe unten 2.1.3.3.; siehe auch Mosler, L'application du Droit international public par les tribunaux nationaux, S. 655

Die folgenden Erörterungen werden sich nach theoretischen Gesichtspunkten gliedern. Diese ergeben sich aus den einzelnen Grundsätzen, die in Artikel 55 der Verfassung von 1958 verankert sind und sich wie folgt zusammenfassen lassen:

- der Grundsatz des Erfordernisses der Ratifizierung bzw. Billigung;
- der Grundsatz des Erfordernisses der Bekanntmachung;
- der Grundsatz des Erfordernisses der Anwendung durch die Gegenseite;
- der Grundsatz der Unmittelbarkeit;
- der Grundsatz des Vorrangs vor den innerstaatlichen Gesetzen;
- der Grundsatz der Gleichstellung mit den innerstaatlichen Gesetzen.

Es werden in dem sich hier unmittelbar anschließenden Kapitel die Fragen der völkerrechtlichen Gültigkeit der internationalen Verträge zu behandeln sein, also die erste Voraussetzung der Anwendbarkeit, die Artikel 55 aufstellt und allgemein mit dem Erfordernis der Ratifizierung bzw. Approbierung umschreibt. Doch stellt derselbe Artikel die Bedingung auf, daß die Verträge "ordnungsgemäß" ratifiziert oder gebilligt werden, damit sie im innerstaatlichen Recht als völkerrechtlich gültig betrachtet werden können. Durch diese Besonderheit des die Anwendung völkerrechtlicher Abkommen regelnden französischen Verfassungsrechts ergeben sich nicht nur Schwierigkeiten für die Rechtsprechung auf diesem Gebiet, sondern auch besonders für die Darstellung derselben. So werden sich Fragen des Völkerrechts und des inner-

staatlichen Rechts nicht immer völlig voneinander trennen lassen, da eben die völkerrechtliche Gültigkeit nicht allein unter dem Gesichtspunkt des Völkerrechts zu betrachten sein wird, sondern in bestimmtem Umfang auch von den verfassungsrechtlichen Vorschriften abhängt.

Andererseits setzt nun aber die innerstaatliche Anwendbarkeit in erster Linie die völkerrechtliche Gültigkeit voraus. Die übrigen - formellen - Voraussetzungen, die das innerstaatliche Recht für die innerstaatliche Anwendbarkeit aufstellt, werden in dem darauf folgenden Kapitel zu erörtern sein. Als solche nennt Artikel 55 ausdrücklich die Veröffentlichung und die Anwendung durch die Gegenseite. Unausgesprochen - da in dieser Hinsicht keine weitere Bedingung aufgestellt ist - ist in dieser Regelung ein weiterer Grundsatz enthalten, nämlich derjenige, der unmittelbaren Anwendbarkeit. Eine Untersuchung über das Problem der praktischen Voraussetzungen der innerstaatlichen Anwendbarkeit werden dieses Kapitel ergänzen⁽¹²⁷⁾.

(127) Die weiteren in Artikel 55 enthaltenen Grundsätze werden Gegenstand der späteren Kapitel sein.

2. Die völkerrechtliche Gültigkeit

Das Problem der völkerrechtlichen Gültigkeit stellt sich unter verschiedenen Aspekten: Zunächst ergibt sich die Frage der formeller Gültigkeit, die vor allem die Ordnungsmäßigkeit des zum Abschluß völkerrechtlicher Abkommen führenden Verfahrens betrifft; in zweiter Linie ist zu betrachten, ob der in Frage stehende Vertrag - im Rahmen der von den Gerichten vorgenommenen Prüfungen - als materiell gültig anzusehen ist, ob also nicht wegen inhaltlichen Widerspruchs zu einer höheren Norm seine Unwirksamkeit festzustellen ist; sodann wird die Bestimmung der zeitlichen Grenzen der völkerrechtlichen Gültigkeit internationaler Abkommen durch die Rechtsprechung zu erörtern sein; schließlich bleibt zu untersuchen, wie der Richter die Frage des räumlichen Geltungsbereichs entscheidet.

2.1. Die formelle Gültigkeit

Bei der Betrachtung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen über den Abschluß und die Anwendung völkerrechtlicher Verträge hatte sich ergeben, daß die Bestimmungen über die dem eigentlichen Vertragsabschluß vorausgehenden Verhandlungen nicht als rechtliches Verbot einer anders verfahrenen Praxis zu verstehen sind, andererseits ohnehin keine Bedeutung für die Frage des formell rechtmäßigen Zustandekommens völkerrechtlicher Abkommen haben können⁽¹²⁰⁾.

(120) Zu dem Problem einer Klage auf Ersatz des durch die Verhandlungen zum Abschluß eines völkerrechtlichen Vertrages entstandenen Schadens siehe unten 5.4.2.

Die Vorschriften der Verfassung bezüglich der Kompetenzen zur Unterzeichnung völkerrechtlicher Abkommen sind dagegen keineswegs nur als Äußerung eines politischen Willens zu verstehen. Erst die Verfassung von 1958 eröffnet - im übrigen auch nur stillschweigend - die Möglichkeit zur Unterzeichnung von internationalen Abkommen durch andere als den Staatspräsidenten. Die Rechtsprechung zu solchen Verträgen, die vor 1958 entgegen dieser Bestimmung von anderen Trägern der Staatsgewalt abgeschlossen worden sind, wird also besonders zu beachten sein.

Bevor die Frage nach dem Vorliegen einer Ratifizierung bzw. Billigung zu stellen sein wird, ist zu untersuchen, in welchen Fällen nach Ansicht der Rechtsprechung eine solche Bestätigung erforderlich ist, denn der Einwand, daß eine solche fehlt, kann nur da gemacht werden, wo feststeht, daß sie notwendig ist.

Die Ratifizierung oder Approbierung hat "ordnungsgemäß"⁽¹²⁹⁾ zu erfolgen. Dieses Erfordernis betrifft nun eine ganze Reihe von materiellen und formellen Fragen, die sich auf das Vorliegen, das Verfahren, die inhaltliche Gesetzmäßigkeit der Ratifizierung und das mit ihr gegebenenfalls verbundene Vorverfahren beziehen. Tatsächlich läßt sich die Frage des Vorliegens und der Rechtmäßigkeit der Ratifizierung oder Billigung nicht voneinander trennen, da für das innerstaatliche Recht eine nicht ordnungsgemäß erfolgte Ratifizierung einer nicht erfolgten Ratifizierung gleichkommt.

Die Kontrolle der Gerichte über das die endgültige völkerrechtliche Verpflichtung herbeiführende Bestätigungsverfahren ist somit unter zwei verschiedenen Gesichtspunkten zu untersuchen:

- der formellen Rechtmäßigkeit des Verfahrens und
- der materiellen Gesetzmäßigkeit der Bestätigung.

(129) diese Übersetzung des Ausdrucks "régulièrement" geht auf Berber, aaO, zurück

2.1.1. Die Unterzeichnung

Die Unterzeichnung eines völkerrechtlichen Vertrages bewirkt seinen Abschluß im engsten Sinne des Wortes. Für das Wirksamwerden einer völkerrechtlichen Verbindlichkeit bedarf es in der Regel noch eines weiteren Rechtsaktes, der Ratifizierung oder eines entsprechenden Verfahrens. Ist dessen Durchführung erfolgt, so hat die Frage des Vorliegens der Unterschriften keine weitere Bedeutung mehr; die Bestätigung würde den Mangel der vorher abzugebenden Willenserklärung heilen⁽¹³⁰⁾.

2.1.1.1. Ratifizierungsbedürftige und nicht ratifizierungsbedürftige Abkommen

Die Überprüfung der Unterzeichnung ist daher bei den von der Verfassung ausdrücklich erwähnten Kategorien völkerrechtlicher Verträge, nämlich den klassischen, ratifizierungsbedürftigen Abkommen sowie den *accords non soumis à ratification*, für die ein recht ähnliches Billigungsverfahren vorgesehen ist, unproblematisch. Es kommt im wesentlichen auf das Bestätigungsverfahren an. Ist dieses durchgeführt, so ist die Frage der Unterzeichnung ohne weitere Bedeutung⁽¹³¹⁾. Von einem Fehlen der Bestätigung als solchem läßt sich nur sprechen, wenn feststeht, daß eine dafür kompetente Person unterzeichnet hat; insoweit erfolgt also eine Überprüfung der Unterzeichnung bei diesen Abkommen.

2.1.1.2. Abkommen in vereinfachter Form

Schwierigkeiten hinsichtlich der Unterzeichnung völkerrechtlicher Verträge haben sich für die französische Rechtsprechung

(130) siehe Artikel 8 der Wiener Konvention über das Recht der völkerrechtlichen Verträge

(131) siehe *ibidem*

dagegen bei den accords en forme simplifiée ergeben. Dies hatte seinen Grund vor allem in Artikel 31 der Verfassung von 1946, der im Gegensatz zu allen zu anderen Zeiten geltenden Verfassungen ausdrücklich vorsah, daß der Präsident der Republik die völkerrechtlichen Verträge unterzeichnete - und ratifizierte, denn auch insofern ließ diese Verfassung noch keine andere Möglichkeit zu. Festzustellen war zunächst also - und somit hatte eine Prüfung in dieser Hinsicht voranzugehen - daß bestimmte Abkommen nicht vom Staatschef, sondern vom Außenminister oder einem Botschafter, oder beiden, oder auch von einem anderen Minister unterzeichnet worden waren. Zudem war nicht vorgesehen, daß ein Verfahren zur Bestätigung dieser Abkommen zu erfolgen hatte, bevor sie wirksam werden sollten. Es handelte sich hierbei zuerst um Zusatzabkommen, die in Ergänzung oder zur Auslegung bereits bestehender völkerrechtlicher Verträge abgeschlossen worden waren. Die Entscheidungen, die zu der Frage der Gültigkeit dieser Abkommen ergangen sind, haben allmählich die Regeln entwickelt, deren Formulierung schließlich zur Anerkennung der Abkommen in vereinfachter Form als eigenständige Gattung völkerrechtlicher Verträge geführt hat⁽¹³²⁾.

Solche Zusatzabkommen zur Ergänzung völkerrechtlicher Verträge, die bereits vorher in Kraft getreten waren, sind zunächst zu Auslieferungsverträgen abgeschlossen worden. Es bestand lange Zeit Einigkeit darüber, daß die in den bestehenden Abkommen enthaltenen Aufzählungen der Tatsachen, aufgrund derer dem Auslieferungsbegehren stattzugeben sei, nicht die Möglichkeit ausschließen, daß sich die beteiligten Regierungen darüber einigen, auch aus anderen als den aufgezählten Gründen dem Antrag auf Auslieferung zu entsprechen. Die Gerichte haben solche Zusatzabkommen als gültig angesehen, obwohl allein die Regierung, und nicht der Staatschef an ihrem Abschluß beteiligt waren⁽¹³³⁾. Die Haltung der Gerichte änderte sich nach Erlaß des Gesetzes vom 10. März 1927, das der Regierung die Kompetenz entzog, die Auslieferung in vorher nicht geregelten Fällen zu gewähren.

(132) siehe oben 1.3.1.3.

(133) CC crim. 13.4.1876, D. 1876, I, 512

So wenden sich zahlreiche Entscheidungen der Strafgerichte gegen Auslieferungsanträge der belgischen Regierung, die sich auf Straftaten gründen, für die in dem belgisch-französischem Auslieferungsvertrag vom 15. August 1874 keine Regelung enthalten war, die jedoch unter eine ergänzende "Gegenseitigkeitserklärung" fielen, die als Notenwechsel zwischen dem Botschafter Belgiens und dem französischen Außenminister ausgetauscht worden war. Einer der Umstände, mit denen die Gerichte die Unanwendbarkeit dieses Notenwechsels begründeten, war das Fehlen einer Ratifizierung durch den Staatspräsidenten. Nun hatte der Staatspräsident dieses Abkommen aber gar nicht unterzeichnet. Aus der Formulierung der Gerichte läßt sich entnehmen, daß sie sich weniger daran stießen, als am Fehlen einer - zumindest nachträglichen - Mitwirkung des Präsidenten, die somit als mögliche Heilung des ursprünglichen Mangels zugelassen zu werden scheint⁽¹³⁴⁾.

Wie schon zu erwähnen war, besteht in Frankreich eine Teilung der Kompetenzen zur Auslegung völkerrechtlicher Verträge. Die Abgrenzung der Kompetenzen ist auch für die Bestimmung des Gebietes entscheidend, auf dem der Außenminister durch entsprechende Zusatzabkommen mit den anderen am fraglichen Vertrag beteiligten Staaten Probleme der Auslegung absprechen kann⁽¹³⁵⁾. Wenn die Gerichte für die Auslegung, zu der eine solche Vereinbarung getroffen wird, nicht kompetent sind, so bindet sie diese auf die gleiche Weise wie eine einseitig vom Außenminister gegebene Auslegung. Die Rechtsprechung hat es daher in diesen Fällen nicht als erforderlich angesehen, daß der Staatspräsident am Abschluß derartiger Abkommen beteiligt war⁽¹³⁶⁾.

(134) siehe Riou, 26. 1. 1950, JCP 1951, II 5946, Anm. Magnol; Paris, 28. 11. 1950, D. 1951, 440, Anm. Carbonnier, RCDIP 1951, 484, Anm. Loussouarn; Rouen, 31. 10. 1950, JCP 1951, II, 5946, Anm. Magnol, RCDIP 1951, 484, Anm. Loussouarn; Toulouse, 7. 6. 1951, JCP 1951, II, 6487; Colmar, 7. 5. 1953, D. 1953, 604, Anm. Berlia; Paris, 18. 3. 1947, GP 1947, II, 17; dagegen Nancy, 10. 11. 1949 und Montpellier, 18. 1. 1951, RCDIP 1951, 484, Anm. Loussouarn

(135) sogenannte "authentische Interpretation" siehe auch unten 6.

(136) CC 27. 4. 1950, RCDIP 1951, 113, Anm. Monneray, D. 1950, 379

Die Einstellung der Gerichte ist jedoch nicht dieselbe, wenn Auslegungsfragen aufgeworfen werden, für die sie nicht kompetent sind. Um solche Fragen ging es bei den Entscheidungen über die Rechte von Ausländern im Hinblick auf die Miet- und Pachtgesetze vom 1. April und 30. Juni 1926. Die wichtigsten Bestimmungen dieser Gesetze behielten den französischen Staatsbürgern die durch sie gewährten Rechte vor, ohne daß ein Vorbehalt hinsichtlich gültiger völkerrechtlicher Verträge gemacht worden war. Lediglich bestimmte, namentlich genannte Gruppen von Ausländern waren den Franzosen gleichgestellt. Der damalige Außenminister versuchte die Gerichte daran zu hindern, die Bestimmungen dieser Gesetze allzu "wörtlich" anzuwenden, da dies den Verpflichtungen widersprochen hätte, die Frankreich in verschiedenen Niederlassungsverträgen gegenüber mehreren Staaten eingegangen war, und durch die den Angehörigen dieser Staaten die gleiche Behandlung wie den eigenen Staatsangehörigen zugesichert worden war⁽¹³⁷⁾. Mit diesen Staaten wurden daher Auslegungsabkommen in der Form von Notenwechseln abgeschlossen, in denen ausdrücklich bestimmt war, daß die Angehörigen dieser Staaten ebenso wie die Franzosen die durch besagte Gesetze gewährten Rechte geltend machen konnten, trotz der Beschränkung, die in eben diesen Gesetzen gegenüber Ausländern enthalten waren.

Verschiedene Entscheidungen erkennen die Gültigkeit dieser Notenwechsel an, obwohl sie nicht vom Staatspräsident, sondern vom Außenminister unterzeichnet waren⁽¹³⁸⁾. In der Entscheidung vom 22. Dezember 1932 erklärt die Commission supérieure de Cassation, daß die zweiseitige Auslegung als Teil des Vertrages selbst anzusehen sei, "welches auch ihre Form sei", und daher als offizielle Äußerung des gemeinsamen Willens oder der gemeinsamen Absicht der Parteien berücksichtigt und angewendet werden müsse. Diese Ansicht

(137) "traitement national"

(138) Civil Angers, 21.12.1931, RDIP 1932, 283; Civil Le Havre 24.3.1933 475; Commission Supérieure de Cassation, 22.12.1932, Huckendubler ./.. Hoeffler, GP 1933 I, 306, RDIP 1933, 126; 19.1.1933, Veuve Pithon, Cl. 1934, 136; DH 1933, 119; 2.3.1933, Linet-Wilms ./.. Ségat, DH 1933, 255; 30.3.1933, DH 1933, 286.

wurde jedoch nicht von allen Gerichten geteilt. Die meisten unteren Gerichte legten strengere Maßstäbe an und sprachen den auslegenden Notenwechseln jede verbindliche Wirkung ab, da sie allein vom Außenminister unterzeichnet waren, ohne daß der Präsident der Republik, der allein zum Abschluß völkerrechtlicher Verträge befugt sei, daran mitgewirkt habe⁽¹³⁹⁾. Auch die Tatsache, daß besagte Abkommen im Journal Officiel veröffentlicht worden waren⁽¹⁴⁰⁾, genügte den Gerichten nicht, um ihnen Verbindlichkeit zuzuerkennen. Die Regierung sah sich daher gezwungen, diese Notenwechsel dem Staatspräsidenten zu unterbreiten, damit dieser sie durch ein Dekret billigte. Doch ist dies bereits eine Frage der nachträglichen Mitwirkung des Präsidenten in einem Bestätigungsverfahren, das erst im Anschluß untersucht werden soll.

Eine Ausnahme vom Erfordernis der Mitwirkung des Staatsoberhauptes beim Abschluß völkerrechtlicher Verträge ist schon erwähnt worden: So haben die Gerichte die Gültigkeit des Verfahrens anerkannt, nach dem die internationalen Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation zustande kommen, obwohl diese nicht vom Staatspräsidenten unterzeichnet werden. Doch sind sie regelmäßig ratifizierungsbedürftig - es stellt sich also auch in diesem Rahmen wieder die Frage einer eventuellen nachträglichen Mitwirkung.

Ausnahmsweise ist von der französischen Rechtsprechung auch die Gültigkeit von Verwaltungsabkommen anerkannt worden, die nicht nur zur Ergänzung oder Auslegung bereits geltender völkerrechtlicher Verträge abgeschlossen wurden. So hat das Berufungsgericht von Paris in seiner Entscheidung vom 19. Juli 1934⁽¹⁴¹⁾ eine Haftungsbeschränkung aufgrund eines "règlement" anerkannt, das zwischen den französischen, luxemburgischen, belgischen und

(139) Civil Seine 7.5.1931, Clun. 1933, 126; 21.11.1931, Cl. 1932, 1005; 8.3.1932, RDIP 1932, 286; 4.3.1932, Cl. 1933, 127

(140) siehe z.B. Journal Officiel vom 5. und 6.8.1929

(141) RGDIP 1936, 485, Anm. Rousseau

deutschen Bahnverwaltungen vereinbart war und vom zuständigen französischen Minister "homologiert" worden war. Die Tatsache, daß dieser Minister zum Erlass von Vorschriften auf diesem Gebiet befugt war, begründete nach Ansicht des Gerichts seine Verbindlichkeit gegenüber den Benutzern der französischen Staatsbahnen.

Allgemein kann festgestellt werden, daß die Tatsache, daß die Verfassung von 1946 das Recht zum Abschluß von völkerrechtlichen Verträgen dem Staatsoberhaupt vorbehalten hat, nicht die diplomatische Praxis und Rechtsprechung daran hindern konnte, vereinfachte Verfahren zum Abschluß von weniger wichtigen Verträgen anzuerkennen. Diese Anerkennung erstreckt sich auf Auslegungsverträge, soweit die Regierung zu einer Auslegung befugt ist, und auf Zusatz- und sonstige Verwaltungsabkommen, soweit deren Gegenstand in die Zuständigkeit des abschließenden Organs fällt. Jedoch haben sich Schwierigkeiten ergeben bei wichtigeren Verträgen, deren Abschluß über die Kompetenzen der betreffenden Behörde hinausgingen.

Daher hat die Rechtsprechung die Abweichung von der Regel, nach der der Staatspräsident internationale Abkommen zu unterzeichnen hatte, gewöhnlich nur unter der Voraussetzung zugelassen, daß solche Verträge, die nicht von ihm unterzeichnet waren, durch eine im nachhinein erfolgende Mitwirkung "bestätigt" wurden. Von diesem Erfordernis ist schon in verschiedenem Zusammenhang die Rede gewesen, jedesmal nämlich, wenn das Gebiet berührt wurde, auf dem die Gerichte die Nichtbeachtung der verfassungsrechtlichen Vorschrift nur unter der Voraussetzung einer nachträglichen Billigung durch den Staatspräsidenten guthießen: so bei den Arbeitskonventionen, den Auslegungsabkommen zu Fragen, für deren Regelung der Außenminister nicht kompetent ist, und den wichtigeren Zusatz- und Verwaltungsabkommen. Diese Billigung ist aber bereits eine Frage des Bestätigungsverfahrens, das Gegenstand des nun folgenden Abschnitts sein wird.

2.1.2. Die Notwendigkeit einer Ratifizierung oder Billigung

Artikel 53 der geltenden französischen Verfassung macht die völkerrechtliche Gültigkeit der Verträge und Abkommen, die in eines der in ihm aufgezählten Gebiete fallen, von der Ratifizierung bzw. Billigung des betreffenden Abkommens abhängig. In anderen Fällen ergibt sich die Ratifizierungs- oder Billigungsbedürftigkeit eines Vertrages aus einer in ihm enthaltenen entsprechenden Vereinbarung der beteiligten Staaten⁽¹⁴²⁾. Darüber hinaus kann sie durch Grundsätze begründet sein, die sich in ständiger Rechtsprechung herausgebildet haben. Es soll an dieser Stelle untersucht werden, inwieweit die Gerichte prüfen, ob völkerrechtliche Verträge nach ihrer Unterzeichnung einer weiteren Bestätigung bedürfen.

2.1.2.1. Die Absprache der am Vertrag beteiligten Parteien

Die Gerichte betrachten sich als kompetent, zu der Frage Stellung zu nehmen, ob ein völkerrechtlicher Vertrag gemäß der Absprache der an ihm beteiligten Staaten ratifiziert werden muß oder nicht. Dieser Grundsatz wird in zahlreichen Entscheidungen der französischen Gerichte ausgesprochen⁽¹⁴³⁾.

(142) siehe dazu auch Lord McNair, aaO, S. 132

(143) zum französisch-italienischen Niederlassungsvertrag vom 23.8.1951: CE, 16.11.1956, Villa, RDP 1957, 123, Anm. Waline, Schlußanträge Laurent; für das französisch-spanische Abkommen vom 18.5.1949: CE 25.6.1958; Sieur X..., Act. Jur. 1959 éd. Dr. administratif II Nr. 145 S. 168 Anm. Drago; Civil, 6.7.1954, Cl. 1956, 136, Anm. Sialelli und RCDIP 1954, 612, Schlußanträge Rey und Anm. Leonan; CC sociale, 19.6.1958, Bull. civil. 1958, IV, 556, JCP 1958, 10828, Anm. Ourliac et de Juglart; Aix, 15.12.1954, Epoux Dumont ./.. Dame Picistrelli, GP 1955, I, 144; Tribunal Grande Instance Seine 13.10.1959, RCDIP 1961, 140

2.1.2.2. Die in der Verfassung geregelten Fälle

Wie bei der Besprechung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen bereits deutlich wurde, muß ein völkerrechtlicher Vertrag, der in eines der in den Artikeln 53 und 54 aufgezählten Gebiete fällt, ratifiziert oder approbiert werden, damit er völkerrechtlich wirksam werden kann. Ebenso war vor 1958 stets eine Ratifizierung notwendig, wenn ein Vertrag auf einem der Gebiete abgeschlossen wurde, auf denen die damals gültigen verfassungsrechtlichen Vorschriften dies vorsahen. Die Notwendigkeit einer Ratifizierung oder Billigung besteht in diesem Rahmen selbst dann, wenn die vertraglichen Vereinbarungen das Inkrafttreten des fraglichen Vertrages von keiner weiteren Bestätigung abhängig machen.

Soweit die Entscheidungen oder auch die eine Billigung aussprechenden Dekrete von "Ratifizierung" sprechen - obwohl diese nach dem Wortlaut des Vertrages selbst nicht erforderlich ist - handelt es sich um eine ungenaue Ausdrucksweise⁽¹⁴⁴⁾. Es ist zutreffender, wie dies die Verfassung von 1958 tut, in den Fällen von einer "Billigung" zu sprechen, in denen diese allein aufgrund der verfassungsrechtlichen Bestimmungen erforderlich ist. Die Bezeichnung "Approbierung" vermeidet die vor 1958 übliche Unschönheit, da es dem tatsächlichen Sachverhalt näher kommt, was sie zum Ausdruck bringt: das Parlament hat am Abschluß des betreffenden Vertrages mitgewirkt, wie dies gemäß den Bestimmungen der Verfassung notwendig ist.

Die Frage, ob diese Mitwirkung tatsächlich erfolgt ist, betrifft das Problem der Gesetzmäßigkeit des Bestätigungsverfahrens und wird im Anschluß zu untersuchen sein. Diese Frage stellt sich jedoch nur, wenn von den Gerichten vorher geprüft wird, ob einer der Fälle der Artikel 53 und 54 vorliegt. Auch sie soll, um den Zusammenhang zu wahren, erst im Rahmen der Untersuchung der gerichtlichen Kontrolle über die Mitwirkung des Gesetzgebers erörtert werden.

(144) CE, 16.11.1956, Villa, RDPSP 1956, 123; diese Entscheidung prüft die "Ratifizierung" des Notenwechsels Bidault-Benzoni

2.1.2.3. Die von der Rechtsprechung entwickelten Grundsätze

Die Richter fordern eine Bestätigung des Vertragsabschlusses nicht nur, wenn diese nach den vertraglichen Vereinbarungen vorgesehen ist oder gemäß den Vorschriften der Verfassung notwendig ist, sondern grundsätzlich, um irgendeinen völkerrechtlichen Vertrag innerstaatlich anzuwenden.

Die Grundsätze dieser Rechtsprechung sind im Zusammenhang mit den Abkommen in vereinfachter Form entwickelt worden, die zwar nicht in eines der Gebiete fallen, in denen die Verfassung eine Mitwirkung des Gesetzgebers vorschreibt, die aber - entgegen den Bestimmungen der Verfassung der IV. Republik - weder vom Staatspräsidenten unterzeichnet noch ratifiziert worden waren. Die Gültigkeit dieser Abkommen ist in den Grenzen in der Rechtsprechung anerkannt worden, die oben aufgezeigt wurden⁽¹⁴⁵⁾. Soweit die Gerichte diese Abkommen als unwirksam betrachteten, hat die Regierung ein neues Verfahren angewandt: sie legte die fraglichen Abkommen dem Präsidenten der Republik vor, damit dieser ihren Inhalt durch Dekret billigte.

Dies geschah z.B. im Zusammenhang mit den Auslegungsabkommen bezüglich der Anwendung der Miet- und Pachtgesetze auf Ausländer, die auf der Grundlage von entsprechenden Niederlassungsabkommen den Anspruch auf eine Gleichbehandlung mit den französischen Staatsbürgern geltend machten⁽¹⁴⁶⁾. Die Regierung versuchte, auf diese Weise den Einwand der fehlenden Mitwirkung des Staatsoberhauptes beim Abschluß dieser Abkommen zu entkräften. Zwar hatte dieser zunächst nicht unterzeichnet, doch wirkte er im nachhinein mit, indem er sein Einverständnis in Form einer Billigung aussprach. Die Verbindlichkeit dieser gebilligten Abkommen wurde vom Kassationshof anerkannt.⁽¹⁴⁷⁾

(145) siehe oben 2.1.1.2.

(146) siehe z.B. das Dekret vom 16.6.1933, JO vom 18.6.1933

(147) 4.2.1936, S 1936, I, 257 Anm. Raynaud, RCDIP 1936, 457; im gleichen Sinne auch Civil Seine, Chambre de Conseil, 27. 11. 1933, RCDIP 1934, 418; Paris, 4. 5. 1936, RCDIP 1937, 85, Schlußanträge

In der Folgezeit hat sich in Frankreich die Praxis herausgebildet, alle Abkommen in vereinfachter Form durch Dekret billigen zu lassen, um ihre Anwendbarkeit zu gewährleisten.⁽¹⁴⁵⁾ Dabei ist jedoch zu bemerken, daß die Gerichte einem Abkommen nicht etwa die völkerrechtliche Gültigkeit absprachen, wenn es nicht gebilligt worden war; sie machten von dieser Billigung vielmehr allein seine innerstaatliche Anwendbarkeit abhängig⁽¹⁴⁹⁾. Dieser Grundsatz ist seit der Anerkennung der accords en forme simplifiée als völkerrechtliche Verträge sui generis bis heute eigentlich ausnahmslos befolgt worden⁽¹⁵⁰⁾. Auch die Einführung der nicht ratifizierungsbedürftigen Abkommen durch die Verfassung von 1958 hat in dieser Hinsicht nichts geändert. So haben sich keine Schwierigkeiten ergeben, wenn ein Dekret ergangen war, das das fragliche Abkommen ausdrücklich billigte. In manchen Fällen war jedoch nicht ohne weiteres zu entscheiden, ob eine Billigung - etwa stillschweigend - erfolgt war. Diese Fragen betreffen jedoch schon das Problem, welche verfahrensmäßigen Bedingungen die Gerichte an die Gültigkeit einer Billigung knüpfen, was erst im Anschluß zu untersuchen sein wird.

Lamothe; andere Entscheidungen weigern sich immer noch, eine rechtliche Bindung anzuerkennen, da der Gesetzgeber nicht selbst dem auslegenden Vertrag zugestimmt hatte, siehe Dijon, 2.5. 1933, RDIP 1933, 475, Anm. Niboyet
(148) siehe Chayet, Les accords en forme simplifiée, AFDI 1957, 11 ff; Dehaussy, Les conditions d'application des normes conventionnelles sur le for interne français, Cl. 1960, 704
(149) diese Unterscheidung ist praktisch von geringer Bedeutung, da die französischen Gerichte die Frage der völkerrechtlichen Gültigkeit eines Abkommens nicht stellen, wenn dessen innerstaatliche Anwendbarkeit - die sie zunächst überprüfen - bereits aus einem anderen Grunde zu verneinen ist; siehe oben 1.4.3.
(150) siehe etwa CC soc. 19. 10. 1956, JCP 1956, IV, 159; CE 29. 1. 1958, Sibra, Rec. 1958, 48; 31. 1. 1958, Vally, Rec. 1958, 58

2.1.2.4. Ausnahmen vom Erfordernis eines Bestätigungsverfahrens

Vorher ist jedoch noch die Frage zu betrachten, unter welchen Umständen die Gerichte ausnahmsweise die Anwendbarkeit von Abkommen bejahen, bei denen nach ihrer Unterzeichnung kein zusätzliches Bestätigungsverfahren durchgeführt worden ist.

Dies ist zunächst der Fall bei den Abkommen in vereinfachter Form in den Grenzen, die oben⁽¹⁵¹⁾ aufgezeigt worden sind, also Auslegungsabkommen⁽¹⁵²⁾, soweit die Fragen der Auslegung in die Zuständigkeiten des Außenministers fallen. Ebenso erkannte die Rechtsprechung aus der Zeit vor 1932 auch die Anwendbarkeit einfacherer, nicht gebilligter Verwaltungsabkommen an, die in die Kompetenzen des betreffenden Ministers fielen.

In seiner Entscheidung vom 5. November 1958 wendet das Tribunal civil de la Seine ein zwischen Frankreich und Vietnam am 16. August 1955 abgeschlossenes Abkommen über Fragen der Staatsangehörigkeit schon zu einem Zeitpunkt an, als dieses noch nicht ratifiziert worden war. Die Ratifizierung erfolgte erst am 22. April 1959. Die Entscheidung von Paris vom 20. Juni 1959⁽¹⁵³⁾ bestätigt diese Rechtsprechung.

Diese Fälle sind jedoch Ausnahmen. In der Regel macht die französische Rechtsprechung auch bei Abkommen, die gemäß den Vereinbarungen der an ihnen beteiligten Staaten bereits mit der Unterzeichnung völkerrechtliche Verpflichtungen entstehen lassen und die auch nicht gemäß Artikel 53 oder 54 einer Approbierung bedürften, die innerstaatliche Anwendbarkeit von einer Billigung abhängig.

(151) siehe oben 2.1.1.3.

(152) siehe auch Bordeaux, 10.6.1959, Pouvereau, JCP 1960, II, 11617, Anm. Ourliac et de Juglart, RDP 1960, 875

(153) Dame Nguyen Hun Chau, JCP 1959, II, 11309, Anm. Aymond, RDP 1960, 388, Anm. Gervais; siehe auch Partsch, Bericht S. 87 f

Man könnte daran denken, daß für dieses Erfordernis eigentlich kein Grund besteht, wenn der Richter nur die völkerrechtlichen Wirkungen eines Vertrages - dessen völkerrechtliches Inkrafttreten gemäß der Absprache der Parteien keiner weiteren Bestätigung bedarf - zu berücksichtigen hätte. Die französische Rechtsprechung ist diesen Überlegungen nicht gefolgt. So hat der Staatsrat in seiner Entscheidung vom 13. Juli 1961 sogar gefordert, daß das in Frage stehende Abkommen veröffentlicht⁽¹⁵⁴⁾ werden mußte, woraus zu schließen ist, daß die Gerichte in derartigen Fällen noch weniger auf eine Billigung verzichten würden⁽¹⁵⁵⁾.

2.1.3. Die formelle Rechtmäßigkeit des Bestätigungsverfahrens

Die Bestimmungen der Verfassung bezüglich der Form, in der das Verfahren zur Bestätigung des Abschlusses eines völkerrechtlichen Verfahrens durchzuführen ist, beschränken sich auf die Anordnung, daß der Staatspräsident die Verträge ratifiziert, wobei dieser Ausdruck im Sinne von klassischen völkerrechtlichen Verträgen - im Gegensatz zu den nicht ratifizierungs-, dafür aber billigungsbedürftigen Abkommen - zu verstehen ist. Zu den Modalitäten dieses Billigungsverfahrens dagegen schweigt die Verfassung.

Sowohl für Ratifizierung als Billigung bestehen jedoch auf der Grundlage völkerrechtlichen Gewohnheitsrechtes⁽¹⁵⁶⁾, anerkannter Verfassungsauslegung und ständiger Rechtsprechung eine Reihe von Regeln, nach denen die Gerichte über die formelle Rechtmäßigkeit des Bestätigungsverfahrens entscheiden.

(154) Soc. indochinoise d'électricité, Act. jur. 1961, 487; es handelte sich um den Vertrag zwischen Frankreich und China vom 18. 8. 1954

(155) Die Veröffentlichung wird im übrigen von der Rechtsprechung regelmäßig als stillschweigende Billigung aufgefaßt, siehe unten 2.1.3.2.

(156) dessen Bedeutung deswegen eingeschränkt ist, weil die meisten Verträge in dieser Hinsicht ausdrückliche Bestimmungen enthalten

2.1.3.1. Die Ratifizierung

Soweit Verträge ratifizierungsbedürftig sind, bejahen die Gerichte die völkerrechtliche Gültigkeit und damit die innerstaatliche Anwendbarkeit nur unter der Voraussetzung, daß die Ratifizierung tatsächlich erfolgt ist⁽¹⁵⁷⁾.

Die Überprüfung des Vorhandenseins der Ratifizierung ist "d'ordre public", d.h. sie hat ex officio zu erfolgen⁽¹⁵⁸⁾.

Die Ratifizierung erfolgt durch ein Dekret⁽¹⁵⁹⁾, das der Gegenzeichnung durch den Ministerpräsidenten bedarf⁽¹⁶⁰⁾.

2.1.3.2. Die Billigung

Die Möglichkeit, einen Vertrag auch dann anzuwenden, wenn er nicht ratifiziert, sondern nur "gebilligt" worden war, wurde ganz allgemein als Ersatz für das in der Verfassung von 1946 vorgesehene Verfahren zugelassen, nach dem der Staatspräsident die Verträge zu unterzeichnen und zu ratifizieren hatte. So hat die Rechtsprechung selbst vor Inkrafttreten der Verfassung der V. Republik eine nachträgliche Mitwirkung des Staatspräsidenten bei solchen Abkommen als ausreichend angesehen, bei denen der Staatsoberhaupt zunächst nicht am Abschluß beteiligt war. Wenn die nachträgliche Billigung in Form eines Dekretes erfolgt war,

(157) Cour d'Appel Aix, 15.12.1964, GP, 1954 I, 114; Trib. civ. Seine, 5.11.1955, GP 1956, I, 45; CC soc. 19.6.1958, JCP 1958 II 10828; Trib. Gr. Inst. Seine, 13.10.1959, RGDIP 1961, 141; CE 30.11.1962, Cie. de développement agricole et industriel, Rec. 1962, 644; Agen, 22.3.1960, Molinari, und Trib. par. de Port-Sainte-Marie, 25.9.1959 in der gleichen Rechtssache; Trib. Gr. Inst. Castres 13.3.1969, AFDI 1970 881; siehe auch AFDI 1955, 535 ff sowie die oben unter 2.1.2.1. zitierte Rechtsprechung

(158) siehe Dehaussy, aaO, Heft 12 A Nr. 76 Nachtrag

(159) ein Beispiel für eine Ratifikationsformel findet sich bei Rideau, aaO, Dokument Nr. 16

(160) da Artikel 19 der Verfassung bei der Aufzählung der Befreiungen den Artikel 52 nicht erwähnt

das ausdrücklich die Approbierung des betreffenden Abkommens aussprach, so ergaben sich keine besonderen Schwierigkeiten. Die Gerichte erkannten die Gültigkeit dieses Verfahrens ohne weiteres an.

Schwieriger zu beurteilen waren dagegen die Fälle, in denen die Billigung keinen so klaren Ausdruck gefunden hatte. Da besondere Bestimmungen fehlten⁽¹⁶¹⁾, war es Sache der Rechtsprechung, die Grundsätze aufzustellen, nach denen das Vorhandensein einer gültigen Billigung zu beurteilen war.

Dabei erkannten die Gerichte an, daß die Billigung sich auch stillschweigend aus der Anordnung des Präsidenten der Republik ergeben konnte, das fragliche Abkommen im Journal Officiel zu veröffentlichen. Diese Anordnung erfolgt in Form eines Dekretes, das gleichzeitig als Billigungsdekret angesehen wurde. Gegen diese Rechtsprechung ist das Argument vorgebracht worden, daß sie nicht den Bestimmungen der Verfassung entspreche, die eine Ratifizierung aller völkerrechtlichen Verträge durch den Staatsoberhaupt vorschrieben. Mit dieser Begründung sprach sich der Regierungskommissar Laurent in seinen Schlußanträgen vor der Entscheidung des Staatsrates vom 16. November 1956⁽¹⁶²⁾ gegen die Anwendbarkeit des italienisch-französischen Notenwechsels vom 17. Mai 1946 aus. Zu diesem Notenwechsel war ein Dekret ergangen, das die Veröffentlichung im Journal Officiel anordnete. Nach Ansicht des Regierungskommissars konnte die Anordnung der Veröffentlichung nicht als Billigungsdekret verstanden werden⁽¹⁶³⁾. Der Staatsrat hat die Unanwendbarkeit des fraglichen Abkommens auf andere Erwägungen gestützt. Er hat damit die Anordnung des Präsidenten zur Veröffentlichung als stillschweigende Billigung zugelassen.

(161) Es sei daran erinnert, daß selbst die heute gültige Verfassung keine ausdrückliche Regelung bezüglich der Form enthält, in der die Billigung zu ergehen hat.

(162) Villa, RDPSP 1957, 123 ff; siehe auch die Schlußanträge desselben Regierungskommissars vor der Entscheidung Tran Cong Phu vom gleichen Tage, RJPUF 1957, 201

(163) RDPSP 1957, 136

Die spätere Rechtsprechung spricht sich ausdrücklich zugunsten der Rechtmäßigkeit dieses Verfahrens aus. So führt die Entscheidung des Staatsrats vom 13. Juli 1965 aus:

"Aus den Artikeln 26 und 28 der Verfassung vom 27. Oktober 1946, die zum fraglichen Zeitpunkt galt, ergibt sich, daß völkerrechtliche Verträge nur Gesetzeskraft haben, wenn sie rechtmäßig ratifiziert und veröffentlicht sind; im Falle eines sogenannten Abkommens in vereinfachter Form muß die von der Verfassung geforderte Ratifizierung ... als einfache durch den Staatsoberhaupt ausgesprochene Billigung verstanden werden. Diese Billigung kann insbesondere in der Form eines Dekretes des Präsidenten der Republik erfolgen, durch das die Veröffentlichung des fraglichen Abkommens im Journal Officiel de la République Française angeordnet wird"⁽¹⁶⁴⁾.

Tatsächlich verkennt die Kritik, die gegen diese Praxis vorgebracht wird, die praktischen Notwendigkeiten, die zu dem immer häufiger werdenden Abschluß von Abkommen in vereinfachter Form führen. Aber nur in dieser Form kann von einem wirklich vereinfachten Abschlußverfahren gesprochen werden. Die Kritik daran ist im übrigen durch einen übertriebenen Formalismus gekennzeichnet. Denn es läßt sich nicht bestreiten, daß der Staatspräsident, indem er durch die Unterzeichnung des Bekanntmachungsdekrets die Veröffentlichung eines solchen Abkommens anordnet, den in ihm enthaltenen Bestimmungen zustimmt⁽¹⁶⁵⁾.

(164) Soc. Navigator, RCDIP 1966, 610, Anm. Dehaussy, siehe auch 22.12.1961, SNCF, AFDI 1962, 936

(165) Diese Überlegungen werden ergänzt durch den Umstand, daß die französischen Richter dem Vorliegen der ordnungsgemäßen Veröffentlichung der völkerrechtlichen Verträge ganz besondere Bedeutung im Hinblick auf deren innerstaatliche Anwendbarkeit beimessen, siehe unten 3.1.5. und 3.3.3.

2.1.3.3. Die tatsächliche Ausführung völkerrechtlicher Verträge als stillschweigende Ratifizierung

Ältere Entscheidungen - die jedoch auch zu ihrer Zeit Ausnahmen darstellten - stehen sogar auf dem Standpunkt, daß die tatsächlich erfolgte Ausführung eines völkerrechtlichen Vertrages als dessen stillschweigende Ratifizierung anzusehen ist und somit deren Mangel heilt. In derartigen Fällen wurden die fraglichen Abkommen trotz des Fehlens einer formellen Ratifizierung für ordnungsgemäß bestätigt und daher als innerstaatlich anwendbar angesehen⁽¹⁶⁶⁾.

2.1.3.4. Die Ratifizierung durch die Legislative

Die nachträgliche Mitwirkung des Staatsoberhauptes ist von den Gerichten in den Fällen nicht als ausreichend angesehen worden, wo es sich nicht nur um eine Heilung des Mangels der Unterzeichnung handelte, sondern wo der Abschluß der betreffenden internationalen Verträge über die Kompetenzen der Exekutive hinausging und eine Mitwirkung der Legislative notwendig war⁽¹⁶⁷⁾. In diesen Fällen ist von der Rechtsprechung anerkannt worden, daß ein im nachherin erfolgreicher Erlass eines Gesetzes ausreichte, um dem Fehlen einer vorherigen gesetzgeberischen Ermächtigung zur Ratifizierung abzuhelpen und so den fraglichen Verträgen Gültigkeit zu verleihen. Ein zu diesem Zwecke erlassenes Gesetz enthielt dann nicht die Formulierung "le Président de la République est autorisé à ratifier..." sondern "est approuvé l'accord relatif à ..." ⁽¹⁶⁸⁾. Die Richter sprachen somit dem Parlament das Recht zu, völkerrechtliche Verträge zu ratifizieren,

(166) siehe z.B. CC crim. 27.10.1893, D. 1894, I, 424

(167) siehe z.B. Dijon, 2.5.1933, RDIP 1933, 475, Anm. Niboyet, zur Frage der Gültigkeit der Miet- und Pachtgesetze aus dem Jahre 1926, siehe auch unten 2.1.4.

(168) siehe z.B. Gesetz vom 15.12.1953, JO vom 16.12.1953, S. 11150 und Gesetz vom 17.4.1957, JO vom 18.4.1957, S. 4101; siehe auch Chayet, aaO, AFDI 1957, 11; Nguyen Quoc Dinh, aaO RDPSP 1959, 531; Kiss, AFDI 1960, 1036

obwohl die Verfassung allein dem Staatspräsidenten diese Kompetenz vorbehielt. Doch haben die Gerichte nicht an diesen förmlichen Erwägungen Anstoß genommen. Ebenso wie sie es zuließen, daß der Präsident solche Verträge nachträglich billigte, an deren Abschluß er ursprünglich nicht mitgewirkt hatte, stellten sie sich auf den Standpunkt, daß die Mitwirkung des Parlaments nicht nur den Mangel der vorherigen gesetzgeberischen Ermächtigung, sondern auch der Mitwirkung des Staatsoberhauptes heilen könne⁽¹⁶⁹⁾.

Mit Recht weist Waelbroek⁽¹⁷⁰⁾ darauf hin, daß diese Rechtsprechung um so mehr erstaunt, als in Frankreich gemäß Artikel 13 der Verfassung von 1946 und Artikel 34 der Verfassung von 1958 der Staatsoberhaupt nicht an dem Verfahren des Zustandekommens von Gesetzen beteiligt ist; es ist daher nicht möglich, in dem Erlaß eines Gesetzes zur Billigung eines völkerrechtlichen Vertrages eine stillschweigende Ratifizierung desselben durch den Staatsoberhaupt zu sehen.

Zum anderen widersprach, wie gesagt, diese Praxis dem Wortlaut der Verfassung - von dem ohnehin schon in anderer Hinsicht abgewichen worden war -, da nach diesem die Ratifizierung auf der Grundlage eines Gesetzes⁽¹⁷¹⁾ zu erfolgen hatte. Das aber bedeutet, daß die Ermächtigung zur Ratifizierung vorliegen mußte, bevor diese selbst erfolgen konnte. Die Gerichte erkannten diese Grundsätze zumindest insoweit an, als sie die völkerrechtliche Gültigkeit in diesen Fällen nicht bejahten. Eigentliche Abkommen in vereinfachter Form wurden also auf diesen Gebieten, auf denen das Parlament mitzuwirken hatte, nicht zugelassen; in dieser Hinsicht nahm die Rechtsprechung einen Teil der verfassungsrechtlichen Regelung von 1958 voraus.

(169) Bordeaux 10.6.1959, JCP 1960, II, 11617, Anm. Ourliac et de Juglart; CC soc., 29.3.1962, D. 1962 Somm. 126, siehe auch Kiss, AFDI 1963, 972 und Schilling, aaO, S. 33

(170) aaO, S. 44

(171) "en vertu d'une loi"

Die Tatsache, daß die Gerichte eine "Ratifizierung durch die Legislative" zuließen, mag sich aus dem Schweigen der Verfassung von 1946 zu der Möglichkeit eines Ersatzverfahrens für die Ratifizierung erklären. Nachdem die Rechtsprechung einmal den Weg einer Alternative eröffnet hatte, war es schwierig, zu entscheiden, bis zu welchem Punkt ein Abweichen vom Buchstaben der Verfassung auf der Grundlage einer extensiven Auslegung erlaubt war. So scheint es, daß die Grundsätze, die die Rechtsprechung infolge der praktischen Notwendigkeit der Anerkennung eines anderen als des klassischen Verfahrens zum Abschluß völkerrechtlicher Verträge zunächst entwickelte, zum Teil zu sehr den Gedanken des Unterschieds gegenüber diesem betonten.

Die Verfassung von 1958 enthält insoweit eine "Rückangleichung"⁽¹⁷²⁾. Sie enthält eine neue Regelung gerade für die Abkommen, die zwar nicht ratifizierungsbedürftig sind, bei deren Abschluß jedoch der Gesetzgeber mitzuwirken hat; ihre Billigung kann nur auf der Grundlage eines Gesetzes erfolgen, nicht jedoch durch ein solches, ebensowenig wie die klassische Ratifizierung durch ein Gesetz geschehen kann. Daraus ergibt sich, daß die vor 1958 befolgte Praxis, die Billigung von Abkommen durch das Parlament selbst aussprechen zu lassen, seitdem nicht mehr befolgt werden kann. Daraus folgt andererseits, daß die vor dem Zweiten Weltkrieg bestehende Gepflogenheit, Abkommen in Kraft treten zu lassen, bevor das Parlament seine Billigung gegeben hatte, heute nicht mehr fortgesetzt werden kann⁽¹⁷³⁾.

(172) Doch findet die Praxis der Ratifizierung völkerrechtlicher Verträge durch das Parlament auch in der heutigen Zeit noch Befürworter, siehe z.B. Lesage, La procédure de conclusion des accords internationaux de la France sous la V. République, AFDI 1962, 873

(173) siehe das Dekret vom 29.7.1934 zur Veröffentlichung und vorläufigen Anwendung des Abkommens zur Regelung der Zinsen des Dawes- und Younganleihen von Berlin vom 28.7.1934, JO vom 1.8.1934

Die Rechtsprechung, die es zuließ, daß die Ratifizierung in manchen Fällen vom Parlament selbst ausgesprochen wurde, war eine Folge daraus, daß die Richter die Gültigkeit von Abkommen in vereinfachter Form in den Fällen, in denen der Gesetzgeber am Abschluß völkerrechtlicher Verträge mitzuwirken hatte, davon abhängig machten, daß diese Mitwirkung auch tatsächlich vorlag. Insoweit nahmen die Richter Stellung zu der Frage, ob die Billigung auch inhaltlich rechtmäßig war. Dies führt aber bereits zu einem anderen Problem, nämlich demjenigen, der inhaltlichen Gesetzmäßigkeit der Ratifizierung oder Billigung, dem wir uns nun zuwenden werden.

2.1.4. Die inhaltliche Gesetzmäßigkeit der Bestätigung

Die Artikel 53 und 54 der Verfassung von 1958 schreiben vor, daß die Ratifizierung von Verträgen, die bestimmte Gebiete betreffen, nicht ohne vorherige Ermächtigung durch den Gesetzgeber erfolgen kann⁽¹⁷⁴⁾. In diesen Fällen bedeutet die Mitwirkung des Gesetzgebers eine Voraussetzung für die völkerrechtliche Gültigkeit der betreffenden Verträge⁽¹⁷⁵⁾.

Die fraglichen Gebiete lassen sich in drei Gruppen einteilen. Zunächst ist für die Ratifizierung oder Billigung ein Gesetz erforderlich, wenn eine Bestimmung des fraglichen völkerrechtlichen Vertrages einer Vorschrift der Verfassung widerspricht. Zum anderen handelt es sich um Verträge, die in einzelne, in Artikel 53 aufgezählte Gebiete fallen. Unter diesen ist schließlich der Fall eines Widerspruchs mit einem innerstaatlichen Gesetz gesondert zu betrachten, da hier die Mitwirkung des Gesetzgebers erst seit 1946 erforderlich ist.

(174) siehe oben 1.2.2.; siehe auch Pinto, *Eléments de droit constitutionnel*, S. 442; derselbe, *Le contrôle de la régularité par les juridictions françaises*, Festschrift Mestre S. 437 ff; Benoist JCP 1952, I, 992

(175) siehe oben 1.2.3.; zum deutschen Recht, siehe Boehmer, aaO, S. 72; Zacher, *Ratifizierungsgesetz und Normenkontrolle*, DVBl 1955, 649

In der Verfassung von 1875 ist lediglich bestimmt, daß die beider Kammern über den betreffenden Vertrag abzustimmen hatten. Der Gesetzgeber der III. Republik ist dabei in der Praxis stets so verfahren, daß nur Ratifizierung durch ein förmliches Gesetz ermächtigt wurde. Diese Praxis hat in den Bestimmungen der Verfassung von 1946 und 1958 eine Bestätigung erfahren, nach denen ausdrücklich der Erlaß eines Gesetzes vorgeschrieben ist.

Die Billigung erfolgte in Ausnahmefällen selbst vor Unterzeichnung des Vertrages⁽¹⁷⁶⁾, in der Regel jedoch nachdem der fragliche Vertrag zumindest paraphiert worden war, aber bevor die Rechtshandlung vorgenommen war, durch die eine endgültige völkerrechtliche Verpflichtung seitens Frankreich herbeigeführt werden sollte.

Wie bereits festzustellen war, ist es vor allem während der IV. Republik vorgekommen, daß die Exekutive völkerrechtliche Verträge allein abschloß, obwohl die Mitwirkung des Gesetzgebers erforderlich gewesen wäre. Die Bestätigung ist in diesen Fällen zum Teil auf die Weise geschehen, daß diese Verträge durch das Parlament selbst "ratifiziert" wurden. Seit 1958 ist zwingend vorgeschrieben, daß der Gesetzgeber, soweit er zur Ratifizierung oder Billigung zu ermächtigen hat, stets mitwirken muß, bevor die die völkerrechtliche Verbindlichkeit herbeiführende Handlung erfolgt: Artikel 53 bestimmt in Absatz 2, daß das Gesetz Grundlage des Bestätigungsverfahrens, nicht aber die Bestätigung selbst zu sein hat.

(176) Noël, De l'autorité des traités comparée à celle des lois, S. 33 ff

2.1.4.1. Die Kontrolle der Verfassungsmäßigkeit der Ratifizierung oder Billigung

Im Rahmen der richterlichen Kontrolle der völkerrechtlichen Gültigkeit und innerstaatlichen Anwendbarkeit internationaler Abkommen stellt sich die Frage einer Kontrolle der Verfassungsmäßigkeit unter verschiedenen Gesichtspunkten. Der Aspekt, der an dieser Stelle zu erörtern ist, betrifft die Verfassungsmäßigkeit der Ratifizierung oder Approbierung selbst, insoweit diese die völkerrechtliche Gültigkeit besagter Verträge bedingen⁽¹⁷⁷⁾.

Die Gerichte prüfen die Frage, ob ein Gesetz notwendig gewesen wäre, um einen bestimmten völkerrechtlichen Vertrag zu ratifizieren, nicht, denn sie üben eine Kontrolle der Verfassungsmäßigkeit der Verträge, deren Ergebnis ja erst über die Notwendigkeit einer gesetzlichen Ermächtigung in dem hier angesprochenen Zusammenhang entscheiden könnte, nicht aus⁽¹⁷⁸⁾.

Die Weigerung der Gerichte, die Gesetzmäßigkeit der Ratifizierung unter dem Gesichtspunkt ihrer Verfassungsmäßigkeit zu überprüfen, bedeutet jedoch nicht, daß deren völkerrechtliche Gültigkeit damit auch in den Fällen angenommen werden muß, in denen tatsächlich ein Widerspruch zur Verfassung besteht. Diese Frage ist sehr umstritten. Doch besteht zumindest vor Gericht eine "unwiderlegliche Vermutung der Verfassungsmäßigkeit völkerrechtlicher Verträge"⁽¹⁷⁹⁾, wenn die Ratifizierung erfolgt ist. Die Rechtsprechung fühlt sich von Artikel 54 nicht angesprochen. Dafür lassen sich mehrere Gründe finden.

(177) davon zu unterscheiden ist die Frage der inhaltlichen Verfassungsmäßigkeit der Verträge selbst, und zwar im Hinblick auf deren völkerrechtliche Gültigkeit und innerstaatliche Anwendbarkeit, siehe unten 2.2.2. und 4.1.; siehe auch Wengler, Völkerrecht, S. 204 f; Kraus, Der deutsche Richter und das Völkerrecht, S. 227; und besonders Geck, Die völkerrechtlichen Wirkungen verfassungswidriger Verträge

(178) CE 3.3.1961, André et Soc. des tissages Nicolas Caimant, RPDA 1961 Nr. 117; RGDIP 1961, 626, Schlußanträge Henry, Ann. Rousseau; Act. jur. DA 1962 II 35; Rec. 1961, 154

(179) Rideau, aaO, S. 11; siehe auch unten 3.3.2.

Auf die Unterschiede, die hinsichtlich der Regelung des Artikels 54 im Vergleich zu derjenigen des Artikel 53 in Verbindung mit Artikel 55 bestehen, ist schon hingewiesen worden⁽¹⁸⁰⁾. Tatsächlich weist in Artikel 54 nichts darauf hin, daß die innerstaatlichen französischen Gerichte zu einer Kontrolle der Verfassungsmäßigkeit befugt sein sollen. Dagegen läßt sich aus diesem Artikel grade ein Hinweis dafür entnehmen, daß die normalen Gerichte nicht zu einer derartigen Prüfung berufen sind: Wenn sie diese ausübten, könnten sie sich den Vorwurf zuziehen, sich an die Stelle des Verfassungsrates setzen zu wollen.

Ein anderer Grund, mit dem die Weigerung der Gerichte, eine Kontrolle der Verfassungsmäßigkeit vorzunehmen, erklärt wird, ist das Fehlen der richterlichen Kompetenz zur Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen. Dieses Argument geht von einer funktionellen Gleichstellung der Verträge mit den innerstaatlichen Gesetzen aus⁽¹⁸¹⁾. Es würde den Rahmen dieser Untersuchung sprengen, der Frage nachzugehen, ob die Verfassung von 1958, besonders im Hinblick auf ihre Präambel und die Bestimmungen über die Zuständigkeiten im Gesetzgebungsbereich, tatsächlich den Gerichten die Möglichkeit einer Kontrolle der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen eröffnet⁽¹⁸²⁾; feststeht, daß sie diese auch nach 1958 nicht ausüben⁽¹⁸³⁾. Dies macht es zumindest verständlich, daß sie sich ebenso weigern, über die Verfassungsmäßigkeit völkerrechtlicher Verträge zu entscheiden.

(180) siehe oben 1.2.5.

(181) Pillet, *Traité pratique de droit international privé*, Band I S. 156; Scelle, *De la prétendue inconstitutionnalité interne des traités*, RDPSP 1952, 1012 ff; Sibert, *Traité de droit international public*, Band II, S. 217

(182) siehe dazu Duverger, *Institutions politiques et droit constitutionnel*, S. 665; Burdeau, *La valeur juridique du Préambule de la Constitution de 1946*; siehe auch schon Mignon, *La valeur juridique du Préambule de la constitution selon la doctrine et la jurisprudence*, D. 1951, chr. S. 127

(183) CE 12.2.1960, Eky, Rec. 1960, 101

Ein weiteres Argument, das sich auf ähnliche Überlegungen stützt, betrifft die Auffassung der Gerichte von den Beziehungen zwischen den Trägern der Staatsgewalt. Die Frage, ob die Ermächtigung der Regierung durch den Gesetzgeber zu Recht erfolgt oder unterblieben ist, betrifft nach einer in der Rechtslehre vertretenen Ansicht dieses interne Verhältnis, das gerichtlicher Kontrolle entzogen ist⁽¹⁸⁴⁾.

Da die Frage, ob aufgrund eines Widerspruches zwischen der Verfassung und einem völkerrechtlichen Vertrag zur Ratifizierung desselben ein Gesetz notwendig gewesen wäre, von den Gerichten nicht untersucht wird, erfolgt natürlich noch weniger eine Kontrolle darüber, ob ein solches Gesetz tatsächlich ergangen ist. Man könnte sogar annehmen, daß in dem Falle, daß der Verfassungsrat angerufen wurde und einen Widerspruch festgestellt hat, die Gerichte keine Prüfung darüber anstellen, ob der Ratifizierung eine gesetzliche Ermächtigung vorausgegangen ist und ob letztere erst nach Verfassungsänderung erteilt worden ist. Denn eine solche Kontrolle liefe auf die Frage der Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes hinaus - die von den Gerichten traditionsgemäß nicht gestellt wird.

Im übrigen ist der Verfassungsrat bisher - soweit bekannt - erst einmal angerufen worden, nämlich zur Kontrolle der Verfassungsmäßigkeit der Verträge von Luxemburg vom 22. April 1970 zur Änderung gewisser Bestimmungen über den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften sowie des Vertrages zur Errichtung eines einzigen Rates und einer einzigen Kommission und

(184) Auf diese Begründung weist Dehaussy, aaO, Heft 12 A Nr. 82 hin; oder aber man betrachtet die angesprochene Frage als "unter die Führung der auswärtigen Angelegenheiten" fallend, worauf - wohl weniger zutreffend - Waelbroek aufmerksam macht, aaO, S. 102. Das Ergebnis ist dasselbe, da es sich in beiden Fällen um eine der beiden als solche anerkannten Kategorien von "Regierungsakten" handelt, siehe Simon-Depitre, aaO, Nr. 22; zum Begriff des Regierungsaktes siehe im einzelnen unten 5.3.1.

schließlich über die Entscheidung des Rates der EWG vom 12. April 1970. Der Verfassungsrat hat keinen Widerspruch zwischen den genannten Abkommen und Rechtshandlungen einerseits und den Bestimmungen der französischen Verfassung andererseits feststellen können⁽¹⁸⁵⁾.

2.1.4.2. Die Ermächtigung des Gesetzgebers in den Fällen des Artikels 53

Gemäß Artikel 53 Absatz 1 ist eine gesetzgeberische Ermächtigung zur Ratifizierung oder Billigung der in die dort aufgezählten Gebiete fallenden Verträge erforderlich. Die Fälle eines Widerspruchs zu den gültigen innerstaatlichen Gesetzen soll erst im Anschluß getrennt dargestellt werden. In den anderen Fällen braucht sich das Problem eines materiellen Konfliktes also gar nicht zu stellen, weshalb die Notwendigkeit der Mitwirkung des Gesetzgebers auch weniger deutlich zutage treten kann. Andererseits ist - soweit ein Widerspruch zu den innerstaatlichen Gesetzen nicht gegeben ist und somit nicht dieser weitere Grund für eine Billigung durch den Gesetzgeber hinzutritt - auch kein Problem hinsichtlich des Vorrangs gestellt.

Die Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Ratifizierung anhand der innerstaatlichen diesbezüglichen Normen wurde während der III. Republik fast ausnahmslos vorgenommen. Danach wurde stets ein Vertrag als ungültig betrachtet, der nicht gemäß den Bestimmungen der Verfassung ratifiziert worden war⁽¹⁸⁶⁾.

Auf dem Gebiet der Handelsverträge ist eine Besonderheit zu erwähnen. Derartige Verträge sind nämlich zum Teil provisorisch vor ihrer Ratifizierung durch Gesetz für anwendbar erklärt worden, z.B. durch das Gesetz vom 29. Juli 1919⁽¹⁸⁷⁾.

(185) Entscheidung zitiert bei Rideau, aaO, Dokument Nr. 8

(186) Cour d'Appel Douai, 2.3.1926, Cl. 1927, 119; Cour d'Appel Lyon, 30.10.1929, cl. 1929, 656

(187) siehe CC crim. 26.2.1937, S. 1938, I, 117

Von den Verträgen, "qui engagent les finances de l'Etat", die also eine sofortige und bestimmte Belastung für den Staatshaushalt darstellten, unterschied die Rechtsprechung diejenigen, die nur die Staatsfinanzen "angingen"⁽¹⁸⁸⁾.

Der Grundsatz, nach dem die Mitwirkung des Gesetzgebers bei den Verträgen notwendig ist, die eine Abtretung, einen Austausch oder einen Erwerb von Gebietsteilen regeln, ist - aus begreiflichen politischen Gründen - in der Zeit von 1875 bis 1914 bezüglich der Grenzziehungen in den französischen Kolonien in den meisten Fällen nicht beachtet worden⁽¹⁸⁹⁾.

Das in der Verfassung von 1946 zum ersten Mal aufgeführte Gebiet der "organisation internationale" wird in der französischen Rechtsprechung so verstanden, daß darunter nur die Verträge zur Gründung solcher Organisationen fallen, die "ständig" sind und eine eigene Entscheidungsbefugnis besitzen, oder eine Einschränkung oder einen Verzicht der französischen Souveränitätsrechte bewirken⁽¹⁹⁰⁾.

Eine gerichtliche Kontrolle der Verfassungsmäßigkeit des zur Ratifizierung ermächtigenden Gesetzes - soweit die Notwendigkeit desselben überprüft und bejaht wird - ist ausgeschlossen, denn sie würde auf eine Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit des Vertrages selbst hinauslaufen, die aber aus den schon erwähnten Gründen nicht stattfindet⁽¹⁹¹⁾. Zum andern würde hier

(188) "intéressant"; siehe zu dieser Unterscheidung bezüglich der Ratifizierung der Verträge vom 29.4. und 12.7.1926 über den Schuldenausgleich zwischen den Alliierten, Jèze, La ratification des accords sur les dettes interalliées, RDP 1927, 92 ff und derselbe, Pouvoirs du gouvernement en matière de ratification des traités relatifs aux finances publiques, RDP 1929, 479-487 (189) siehe dazu CC crim. 11.4.1924, Rec. penant. 1925 I 72; CE 15.5.1925, Villes de Ghardia und andere, Rec. 1925, 472 und Revue algérienne 1926, I, 45 Anm. Rectenwald

(190) siehe Rousseau, Précis S. 39

(191) siehe oben 2.1.4.1.

unmittelbar die Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes in Frage stehen, und eine diesbezügliche Kontrolle haben die Gerichte nie vorgenommen⁽¹⁹²⁾.

Bei Verträgen, die die Grenzen des Staatsgebietes berühren, stellt sich eine zusätzliche Frage der Verfassungskonformität, nämlich im Bezug auf die in Artikel 53 Absatz 3 vorgeschriebene Volksabstimmung, die eine förmliche Voraussetzung für den Erlaß des zur Ratifizierung oder Billigung ermächtigenden Gesetzes darstellt. Auch unter diesem Gesichtspunkt ist jede Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit dieses Gesetzes ausgeschlossen, da es nach Ansicht der Gerichte allein Sache des Parlaments ist, darüber zu befinden, ob diese Bedingung erfüllt ist⁽¹⁹³⁾.

2.1.4.3. Der Widerspruch zu einem innerstaatlichen Gesetz

Zwar ist es möglich - wie dies die französische Rechtsprechung herkömmlicherweise tut - die Fragen der Verfassungsmäßigkeit der von ihnen angewendeten Rechtssätze auszuklammern. Dagegen stellt ein Widerspruch zwischen einem völkerrechtlichen Vertrag und einem innerstaatlichen Gesetz ein Problem dar, dem weniger leicht auszuweichen ist, denn der Richter hat zwischen der Anwendung der einen oder anderen Norm zu wählen⁽¹⁹⁴⁾.

(192) siehe CE 3.3.1961, André et Soc. des tissages Nicolas Caimant, Rec. 1961, 154, RPDA 1961, Nr. 117, und RGDIP 1961, 626, Schlußanträge Henry und Ann. Rousseau, Acte juridique DA 1962, II, 35, AFDI 1962, 931; siehe auch CE 17.1.1964, Deschamps Cl. 1965, 120 (193) CE Ass., 27.6.1958, Georger et Teivassigamany, Cl. 1959, 428 Ann. Pinto; diese Entscheidung macht die Gründe deutlich, aus denen sich die Richter weigern, eine Kontrolle der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen vorzunehmen; diese sind Ausfluß der Souveränität des Gesetzgebers, dessen Willensäußerungen als Ausdruck einer "volonté générale" verstanden werden, denen auch die richterliche Gewalt untergeordnet ist, sogar was die Frage angeht, ob ein Verstoß gegen die Verfassung vorliegt; siehe auch unten 2.1.4.4. (194) Es sei denn, er stellt sich auf den Standpunkt, daß kein Widerspruch vorliegt, siehe dazu im einzelnen unten 4.3. und 4.4.

Vor 1946 fehlte bezüglich der Mitwirkung des Gesetzgebers bei dem Abschluß völkerrechtlicher Verträge, deren Bestimmungen den innerstaatlichen Gesetzen widersprachen, jegliche verfassungsrechtliche Regelung. Jedoch wurde in ständiger Rechtsprechung der Grundsatz befolgt, daß die innerstaatliche Anwendbarkeit solcher Verträge auf Kosten der innerstaatlichen Gesetze von dem Erlaß eines den betreffenden Vertrag billigenden Gesetzes abhing⁽¹⁹⁵⁾. Die Gerichte nahmen eine entsprechende Kontrolle fast ausnahmslos vor, d.h. es wurde die Frage nach der Gesetzmäßigkeit eigentlich stets gestellt, wenn kein Gesetz ergangen war⁽¹⁹⁶⁾.

Seit 1946 ist nun die gesetzgeberische Ermächtigung zur Ratifizierung eines Vertrages, dessen Bestimmungen nicht mit den Vorschriften des gültigen innerstaatlichen Rechts im Einklang stehen, von der Verfassung gefordert. Die Folgen, die diese an die ordnungsgemäße Ratifizierung oder Billigung knüpft, gehen recht weit: Der völkerrechtliche Vertrag erhält Vorrang vor dem innerstaatlichen Gesetz. Aber auch die Folgen, die sich aus dem Fehlen der gesetzgeberischen Ermächtigung ergeben, gehen weiter als die, die die Rechtsprechung aus der Zeit vor 1946 diesem Mangel zuordnete: Seit 1946 kann ein internationales Abkommen nicht mehr als völkerrechtlich gültig angesehen werden, wenn trotz eines Widerspruchs zum innerstaatlichen Recht seine Ratifizierung oder Billigung ohne vorherige gesetzgeberische Zustimmung erfolgt ist.

Zwar bedeutet die Regelung von 1946 und 1958 eine Erweiterung derjenigen Gebiete, auf denen die Mitwirkung des Gesetzgebers vorgeschrieben ist⁽¹⁹⁷⁾, doch war damit keine Erweiterung der richterlichen Kontrolle verbunden. Vielmehr hat die Rechtsprechung in der Folge der verfassungsrechtlichen Regelung von 1946 auf eine Überprüfung verzichtet, wo sie diese trotz deren Fehlens vorher regelmäßig vornahm.

(195) siehe oben 1.2.3.

(196) War ein solches ergangen, so bestand kein weiteres Problem, denn die Verfassungsmäßigkeit dieses Gesetzes wurde nicht überprüft

(197) siehe jedoch oben 1.2.3.

Grundsätzlich bejahen die ordentlichen Gerichte ihre Kompetenz, die Gesetzmäßigkeit der Ratifizierung in den Fällen zu überprüfen, in denen ein Widerspruch zum innerstaatlichen Recht besteht⁽¹⁹⁸⁾. Gerade in den ersten Jahren nach dem Krieg fehlt es nicht an Entscheidungen, die die Tradition der III. Republik fortsetzen: So lehnen verschiedene Urteile die Anwendung des französisch-belgischen Abkommens vom 17. Dezember 1946 und 10. Januar 1947 mit der Begründung ab, daß die Zustimmung des Gesetzgebers zur Ratifizierung erforderlich gewesen wäre, da dieses Abkommen dem Gesetz vom 10. März 1927 widerspricht.⁽¹⁹⁹⁾ Auch das Gericht von Montpellier hat sich diese Frage gestellt, ist jedoch zu dem Ergebnis gelangt, daß kein Widerspruch zu besagtem Gesetz bestehe und daher keine Ermächtigung des Gesetzgebers zur Ratifizierung notwendig sei⁽²⁰⁰⁾. Auch spätere Entscheidungen nehmen zu der Frage der Notwendigkeit einer gesetzlichen Ermächtigung Stellung. Besonders zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang das Urteil der Sozialkammer des Kassationshofes vom 29. März 1962⁽²⁰¹⁾, daß die Anwendbarkeit des schon erwähnten französisch-italienischen Notenwechsels vom 17. Mai 1946 vom 17. April 1957 an bejaht, da an diesem Tage schließlich ein bestätigendes Gesetz ergangen ist⁽²⁰²⁾.

(198) so implizite CC, civil, 6.7.1954, Soc. Immobilière Dehodencq, Cl. 1956, 136 Anm. Sialelli, RCDIP 1954, 612, Anm. Leonan; diese Entscheidung hebt das Urteil des Tribunal Civil Seine vom 25.7.1951, GP 1951, 2, 189 mit der Begründung auf, daß entgegen der Ansicht des unteren Gerichts ein Gesetz ergangen war, um zur Ratifizierung des Vertrages von Paris vom 16.4.1948 zwischen Frankreich und der OEEC zu ermächtigen

(199) Riom, 16.1.1950, Vermote, S. 1950, 2, 155; JCP 1951, II, 5946; Rouen, 31.10.1950, JCP 1951, II, 5946, Anm. Magnol; Paris, 28.11.1950, RDP 1952, 1104; D. 1951, 440, Anm. Carbonnier; Toulouse, 7.6.1951, JCP, 1951, II, 6487; Colmar, 7.5.1953, D. 1953, 604, Anm. Berlia

(200) 18.1.1951, D. 1951, 440, Anm. Carbonnier; siehe im übrigen auch die Entscheidungen des Tribunal Civil Bonneville, 1.3.1950, S. 1951, 2, 79, und des Tribunal par. arrondissement Pithiviers, 19.10.1951, D. 1951, 337

(201) D. 1962, Somm. 126; siehe auch Bordeaux, 10.7.1959, JCP 1959, II, 11617 Anm. Ourliac et de Juglart

(202) JO vom 18.4.1957, S. 4101

Der Staatsrat ist dagegen stets der Auffassung, daß es allein Sache der Regierung sei, zu entscheiden, ob die gesetzgeberische Billigung nötig ist oder nicht⁽²⁰³⁾. Daher hat er jeden durch Dekret des Präsidenten der Republik ratifizierten oder veröffentlichten Vertrag für gültig angesehen⁽²⁰⁴⁾. Die Frage ist besonders ausführlich behandelt worden von dem Regierungskommissar Laurent in der Rechtssache "Villa"⁽²⁰⁵⁾. Es handelte sich darum, ob der Notenwechsel, der zwischen dem italienischen Botschafter Benzoni und dem französischen Außenminister Bidault am 17. Mai 1946 unterzeichnet und am 25. August 1947 vom Staatspräsidenten durch Dekret "ratifiziert" worden war, durch den den in Frankreich lebenden Italienern die Behandlung nach der Meistbegünstigungsklausel zugesichert war, trotz des Fehlens einer Ermächtigung durch den Gesetzgeber von den Gerichten angewendet werden konnte. Laurent erkennt grundsätzlich die Möglichkeit einer Kontrolle der Ratifizierung an, insoweit zu überprüfen ist, ob diese durch die kompetenten Staatsorgane erfolgt ist. Er ist dagegen der Ansicht, daß es unzweckmäßig wäre, diese Kontrolle auch auf die Frage auszudehnen, ob die Ratifizierung auf der Grundlage eines zu ihr ermächtigenden Gesetzes hätte erfolgen müssen⁽²⁰⁶⁾. Zwar hat der Staatsrat die Anwendbarkeit des fraglichen Abkommens aus anderen Gründen ausgeschlossen, doch bringt die Stellungnahme des Regierungskommissars recht deutlich die gewöhnlich von den Verwaltungsgerichten befolgte Ansicht zum Ausdruck.

Auch die Rechtsprechung der ordentlichen Gerichte scheint immer mehr dazu zu neigen, die Erforderlichkeit der Ermächtigung des Gesetzgebers zur Ratifizierung von Verträgen, deren Bestimmungen innerstaatlichen Gesetzen widersprechen, nicht zu überprüfen.

(203) CE 18.11.1960, Pilon es-qualité, RDP 1961, 909; siehe auch zum Begriff des Regierungsaktes unten 534.

(204) siehe Virally, Le Conseil d'Etat et les traités internationaux, JCP 1953, I, 1098

(205) CE, 16.11.1956, RDPSP 1957, 140, Anm. Waline

(206) RDPSP 1957, 131 ff

So wendet eine Entscheidung des Gerichts von Paris vom 18. Juni 1951 ein Abkommen an, das vom Gesetzgeber nicht gebilligt worden war, obwohl es Bestimmungen der Zivilprozeßordnung außer Kraft setzte⁽²⁰⁷⁾. Die Entscheidung beschränkt sich darauf, festzustellen, daß dieses Abkommen "promulgiert" worden war⁽²⁰⁸⁾. Ein anderes Urteil des gleichen Gerichts vom 20. Juni 1959 läßt es zu, daß ein zwischen Frankreich und Vietnam am 16. August 1955 abgeschlossenes Abkommen Anwendung findet, bevor es vom Gesetzgeber bestätigt wurde⁽²⁰⁹⁾.

Auch vor dem Kassationshof wurde dieses Problem ausführlicher behandelt, und zwar vom Generalanwalt Blanchet anläßlich der Rechtssache "Gambino", in der es ebenso um die Anwendbarkeit des französisch-italienischen Notenwechsels vom 17. Mai 1946 ging⁽²¹⁰⁾. Blanchet gab der Meinung Ausdruck, daß die Frage, ob der Präsident der Republik allein diesen Vertrag ratifizieren konnte,

"ausschließlich eine Frage des Verfassungsrechts ist. Diese Frage kann vielleicht die Rechtslehre beschäftigen, aber das positive französische Recht läßt keine richterliche Kontrolle zu. Aufgrund der Tatsache allein, daß das Abkommen von 1946 vom Staatspräsidenten ratifiziert worden und im Journal Officiel veröffentlicht worden ist, kann seine Gültigkeit durch die Gerichte nicht in Frage gestellt werden. Die formelle Rechtmäßigkeit der gegebenen Anordnungen reicht allein aus, um es für die Gerichte verbindlich werden zu lassen⁽²¹¹⁾".

(207) GP 1951, 2, 70

(208) siehe dazu unten, 3.3.1.1.

(209) JCP 1959, II, 11309, Anm. Aymond; Kiss AFDI 1960, 1036; siehe auch oben 2.1.2.4.; siehe auch Cour d'Appel de Paris, 18.6.1968, Dame Klarsfeld ./.. Office franco-allemand pour la jeunesse, JCP 1968, II, 15727, Anm. Ruzié

(210) CC Ass. plén. 11.3.1953, D. 1953, 297 Schlußanträge Blanchet; diese Entscheidung ist also schon über drei Jahre vor dem Urteil Villa ergangen, ein Einfluß der Verwaltungsgerichte auf die Rechtsprechung der ordentlichen Gerichte kann in diesem Zusammenhang somit nicht angenommen werden

Auch der Kassationshof hat nicht unmittelbar zu dieser Frage Stellung genommen, doch entsprechen die meisten Entscheidungen der ordentlichen Gerichte den Ausführungen des Generalanwalts. Die Tendenz scheint in Richtung auf eine Einschränkung der materiellen Kontrolle zu gehen⁽²¹²⁾.

Auch auf dem hier angesprochenen Gebiet nehmen die Gerichte aus den schon erwähnten Gründen keine Kontrolle der Verfassungsmäßigkeit des zur Ratifizierung oder Billigung ermächtigenden Gesetzes vor - soweit sie überhaupt dessen Notwendigkeit und Vorliegen überprüfen.

2.1.4.4. Betrachtungen zu dieser Rechtsprechung

Die Rechtsprechung, die zwar eine Kontrolle über die formelle Rechtmäßigkeit des Bestätigungsverfahrens ausübt, sich aber in vielen Fällen weigert, eine Überprüfung der inhaltlichen Gesetzmäßigkeit der Ratifizierung oder Billigung vorzunehmen, wird oft zu erklären versucht, indem der Gedanke einer "Trennung" zugrundegelegt wird⁽²¹³⁾, der in den Schlußanträgen des Regierungskommissars Laurent vor der Entscheidung "Villa" des Staatsrates vom 16. November 1956 anklingt⁽²¹⁴⁾.

Tatsächlich spielt hierbei weniger eine Trennung zwischen der völkerrechtlichen und innerstaatlichen Seite der Ratifizierung eine Rolle, als eine Unterscheidung zwischen formeller und

(211) D. 1953, 300; die Rechtslehre wendet sich gegen die Rechtsprechung: Pinto, *Le contrôle de la régularité des conventions internationales par les juridictions françaises*, Festschrift Mestre, 439 ff

(212) Pinto, *Anm. Cl.* 1965, 120; siehe auch Dumont, *Conflits entre les normes résultant des traités ayant institué les Communautés Européennes et celles des droits nationaux des Etats membres*, RIDC 1965, 21 ff

(213) siehe dazu schon oben 1.2.3. und 1.3.1.3.

(214) RDPSP 1957, 131

materieller Rechtmäßigkeit. Die Rechtsstaatlichkeit ist im französischen Recht auf die formelle Gesetzmäßigkeit beschränkt; d.h. es spricht eine unwiderlegliche Vermutung dafür, daß formell verfassungsmäßig zustande gekommene formelle Gesetze materiell rechtmäßig sind⁽²¹⁵⁾. Um diesen Unterschied handelt es sich hier, denjenigen zwischen formeller und materieller Rechtmäßigkeit: allgemein kommt es im französischen Recht nur auf die formelle Seite an, was in der Rechtsprechung zur Frage der Rechtmäßigkeit der Ratifizierung und Approbierung deutlich zum Ausdruck kommt.

Danach ist der wichtigste Grund für die Einstellung der Gerichte in ihrer Weigerung zu sehen, eine Kontrolle der Verfassungsmäßigkeit vorzunehmen. In der Zeit vor 1946 bestand nun keine verfassungsrechtliche Bestimmung, nach der eine gesetzgeberische Ermächtigung erforderlich gewesen wäre, um Verträge zu ratifizieren, die innerstaatliche Gesetze ändern. Trotzdem - oder gerade deswegen - prüften die Gerichte bei derartigen Konflikten, ob die Mitwirkung der Legislative erfolgt war. Seitdem für Verträge, die die Bestimmungen innerstaatlicher Gesetze aufheben, der Erlass eines Gesetzes vor ihrer Ratifizierung notwendig ist, seitdem also eine diesbezügliche Prüfung einer Kontrolle der Verfassungsmäßigkeit sehr nahe kommt, scheuen sich die Gerichte, eine solche auszuüben.

Seit 1946 ist der Vorrang der Verträge vor den innerstaatlichen Gesetzen von der Verfassung anerkannt, jedoch - um der Exekutive keine zu weitgehenden legislativen Befugnisse einzuräumen - von einer Mitwirkung des Gesetzgebers abhängig. Damit aber ist die Grundlage für die Rechtsprechung nicht mehr dieselbe, denn die Überprüfung zur Anwendung des Grundsatzes des Vertragsvorrangs erhält den Anstrich einer Kontrolle der Verfassungsmäßigkeit und somit den Charakter eines Tabus.

(215) siehe Wolff, Verwaltungsrecht, Band I, S. 138

Doch handelt es sich hierbei nur um eine scheinbare Parallele. Tatsächlich ist mit der Überprüfung der Frage, ob eine Ermächtigung des Gesetzgebers notwendig war, keine Kontrolle der Verfassungsmäßigkeit verbunden. Die Frage der "Völkerrechtsmäßigkeit" von Gesetzen kann nicht mit derjenigen ihrer Verfassungsmäßigkeit gleichgesetzt werden. Eine Überprüfung der Notwendigkeit einer Mitwirkung der Legislative sowie des tatsächlichen Vorliegens eines Gesetzes, wo dessen Erforderlichkeit festgestellt ist, berührt keineswegs bereits Fragen der Verfassungsmäßigkeit desselben.

Was den Widerspruch zu einfachen Gesetzen angeht, so hätten die Verfassungen von 1946 und 1958 eine Regelung wählen können, die den von der Rechtsprechung der III. Republik aufgestellten Grundsätzen entspricht, also im Falle einer unregelmäßigen Ratifizierung lediglich die Unanwendbarkeit des betreffenden völkerrechtlichen Vertrages anordnet. Soweit die Gerichte tatsächlich eine Kontrolle auf dem hier in Frage stehenden Gebiet ausüben, impliziert diese eine Stellungnahme zu weitaus grundsätzlicheren Fragen, nämlich der völkerrechtlichen Gültigkeit der betreffenden Verträge. Das heißt, daß die Gerichte, wenn sie eine solche Überprüfung vornehmen, nicht nur über die rechtlichen Verhältnisse zwischen Einzelnen, sondern notwendigerweise auch zwischen den am Vertrag beteiligten Staaten zu entscheiden hätten.

Doch spielt es in Wirklichkeit gar nicht die entscheidende Rolle, daß die Gerichte zu der völkerrechtlichen Gültigkeit der ihnen unterbreiteten Verträge Stellung nehmen müßten; diese Kontrolle üben sie vielmehr seit jeher in einem weiten Umfang aus⁽²¹⁶⁾. Der in diesem Zusammenhang wesentlichste Gesichtspunkt ist es, daß die Richter sich nicht zu der materiellen Rechtmäßigkeit einer formell rechtmäßigen Handlung der Regierung aussprechen

(216) siehe oben 2.1.3.

wollen. Diese Einstellung erklärt sich vor allem aus der Auffassung der französischen Gerichte von der Gewaltenteilung, auf die in späterem Zusammenhang noch zurückzukommen sein wird⁽²¹⁷⁾, sowie der damit verbundenen formellen Rechtsstaatlichkeit.

Es läßt sich nicht übersehen, daß diese Rechtsprechung zu einem Widerspruch führt. Denn jedesmal, wenn die Gerichte eine derartige Kontrolle unterlassen, bei der die Ungültigkeit des betreffenden Abkommens festzustellen gewesen wäre, lassen sie einen Vorrang des völkerrechtlichen Vertrages zu, obwohl die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für dessen Anerkennung nicht gegeben sind - und dies, obwohl sie sich im allgemeinen scheuen⁽²¹⁸⁾, aus Artikel 55 die letzte Konsequenz zu ziehen⁽²¹⁹⁾.

2.2. Die materielle Gültigkeit

Wie festzustellen war, üben die französischen Gerichte eine Kontrolle über die formelle Gültigkeit der völkerrechtlichen Verträge aus, die jedoch Einschränkungen erleidet, wo Fragen der materiellen Rechtmäßigkeit aufgeworfen werden. Aus den gleichen und ähnlichen Gründen, die diese Haltung motivieren, zeigen sie eine erhebliche Zurückhaltung hinsichtlich der Kontrolle der materiellen Gültigkeit der Verträge selbst.

(217) zum Regierungsakt siehe unten 5.3.1., siehe auch in diesem Zusammenhang die Anm. von Rousseau unter Paris, 19.7.1934, RGDIP 1936, 485; Monneray, Anm. unter CC soc. 4.5.1950 und CC civil 27.6.1950, RCDIP 1951, 277; De Soto, aaO, S. 86; Motulsky, Anm. unter Tribunal Saargemünd, 22.6.1948, RCDIP 1949, 58 ff; siehe auch Virally, L'introuvable acte de gouvernement, RDPSP 1952, 343 und derselbe, Le Conseil d'Etat et les traités internationaux, JCP 1953, I, 1098 und derselbe, Les actes de gouvernements en droit français, S. 85; Reuter, Rapport au Colloque de Grenoble, S. 22 und 32

(218) wie festzustellen sein wird, siehe unten 4.4.

(219) siehe zu diesem Widerspruch unten 3.3.3.

2.1. Die materielle Gültigkeit im Hinblick auf Völkerrecht

Die inhaltliche Rechtmäßigkeit internationaler Abkommen in bezug auf Rechtsätze des Völkerrechts unterliegt keiner Kontrolle seitens der französischen Gerichte⁽²²⁰⁾. So weigern sich die Gerichte, zu überprüfen, ob ein Vertrag im Widerspruch zu älteren Abkommen steht, durch die die Vertragsparteien anderen Staaten gegenüber verpflichtet sind⁽²²¹⁾.

Dagegen befassen sich verschiedene Entscheidungen mit der Frage, welches von zwei oder mehreren Abkommen als gültig anzusehen ist, die zwischen denselben Staaten abgeschlossen worden sind. In der Regel finden in diesem Zusammenhang die Grundsätze "lex posterior derogat priori" oder aber "lex specialis derogat generali" Anwendung. Zu erwähnen ist die Entscheidung des Gerichtes von Paris vom 4. März 1964⁽²²²⁾, die feststellt,

"daß die Verordnungen Nr. 3 und 4 der Europäischen Gemeinschaften in allen ihren Teilen bindend und in allen Mitgliedsstaaten anwendbar ist und somit an die Stelle der zweiseitigen Abkommen getreten ist, die zwischen den verschiedenen Mitgliedsstaaten der EWG abgeschlossen worden sind".

Es handelt sich dabei jedoch ebenso um eine Frage der materiellen völkerrechtlichen Gültigkeit als um eine Feststellung der Grenzen des Geltungsbereichs *ratione temporis*. Auf diese Probleme ist daher bei der Untersuchung der Grenzen der völkerrechtlichen Gültigkeit zurückzukommen⁽²²³⁾.

(220) Batiffol, *Traité* Nr. 37, Anm. 54

(221) Paris, 19.7.1935, RGDIJ 1936, 405; Tribunal Sarreguemines, 22.6.1940, RGDIJ 1949, 58; auch die Entscheidung des Staatsrats vom 12.11.1949 zur Frage der Gültigkeit des Waffenstillstandsabkommens von 1940 gründet sich nicht auf völkerrechtliche Erwägungen, siehe Cl. 12.11.1949, Soc. Maison Guérin, Rec. 1949, 473; siehe dazu auch Wengler, *Völkerrecht*, Band I, S. 407 ff; Dahm, *Völkerrecht*, Band III, S. 63; Seidl-Hohenveldern, aaO, S. 83; Guggenheim, *Lehrbuch*, S. 134

(222) D. 1964, 519, Anm. Minjoz, Cl. 1965, 642, Anm. Ribettes-Tillhet; siehe auch Trib. Gr. Inst. Seine, 13.9.1969, Office des Mineurs de Ravensburg ./o. Eylers, Cl. 1970, 721, Anm. Kahn

(223) siehe unten 2.3.3.1.

2.2.2. Die Verfassungsmäßigkeit der Verträge selbst

An dieser Stelle soll die Frage gestellt werden, ob ein Vertrag, dessen Bestimmungen nicht verfassungsmäßig sind, wegen materieller Verfassungswidrigkeit als ungültig zu betrachten ist. Es handelt sich hierbei also nicht mehr um die Frage, ob wegen der Verfassungswidrigkeit eines völkerrechtlichen Vertrages dessen Ratifizierung unrechtmäßig ist und er somit als nicht formell gültig anzusehen ist. Wie festzustellen war, üben die Gerichte keine Kontrolle unter diesem Gesichtspunkt aus. Nun läßt sich aus den Bestimmungen der Verfassung erkennen, daß bei einem Widerspruch zwischen ihr selbst und einem völkerrechtlichen Vertrag nicht nur dessen gültiges Zustandekommen unmöglich ist, sondern daß ein solcher Vertrag auch als materiell ungültig betrachtet werden muß. Dies ergibt sich einmal aus einem argumentum ex contrario aus Artikel 55, der nur von einem Vorrang vor den einfachen innerstaatlichen Gesetzen spricht, zum anderen daraus, daß es eben die Verfassung selbst ist, die diesen Vorrang anordnet.

Eine Überprüfung wird von den Gerichten freilich auch unter diesem Aspekt nicht vorgenommen, da dies entweder auf eine Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit des zur Ratifizierung ermächtigenden Gesetzes hinausliefe oder, in den Fällen, in denen kein Gesetz ergangen ist, auf eine Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Ratifizierung im Rahmen des Artikels 54. Sowohl die eine als auch die andere Kontrolle werden jedoch aus den schon erwähnten Gründen nicht ausgeübt⁽²²⁴⁾.

Aus dieser Rechtsprechung läßt sich jedoch nicht der Schluß ziehen, daß allein wegen der Weigerung der Richter, eine solche Prüfung vorzunehmen, die Anwendung eines völkerrechtlichen Vertrages auch dann rechtmäßig wäre, wenn dieser tatsächlich der

(224) siehe oben 2.1.4.1.

Verfassung widerspricht⁽²²⁵⁾. Nur ist es nicht Sache der Gerichte, über eine materielle Unrechtmäßigkeit zu befinden⁽²²⁶⁾.

2.3. Die zeitlichen Grenzen der völkerrechtlichen Gültigkeit

Die Probleme der zeitlichen Grenzen der völkerrechtlichen Gültigkeit internationaler Abkommen sind von den Gerichten in verschiedenem Zusammenhang zu beantworten: Zunächst ist zu fragen, ob der betreffende Vertrag bereits in Kraft getreten ist. Andererseits kann es strittig sein, ob er noch in Kraft ist, wobei sein Erlöschen auf äußeren Ereignissen oder aber dem Willen aller oder auch nur einer der am Vertrag beteiligten Parteien beruhen kann; besonders in letzterem Fall kann die Frage aufgeworfen werden, ob ein Vertrag zu Recht durch eine einseitige Rechtshandlung aufgehoben werden kann, und ob die Gerichte hierüber eine Überprüfung vornehmen^(226a).

2.3.1. Das Inkrafttreten im völkerrechtlichen Bereich

Es versteht sich, daß die innerstaatliche Wirksamkeit und also auch Anwendbarkeit internationaler Verträge von ihrem Inkrafttreten im völkerrechtlichen Bereich abhängt. Auch die Gerichte stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß ein Vertrag auch nach seiner Unterzeichnung und Ratifizierung erst von dem Augen-

(225) Ebensovienig wie dessen Ratifizierung als rechtmäßig angesehen werden kann, siehe oben 2.1.4.1.

(226) siehe dazu Rousseau, Anm. unter RGDIP 1936, 485; Monneray, Anm. RCDIP 1951, 277; Motulsky, Anm. RCDIP 1949, 58; Batiffol, Traité, S. 47 und 50; De Soto, La promulgation des traités, S. 86; Virally, L'introuvable acte de gouvernement, RDPSP 1952, 343

(226a) siehe auch Boehmer, aaO, S. 95; Partsch, Bericht, S. 134; Guggenheim, Lehrbuch S. 101 ff; von der Heyde, Völkerrecht, S. 83

blick an im innerstaatlichen Bereich Rechtswirkungen äußern kann, in dem er im Völkerrecht in Kraft tritt⁽²²⁷⁾.

In diesem Zusammenhang nimmt also der französische Richter zunächst eine Kontrolle darüber vor, ob auch der oder die anderen am Vertrag beteiligten Staaten diesen ratifiziert haben⁽²²⁸⁾. Läßt sich nicht feststellen, daß ein völkerrechtlicher Vertrag endgültig von dem Staat, der Vertragspartner ist, akzeptiert worden ist, so kann dieser Vertrag nicht den Angehörigen des betreffenden Staates entgegengehalten werden⁽²²⁹⁾. Ebenso verhält es sich, wenn nicht der Beweis erbracht ist, daß ein Staat einem multilateralen Abkommen beigetreten ist⁽²³⁰⁾.

Ist nichts anderes ausdrücklich bestimmt, so hängt der Zeitpunkt des Inkrafttretens von der Mitteilung der endgültigen Annahme seitens des anderen am Vertrag beteiligten Staaten ab⁽²³¹⁾.

So ist ein internationales Abkommen nicht anzuwenden, wenn nach dem Wortlaut des die Veröffentlichung anordnenden Dekrets der Austausch der Ratifizierungsinstrumente erst nach dem Eintritt der streitigen Tatsache erfolgt ist und bestimmt ist, daß das Abkommen 15 Tage nach diesem Austausch in Kraft treten soll⁽²³²⁾.

(227) Paris, 11.4.1892, Cl. 1892, 889; 14.12.1953, AFDI 1956, 726; CC civil 24.1.1962, Bull. 1962, II, Nr. 108; siehe auch S. Basdevant, Rapport sur la publication des traités et accords internationaux, S. 127 ff; Valéry, Manuel, Nr. 454; Dehaussy, Cl. 1960, 714

(228) Trib. comm. Quimper, 18.4.1969, Lucas ./.. Cie Bretonne de cargos frigorifiques, DMF 1970, 295

(229) Trib. Gr. Inst. Quimper, 2.7.1960, Vigouroux ./.. Armement Lenten, DMF 1961, 361, AFDI 1961, 906; Rennes, 13.3.1961, zitiert bei Dehaussy, aaO, Heft 12 A Nr. 73 Nachtrag

(230) Montpellier, 2.2.1961, Soc. Clamageron ./.. Soc. maritime nord-africaine, DMF 1961, 573; Trib. comm. Marseille, 25.4.1961, Assureurs du navire "Pallas" ./.. Compagnie de navigation Paquet, DMF 1962, 225; Paris, 14.10.1963, Dame Bloch veuve Nazarovff ./.. époux Aubert-Vernet, Cl. 1964, 317, chr. Sialelli

(231) CC civil, 21.1.1962, Dame veuve C. Moraldo ./.. Caisse régionale d'assurance vieillesse à Marseille, RDP 1962, 1261

(232) CC comm. 28.5.1962, Veuve Beiso, JCP IV, éd. G, 98; siehe zum Depot und Austausch der Ratifizierungsinstrumente auch Trib. Gr. Inst. Seine, 13.10.1959, Rey ./.. Soc. comm. pour l'équipement industriel et agricole, RCDIP 1961, 144, AFDI 1961, 906

Ausnahme Weise hat jedoch das Gericht von Paris in seiner Entscheidung vom 29. März 1965⁽²³³⁾ die Haager Konvention vom 1. Juni 1956 über die Anerkennung der Rechtspersönlichkeit ausländischer Gesellschaften, Vereine und Stiftungen, die von Frankreich ratifiziert worden war⁽²³⁴⁾, angewandt, obwohl sie zu diesem Zeitpunkt noch nicht in Kraft getreten war. Dasselbe Gericht hat die Wiener Konvention über das Recht der völkerrechtlichen Verträge vor ihrem internationalen Inkrafttreten mit der Begründung angewendet, daß es sich hierbei um die Kodifizierung schon vorher bestehenden Gewohnheitsrechts handele⁽²³⁵⁾.

Eine andere Entscheidung, die ebenfalls zum Ergebnis einer Anwendung vor dem Zeitpunkt des völkerrechtlichen Inkrafttretens des fraglichen Abkommens kommt, stützt sich in ihrer Begründung auf soziale Gesichtspunkte, die dem betreffenden Gebiet eigen sind⁽²³⁶⁾.

2.3.2. Die zeitweilige oder endgültige Aufhebung der vertraglichen Verpflichtungen durch äußere Anlässe

Äußere Anlässe, die dazu führen können, die zwischenstaatlichen Verpflichtungen aus einem völkerrechtlichen Vertrag auf Zeit oder

(233) RCDIP 1967, 85, Anm. Lagarde

(234) Ratifizierung vom 30.6.1962

(235) Paris, 30.6.1967, époux Queronil ./.. Breton, RCDIP 1968, 478; JCP 1967, IV, 164; siehe auch Cour d'Appel de Paris, 9. 1. 1968, Dame Seicarn ./.. Cismigin, RCDIP 1969, 69

(236) Trib. Gr. Inst. Seine, 29.1.1965, Seghers ./.. Air France, RFDA 1965, 353, AFDI 1966, 851; es handelte sich um die Erhöhung der in der Warschauer Konvention vereinbarten Haftungsbeschränkung der zivilen Luftfahrtgesellschaften bei Unfällen; siehe auch Tr. Gr. Inst. Seine, 10.4.1964, RFDA 1964, 405 und 19. 3.1964, RCDIP 1965, 89; siehe dagegen CC civil II, 18.7.1967, Sté. mutuelle d'assurances aériennes, RFDA 1967, 443, Bull. civ. 1967, II, 186 und Paris, SAGETA ./.. Aquilina, RFDA 1967, 68 und Trib. Gr. Inst. Seine, 25. 11. 1966, Gilmore ./.. Air France, RFDA 1967, 88; Rouen, 10.6.1970, Soc. mutuelle d'assurances aériennes ./.. veuve Thiérache, RFDA 1971, 81

für immer aufzuheben, werden von der Rechtsprechung zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich beurteilt. Dabei ist zwischen den Wirkungen kriegerischer Auseinandersetzungen und sonstigen Gründen zu unterscheiden.

2.3.2.1. Die Wirkungen des Krieges

Zunächst ist festzustellen, daß die Rechtsprechung eine Wirkung kriegerischer Auseinandersetzungen nur für das Verhältnis zwischen den Staaten annimmt, zwischen denen Feindseligkeiten bestanden haben; verschiedene Entscheidungen erkennen daher ausdrücklich an, daß die Gültigkeit von Verträgen zwischen Staaten, die nicht gegeneinander Krieg geführt haben, durch den Zweiten Weltkrieg nicht berührt worden ist⁽²³⁷⁾.

Nach allgemein anerkannter Ansicht erlöschen zweiseitige Verträge aufgrund kriegerischer Auseinandersetzungen zwischen den Unterzeichnerstaaten. Dieser Grundsatz wird in zahlreichen Entscheidungen der französischen Gerichte bestätigt⁽²³⁸⁾. So geht eine Entscheidung⁽²³⁹⁾ davon aus, daß ein Vertrag bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges außer Kraft getreten ist, durch Artikel 289 des Versailler Vertrages wieder Gültigkeit erlangt hat, ab 1939

(237) CC soc., 10.2.1955, Dayras ./.. Geiger, JCP 1955, II, 8640, Anm. Ourliac und de Jaglart, RCDIP 1956, 254, Anm. Simon-Depitre; CC soc., 9.7.1957, Dame Veuve Orize und Belard ./.. Gartenberg, JCP IV éd. G, 109, Cl. 1960, 466, RGDIP 1960, 638, Anm. Rousseau; Trib. Gr. Inst. Seine, 12.11.1954, Heller ./.. Soc. La Soie de Paris, JCP 1954, I, 8410 und 22.2.1955, Cl. 1955, 165 Anm. Sialelli; zum deutschen Recht siehe Boehmer, aaO, S. 61; Dahm, aaO, Band III, S. 155; Klein in Wörterbuch, Band II, S. 320; Kaufmann in ZaöRV 19 (1958), 225 ff; Wengler, Völkerrecht, Band I, S. 377 ff, besonders 381; Guggenheim Lehrbuch, S. 119

(238) CC crim. 23.12.1854, S. 1854, I, 811; civil, 10.2.1948, S. 1948, I, 49, Anm. Niboyet, JCP 1948, II, 4368, Anm. S. Bastid; CC civ. Ass. plén., 22.6.1949, S. 1949, I, 161, Anm. Niboyet, JCP 1949, II, 5008, Anm. Ourliac und de Jaglart, RCDIP 1950, 383; CE 5.8.1921, Cofart, Rec. 1921, 833

(239) Colmar, Soc. Spieshoffer und Braun ./.. Dame Robond, 3.3.1959, Ann. prop. ind. 1960, 159

wieder ungültig geworden ist. Das jeweilige Außerkrafttreten hat nach Ansicht der Gerichte keine Rückwirkung auf die Zeit, in der der Vertrag als gültig anzusehen ist⁽²⁴⁰⁾.

Ebenso allgemein anerkannt ist der Grundsatz, daß die Rechtswirkungen multilateraler Verträge auf die Rechtsverhältnisse zwischen gegeneinander kriegsführenden Staaten für die Dauer der Feindseligkeiten suspendiert sind⁽²⁴¹⁾. Nur vereinzelte Entscheidungen stehen auf dem Standpunkt, daß auch im Falle von mehrseitigen Abkommen ein Erlöschen der vertraglichen Verpflichtungen zwischen den Kriegsgegnern eintritt⁽²⁴²⁾.

Eine weitere Ausnahme wird von verschiedenen Entscheidungen zugelassen, die im vergangenen Jahrhundert ergangen sind. Während diese Urteile betonen, daß solche Verträge als erloschen anzusehen sind, die "politischer oder allgemeiner Art sind, die die Verhältnisse zu Friedenszeiten und Allianzen zwischen zwei oder mehreren Nationen regeln", betrachten sie als weiterhin auch zwischen Kriegsgegnern gültig oder nur suspendiert solche Abkommen, die "die rechtlichen Verhältnisse von Privatpersonen regeln und die auf der Grundlage der Gegenseitigkeit beruhen, die also ohne weiteres mit dem Kriegszustand zu vereinbaren sind"⁽²⁴³⁾. Doch findet diese Rechtsprechung keine Fortsetzung. In der Entscheidung des Kassationshofes vom 23. Dezember 1854 wird der Grundsatz ausgesprochen, daß zweiseitige Verträge ausnahmslos infolge kriegerischer Auseinandersetzungen zwischen den Unterzeichnerstaaten ungültig werden⁽²⁴⁴⁾.

(240) CC civil I, 19.10.1956, Giardini, JCP 1966, II, 14076, Anm. Aymond

(241) Cour d'Aix, 7.5.1951, RCDIP 1952, 697, Anm. Loussouarn, JCP 1952, II, 6719 Anm. Benoist, RDP 1953, 528; CC civil, 4.6.1955, RCDIP 1956, 66, Anm. Batiffol, JCP 1955, II, 8777, AFDI 1956, 727; Tribunal civil Seine 26.2.1957, Soc. Industriewerke Karlsruhe ./.. Administration des Domaines, RCDIP 1957, 280, Anm. Feblot und Mezger, RDP 1958, 368; 13.3.1957, Dornen Erika ./.. Batzenschlager, Cl. 1958, 128, AFDI 1958, 776; siehe auch schon Colmar, 29.7.1925, Cl. 1926, 604

(242) Cour d'Appel de Paris, 3.3.1951, S. 1951, 868, Anm. Goldman; Tribunal civil Toulouse, 21.3.1955, Soc. H. de Boussac ./.. Firma G. Töpfer, JCP 1955 IV 141

(243) Cour d'Appel Turin, 10.1.1810, Bergera ./.. hérétiers Carona; Colmar, 2.4.1854, Zwickert; Aix, 8.12.1858, Isnard Blanc ./.. Pezzalés, alle Entscheidungen zitiert bei Dehaussy, aaO Heft 12 D Nr. 115

(244) Featherstonhaugh ./.. Boffi, S. 1854, 1, 811

Nach 1945 zeichnete sich eine gewisse Uneinigkeit in der französischen Rechtsprechung bezüglich der Frage der Anwendbarkeit bestimmter Verträge ab, besonders des französisch-italienischen Abkommens vom 3. Juni 1930. Dieses war nicht in die Liste der durch den Friedensvertrag vom 10. Februar 1947 "aufrechterhaltenen oder wieder in Kraft gesetzten" Verträge aufgenommen worden. Dennoch stand die Sozialabteilung der Zivilkammer des Kassationshofes während einiger Jahre auf dem Standpunkt, daß besagtes Abkommen während der Zeit der Feindseligkeiten in Kraft geblieben sei, da es ausschließlich private Rechtsverhältnisse betreffe⁽²⁴⁵⁾. Dagegen wurde von der Zivilabteilung entschieden, daß der fragliche Vertrag gemäß der traditionellen Rechtsprechung ungültig geworden war⁽²⁴⁶⁾.

Die Einigung der Rechtsprechung erfolgte durch die Grundsatzentscheidung der vereinigten Kammern des Kassationshofes vom 22. Juni 1949 in der Rechtssache Loverat ./.. Rimaldi⁽²⁴⁷⁾. Diese Entscheidung folgt den Ansichten, die vorher schon von der Zivilabteilung zum Ausdruck gebracht worden waren, und erklärt das fragliche Abkommen für hinfällig. Diese Grundsatzentscheidung stellte die Weichen für die spätere Rechtsprechung⁽²⁴⁸⁾.

(245) CC soc. 5.11.1943 und 21.4.1944, D. 1944, J. 84 Anm. Basdevant, JCP 1944, II, 2697, S. 1945, 1, 98 und RCDIP 1948, 485; CC soc. 25.7.1946, GP 1946, 2, tables; 20.5.1947, JCP 1947, II, 3684; Tribunal Marseille, 26.10.1943, JCP 1944, II, 2698, Anm. Benoist; Tribunal Grasse, 18.1.1945, JCP 1946, II, 2941; Agen 19.11.1946, RCDIP 1947, 294; diese Rechtsprechung wurde auch noch aufrechterhalten, nachdem die Zivilabteilung eine andere Haltung bezogen hatte: CC soc. 13.2.1948, JCP 1948, II, 4247, Anm. Ourliac et de Juglart, RCDIP 1948, 485, Anm. Batiffol, S. 1948, 1, 107, D. 1948, J. 215; 16.4.1948, JCP 1948, IV 85

(246) 10.2.1948, Artel ./.. Seymaud, Cl. 1950, 122, S. 1948, 1, 49, Anm. Niboyet, D. 1948, J. 193, Anm. Lerebours-Pigeonnière, JCP 1948, II, 2368, Anm. S. Bastid. Im gleichen Sinne Tribunal paix Marseille, 26.10.1943, JCP 1944, II, 2698, Anm. S. Bastid; Paris, 25.5.1944, S. 1945, 2, 31, D. 1945, J., 24, Anm. Basdevant; Lyon, 6.11.1947, JCP 1948, IV, 60; Tribunal Seine, 17.3.1948, RCDIP 1948, 112

(247) CC Ass. plén., Cl. 1950, 122, JCP 1949, II, 5008 bis, S. 1949, 1, 161, Anm. Niboyet, RCDIP 1950, 383

(248) CC, 11.3.1953, Gambino ./.. Arcens, Cl. 1953, 637 Anm. Goldman, D. 1953, J., 297, JCP 1953, II, 7673, S. 1953, 1, 193; CC comm. 25.7.1949, Novelli ./.. Consorts. Sérénou, JCP 1949, II, 5146, Anm. Delaume;

2.3.2.2. Die Suspendierung und das Erlöschen der sich aus einem völkerrechtlichen Vertrag ergebenden Pflichten im Falle der Nichterfüllung durch die Gegenseite oder als Folge einer völkerrechtlichen Sanktion

Die Gerichte haben unter dem Gesichtspunkt der Nichtanwendung oder Nichtausführung eines internationalen Abkommens durch den oder die anderen an diesem beteiligten Staaten niemals entschieden, daß der betreffende Vertrag als ungültig oder als zeitweise in seinen rechtlichen Wirkungen unterbrochen zu betrachten ist^(248a). Die Richter fordern vielmehr eine Handlung seitens der Regierung, die allein über das Schicksal der Verträge entscheiden kann, d.h. der angesprochene Gesichtspunkt wird nur als eventueller Grund für eine Kündigung anerkannt⁽²⁴⁹⁾.

Selbst seit Inkrafttreten der Verfassung von 1958, die in Artikel 55 bestimmt, daß die innerstaatliche Anwendbarkeit jedes einzelnen völkerrechtlichen Vertrages davon abhängt, daß dieser auch von der Gegenseite angewendet wird, sind die Gerichte der Meinung, daß es Sache der Regierung ist, den Mangel der Gegenseitigkeit festzustellen, und daß der Vertrag solange weiter anzuwenden ist, wie in dieser Hinsicht nichts von der Regierung unternommen ist⁽²⁵⁰⁾. Auch diese

CC. soc. 195.1953, 6 Entscheidungen, Bull. civ. 1953 IV, 283; 4.6.1953, Bontempi ./.. Cadet und 12.6.1953, Barbero ./.. hoirs Biancheri, GP 1953, 2.132; 26.11.1953, Chappuy ./.. Forcella, JCP 1954, II, 7991, Anm. Ourliac et de Juglart; 19.10.1956, Nari et Orso ./.. Dame Sevastopoulo, JCP 1956, IV éd G 159; siehe auch zu den zahlreichen Entscheidungen der unteren Gerichte im gleichen Sinne: Paris, 28.6.1950, Barabini, JCP 1950, II, 5807, Anm. Aymond, Tribunal civil Seine 1.7.1950, Bogliani ./.. Baer, GP 1950, 2, 232; Paris 12.11.1957, Rovère ./.. Pastori, GP 1958, 1, 8, RCDIP 1958, 168; im gleichen Sinne die Verwaltungsrechtsprechung: CE Ass. plén. 16.11.1956, Villa, RPDA 1956, Nr. 380, 1957 Nr. 185
(248a) siehe dazu auch Dahm, aaO, S. 131; Seidl-Hohenveldern, aaO, S. 81
(249) Paris, 11.4.1892, Cl. 1892, 889; 14.12.1911, GP 1912, 1, 27; 4.5.1936, RCDIP 1937, 85; CC crim. 20.6.1948, S. 1950, 1, 37, Anm. Durrenberger; siehe auch Weil und Léauté, Anm. unter CC crim. 24.3.1953, JCP 1953, II, 7659
(250) Paris, 29.4.1959, Cl. 1960, 128, Anm. Goldman; CE, 25.1.1963, Costa ./.. ENEL, Act. Jur. 1963, 285; siehe auch Cocatre-Ziglien, aaO, AFDI 1958, 648; Kiss, AFDI 1960, 1034 sowie unten 3.2.

Rechtsprechung scheint sich vor allem aus dem Bemühen der Richter zu erklären, nicht die Einheit des Staates in Frage zu stellen⁽²⁵¹⁾.

Allgemein neigen die Gerichte dazu, Umstände, aus denen sich die Hinfälligkeit eines völkerrechtlichen Vertrages begründen lassen könnte, nur als Grund anzuerkennen, aus dem sich gegebenenfalls die Kündigung desselben Vertrages rechtfertigen ließe, so etwa eine wesentliche Veränderung der vertraglichen Grundlage, die Nichtanerkennung einer neuen Regierung eines anderen Vertragsstaates usw.⁽²⁵²⁾.

Dagegen hat das Handelsgericht von St. Etienne entschieden, daß das Haager Zivilprozeßabkommen von 1905 nicht auf die Rechtsverhältnisse zwischen Italien einerseits und den anderen Unterzeichnerstaaten andererseits anzuwenden sei, die die vom Völkerbund gegen Italien beschlossenen Sanktionen anwandten⁽²⁵³⁾.

2.3.3. Die Aufhebung und die Kündigung^(253a)

Die in einem völkerrechtlichen Vertrag enthaltenen zwischenstaatlichen Verpflichtungen können auch durch eine Willenserklärung der am Vertrag beteiligten Staaten aufgehoben werden. Erfolgt eine Willenserklärung mit dem Ziel der Beendigung des Vertrages einseitig, so stellt sich ein besonderes Problem hinsichtlich der Rechtmäßigkeit und somit der Gültigkeit derselben. Im Zweifel sind die Gerichte geneigt, die Stellungnahme des Außenministeriums zu der Frage einzuholen, ob ein Vertrag rechtswirksam gekündigt oder durch ein späteres Abkommen aufgehoben ist⁽²⁵⁴⁾.

(251) siehe dazu schon oben 1.2.3. und 2.1.4.4. sowie unten 3.3.2. Diese Haltung der Rechtsprechung entspricht der Einstellung, keine Überprüfung über die Fragen der materiellen Rechtmäßigkeit völkerrechtlicher Verträge vorzunehmen.

(252) siehe auch zum Bruch diplomatischer Beziehungen; Paris, 20.3.1944, D. 1945, 24, Anm. Basdevant

(253) 17.1.1936, S. 1937, 2, 121, Anm. Rousseau, siehe auch derselbe, Principes Nr. 355

(253a) siehe dazu auch Seidl-Hohenveldern, aaO, S. 80

(254) CE 18.2.1949, Vve Cusson, Rec. 1949, 86; 3.3.1954, Mathieu, AFDI 1955, 548

2.3.3.1. Die Aufhebung

Wenn unter der Aufhebung eines völkerrechtlichen Vertrages dessen Außerkrafttreten aufgrund eines anderen Vertrages verstanden werden soll, so sind verschiedene Umstände denkbar, unter denen dieser bi- oder multilaterale Rechtsakt zustandekommen kann. Ist sein Zustandekommen erwiesen, so sind die völkerrechtlichen und damit auch innerstaatlichen Rechtswirkungen als beendet anzusehen. So steht die Entscheidung des Kassationshofes vom 3. Juni 1966 auf dem Standpunkt, daß die Verträge zwischen Frankreich und dem zaristischen Rußland infolge des Abschlusses neuer Verträge mit der Sowjetunion als aufgehoben anzusehen sind.⁽²⁵⁵⁾

Nach Ansicht des Tribunal Grande Instance von Nizza⁽²⁵⁶⁾ enthält ein jüngerer Vertrag die stillschweigende Aufhebung eines älteren, ihm widersprechenden Vertrages, der zwischen den gleichen Parteien abgeschlossen war, wenn Gegenstand beider Abkommen das gleiche Rechtsgebiet war. Diese Ansicht war auch in dem schon zitierten Urteil zum Ausdruck gekommen, das Stellung zu der Frage der Anwendbarkeit von EWG-Recht im Verhältnis zu älteren zweiseitigen Verträgen zwischen Mitgliedstaaten nimmt⁽²⁵⁷⁾.

Die innerstaatlichen Gerichte scheinen von der Annahme auszugehen, daß ein Vertrag als stillschweigend aufgehoben anzusehen ist, wenn die Parteien nur die Absicht geäußert haben, ihn in Zukunft aufzuheben oder zu revidieren⁽²⁵⁸⁾. Diese Haltung liegt ganz mit der Einstellung der Gerichte auf einer Linie, sich nicht zu Fragen der materiellen Rechtmäßigkeit völkerrechtlicher Verträge auszusprechen.

(255) Dame Bloch veuve Nazaroff, RCDIP 1967, 74, Anm. Droz; dieses Urteil bestätigt die Entscheidung Paris 14.10.1963, Dame veuve Bloch ./.. époux Aubert-Vernet, Cl. 1964, 317, AFDI 1964, 857; siehe auch schon Trib. comm. Seine, 20.5.1925 und Douai 26.2.1926, RDIP 1926, 244
(256) Entscheidung vom 14.12.1960, Administration de l'enregistrement, des domaines et du timbre ./.. Soc. Cinéma Casino des Variétés, Rivista di diritto internazionale 1961, 123
(257) siehe auch Cour d'Appel de Paris, 30.1.1967, SIMAR c. Soc. Calvet et Martinez, JCP 1968, II, 15357
(258) Président Tribunal de Sousse, 7.11.1957, RCDIP 1958, 566, Anm. Jambu-Merlin

Andererseits zögern die französischen Richter, zuzugeben, daß ein einseitiger Rechtsakt die Wirkungen eines völkerrechtlichen Vertrages beendet. Diese Zögerungen drücken sich so aus, daß zu der "Fiktion einer vertraglichen Analyse"⁽²⁵⁹⁾ Zuflucht genommen wird. Dies ist zum Beispiel der Fall gewesen, als es darum ging, die Gültigkeit der von der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 13. März 1959 beschlossenen Entscheidung anzuerkennen, durch die die Treuhandschaft über Kamerun aufgehoben wurde. Der Staatsrat betont ausdrücklich, "daß feststeht, daß diese Resolution mit vollem Einverständnis der Regierung der französischen Republik gefaßt wurde".⁽²⁶⁰⁾

2.3.3.2. Die Kündigung

Die Kündigung eines völkerrechtlichen Vertrages stellt, da sie ein einseitiger Rechtsakt ist, die Gerichte vor besondere Schwierigkeiten, vor allem, wenn sie von dem Staat ausgesprochen wird, dem das Gericht angehört. In diesem Zusammenhang ergeben sich Probleme hinsichtlich des Grundes und der Form der Kündigung. Wenn in dem fraglichen Vertrag nicht ausdrücklich vorgesehen ist, daß er unter bestimmten Umständen gekündigt werden kann, so kann die Kündigung doch im Völkerrecht begründet sein. So wird etwa die Nichtanerkennung einer neuen Regierung des anderen Vertragsstaates als Grund für die Kündigung der Verträge angesehen, die mit den vorangegangenen Regierungen abgeschlossen worden waren⁽²⁶¹⁾.

Auch ist nach Meinung der Rechtsprechung nicht erforderlich, daß die Kündigung im Journal Officiel veröffentlicht wird. Diese Ansicht kommt besonders deutlich in einer Entscheidung vom 28. Januar 1926 zum Ausdruck⁽²⁶²⁾.

(259) siehe Rousseau, Anm. in RGDIP 1962, 869

(260) CE 3.11.1961, Inbournya und 24.1.1962, Union des populations du Cameroun, RGDIP 1962, 863

(261) Paris, 9.2.1921, Cl. 1921, 229; Correction. Arras, 9.1.1923, GP 1923, I, 249

(262) Paris, S. 1927, I, 1, Anm. Niboyet; aA Pillet, Anm. zu derselben Entscheidung in RDIP 1926, 244 und Dehaussy, aaO 12 D Nr. 55

Was die Kompetenz angeht, die Kündigung völkerrechtlicher Verträge auszusprechen, so ist die Rechtslehre überwiegend der Ansicht, daß gemäß dem Grundsatz des "Parallelismus der Formen" allein der Staatspräsident befugt ist, die Kündigungserklärung abzugeben⁽²⁶³⁾. Dennoch hat es die schon zitierte Entscheidung aus dem Jahr 1926 zugelassen, daß die Kündigung durch den Außenminister erfolgte, wobei von der Annahme einer stillschweigenden Delegation der Befugnisse des Staatspräsidenten an diesen Minister ausgegangen worden war.

In Frankreich scheint die Kündigung eines völkerrechtlichen Vertrages ebenso wie dessen Ratifizierung oder Billigung als ein Regierungsakt angesehen zu werden, der hinsichtlich seiner materiellen Rechtmäßigkeit keiner gerichtlichen Kontrolle unterfällt⁽²⁶⁴⁾.

2.4. Der räumliche Geltungsbereich völkerrechtlicher Verträge

Nach dem räumlichen Geltungsbereich völkerrechtlicher Verträge bestimmen sich einerseits die territorialen Grenzen, innerhalb der ein solcher Vertrag von den dort zuständigen Gerichten angewendet werden kann. Andererseits kann aber auch für den innerstaatlichen Richter, dessen völkerrechtliche Kompetenz bereits feststeht, die Frage von Bedeutung sein, ob derselbe Vertrag auch innerhalb eines anderen Gebietes gültig ist. Diese Frage kann unter dem Gesichtspunkt des Anknüpfungspunktes *ratione personae*, aber auch *ratione materiae* erheblich sein^(264a).

2.4.1. Die Grenzen des Geltungsbereiches

Die Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches eines völkerrechtlichen Vertrages sind unter Umständen nicht ohne Schwierigkeiten zu bestimmen,

(263) Niboyet, Anm. unter Paris, 28.1.1926, S. 1927, I. 1; auch ohne Mitwirkung des Parlaments; S. Basdevant, Rapport sur la publication des traités et accords internationaux, Bulletin de la société d'études législatives, Band XXIX, 1933, S. 127; siehe auch Partsch, aaO, S. 139
(264) Niboyet, Anm. aaO

(264a) siehe auch Boehmer, aaO, S. 57; Dahm, aaO, Band III, S. 131

wenn ein Staat z.B. zusätzliches Gebiet erwirbt, Teile seines ursprünglichen Gebietes verliert oder wenn der fragliche Vertrag keine ausdrückliche Bestimmung darüber enthält, ob seine Anwendung auch in den von den Unterzeichnerstaaten abhängigen Gebieten erfolgen soll⁽²⁶⁵⁾.

2.4.1.1. Die Anwendung in den französischen außereuropäischen Besitzungen

Es ist sehr schwierig, eine Regel aufzustellen, nach der in allen Fällen zu entscheiden wäre, ob ein bestimmter völkerrechtlicher Vertrag in den französischen überseeischen Departements und Gebieten anzuwenden ist. Bis 1958 wurde diese Frage von den französischen Gerichten für völkerrechtliche Verträge, die selbst hierüber schwiegen, nach den gleichen Grundsätzen entschieden, nach denen auch die Anwendbarkeit französischer Gesetze beurteilt wurde. In beiden Fällen wurde die Anwendung von einer für jeden Rechtssatz zutreffenden besonderen Entscheidung der in der französischen Besitzung die Exekutivgewalt darstellenden Behörde abhängig gemacht⁽²⁶⁶⁾.

Gemäß der Verfassung von 1958 gelten völkerrechtliche Verträge, die die - durch eben diese Verfassung gebildete - "Communauté" verpflichten, innerhalb des Gebietes der Staaten, die Mitglieder dieser Gemeinschaft sind. Ihre Anwendbarkeit aber hängt von einem Hoheitsakt der zuständigen Staatsorgane des betreffenden Staates ab, zu dessen Erlaß diese Organe jedoch verpflichtet sind, wie sich einerseits aus den Artikeln 78 und 83 der Verfassung von 1958, andererseits aus der "Entscheidung" des Präsidenten der Republik vom 14. April 1959 ergibt⁽²⁶⁷⁾ die dieser in seiner Eigenschaft als Präsident der Gemeinschaft getroffen hat. Dieser in seiner Form sehr ungewöhnliche gesetzgeberische

(265) siehe allgemein zu dem Problem der Anwendung völkerrechtlicher Verträge in den überseeischen Gebieten und Departements: Lampué, AFDI 1960, 907

(266) CC civil 12.11.1957, Soc. générale de surveillance de Genève ./ Banque d'Indochine, Bull. civ. I, 427

(267) JO vom 18.4.1959, S. 4296

Akt besagt, daß

"gemäß der Verfassung die völkerrechtlichen Verträge und Abkommen sowie die sich aus den allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechts ergebenden Verpflichtungen für die Staaten der Gemeinschaft verbindlich sind; diese haben die zu ihrer Anwendung erforderlichen Maßnahmen zu erlassen."

Dies gilt insbesondere auch für die Maßnahmen zur Veröffentlichung. Fehlen diese, so ist der fragliche Vertrag nicht innerhalb des betreffenden Gebietes anwendbar⁽²⁶⁸⁾.

Besondere Schwierigkeiten ergeben sich im Zusammenhang mit den Problemen der Staatennachfolge, also im Hinblick auf die Frage, ob ein Vertrag, der für ein bestimmtes Gebiet völkerrechtliche Gültigkeit erlangt hat, solange dieses eine abhängige Besitzung war, auch noch nach Erlangung der Unabhängigkeit, also dem Entstehen eines selbständigen Staates auf diesem Gebiet, als für diesen völkerrechtlich verbindlich anzusehen ist. Das Tribunal Grande Instance de la Seine besteht auf dem Standpunkt⁽²⁶⁹⁾, daß die Warschauer Konvention vom 12. Oktober 1929 über Lufttransporte auch Laos und Kambodscha bindet, da sie von Frankreich für das gesamte Staatsgebiet und die Protektorate ratifiziert wurde und somit auch für die assoziierten Staaten gilt. Vereinzelte Entscheidungen gehen sogar soweit, eine Verpflichtung auch dann anzunehmen, wenn zu dem Zeitpunkt der Erlangung der Unabhängigkeit des neuen Staates das fragliche Abkommen zwar ratifiziert und veröffentlicht, aber noch nicht in Kraft getreten war⁽²⁷⁰⁾.

(268) So z.B. für Guadelupe, CC comm. et fin. 27.4.1966, Deks ./.
époux Léopold, Bull. civ. 1966 III, 182

(269) 1.2.1960, Trésor public ./.. Cie. Aigle-Azur, RFDA 1960, 214,
Cl. 1961, 1104, AFDI 1961, 910; aA die hM, besonders Lord McNair,
Law of Treaties, S. 589 ff; Louis-Lucas, La république tunésienne
et les traités antérieures à l'indépendance, Cl. 1961, 86

(270) Trib. Gr. Inst. Seine, 10.4.1964, RFDA 1964, 405

2.4.1.2. Die Veränderungen der Grenzen des Staatsgebietes

Wenn aus einer Gebietsveränderung eine Erweiterung des Staatsgebietes folgt, also ein an einem Vertrag beteiligter Staat das Gebiet eines anderen Staates ganz oder teilweise erwirbt, so wenden die Gerichte in der Regel die für den annektierenden Staat geltenden völkerrechtlichen Verträge auch auf die Rechtsverhältnisse an, die in oder mit dem erworbenen Gebiet bestehen. Dieser Grundsatz ist verschiedentlich von französischen Gerichten bestätigt worden⁽²⁷¹⁾. Andererseits wendet die Rechtsprechung völkerrechtliche Verträge nicht an mit der Begründung, daß sie verfallen seien infolge des Untergangs des anderen am Vertrag beteiligten Staates⁽²⁷²⁾.

2.4.2. Die Bedeutung des räumlichen Geltungsbereiches als Anknüpfungspunkt

Die Feststellung der Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches eines völkerrechtlichen Vertrages ist vom innerstaatlichen Richter nicht nur zur Entscheidung über die Frage seiner eigenen - territorialen - Kompetenz, sondern gegebenenfalls auch unter dem Gesichtspunkt der Gegenseitigkeit in den Fällen vorzunehmen, in denen sie den Anknüpfungspunkt für die Anwendbarkeit *ratione personae* darstellen. So weisen verschiedene Entscheidungen ausdrücklich darauf hin, daß ein Vertrag auf das Rechtsverhältnis zwischen einem Franzosen und einem Ausländer nur dann anwendbar ist, wenn Frankreich vertraglich dem Staat gegenüber verpflichtet ist, dem dieser Ausländer angehört⁽²⁷³⁾.

(271) Paris 27.8.1864, S. 1867, I, 117; Montpellier, 10.7.1872, S. 1872, 2, 139; Paris 1.12.1879, S. 1881, 2, 145; CC civil 5.11.1878, S. 1878, I, 126

(272) CC Civil 9.2.1925, S. 1926, I, 33, Anm. Niboyet; 2.3.1926, GP 1926, 1, 672; früher haben sich die Gerichte in dieser Hinsicht zögernder gezeigt, Tr. comm. Seine 23.4. und 21.12.1920, S. 1922, 2, 85; Berichtserstattung des conseiller Berge vor CC 17.1.1922, S. 1922, 1, 225, Anm. Niboyet

(273) Paris, 8.5.1963, Soc. Philips ./.. SDRM, AFDI, 1964, 864; CC comm. 14.10.1957, Groupement d'importation et de répartition des cotons ./.. Cie. des chargeurs réunis, D. 1958, 332 Anm. Jambu-Merlin, RCDIP 1957,

Es ist jedoch nicht immer der Fall, daß völkerrechtliche Verträge nur auf die Rechtsverhältnisse zwischen den Angehörigen der verschiedenen Unterzeichnerstaaten Anwendung finden. Wenn z.B. ein Vertrag zur Gesetzesvereinheitlichung abgeschlossen ist, ohne daß seine Anwendung durch die Erforderlichkeit der Gegenseitigkeit beschränkt wird, so ist die neue Norm, zu dessen Erlaß sich der betreffende Staat verpflichtet hat, ohne Unterschied nach der Staatsangehörigkeit anzuwenden⁽²⁷⁴⁾. In diesem Fall gibt es keine Rechtsverhältnisse mehr, die nach anderem - innerstaatlichem - Recht zu entscheiden wären; die Bestimmung der Anwendung *ratione materiae* wird also für den Richter einfacher.

Andererseits schließen die Gerichte die Anwendung von völkerrechtlichen Verträgen, selbst wenn diese grundsätzlich in Frankreich gültig sind, mit der Begründung aus, daß sich diese nur auf die Rechtsverhältnisse zwischen Franzosen und den Angehörigen der anderen am Vertrag beteiligten Staaten beziehen, nicht aber auf Streitigkeiten zwischen französischen Staatsangehörigen Anwendung finden können⁽²⁷⁵⁾.

684, Anm. Mezger; siehe auch CC crim. 10.11.1970, von Saldern, Bull. crim. 1970, 708, D. 1971, J. 509, Anm. Mazeaud, JCP 1971, II, 16714
(274) Trib. correct. Seine 18.6.1956, Wallin, RCDIP 1957, 293; Trib. comm. Bordeaux, 28.7.1969, DMF 1970, 111, Anm. Villenan.
(275) Aix, 20.2.1964, Assureurs ./.. Cie. de navigation Paquet et manutention marocaine, DMF 1964, 296; CC civ. I, 5.12.1966, veuve Georges Madin ./.. veuve Marcel Maudin, Bull. civ. 1966, I, 406; siehe auch Aix 24.6.1970, Soc. Karr ./.. Soc. Vista, DMF 1970, 679

D R I T T E S K A P I T E L

3. Die innerstaatliche Anwendbarkeit

Die innerstaatliche Anwendbarkeit völkerrechtlicher Verträge setzt zunächst deren völkerrechtliche Gültigkeit voraus. Die Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit der innerstaatliche französische Richter die internationale Gültigkeit aus seiner Sicht bejahen kann, sind in dem Umfang im vorangegangenen Kapitel dargestellt worden, in dem tatsächlich eine diesbezügliche Überprüfung erfolgt.

Im folgenden Kapitel werden nun die eigentlichen Bedingungen der innerstaatlichen Anwendbarkeit zu betrachten sein, diejenigen also, von denen nicht mehr in erster Linie die völkerrechtliche Gültigkeit, sondern allein die Möglichkeit der Anwendung im innerstaatlichen Bereich abhängt. Im Zusammenhang mit den in Artikel 55 verankerten Grundsätzen sind diese Bedingungen schon aufgezählt worden⁽²⁷⁶⁾. So wird zunächst das Erfordernis der Bekanntmachung der Verträge zu untersuchen sein. Zum anderen wird ein Blick auf die Rechtsprechung bezüglich der Notwendigkeit der Anwendung durch die Gegenseite zu werfen sein. Weiterhin enthält Artikel 55 implizite das Prinzip der unmittelbaren Anwendbarkeit völkerrechtlicher Verträge in der innerstaatlichen Rechtsordnung, dessen Befolgung durch die Gerichte im Anschluß dargestellt werden soll. Das Kapitel wird schließlich durch eine Untersuchung der Rechtsprechung zur Frage der unmittelbaren Anwendbarkeit - dieses Mal jedoch im praktischen Sinne verstanden - ergänzt werden.

(276) siehe oben 1.4.4.

3.1. Die Bekanntmachung

Seit 1953 ist die Bekanntmachung völkerrechtlicher Verträge in Frankreich ausdrücklich durch ein Dekret geregelt. Bevor zu untersuchen ist, inwieweit die Gerichte das Vorliegen einer Bekanntmachung in der erforderlichen Form überprüfen, soll ein Blick auf die diesbezüglichen Formvorschriften geworfen werden. Im Anschluß daran wird auf die Frage einzugehen sein, welche Ausnahmen die Gerichte von dem Erfordernis der Bekanntmachung zulassen.

3.1.1. Die Formvorschriften für die Bekanntmachung

In Frankreich ist grundsätzlich allein der Außenminister beauftragt, für die Bekanntmachung völkerrechtlicher Verträge und Abkommen zu sorgen. Dieser Grundsatz ergibt sich aus dem Dekret Nr. 53 - 192 vom 14. März 1953⁽²⁷⁷⁾, das mit der Absicht erlassen wurde, gewissen Schwankungen und Unsicherheiten ein Ende zu setzen. Angesichts der steigenden Zahl internationaler Vereinbarungen - von denen eine Vielzahl einfache Verwaltungsabkommen über rein technische Fragen sind - schien es notwendig, den in der Praxis immer wieder auftretenden Kompetenzkonflikten vorzubeugen, die sich zwischen dem Außenminister und anderen gegebenenfalls am Vertragsabschluß beteiligten Ministern ergeben hatten.

Die Bekanntmachung hat regelmäßig im Journal Officiel zu erfolgen. Die Vertragstexte können jedoch auch in ungekürzter Form in einem besonderen Bulletin veröffentlicht werden. Voraussetzung dafür ist, daß ein solcher besonderer Anzeiger unter der Aufsicht der das Journal Officiel herausgebenden Behörde erscheint und daß er der Öffentlichkeit zugänglich ist sowie daß schließlich ein entsprechender Hinweis im Journal Officiel selbst mit Angabe des Datums und der Nummer des besonderen Anzeigers erscheint, in dem die ungekürzte Veröffentlichung erfolgt ist.

(277) JO vom 15.3.1953, S. 2436, siehe auch Rideau, aaO, Dokument Nr. 20

Von diesen Grundsätzen macht Artikel 3 des besagten Dekretes in Absatz 3 eine Ausnahme für die Vorschriften, die von einer internationalen Organisation bekanntgemacht und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, wenn gemäß den ausdrücklichen Bestimmungen eines Frankreich verpflichtenden völkerrechtlichen Vertrages eine solche Veröffentlichung genügt, um diese Vorschriften dem Einzelnen entgegenhalten zu können. Diese Bestimmung hatte seinerzeit nur die von der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl erlassenen Vorschriften im Auge⁽²⁷⁸⁾, doch ist sie weit genug gefaßt, um auch auf das sonstige Gemeinschaftsrecht Anwendung finden zu können. Tatsächlich erscheint es überflüssig, diese Vorschriften, die im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften⁽²⁷⁹⁾ veröffentlicht werden, zusätzlich in einem besonderen französischen Anzeiger abzu drucken. Die Publizierung im Europäischen Amtsblatt hat vielmehr gemäß der geltenden Regelung die gleiche Wirkung wie die Veröffentlichung im Journal Officiel de la République Française. Dennoch werden einige vom Rat der Gemeinschaften erlassene Rechtsätze auch weiterhin in letzterem abgedruckt⁽²⁸⁰⁾. Ebenso werden selbstverständlich die im Rahmen der Gemeinschaft abgeschlossenen Verträge weiterhin im französischen Staatsanzeiger veröffentlicht⁽²⁸¹⁾.

Eine weitere Ausnahme ist in Absatz 2 des Artikels 1 vorgesehen: Bei den Verträgen, die mit den Mitgliedern der Internationalen Arbeitsorganisation abgeschlossen werden, sorgt der Außenminister gemeinsam mit dem Arbeitsminister für die Veröffentlichung in Frankreich.

(278) siehe das Dekret vom 2.12.1953, JO vom 3.12.1953, S. 10766, durch das die Gleichstellung des Amtsblattes der EGKS mit demjenigen der französischen Republik erfolgte

(279) vor dem 20.4.1958: Amtsblatt der EGKS

(280) siehe z.B. das Dekret vom 8.9.1969, JO vom 9.9.1969, über die Erhebung von Ausgleichsabgaben, die gemäß der Verordnung des Rates vom 11.4.1969 eingeführt wurden

(281) siehe z.B. das Abkommen vom 21. und 22.3.1955, JORF vom 16.4.1955, S. 3803; siehe im Einzelnen zu diesen Fragen Chevallier, Le droit de la CEE et les juridictions française, RDP 1962, 646, bes. 651, und derselbe, Le juge français et le droit communautaire, S. 17 - 24

3.1.2. Die gerichtliche Überprüfung der Bekanntmachung

Seitdem Vorschriften bezüglich der Form bestehen, in der die Veröffentlichung völkerrechtlicher Verträge in Frankreich zu erfolgen hat, stellt sich im Zusammenhang mit dem Problem der innerstaatlichen Anwendbarkeit nicht nur die Frage des Vorliegens, sondern auch der Ordnungsmäßigkeit der Veröffentlichung. Im Gegensatz zur Ordnungsmäßigkeit der Ratifizierung handelt es sich bei der Veröffentlichung ausschließlich um Formvorschriften, durch die der Inhalt des zu veröffentlichenden Vertrages nicht berührt wird. Es fragt sich also, in welchem Umfang die Gerichte eine Kontrolle darüber vornehmen, ob ein völkerrechtlicher Vertrag vorschriftsmäßig veröffentlicht worden ist.

3.1.2.1. Das Vorliegen einer Bekanntmachung

Der Grundsatz, daß nur ein veröffentlichter Vertrag innerstaatlich angewendet werden kann, ist von der französischen Rechtsprechung bereits lange vor seiner Aufnahme in die Verfassung von 1946 aufgestellt worden. In der Entscheidung vom 27. Juli 1877 wird er von der Strafkammer des Kassationshofes in einer Wendung ausgesprochen, die dem Wortlaut der späteren Verfassungen schon sehr nahe kommt⁽²⁸²⁾. Ähnliche Formulierungen des gleichen Prinzips finden sich in fast übereinstimmender Ausdrucksweise in der gesamten Rechtsprechung der III. Republik wieder⁽²⁸³⁾. Seitdem besagter Grundsatz Verfassungsrang erhalten hat, begnügen sich die Urteile in der Regel mit einem kurzen Verweis darauf⁽²⁸⁴⁾.

(282) siehe Kiss aaO, S. 24

(283) siehe Kiss, Rép. I Nr. 1049 ff

(284) CE, 25.6.1958, Act. jur. DA 1959, Nr. 145, Anm. Drago; CC civ. 29.10.1963, époux Voletti ./.. époux Rua, Bull. civ. 1963 IV 62; CC soc. 22.4.1960, Sepiccachi ./.. Giraldi, JCP 1960 IV éd. G, 81, Bull. civ. IV Nr. 284; CC 12.10.1960 Racca ./.. Bourjac, D. 1960, 743, RCDIP 1961, 532 Anm. Gavalda; CE 1.3.1961, Dame Frank, Rec. 1961, 151, Act. jur. DA 1961 II, 630; CC 16.1.1962, Anne Gneisse ./.. Dame Nauche, Bull. civ. I Nr. 35, S. 31; CC comm. 8.5.1963, Pambrun ./.. Bollini, Bull. civ. III Nr. 231 S. 190, JCP 1963 IV éd. G 82; Trib. Gr. Inst. Seine 13.10.1959, Rey ./.. Soc. comm. pour l'équipement industriel et commercial;

Die Beachtung der Regeln, nach denen die Anwendung völkerrechtlicher Verträge ihre Veröffentlichung voraussetzt, gehört zum *ordre public*, d.h. der Richter hat eine entsprechende Überprüfung *ex officio* vorzunehmen⁽²⁸⁵⁾. Wird ein nicht veröffentlichter Vertrag von einem unteren Gericht angewendet, so ist dies Revisionsgrund⁽²⁸⁶⁾.

In Weiterführung ihrer ständigen Rechtsprechung fordern die Gerichte nach 1946 eine Bekanntmachung auch der Abkommen, die in vereinfachter Form abgeschlossen sind, deren internationale Gültigkeit also nicht von einer zusätzlichen Ratifizierung abhängt. Gerade bei diesen Abkommen wird die Notwendigkeit der Veröffentlichung besonders hervorgehoben⁽²⁸⁷⁾. Dies erklärt sich daraus, daß die Gerichte die Veröffentlichung vor der Ratifizierung oder Billigung überprüfen⁽²⁸⁸⁾ und daß bei diesen Abkommen in der Veröffentlichung regelmäßig eine stillschweigende Billigung gesehen wird⁽²⁸⁹⁾. Eine stillschweigende Billigung kann aber nur in einem Billigungsdekret gesehen werden. Das bloße Vorliegen einer Bekanntmachung reicht also insoweit nicht aus; sie muß darüberhinaus vorschriftsmäßig sein.

Nancy 10.11.1949 und Rouen, 31.10.1950, RCDIP 1951, 490, Anm. Loussouarn; Colmar 24.4.1953, D. 1953, 640, Anm. Berlia; Trib. par. cant. de Port-Sainte-Marie, 25.9.1959; CE 27.2.1967, Finances ./.. Sieur Chauvineau, Rec. 1967, 93; CE 13.7.1967, Secr. d'Etat aux Affaires Etrangères ./.. Dame Garidon und ./.. Dame Rigal, Rec. 1967, 686 somm.; Agen, 22.3.1960, Molinari ./.. Porro; Bordeaux 10.6.1959, Pouverau, JCP 1960, II 11617, Anm. Ourliac et de Juglart, RDP 1960, 875 Anm. Gervais; Toulouse, 25.5.1964, Pambrun ./.. Bollini, JCP 1964 II 13777, RCDIP 1965, 75, Anm. Dehaussy, AFDI 1964, 855; Cour d'Appel Paris 20.5.1969, AFDI 1970, 801; CC comm. 2.5.1972 Gossards ./.. Receveur des Finances de Compiègne (285) CE 11.12.1959, Commissaire du gouvernement près la Commission de répartition de l'indemnité de nationalisation tchécoslovaque, RDP 1960, 874 (286) CC civ. I, Jean Le Breton ./.. Dlle Jeanette Loesch, 16.5.1961, Bull. civ. 1961, I, 196, D 1961, 589, Anm. Holleaux, Cl. 1962, 416, Anm. Sialelli (287) CC Ass. plén. 11.3.1953, Gambino ./.. Arcenc, D. 1953, 297, Schlußanträge Blanchet; CE, 18.6.1965, Châtelain, Rec. 1965, 366, RG 1966, 201; CC civ. I, 16.5.1961, D. 1961, 489, Anm. Holleaux; CC comm. 8.5.1963, Bull. III 1963, 190; 27.4.1966, Bull. III 1966, 181 (288) siehe oben 1.4.3. (289) siehe oben 2.1.3.2. sowie den Bericht von Reuter beim Colloque de Grenoble, S. 33

3.1.2.2. Die Ordnungsmäßigkeit der Bekanntmachung

Die richterliche Kontrolle beschränkt sich nicht allein auf das Vorhandensein der Veröffentlichung, sondern erstreckt sich auch auf die Frage, ob die diesbezüglichen innerstaatlichen Vorschriften eingehalten sind, die in dem Dekret vom 14. März 1953 enthalten sind. So hat der Staatsrat ein Abkommen nicht angewendet, das zwar im Journal Officiel bekanntgemacht worden war, aber im Teil "Avis et Communications" und nicht im Teil "Lois et Décrets" und auch nicht in der Form eines Dekretes des Präsidenten der Republik⁽²⁹⁰⁾. Ähnliche Entscheidungen finden sich auch in der Rechtsprechung der Zivilgerichte. So wurde die Veröffentlichung des Protokolls einer französisch-vietnamesischen Vereinbarung, die im Journal Officiel, Teil "Collections et débats", erfolgt war, als nicht vorschriftsmäßig angesehen, da kein Bekanntmachungsdekret ergangen war⁽²⁹¹⁾.

Auch die Veröffentlichung des Gesetzes, das zur Ratifizierung ermächtigt, kann nicht die Veröffentlichung des Vertrages selbst ersetzen⁽²⁹²⁾. In der Entscheidung des Staatsrates vom 10. Oktober 1964 wird das italienisch-französische Abkommen vom 19. Oktober 1949 für auf französischem Staatsgebiet unanwendbar erklärt, da es nur in einer Zeitschrift veröffentlicht worden war, die vom "Centre national de la Cinématographie" herausgegeben wird⁽²⁹³⁾. Ebensowenig genügt eine Veröffentlichung im Journal Officiel de l'Inde française den Vorschriften über die ordnungsgemäße Bekanntmachung⁽²⁹⁴⁾.

(290) 13.7.1965, Soc. Navigator, JCP 1965 II 14349, Cl. 1967, 383, Anm. Pinto, RCDIP 1966, 610, Anm. Dehaussy, Act. jur. DA 1965 I 470, chron. Puybasset et Puissochet, Rec. 1965, 422, RG 1966, 498; wegen Fehlens eines Dekretes konnte also auch keine stillschweigende Billigung angenommen werden

(291) Cour d'Appel de Paris, 20.6.1959, Dame Nguyen Hun Chan, JCP 1959, II, 11306; siehe auch CC civ 4.4.1960, Consorts. Rueff ./.. Directeur général des Impôts, Bull. civ. 1960 III 122

(292) Trib. Gr. Inst. St. Nazaire 21.11.1951, Marteau ./.. Caisse de dépôt et consignations, JCP 1962, IV, éd. G 1967, RGDIP 1963, 215, Anm. Rousseau, AFDI 1962, 932

(293) Soc. Prosagor, Soc. des Films Sacha Gordine, Rec. 1964, 496, Cl. 1965, 120, Anm. Pinto, RG 1965, 529

(294) CE 11.4.1962, Soc. Savana, Rec. 1962, 216, RGDIP 1963, 219, Anm. Rousseau, RDP 1962, 1126

3.1.3. Das Problem der Rückwirkung

Oft liegt zwischen der Unterzeichnung eines Abkommens, seiner Ratifizierung und seiner Veröffentlichung ein verhältnismäßig langer Zeitraum. In diesem Zusammenhang ergibt sich das Problem der Rückwirkung, in den Fällen nämlich, in denen der Vertrag zum Zeitpunkt der streitigen Tatsache zwischen den an ihm beteiligten Staaten bereits in Kraft getreten war, im innerstaatlichen Bereich deswegen jedoch noch nicht, weil er erst später veröffentlicht worden ist. Es fragt sich also, unter welchen Umständen die französischen Gerichte eine Rückwirkung dieser Bekanntmachung, wenn sie tatsächlich später erfolgt, zulassen.

In der Regel machen die Gerichte keine Ausnahme aus dem Grundsatz, daß das innerstaatliche Inkrafttreten eines völkerrechtlichen Vertrages von der Formalität seiner Veröffentlichung abhängt und daß vor dieser keine Anwendung erfolgen kann⁽²⁹⁵⁾. Besonders nennenswert erscheint in diesem Zusammenhang eine Entscheidung des Staatsrates vom 14. Dezember 1956⁽²⁹⁶⁾. Es handelte sich um einen spanischen Imigranten, der in Frankreich als Kaufmann tätig sein wollte. Gemäß den geltenden Rechtsvorschriften konnten Ausländer ein Gewerbe nur unter der Voraussetzung betreiben, daß sie im Besitz einer besonderen Erlaubniskarte (carte de commerçant) waren. Die Behörden verweigerten die Ausstellung dieser Karte mit Bescheid vom 17. September 1954. Der in dieser Sache angerufene

(295) Paris, 14.12.1953, M.P. ./.. Zerfoss, AFDI 1956, 726; Tribunal civil Seine 20.6.1955, Soc. des Emailleries de la Marne ./.. Lehmann, JCP 1956, IV éd. G, 1951; Tribunal par. arr. Villeneuve-sur-Lot, 26.7.1958, Soldan ./.. Lafargue, JCP 1958 II 10837, Anm. Ourliac et de Juglart; CE 31.1.1958, RDP 1958, 812; CC soc. 22.4.1960, Bull. civ. 1960 IV, 284; 12.10.1960, RCDIP 1960, 532, Anm. Gavalda; Agen, 22.3.1960, JCP 1960, II, 11617; CC soc. 29.10.1963, Bull. civ. IV, 62; 21.11.1963, Bull. civ. IV, 675; CC comm. 8.5.1963, Bull. civ. III, 190; Trib. Gr. Inst. Nancy 12.1.1970, Office des mineurs de Fribourg en Brisgau ./.. Bayle, D 1970, J. 417; siehe auch für das Gemeinschaftsrecht: CC crim. 10.11.1970, von Salden, Bull. crim. 1970, 708, D. 1971, J. 509
(296) Ministère de l'Industrie ./.. Ferrer, RDPA 1957, Nr. 22 S. 12, Kiss, Rép. I Nr. 534

Staatsrat stellte sich die Frage, ob die Genfer Konvention vom 28. Juli 1951 anzuwenden sei, nach der sich die Behandlung von Emigranten regelt, die aus politischen Gründen ihr Land verlassen mußten. Diese Konvention verbietet Erschwernisse wie die Voraussetzung des Erwerbs einer Gewerbeerlaubniskarte. Sie ist am 22. April 1954 in Kraft getreten, nachdem sie von Frankreich am 17. März 1954 ratifiziert worden war. Die Klage hatte keinen Erfolg, da nach Ansicht des Staatsrats eine Anwendung der Konvention nicht möglich war: sie war erst nach dem Erlaß des Bescheides vom 17. September 1954 bekanntgemacht worden, nämlich am 29. Oktober 1954. Der für diese Entscheidung ausschlaggebende Gesichtspunkt war das Verbot einer Rückwirkung.

Die Zivilgerichte entscheiden im gleichen Sinne, so z.B. der Kassationshof am 19. Juni 1958. Die Kläger, holländische Staatsangehörige, die in Frankreich lebten, begehrten die Verlängerung eines Mietvertrages. Aufgrund eines Notenwechsels zwischen der holländischen und französischen Regierung vom 20. Juli 1949 hatten sie Anspruch auf diese Verlängerung unter den gleichen Voraussetzungen wie französische Staatsbürger. Gemäß dem zur Ratifizierung ermächtigenden Gesetz vom 15. Dezember 1953 erfolgte am 21. März 1954 die Ratifizierung, die Veröffentlichung des Abkommens jedoch erst am 29. Oktober 1954. Der Kassationshof verneinte die Anwendbarkeit des Notenwechsels für die Zeit vor seiner Bekanntmachung, ohne der Tatsache Rechnung zu tragen, daß die sich für Frankreich aus ihm ergebenden Verpflichtungen völkerrechtlich bereits sieben Monate vorher in Kraft getreten waren.⁽²⁹⁷⁾

Diese Rechtsprechung ist jedoch nicht ohne Ausnahme, so etwa in den Fällen, in denen aus dem Wortlaut oder dem Zweck eines völkerrechtlichen Vertrages klar hervorgeht, daß die vertragsschließenden Parteien beabsichtigten, die Rechtswirkungen im innerstaatlichen Bereich bereits von dem Augenblick des völkerrechtlichen Inkrafttretens an eintreten zu lassen. Wird der Vertrag einmal veröffentlicht,

(297) CC soc. 19.6.1958, époux Calon, JCP 1958 II 10828, Anm. Ourliac et de Juglart, Kiss, Rép. I Nr. 532

so ist der Richter gehalten, seine innerstaatliche Verbindlichkeit auf den Zeitpunkt des völkerrechtlichen Inkrafttretens rückwirken zu lassen. So bejaht die Entscheidung des Staatsrates vom 27. Mai 1955⁽²⁹⁸⁾ eine Rückwirkung des Vertrages zwischen Frankreich und Kambodscha vom 8. November 1949, der in Artikel 20 vorgesehen hatte, daß er "am Tage der Unterschrift in Kraft tritt". Er war erst am 14. März 1953 gemäß dem Dekret vom 23. Februar 1953 veröffentlicht worden. Im gleichen Sinne erkennt der Kassationshof in seinem Urteil vom 16. Februar 1965⁽²⁹⁹⁾ an, daß das zwischen Frankreich und Kambodscha am 29. August 1953 zustande gekommene Protokoll, durch das die Kompetenzen der französischen Gerichte in Kambodscha mit Wirkung vom Tage der Unterzeichnung an die kambodschanischen Gerichte übertragen werden sollten, in Frankreich "einschließlich seiner rückwirkenden Bestimmungen" verbindlich geworden ist, und zwar von seiner Veröffentlichung im Journal Officiel an⁽³⁰⁰⁾.

Diese Ausnahme aus dem Grundsatz des Rückwirkungsverbotes wird in der Entscheidung des Gerichts von Rouen vom 9. Juli 1958⁽³⁰¹⁾ in einer so allgemeinen Wendung anerkannt, daß die Ausnahme zum Prinzip erhoben scheint:

"... der Umstand, daß die Ratifizierung und die Veröffentlichung später (also nach dem Zeitpunkt, an dem die Parteien das Inkrafttreten vertraglich vereinbart hatten) erfolgt sind, hat dennoch das Inkrafttreten nicht hinausgeschoben, da Ratifizierung und Veröffentlichung ihre rechtliche Wirkung für alle Vertragsbestimmungen zeitigen, auch für die Bestimmungen über den Zeitpunkt des Inkrafttretens ..." ⁽³⁰²⁾.

(298) Soc. Kovit, RPDA 1955, 167, Schlußanträge Laurent, AFDI 1956, 776, Anm. Kiss

(299) Cl. 1965, 630, Anm. Level, RCDIP 1966, 641, Anm. Dehaussy

(300) siehe auch CE 22.11.1961, Cie. des transports régionaux, Rec. 1961, 747, RDP 1962, 362, AFDI 1962, 933; siehe auch die Anm. Holleaux unter CC civ. 16.11.1962, D. 1962, 141; CE 13.7.1966, Ministère des Finances ./.. Sieur Leblanc, Rec. 1966, 476, AFDI 1967, 807

(301) Kebailli Hédi ./.. Dame Fethier Bent Romdane, RGDIP 1959, 354 Anm. Rousseau, Cl. 1960, 710, chron. Dehaussy

(302) ebenso Pau, 5.4.1959, Pambrun ./.. Bollini, zitiert bei Dehaussy, aaO, Heft 12 A Nachtrag zu 70 bis; siehe auch CC comm. 28.5.1962, Dame Veuve Beiso, JCP 1962 IV éd. G 98, Bull. civ. III, Nr. 231 S. 190

Die Zivilrechtsprechung verwirft dagegen heute diesen Weg auf der Grundlage eben der Erwägungen, auf die sich der Grundsatz des Rückwirkungsverbotes gründet⁽³⁰³⁾.

Eine weitere Ausnahme aus dem Rückwirkungsverbot lassen die Gerichte bei Auslegungsabkommen zu. Unter der Voraussetzung, daß sie zum Zeitpunkt des Urteils veröffentlicht sind, müssen Auslegungsverträge so angesehen werden, daß sie auf den Tag der Veröffentlichung des durch sie interpretierten Vertrages rückwirken⁽³⁰⁴⁾. Auch diese Ausnahme wird von verschiedenen Entscheidungen als allzu willkommenes Mittel verwendet, um das Rückwirkungsverbot unbeachtet zu lassen. So gibt das Urteil des Berufungsgerichts von Bordeaux vom 10. Juni 1959⁽³⁰⁵⁾ eine Rückwirkung des durch Gesetz vom 9. Februar 1957 bestätigten und durch Dekret vom 18. Dezember 1957 veröffentlichten Briefwechsels zwischen Frankreich und Italien vom 17. Mai 1946 zu, indem anerkannt wird, daß es sich bei diesem Notenwechsel um ein Interpretationsabkommen handelt. Diese Lösung wurde zu Recht von der Rechtslehre kritisiert⁽³⁰⁶⁾.

Eine andere Ausnahme aus dem hier in Frage stehenden Grundsatz des Rückwirkungsverbotes läßt die Rechtsprechung im allgemeinen auf

(303) Cass. comm. 8.5.1963, Pambrun ./.. Bollini (Aufhebung des Urteils von Pau), Bull. civ. II, Nr. 231, S. 190, JCP 1963, IV éd. G 82; Toulouse 25.5.1964, in der gleichen Angelegenheit, JCP 1964, II, 13777, RCDIP 1965, 75, Anm. Dehaussy; dagegen erweitert die Entscheidung des Kassationshofes vom 16.2.1967 wiederum besagte Ausnahme in einer Weise, die der Entscheidung von Rouen sehr nahe kommt: CC civ. I, 16.2.1967, Dame Cader ./.. Cader, Cl. 1965, 628, Anm. Level, RCDIP 1966, 641

(304) siehe Level, La publication en tant que condition d'application des traités par les tribunaux nationaux, RCDIP 1961, 83 ff, besonders 93; CC soc. 12.10.1960, Racca ./.. Bourjac, D. 1960, 743, RCDIP 1961, 539, Anm. Gavalda, RDP 1961, 426, Anm. Gervais; siehe auch CC crim., 18.11.1968 Ceditazi, Bull. crim. Nr. 677 S. 1211, RDP 1959, 821, Anm. Gervais; Trib. correction. de Pontoise, 19.1.1961, Czubak, Cl. 1962, 160, Anm. Sialelli

(305) Pouvereau, JCP 1960, II, 11617, Anm. Ourliac et de Juglart, siehe schon oben 2.1.2.4.

(306) siehe die Anm. von Ourliac et de Juglart

dem Gebiet des Verfahrensrechts zu, und zwar in Anwendung allgemeiner Rechtsgrundsätze. Soweit völkerrechtliche Verträge solche Regeln enthalten, sind diese auch rückwirkend anwendbar⁽³⁰⁷⁾.

Allgemein läßt sich sagen, daß der Grundsatz des Rückwirkungsverbotes bei internationalen Abkommen den gleichen Schranken unterliegt, wie dies bei innerstaatlichen Gesetzen der Fall ist. Andererseits gehen aber auch die Ausnahmen aus diesem Prinzip bei Verträgen nicht weiter als bei Gesetzen. So entspricht es ständiger Rechtsprechung, daß das Inkrafttreten eines völkerrechtlichen Abkommens ebensowenig wie das eines neuen Gesetzes rückwirkend die Bestimmungen eines privatrechtlichen Vertrages oder die sich aus ihm ableitenden Rechte aufheben oder ändern kann⁽³⁰⁸⁾.

Gleiches gilt hinsichtlich der Meistbegünstigungsklausel. So kann diese keine Rückwirkung zugunsten der Angehörigen des begünstigten Staates in dem Sinne haben, daß sie ihre Wirkungen nachträglich vom Tage der ersten Gewährung der Vorteile an einen begünstigten Ausländer an zeitigt. Der Genuß der Klausel wird erst erworben, wenn der Vertrag, der sie enthält, veröffentlicht ist⁽³⁰⁹⁾.

(307) CC civ. II, 13.7.1960, Dame Zoubida Ben Ahmed Barrada ././ Sidriss Mekouar, AFDI 1961, 909; RGDIP 1961, 422; CC soc. 14.10.1960 Gerondaras ././ Laffont, Bull. civ. IV 372, S. 670

(308) CC 5.10.1961, Diles Saint-Mézard ././ Piasani, JCP 1961 II, 12410, Anm. Ourliac et de Juglart, Bull. civ. IV Nr. 826, S. 652, RDP 1962, 328; 29.3.1962, Pouvereau ././ Buttignol, D. 1962, somm. 126, RDP 1963, 350; Trib. par. cant. Agen, 10.9.1959, Consorts, Vannier ././ Goux, JCP 1960 II 11639; Nîmes 8.11.1960, Accoro ././ époux Guillard, D. 1961, 157, JCP 1961, II, 12022, RDP 1962, 329; CC soc. 21.11.1963, époux Zanini ././ Wicki, Bull. civ. IV. Nr. 814 S. 674

(309) CC soc. 12.10.1960, Racca ././ Bourjac, D. 1960, 743; Paris, 16. chambre, 30.6.1961, Caisse nationale des marchés de l'Etat ././ Soc. Nationale des chemins de fer belges, Cl. 1962, 402, Anm. Lehmann

3.1.4. Ausnahmen aus dem Erfordernis einer Bekanntmachung

Die bisher betrachteten Fälle, in denen die Rechtsprechung die Möglichkeit einer Rückwirkung der vertraglichen Wirkungen auf den Tag des völkerrechtlichen Inkrafttretens zugelassen hat, stellen für den Zeitraum der Rückwirkung eine Ausnahme aus dem Erfordernis der Veröffentlichung dar. Dabei war jedoch in der Regel notwendig, daß die Veröffentlichung - wenn auch später - so doch tatsächlich noch vor der Entscheidung ergangen war. Die Fälle, die im folgenden untersucht werden sollen, betreffen dagegen eigentliche Ausnahmen aus besagtem Gebot, denn es handelt sich hierbei um eine Anwendung vom Tage des völkerrechtlichen Inkrafttretens - also in den meisten Fällen der Unterzeichnung - an, ohne daß eine spätere Veröffentlichung erfolgt oder, falls diese doch ergeht, von Bedeutung wäre.

Die französische Rechtsprechung hat in vielen Fällen eine Ausnahme aus dem hier in Frage stehenden Prinzip des Erfordernisses der Veröffentlichung zugelassen, wenn es sich um Verträge handelte, durch die den ehemaligen Protektoraten oder assoziierten Staaten zur Erlangung der Unabhängigkeit die gesetzgebenden, richterlichen oder Regierungskompetenzen übertragen wurden⁽³¹⁰⁾. Diese Verträge werden in der Regel als vom Tage ihres völkerrechtlichen Inkrafttretens an anwendbar betrachtet, das vertraglich bestimmt und in den meisten Fällen auf den Tag der Unterzeichnung festgesetzt ist.

So hat das Gericht von Rouen in der schon erwähnten Entscheidung vom 9. Juli 1958⁽³¹¹⁾ den Standpunkt vertreten, daß zur Entscheidung über die Frage, ob die tunesischen Gerichte "ausländische Gerichtsbarkeiten" darstellen, das Datum des völkerrechtlichen Inkrafttretens des französisch-tunesischen Abkommens vom 9. März 1957 in Betracht zu ziehen ist, durch das die französischen Gerichte in Tunesien aufgelöst wurden, und nicht das Datum der Veröffentlichung im Journal

(310) dies betrifft vor allem Tunesien, Marokko und Vietnam

(311) RCDIP 1961, 145

Officiel⁽³¹²⁾. Das Urteil des Zivilgerichts der Seine vom 5. November 1958 wendet das Abkommen zwischen Frankreich und Vietnam vom 16. August 1955 über die Staatsangehörigkeitsfragen schon zu einem Zeitpunkt an, als es noch nicht einmal ratifiziert worden war: Die Ratifizierung erfolgte erst durch Dekret vom 22. April 1959⁽³¹³⁾. Dieses Urteil wurde durch die Entscheidung des Berufungsgerichts von Paris vom 20. Juni 1959 bestätigt⁽³¹⁴⁾. Das Tribunal de Grande Instance de la Seine erklärt in der Entscheidung vom 12. Februar 1960⁽³¹⁵⁾, daß seit Erlass des Gesetzes vom 2. Februar 1950 die französischen Gesetze nicht mehr in Vietnam anwendbar seien, da durch besagtes Gesetz das Abkommen von Baie d'Along vom 5. Juni 1948 und der Notenwechsel vom 8. März 1949 ratifiziert worden sind, wodurch die Unabhängigkeit Vietnams anerkannt wurde. Das erwähnte Abkommen war aber erst am 23. Februar 1953 im Journal Officiel veröffentlicht worden. Diese Ausnahmen scheinen sich besonders auf die Überlegung zu gründen, daß sich die besagten Verträge in erster Linie an die Staatsorgane der beteiligten Staaten richten und für diese vom Augenblick ihres völkerrechtlichen Inkrafttretens an verbindlich werden. Es handelt sich also vor allem darum, die Wirkungen des Vertrages im internationalen Bereich zu berücksichtigen⁽³¹⁶⁾.

Diese Rechtsprechung ist jedoch nicht allgemeingültig. So stellt der Staatsrat in seiner Entscheidung vom 16. November 1956⁽³¹⁷⁾ fest, daß Vietnam ein souveräner Staat ist, der seine Unabhängigkeit aufgrund eines veröffentlichten Vertrages erlangt habe.

(312) siehe im übrigen CC civil I, 23.1.1962, Deguara ./.. SARL Fermétures Mischler - Tunisie, Bull. civ. I Nr. 51 S. 46, Cl. 1962, 1020, RDP 1962, 1250; CC soc. 9.7.1962, Manicom ./.. Usine Anglo-French Textiles, Bull. civ. IV Nr. 623, S. 509, RDP 1963, 330; siehe auch CE 29.6.1951, Soc. Bonduelle, JCP 1952 II 7052 Anm. Virally

(313) JO vom 3.5.1959

(314) Dame Nguyen Hun Chau, JCP 1959 II 11309, Anm. Aymond, RDP 1960, 388, Anm. Gervais, siehe dazu schon oben 2.1.2.4. und Fußnote 319

(315) Dame veuve Boucher ./.. CARI et la Préservatrice, zitiert von Dehaussy, aaO, Heft 12 A, Nachtrag zu Nr. 71 ter

(316) siehe Bellet, Anm. RCDIP 1958, 332 und Level, aaO, RCDIP 1961, 100

(317) Tran Cong Phu, Ass. plén., 16.11.1956, RJPUP 1957, 201

Ebenso nimmt das Urteil vom 13. Juli 1961⁽³¹⁸⁾ eine strengere Haltung ein, indem entschieden wird, daß eine den französischen Behörden in Koueng-Tchéou-Wan erteilte Konzession als noch rechts-gültig anzusehen ist, da das Abkommen zwischen Frankreich und China vom 18. August 1954, durch das die Rückgabe dieses Gebietes an China erfolgen sollte, nicht veröffentlicht worden war.

Auch wenn es sich darum handelt, nur die indirekten Wirkungen eines Vertrages in Betracht zu ziehen, so etwa, wenn sich Private in ihren Absprachen auf den Abschluß völkerrechtlicher Verträge be-ziehen und von diesem bestimmte Rechtsfolgen abhängig machen, fassen die Gerichte nicht das Datum der Unterzeichnung, sondern das der Veröffentlichung ins Auge⁽³¹⁹⁾.

Dagegen zeigen sich die Zivilgerichte in neuerer Zeit weniger streng, was das Erfordernis der Bekanntmachung angeht: so hat das Tribunal de Grande Instance de la Seine in seiner Entschei-dung vom 15. März 1967 zwei Verträge angewendet, die nicht in Frankreich veröffentlicht worden waren⁽³²⁰⁾.

Auf anderer Grundlage lassen verschiedene Urteile eine Ausnahme aus dem Erfordernis der Veröffentlichung zu, nämlich auf dem Gebiet des Miet- und Pachtrechts in Anwendung des Gesetzes vom 28. Mai 1943,

(318) CE, Soc, indochinoise d'électricité, Act. jur. 1961, 487

(319) so in der Entscheidung des Tribunal civil Troyes vom 20.6.1956, Soc. des Etablissements Martin ./.. Clergé, D. 1956, somm. 158, AFDI 1957, 693, 774, Anm. Kiss, GP 1956, 2, 200 bezüglich des Versprechens, ein Gebäude spätestens 6 Monate nach Unterzeichnung des Friedensver-trages zu verkaufen: die Entscheidung untersucht die Bonner Verträge vom 26.5.1952 und die Pariser Protokolle vom 23.10.1954 trotz ihrer entgegenstehenden Bezeichnung auf ihre Eigenschaft als "Friedensver-träge" hin; siehe dagegen die schon erwähnte Entscheidung des Cour de Paris vom 20.6.1959, Dame Nguyen Hun Chau, JCP 1959 II 11309; be-züglich dieser letzten Entscheidung ist jedoch zu unterstreichen, daß das Gericht den Vertrag nicht im eigentlichen Sinne angewendet hat, sondern nur seine Rechtswirkungen im völkerrechtlichen Bereich berücksichtigte

(320) Clerget ./.. Représentation commerciale de la République Démoc-ratique du Vietnam, JCP 1968, 15457, Schlußanträge Fortier, Anm. Ruzié, Cl. 1969, 895, Anm. Pinto, RCDIP 1970, 484, Anm. Bourcel; die Ausnahme erklärt sich wohl dadurch, daß Nordvietnam anerkannt war

das Ausländern die "gesetzgeberische Gegenseitigkeit" zusichert. So wendet der Kassationshof in seiner Entscheidung vom 20. Dezember 1956⁽³²¹⁾ das französisch-italienische Abkommen vom 21. März 1947 an, obwohl dieses nicht veröffentlicht worden war. Nach Ansicht des Gerichts war die Anwendung möglich aufgrund des genannten Gesetzes, durch das die Angehörigen jedes Vertragsstaates auf dem Gebiet der anderen Staaten in den Genuß der gleichen Rechte und Vorteile wie französische Bürger in Frankreich kommen, wenn feststeht, daß das fragliche Abkommen tatsächlich auf dem Gebiet des anderen Staates in Kraft getreten ist, dessen Staatsangehörigkeit derjenige hat, der sich auf diese Rechte und Vorteile beruft. Tatsächlich war besagtes Abkommen 1948 durch ein Dekret in das italienische Recht eingeführt worden. Es handelt sich hierbei weniger um eine eigentliche Ausnahme aus dem Grundsatz des Erfordernisses einer Veröffentlichung völkerrechtlicher Verträge - die, wie festzustellen war, in sehr engen Grenzen zugelassen werden - als um den juristischen Erfindungsreichtum eines Gerichtes, das im Bewußtsein dieses Grundsatzes eine Ausnahme zu begründen suchte.

Man hat oft gesagt, daß eine Ausnahme aus dem Veröffentlichungsgebot zu machen sei bei Geheimverträgen, die auch in der modernen Diplomatie nicht ausgestorben sind. Dieser Hinweis ist im Grunde banal, denn einerseits verbietet es die Geheimhaltung, einen Vertrag, der "geheim" bleiben soll, zu veröffentlichen, andererseits geht ein solches Abkommen nur die Beziehungen zwischen den Regierungen an. In dieser letzteren Hinsicht mögen nun Ausnahmen bestehen, so in der Rechtssache, die dem Urteil des Berufungsgerichts von Paris vom 18. März 1969 zugrunde lag⁽³²²⁾: das Gericht, das von der Regierung über die für den Rechtsstreit wesentlichen Punkte

(321) CC soc. Horn ./.. Petita, JCP 1957, II, 9784, Bestätigung des Urteils von Paris, 9.5.1953, GP 1953, 1, 105; siehe auch CC soc. 6.6.1958, Mérino ./.. Martinez, Bull. civ. IV Nr. 699, 518

(322) Baranez ./.. Crédit du Nord, JCP 1969 II 15875, Cl. 1970, 66; siehe zu diesem Problem auch Wengler, Völkerrecht, Band I, S. 340 Fußnote 2 sowie S. 474 ff

eines geheimen Abkommens "informiert" worden ist, hat insoweit davon für seine Entscheidung Gebrauch gemacht - mit anderen Worten, es hat ein nicht veröffentlichtes Abkommen angewendet, ohne daß sogar die Parteien offiziell von dem Bestehen der fraglichen Rechtsregeln Kenntnis hatten. Dies widerspricht offensichtlich den Rechtsgrundsätzen, auf die sich die Erforderlichkeit der Bekanntmachung stützt. Festzuhalten ist jedoch, daß die Gerichte insoweit eine Ausnahme zugelassen haben.

3.1.5. Bemerkungen zu dieser Rechtsprechung

Die aufgezeigten Beispiele legen deutlich Zeugnis dafür ab, daß die französischen Gerichte bezüglich des Erfordernisses der Veröffentlichung völkerrechtlicher Verträge sehr strenge Maßstäbe anlegen, indem sie nur selten Ausnahmen zulassen oder auch nur eine Rückwirkung gestatten. Dies hat zur Folge, daß in vielen Fällen die Geltung des in Frage stehenden Vertrages aufgehoben wird und daß der Einzelne, der durch den Vertrag begünstigt werden soll, nicht in den Genuß der vorgesehenen Vorteile kommen kann, da der Vertrag mangels Veröffentlichung nicht angewendet wird⁽³²³⁾. Es erscheint zumindest widersprüchlich, daß ein Minister den Mangel oder die fehlende Ordnungsmäßigkeit der Veröffentlichung gegenüber einem Einzelnen geltend machen kann⁽³²⁴⁾. Mit Recht bemerkt Waelbroek⁽³²⁵⁾, daß es typisch ist für diejenigen Rechtssysteme, die eine unmittelbare Anwendbarkeit der Verträge zulassen, der Veröffentlichung eine über die einfache Entgegenhaltbarkeit hinausgehende Bedeutung beizumessen. Welche Bedeutung die Veröffent-

(323) diesem wäre in erster Linie dadurch abzuhelpen, daß die für die Veröffentlichung völkerrechtlicher Verträge verantwortlichen Stellen des Quai d'Orsay ein wenig prompter arbeiteten, wie dies von der Rechtslehre immer wieder gefordert wird, siehe etwa Kiss, AFDI 1967, 807; man erwartet eine Verbesserung in Folge einer Neuorganisierung der Dienststellen

(324) siehe CE 18.6.1965, Consorts. Châtelain, Rec. 1965, 366; 22.12.1965, Ministère des finances et affaires économiques, Cl. 1967, 386, Ann. Pinto, Act. jur. DA 1966 II. 430

(325) aaO, Seite 139

lichung im einzelnen hat, wird im Anschluß zu untersuchen sein; schon hier läßt sich indes feststellen, daß sich die Einschätzung dieser Bedeutung seitens der Gerichte in einer ausgesprochen formalistischen Rechtsprechung widerspiegelt.

3.2. Die Anwendung durch die andere Partei

Die Verfassung von 1950 weist gegenüber allen früheren eine bemerkenswerte Neuerung auf: sie stellt die Bedingung auf, daß die völkerrechtlichen Verträge, um in Frankreich angewendet werden zu können, von der Gegenseite angewendet werden. Diese gewöhnlich im Völkerrecht als "exceptio non adimplementi contractus" bezeichnete Prozedur besteht parallel zur Kündigung, ist jedoch in ihrer Wirkung auf den innerstaatlichen Bereich beschränkt.

Ist diese Bedingung nicht erfüllt und wird dies von kompetenter Seite festgestellt, so bleibt dennoch die völkerrechtliche Verpflichtung im internationalen Bereich bestehen. Dies ergibt sich deutlich aus der Stellung dieser Voraussetzung im Satzbau des Artikels 55, der die Frage des Vorrangs regelt, während der Grundsatz der Verbindlichkeit nicht explizite ausgesprochen wird. Es handelt sich also nicht um eine Bedingung der völkerrechtlichen Gültigkeit, sondern der innerstaatlichen Anwendbarkeit⁽³²⁶⁾, und zwar im Hinblick auf widersprechendes innerstaatliches Recht.

3.2.1. Die Rechtsprechung vor 1958

In der französischen Rechtsprechung aus der Zeit vor 1958 wird fast ausnahmslos von der Ansicht ausgegangen, daß die Nichtanwendung eines Vertrages durch eine oder mehrere an ihm beteiligte Parteien keinen Einfluß auf das Bestehen der Verpflichtungen habe.

(326) siehe Lardy, aaO S. 109; Kiss, aaO, S. 19, dagegen zögert in diesem Punkt; siehe auch Boehmer, aaO, S. 78

Diese Einstellung drückt sich z.B. in einer Entscheidung des Gerichts von Rouen vom 26. Oktober 1900 aus. Nach diesem Urteil kann die Nichtanwendung der Madrider Konvention von 1891 über die Herkunftsbezeichnungen ausländischer Waren durch einige an diesem Abkommen beteiligte Staaten nichts daran ändern, daß diese Konvention weiterhin von den Parteien auszuführen ist. (327)

In der Gerichtspraxis der IV. Republik finden sich dagegen Tendenzen, die als Vorläufer der verfassungsrechtlichen Regelung von 1958 angesehen werden können. So hat der Kassationshof in seiner Entscheidung vom 24. März 1953⁽³²⁸⁾ die begünstigende Anwendung des Niederlassungsabkommens von 1862 zwischen Spanien und Frankreich von der tatsächlichen Anwendung durch die Gegenseite abhängig gemacht.

Die Rechtsprechung sah sich in der Folge einer lebhaften Kritik durch die Rechtslehre ausgesetzt, die sich darauf stützte, daß sich eine solche Haltung nicht auf der Grundlage der Verfassung verfechten ließe, daß sie ein Eindringen in die Kompetenzen der Exekutive bedeute und daß schließlich eine nicht zu rechtfertigende Einschränkung des Prinzips des Vorrangs völkerrechtlicher Verträge vor den innerstaatlichen Gesetzen die Folge sei⁽³²⁹⁾. Daher verzichteten die Gerichte gegen Ende der IV. Republik fast durchweg auf das Gegenseitigkeitserfordernis⁽³³⁰⁾. Es ist um so erstaunlicher, daß der in der Verfassung von 1958 zum Ausdruck gekommene Grundsatz wiederum die entgegengesetzte Tendenz verfolgt.

(327) diese Entscheidung wurde durch den Kassationshof bestätigt. Cl. 1901, 370 und 982; siehe auch Kiss, Rép. I Nr. 197 und 198

(328) Ara-Arroyas, Brunie - Dlle Galtier, D. 1953, 365; ebenso Trib. correction. Seine, 31.5.1949, D. 1949, 420 sowie 12.12.1950, Gp 1951, I, 228

(329) Benoist, L'interprétation des traités diplomatiques par les tribunaux français, JCP 1953, I, 1133

(330) CC crim. 3.3.1954, Dubreuil, Bull. crim. 1954, 174; CC crim. 10.3.1955, Hurtada, Bull. crim. 1955, 263; CC crim. 25.7.1956, Padilla, JCP 1956, II, 9519; CC crim. 25.7.1956, Sastella, Bull. crim. 1956, 718

3.2.2. Die Rechtsprechung nach 1958

Die Regelung des Artikels 55 enthält in verschiedener Hinsicht Lücken. So ist keine nähere Bestimmung gegeben darüber, ob es sich um eine Anweisung an die Regierung handelt, den Vertrag gegenüber dem vertragsbrüchigen Partner zu kündigen, oder eine Anordnung an die Gerichte, den Vertrag nicht mehr gegenüber diesem Staat anzuwenden. Die Gerichte betrachten sich zumindest insoweit von dieser Bestimmung angesprochen, als sie eine entsprechende Einrede zulassen.

Unklar bleibt bei der Betrachtung des Wortlauts des Artikels 55 in jedem Falle, ob nur einzelne Bestimmungen aufgrund einer Nichtanwendung durch den Vertragspartner von der Anwendung in Frankreich ausgeschlossen sein sollen, oder aber stets der ganze Vertrag. Eine Entscheidung zu dieser Frage ließ sich nicht finden.

Des weiteren fragt es sich, worauf sich die geforderte Gegenseitigkeit beziehen soll - ob sie also im legislativen, gerichtlichen oder tatsächlichen Sinn zu verstehen ist. In dieser Hinsicht besteht weitgehend Einigkeit darüber, daß eine tatsächliche Gegenseitigkeit gemeint ist⁽³³¹⁾.

Schließlich stellt sich die Frage, wie und von wem der Mangel der Anwendung durch die Gegenseite geltend gemacht wird. Dazu hat das Tribunal correctionnel Seine in seinem Urteil vom 10. Januar 1959⁽³³²⁾ entschieden,

(331) Bastid, aaO, S. 39 f; Kiss, AFDI 1960, 1031 ff; Goldman, Cl. 1953, 644 ff; Nguyen Quoc Dinh, aaO, 556; es handelt sich also nicht um die in Artikel 11 des Code Civil angeordnete Gesetzesgegenseitigkeit, siehe dazu Lerebours-Pigeonnière, Précis de droit international privé, S. 204

(332) X... ./.. Confédération nationale des vins et spiritueux et autres, JCP 1960 II 11609, Anm. Aymond, RDP 1960, 875; siehe auch AFDI 1960, 1031 - 1036; im gleichen Sinne auch die Entscheidung Cour de Nîmes, 22.5.1968, JCP 1969, II 16002, Anm. Simon-Depitre

"... daß der im letzten Teil des Artikels 55 der Verfassung ausgesprochene Vorbehalt so zu verstehen ist, daß er eine Einrede darstellt, bei der es der Partei, die sich auf sie berufen will, obliegt, deren Begründetheit darzulegen ..."

Die Nichtanwendung durch die Gegenseite ist also nicht ex officio zu berücksichtigen⁽³³³⁾. Es ist im Ergebnis zu unterstellen, daß der andere Vertragsstaat den Vertrag anwendet. Sofern eine der Parteien die Einrede der Nichtanwendung erhebt, setzt das Gericht aus und wendet sich an das Außenministerium⁽³³⁴⁾.

3.2.3. Bemerkungen zu dieser Regelung

Die Regelung des Artikels 55 erhält durch die Aufnahme dieser zusätzlichen Voraussetzungen eine gewisse Unklarheit und Labilität⁽³³⁵⁾, durch die der Grundsatz des Vorrangs völkerrechtlicher Verträge eine empfindliche Einschränkung erfährt. Besonders schwerwiegend dürften die Folgen sein, die sich aus einer buchstäblichen Anwendung dieses Prinzips auf das Gemeinschaftsrecht ergeben wird. Da die französischen Gerichte Artikel 55 auch auf das Recht der Europäischen Gemeinschaften anwenden⁽³³⁶⁾, läßt sich kein Grund dafür ersehen, daß die Geltung des besagten Grundsatzes in jenem Zusammenhang ausgeschlossen wäre⁽³³⁷⁾. Der eklatante Widerspruch, in dem er sich zum Geist des Europarechts befindet, liefert eines der wesentlichen Argumente für die Kritik an seiner Aufnahme in die Verfassung⁽³³⁸⁾. Die einzige Erklärung - die jedoch auch keine eigentliche Begründung zu geben vermag - ist die, daß der Verfassung von 1958 mehr als allen ihren Vorgängerinnen der Gedanke der nationalen Souveränität zugrunde liegt.

(333) Cour de Paris, 17.3.1960, JCP II 11609

(334) Trib. adm. Seine, 6.4.1965, Sieur X..., Rec. CE 1965, 141

(335) Berber, aaO, Band I, S. 102

(336) siehe oben 1.3.1.4.

(337) aa Chevallier, Le juge national et le droit communautaire, aaO

(338) siehe Rideau, aaO, S. 25 und die dort zitierte Entscheidung des EuGH, Rechtssache 90 und 91/63 Entscheidungssammlung Band X

Das Völkerrecht kennt die *exceptio non adimpleti contractus* und gibt unter gewissen Umständen einem Staat das Recht, sich seiner Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Verträgen zu entledigen, wenn er feststellt, daß der fragliche Vertrag von der anderen Seite nicht angewendet wird. Die Ausdrucksweise "de l'autre partie" ist insoweit zutreffend, als bei mehrseitigen Verträgen die Anwendbarkeit nur hinsichtlich des abtrünnigen Staates entfällt. Die absolute Verallgemeinerung, in der die verfassungsrechtliche Regelung das Erfordernis der Gegenseitigkeit aufstellt, stimmt in diesem Sinne mit dem völkerrechtlichen Gewohnheitsrecht überein⁽³³⁹⁾.

Auf die Ähnlichkeit der Kündigung und der Voraussetzung der Anwendung durch die Gegenseite im Sinne des Artikels 55 ist schon hingewiesen worden. Diese Verwandtschaft kommt im übrigen auch dadurch zum Ausdruck, daß sich - wie die dargestellte Rechtsprechung belegt - die Gerichte in der Regel solange als durch den Vertrag gebunden betrachten, als die Regierung nichts in dieser Hinsicht unternommen hat⁽³⁴⁰⁾. Es besteht jedoch ein wesentlicher Unterschied zwischen der Kündigung und der Rechtsfolge aus dem Fehlen der Anwendung durch die Gegenseite, wie sie Artikel 55 vorsieht: in diesem letzteren Falle tritt lediglich eine Wirkung hinsichtlich der innerstaatlichen Anwendbarkeit ein, während die völkerrechtlichen Verpflichtungen zwischen den Staaten weiter bestehen. Die Formulierung, die die Verfassung der *exceptio non adimpleti contractus* gibt, bedeutet insofern eine Einschränkung des Grundsatzes der Unmittelbarkeit, mit dem sich das nächste Kapitel beschäftigen wird.⁽³⁴¹⁾

(339) siehe auch die Konvention von Wien über das Recht der völkerrechtlichen Verträge, Artikel 60

(340) siehe auch Cocatre-Ziglien, aaO, AFDI 1958, 648; Nguyen Quoc Dinh, aaO, RDPSP 1959, 558 ff; Batiffol, *Traité* Nr. 37, Ann. 53; Level, aaO, RCDIP 1961, 92; Lerebours-Pigeonnière und Loussouarn, aaO Nr. 56; Odent, L'article 177 du *Traité de Rome et la jurisprudence du Conseil d'Etat*, S. 10

(341) diese Einschränkung dürfte genau der Zweck der verfassungsrechtlichen Regelung gewesen sein

3.3. Die Unmittelbarkeit

Ein weiterer Grundsatz, der sich aus Artikel 55 ergibt, ohne jedoch dort ausdrücklich genannt zu sein, ist der der unmittelbaren Anwendbarkeit der internationalen Verträge in der innerstaatlichen französischen Rechtsordnung. Der Eintritt der in diesem Artikel genannten Rechtsfolge ist lediglich an das Vorliegen der drei bereits untersuchten Voraussetzungen geknüpft, nämlich an eine ordnungsgemäße Ratifizierung und Bekanntmachung und die Anwendung durch die Gegenseite. Aus dem Fehlen einer weiteren Bedingung ergibt sich die unmittelbare Anwendbarkeit derjenigen völkerrechtlichen Verträge, bei denen diese Voraussetzungen gegeben sind.

Der Grundsatz der Unmittelbarkeit führt in den Theorienstreit zwischen Monismus und Dualismus. Die Frage nach dem Verhältnis zwischen Völkerrecht und Landesrecht betrifft einen akademischen Streit, der hier weder entschieden werden kann noch entscheidend sein dürfte. Diese Frage soll hier daher nur insoweit behandelt werden, wie in der in Frankreich geltenden verfassungsrechtlichen Lösung eine Anlehnung oder Bestätigung der einen oder anderen Auffassung gesehen werden kann und dies wiederum von Bedeutung für die Rechtsprechung ist.

Hier sind also zunächst die besonderen Bedingungen der innerstaatlichen Anwendbarkeit zu untersuchen, die bis zum Inkrafttreten der Verfassung von 1946 Grundlage für die Rechtsprechung gewesen sind. Im Anschluß werden die Bestimmungen der Nachkriegsverfassungen unter dem Gesichtspunkt zu betrachten sein, welcher Konzeption des Verhältnisses zwischen internationalem und innerstaatlichem Recht sie entsprechen. Schließlich soll die Rechtsprechung aus der Zeit nach Verankerung des Grundsatzes der unmittelbaren Anwendbarkeit in der Verfassung dargestellt werden.

3.3.1. Besondere Bedingungen der innerstaatlichen Anwendbarkeit vor 1946

Es war bereits mehrfach von besonderen Bedingungen der innerstaatlichen Anwendbarkeit die Rede, im Zusammenhang nämlich mit Rechtshandlungen, die eigentlich Voraussetzungen der völkerrechtlichen Gültigkeit darstellen. In den Fällen, in denen die völkerrechtliche Gültigkeit auch dann anzunehmen ist, wenn diese Voraussetzungen nicht vorliegen - also vor allem die Mitwirkung des Gesetzgebers oder des Staatspräsidenten - haben die Gerichte zum Teil ihre Erfüllung für die Bejahung der innerstaatlichen Anwendbarkeit gefordert. Bevor aber auf diese schon unter anderem Gesichtspunkt untersuchten Voraussetzungen zurückzukommen sein wird, soll eine andere Bedingung der innerstaatlichen Anwendbarkeit betrachtet werden, die ebenso wenig wie diese auf verfassungsrechtlicher Grundlage steht: die Promulgation, die bis 1946 üblich war.

3.3.1.1. Die Promulgation

Bis 1946 bestand die Regel, daß völkerrechtliche Verträge nur dann innerstaatlich in Kraft treten konnten, wenn sie Gegenstand eines Promulgationsdekretes des Präsidenten der Republik geworden waren. Die Verfassung von 1875 schrieb die Promulgation zwar nur für Gesetze vor, doch unterwarf die Praxis der III. Republik ebenso völkerrechtliche Verträge dem förmlichen Verfahren der Promulgation. Ein Dekret des Präsidenten, durch das die vorschriftsmäßige und formgerechte Ausstellung⁽³⁴²⁾ des Vertrages bestätigt wurde, gab die Anordnung zur Anwendung und Ausführung der Verträge, welche die Veröffentlichung derselben mit einbegriff.

Die Anhänger der dualistischen Lehre sahen in der Promulgation die Rechtshandlung des innerstaatlichen Rechts, durch die Transformation der völkerrechtlichen Norm in eine solche des innerstaatlichen Rechts

(342) "confection"

bewirkt wurde. Solange sie nicht erfolgt war, hatten die Verträge nach dieser Ansicht nur Wirkung unter den Staaten; erst durch die Promulgation wurden sie rezipiert bzw. transformiert und somit für den Einzelnen verbindlich⁽³⁴³⁾.

Nach der in der Rechtslehre wohl herrschenden Meinung⁽³⁴⁴⁾ war die Promulgation überflüssig, ja sogar gefährlich, da sie den Eindruck erwecken konnte, daß die verbindliche Wirkung des völkerrechtlichen Vertrages nicht allein aufgrund seines Abschlusses bestand, sondern auf einer Entscheidung des Staatspräsidenten beruhte, die in dessen Ermessen stünde, und für die vor allem keinerlei verfassungsrechtliche Grundlage vorhanden sei⁽³⁴⁵⁾.

Für die französischen Verwaltungsrechtslehrer ergab sich die Notwendigkeit der Promulgation aus verfassungsrechtlichen Überlegungen. Danach ist ein völkerrechtlicher Vertrag sowohl im zwischenstaatlichen als auch innerstaatlichen Bereich verbindlich (*obligatoire*) aufgrund seiner Ratifizierung. Damit er jedoch innerstaatlich anwendbar (*exécutoire*) wird, bedarf es eines förmlichen Verfahrens, durch das die gleichen staatlichen Organe, die auch die Gesetze verordnen, die Anwendung des Vertrages anordnen⁽³⁴⁶⁾.

Diese Analyse kommt der Haltung der Rechtsprechung am nächsten. Tatsächlich erklären eine Reihe von Entscheidungen im Zusammenhang mit klassischen völkerrechtlichen Verträgen, daß diese durch die Promulgation ausführbar werden⁽³⁴⁷⁾. Doch ist der Grundsatz

(343) Barthélémy et Duez, *Traité de droit constitutionnel*, S. 766; Bonnet, *De la promulgation*, Dissertation Poitiers 1908, S. 98 ff; Duez, *de l'Indépendance des autorités législatives et des autorités réglementaires dans la fixation des règles de droit*, S. 407 ff; Reglade, aaO RDPSP 1924, 508

(344) Rousseau, aaO, S. 57

(345) Carré de Malberg, *La loi, expression de la volonté générale*, S. 147 ff; Luchaire, aaO, S. 835; Scelle, *Précis*, S. 352 ff; Noël, aaO S. 93 ff; Freymond, aaO, 162 ff; Pillet, Band I, S. 153

(346) Mestre, aaO RCADI 1931, IV 255 ff; Dehousse, *La ratification des traités*, S. 75 ff; Chailley, aaO Nr. 88, De Soto, *La promulgation des traités*, S. 62 ff und 83 ff; Rousseau, *Principes*, Nr. 258

(347) CC civ. 195.1863, S. 1863, 1, 353; Paris 18.1.1926, S. 1927, 2, 1, Anm. Niboyet, RDIP 1926, 244, Anm. Pillet; Paris 1.2.1938, Cl. 1938, 268

dieses Erfordernisses niemals absolut gültig gewesen. So haben z.B. gemäß dem Gesetz vom 29. Juli 1919 gewisse Handelsverträge vorläufige Anwendung gefunden, bevor sie promulgiert worden waren⁽³⁴⁸⁾. Auch die in vereinfachter Form abgeschlossenen Abkommen wurden nicht promulgiert, was die Gerichte jedoch nicht daran hinderte, sie dennoch anzuwenden⁽³⁴⁹⁾.

Selbst wenn die Gerichte die Promulgation in der Regel forderten, so doch niemals unter Berufung auf die Notwendigkeit einer Transformation der völkerrechtlichen Norm in innerstaatliches Recht⁽³⁵⁰⁾. Ihre Einstellung war weniger in einer vorgefaßten Auffassung des Verhältnisses zwischen Völkerrecht und Landesrecht, als durch Überlegungen zum innerstaatlichen französischen Verwaltungsrecht begründet⁽³⁵¹⁾. Es ist keine Entscheidung bekannt, die einen Vertrag deswegen nicht anwenden will, weil er nicht promulgiert worden ist⁽³⁵²⁾.

3.3.1.2. Die Mitwirkung des Gesetzgebers

Wie schon zu bemerken war, war in der Verfassung der III. Republik keine Bestimmung bezüglich einer Mitwirkung des Gesetzgebers am Abschluß von völkerrechtlichen Verträgen getroffen, durch die innerstaatliche Gesetze aufgehoben oder geändert wurden. Doch forderte die Rechtsprechung, die zwar die völkerrechtliche Gültigkeit

(348) siehe Rousseau, Précis, S. 7.

(349) Trib. sup. de Colmar, 4.2.1920, S. 1922, 9, 57, Anm. Niboyet; Lyon, 26.3.1941, S. 1941, 2, 43; Paris, 2.12.1941; 19.2.1942; siehe auch: De Soto, aaO S. 91; Rousseau, Principes no 250; Chailley, aaO, Nr. 88; Basevant, aaO S. 470; Luchaire, aaO, S. 842; Schilling, aaO, S. 45 ff

(350) Waelbroek, aaO, S. 95

(351) Schilling, aaO, S. 59

(352) Waelbroek, aaO, S. 95 weist mit Recht darauf hin, daß die von Rousseau, aaO, S. 57, für die gegenteilige Ansicht angeführte Entscheidung des Kassationshofes vom 18.11.1843 Jange, Tassin et autres, S. 1834 I 822 mit Schlußanträgen Dupin, von einer Verwechslung der Begriffe "publication" und "promulgation" ausgeht

solcher Verträge nicht in Frage stellen konnte, fast ausnahmslos die Mitwirkung des Gesetzgebers für deren Anwendung in der innerstaatlichen französischen Rechtsordnung⁽³⁵³⁾. In diesem Zusammenhang stellte sich manchmal die Frage, ob die Mitwirkung des Parlaments, wenn sie erfolgte, eine Ermächtigung zur Ratifizierung oder eine Maßnahme zur Ausführung eines völkerrechtlichen Vertrages bedeutete, der ohne diese nicht anwendbar gewesen wäre⁽³⁵⁴⁾. Dieses Problem spielt seit 1946 keine Rolle mehr, da die Mitwirkung des Gesetzgebers nun als Voraussetzung der völkerrechtlichen Gültigkeit gesetzesändernder Verträge vorgeschrieben ist.

Wenn die Gerichte während der III. Republik die innerstaatliche Anwendbarkeit in diesen Fällen von einer Mitwirkung des Gesetzgebers abhängig machten, so bedeutete dies jedoch nicht, daß sie in dem Gesetz einen Rechtsakt zur Transformierung der völkerrechtlichen Bestimmungen in innerstaatliche Gesetze gesehen hätten⁽³⁵⁵⁾. Ebenso wenig wurde in der Mitwirkung des Gesetzgebers eine Anordnung zur Ausführung der vertraglichen Bestimmungen erblickt⁽³⁵⁶⁾. Diese Rechtsprechung vermag also nicht die Annahme zu begründen, daß die französischen Gerichte insoweit den Lehren des Dualismus gefolgt wären. Tragender Gesichtspunkt für die Gerichte - und dies kommt in den oben erwähnten Entscheidungen deutlich zum Ausdruck⁽³⁵⁷⁾ - ist der Respekt des Grundsatzes der Gewaltenteilung, nach dem es der Regierung nicht ohne weiteres gestattet sein darf, bestehende Rechtsvorschriften durch Abschluß eines völkerrechtlichen Vertrages ohne Zustimmung des Parlaments zu ändern.⁽³⁵⁸⁾

(353) siehe zur Rechtsprechung oben 1.2.3.

(354) non-self-executing; siehe dazu Mestre, RCADI 1931, IV, 249

(355) Niboyet, La constitution nouvelle et certaines dispositions de droit international, D. 1946, chron. 89; derselbe, Traité de droit international privé, Nr. 30

(356) Rousseau, Principes, Nr. 265

(357) siehe oben 1.2.3.

(358) Reglade, aaO, RDPSP 1924, 511 f; Chailley aaO, Nr. 101 f

3.3.2. Die in der Verfassung zum Ausdruck gekommene Auffassung
des Verhältnisses zwischen Völkerrecht und Landesrecht

Nach einhelliger Auffassung in der Lehre ergibt sich aus Artikel 55 eine Bestätigung der monistischen Auffassung. Ein vorschriftsmäßig ratifizierter und veröffentlichter Vertrag wird so ohne weiteres Teil der innerstaatlichen Rechtsordnung, mit der Folge, daß er die Organe bindet, die das Recht anzuwenden haben⁽³⁵⁹⁾. Im übrigen modifiziert ein Vertrag, sobald er im innerstaatlichen Bereich gültig ist, die ihm widersprechenden Gesetze, ohne daß eine ausdrückliche Aufhebung letzterer notwendig wäre⁽³⁶⁰⁾.

Der Grundsatz der unmittelbaren Anwendbarkeit und des Vorrangs völkerrechtlicher Verträge vor den innerstaatlichen Gesetzen findet jedoch seine Grundlage in der Verfassung, also einem Satz des innerstaatlichen Rechts. Diese selbst hat dagegen Vorrang vor den völkerrechtlichen Verträgen, da die Ermächtigung zur Ratifizierung oder Billigung in dem Falle, daß der Verfassungsrat einen Widerspruch zwischen der Verfassung und einem solchen Vertrag feststellt, nur nach Revidierung der Verfassung erfolgen kann⁽³⁶¹⁾. Diese voluntaristische Lösung ergibt sich zwangsläufig aus dem Monismus mit Vorrang des innerstaatlichen Rechts⁽³⁶²⁾.

Die Akrobatik dieser gedanklichen Konstruktion liegt nun darin, daß zwar die Verfassung Vorrang vor den völkerrechtlichen Verträgen hat, in ihr selbst aber diesen Verträgen Vorrang vor den einfachen innerstaatlichen Gesetzen zuerkannt wird.

(359) Jacquet, Les rapports du droit interne et du droit international dans le cadre de la constitution de 27.10.1946; Vedel, Manuel élémentaire de droit constitutionnel, S. 525; Niboyet, La constitution nouvelle et certaines dispositions de droit international, D. 1946, chron. 85; Donnedieu de Vabres, La constitution de 1946 et le droit international, D. 1948, chron. 5; Luchaire, aaO, S. 815; Charpentier, Introduction und Reuter, Bericht zum Colloque de Grenoble

(360) Niboyet, Traité du droit international privé français, I 36 ff

(361) Colliard, Institutions Internationales, S. 250

(362) siehe Dupuy, Le droit international, S. 53

Diese Lösung wird von der herrschenden Rechtslehre zurückgewiesen⁽³⁶³⁾. Vom Standpunkt des Völkerrechts aus gesehen kann die völkerrechtliche Gültigkeit eines internationalen Abkommens kaum mit dem Einwand in Frage gestellt werden, daß das fragliche Abkommen nicht gemäß den von der Verfassung eines der beteiligten Staaten aufgestellten Formvorschriften ratifiziert worden ist⁽³⁶⁴⁾. Die Ungültigkeit eines nicht ordnungsgemäß ratifizierten Vertrages festzustellen, kann eigentlich nur Sache einer internationalen Gerichtsbarkeit sein. Daher findet sich der französische Richter in einer recht delikaten Lage, wenn er einem Vertrag die völkerrechtliche Gültigkeit mit der Begründung abspricht, daß dieser nicht nach den Vorschriften der Verfassung abgeschlossen worden ist⁽³⁶⁵⁾.

Die Rechtsprechung kommt im Ergebnis der in der Rechtslehre herrschenden Meinung näher als der in der Verfassung vorgesehenen Lösung. Wie sich bei der obigen Betrachtung herausgestellt hat, nehmen die Gerichte eine Überprüfung der Konformität eines völkerrechtlichen Vertrages - von den genannten Ausnahmen abgesehen - nicht vor. Insofern nun die Richter eine solche Kontrolle unterlassen, kommen sie auf mittelbarem Wege zu einer Einstellung, die dem Monismus mit Vorrang des Völkerrechts entspricht, ohne sich jedoch auf die dieser Doktrin eigenen Erwägung zu stützen. Die in verschiedener Hinsicht von der Rechtsprechung gemachte "Trennung"⁽³⁶⁶⁾ ist also weniger Ausdruck einer dualistischen Einstellung als Umweg zum Monismus. Die von der Verfassung aufgestellten Bedingungen für den Vorrang der völkerrechtlichen Verträge, die gegenüber letzteren höherstehende Normen darstellen, werden unbeachtet gelassen, wodurch der Vorrang unter leichteren Bedingungen und damit in weiterem Umfang anerkannt wird, als die Verfassung dies selbst anordnet: Der Monismus mit Vorrang des Verfassungsrechts wird somit hier in einen Monismus mit Vorrang des

(363) Laband, Scelle, Carré de Malberg, Fitzmaurice; aa Rousseau, Strupp
(364) siehe auch Art. 46 der Konvention von Wien über das Recht der völkerrechtlichen Verträge; Lord McNair, aaO, S. 77

(365) siehe oben 2.1.4.4.

(366) siehe oben 1.2.3.; 1.3.1.2.; 2.1.4.4.; 2.3.2.2.

Völkerrechts umgekehrt. Ob und wie weit diese Konzeption auch sonst anerkannt wird, ist im folgenden zu untersuchen.

Festzuhalten ist jedoch an dieser Stelle, daß diese Rechtsprechung freilich nicht ohne Widerspruch ist. Wenn die Gerichte das Vorliegen bestimmter von der Verfassung vorgeschriebener Bedingungen nicht überprüfen und auf diesem Wege den Vorrang völkerrechtlicher Verträge vor den innerstaatlichen Gesetzen weitergehen lassen, als die Verfassung dies anordnet, so dürften ihre Beweggründe eher in genau entgegengesetzter Richtung zu suchen sein - darin nämlich, daß sie zögern, den Vorrang anzuerkennen, wie noch im einzelnen deutlich werden wird.

3.3.3. Die Haltung der Rechtsprechung seit 1946

Die Situation der Nachkriegszeit ist gekennzeichnet durch die Abschaffung der Promulgation völkerrechtlicher Verträge. Diese Abschaffung erfolgte "stillschweigend" ⁽³⁶⁷⁾, indem die Verfassung von 1946 die Promulgation für Verträge nicht erwähnt ⁽³⁶⁸⁾. Sie erfolgte jedoch weniger stillschweigend, wenn man daran denkt, daß auch die Verfassung von 1875 hierzu keine Regelung enthalten hatte, sondern in dieser Hinsicht allein eine gewohnheitsrechtliche Praxis bestanden hatte. Diese Praxis konnte nun nach Inkrafttreten der Verfassung von 1946 nicht mehr fortgesetzt werden, da die Artikel 26 und 28 derselben den ordnungsgemäß ratifizierten und gebilligten Verträgen ohne weiteres - also auch ohne zusätzliche Promulgation - Vorrang vor den innerstaatlichen Gesetzen einräumten. Damit schloß sich der Verfassungsgeber den Anschauungen der Monisten an, die die Promulgation als überflüssig bezeichnet hatten.

(367) so Rousseau, Précis S. 58

(368) sie ist dagegen nach wie vor für Gesetze vorgeschrieben, siehe Art. 10 der Verfassung von 1958

Nach einer in der Rechtslehre vertretenen Ansicht geschieht die Promulgation völkerrechtlicher Verträge im heutigen französischen Recht in zwei Abschnitten: durch die Ratifizierung und Veröffentlichung⁽³⁶⁹⁾. Nach anderer Ansicht nimmt die Veröffentlichung seit 1946 die Stelle ein, die bis dahin die Promulgation innegehabt hatte⁽³⁷⁰⁾.

Tatsächlich ähneln die Rechtswirkungen der Promulgation in mancherlei Hinsicht demjenigen der Veröffentlichung. Daher entspricht auch die Kontrolle der Bekanntmachung, wie sie die Gerichte seit dem Ende des 2. Weltkriegs ausüben, im wesentlichen der bis zum Ende der III. Republik vorgenommenen Überprüfung des Vorhandenseins einer Promulgation. Gewisse Verwechslungen terminologischer Art sind in dieser Hinsicht bezeichnend⁽³⁷¹⁾. Es ist daher zu untersuchen, welche Bedeutung der Veröffentlichung tatsächlich zukommt.

3.3.3.1. Die Bedeutung der Bekanntmachung

In der Rechtslehre wird die Bekanntmachung überwiegend als einfacher materieller Rechtsakt angesehen, der aus praktischen Erwägungen besteht, aber keineswegs die völkerrechtliche Norm modifiziert⁽³⁷²⁾. Die praktischen Erwägungen sind die, daß ein Richter nicht Recht sprechen kann, ohne daß ihm die anzuwendenden Rechtsätze bekannt sind, daß die Verwaltung nur Recht anwenden kann, welches sie kennt, und daß der Bürger einer ihm gegenüber von der Verwaltung und Rechtsprechung ausgehenden Anwendung nur solchen

(369) siehe Rousseau, *Le régime actuel de conclusion des traités en France*, S. 583; Francescakis, RCDIP 1969, 425

(370) Schilling, aaO S. 51 ff; Level, RCDIP 1961, 87; Dehaussy, Cl. 1960, 708

(371) siehe z.B. CC civ. 6.7.1954, Cl. 1956, 136, Anm. Sialelli; CE 12.6.1958, Calon ./., Hesan, Rec. 1958, 556; Paris, 18.6.1951, GP 1951, 2, 70; Civil Seine 20.6.1955, JCP 1955, IV, 1951; Civil Seine, 5.11.1955, GP 1956, I, 45; CC soc. 12.10.1960, Racca ./., Bourjac, D. 1960, J 743, RCDIP 1961, 532, Anm. Gavalda, RDP 1961, 426

(372) Dehaussy, aaO Heft 12 A Nr. 60; siehe dazu auch Boehmer, aaO, S. 46; Mosler, *Das Völkerrecht in der Praxis der deutschen Gerichte*, S. 18; Dahm, aaO, S. 95; Langner und Wengler in NJW 1962, 228 ff, 231 ff

Rechts zustimmen wird, von dessen Geltung er Kenntnis hat oder haben kann⁽³⁷³⁾. Theoretisch gesehen werden die Bestimmungen eines völkerrechtlichen Vertrages seit Abschaffung der Promulgation und Einführung der Unmittelbarkeit allein durch die Ratifizierung oder Billigung verbindlich (obligatoire) und ausführbar (exécutoire), während die Veröffentlichung allein die Bedingung dafür ist, daß der Vertrag dem Einzelnen entgegengehalten werden kann (opposable)⁽³⁷⁴⁾. Eine Rezeption kann also in der Kombination der Ratifizierung und Veröffentlichung nicht gesehen werden.

Die Rechtsprechung erkennt in vielen Entscheidungen ausdrücklich an, daß die Veröffentlichung die Wirkung hat, den Vertrag dem Einzelnen entgegenhalten zu können⁽³⁷⁵⁾. Andere Entscheidungen erinnern in ihren Formulierungen an die völkerrechtlichen Lehren, die eine Rezeption für erforderlich halten, damit ein Vertrag innerstaatlich angewendet werden kann. So erklären mehrere Urteile des Kassationshofes⁽³⁷⁶⁾, daß ein völkerrechtliches Abkommen erst durch die Veröffentlichung im Journal Officiel "exécutable" wird. In der Entscheidung des Tribunal de commerce de la Seine⁽³⁷⁷⁾ vom 12. Oktober 1957 heißt es, daß das Fehlen der Veröffentlichung bedeutet, daß das fragliche Abkommen noch nicht in das innerstaatliche französische Recht eingeführt war⁽³⁷⁸⁾. Auch in der schon erwähnten Rechtsprechung zum Erfordernis der Bekanntmachung ließ sich erkennen, daß die Gerichte diesem Grundsatz mehr Bedeutung

(373) siehe Kiss, aaO S. 6 ff

(374) siehe Rideau, aaO S. 9

(375) CC soc. 19.10.1956, JCP 1956 IV 159; CC soc. 196.1958, JCP 1958 II 10828, Anm. Ourliac et de Juglart; Tribunal Grande Instance Seine 13.10.1959, RCDIP 1961, 140; CC soc. 23.1.1959, Bull. civ. 1959 IV Nr. 96, S. 79; CC civ. 16.5.1961, Bull. civ. 1961, I, 196; CC soc. 29.10.1963, Bull. civ. IV 1963, 62; 21.11.1963, Bull. civ. IV 675; CC comm. 8.5.1963, Bull. civ. III 190; CC civ. 16.2.1965, RCDIP 1966, 641, Anm. Dehaussy, Cl. 1965 640, Anm. Level; CE 2.3.1956, Rognon, Rec. 1956, 97

(376) CC comm. 8.5.1963, Bull. civ. 1963, III, 190; CC soc. 12.10.1960, D. 1960, 743, RCDIP 1961, 532, Anm. Gavalda

(377) RCDIP 1958, 375

(378) weitere Entscheidungen CC civ. 6.7.1954, GP 1954, 2, 73, Schlußanträge Rey, Kiss, AFDI 1964, 854 ff; CE 13.7.1965, Navigator, RCDIP 1966, 610; 24.2.1967, Rec. 1967, 93

beimessen, als sich aus seiner ursprünglichen Funktion heraus erklären könnte. Zwar ist es noch durchaus im Sinne der allgemeinen Rechtsgrundsätze, daß in der Regel ein Rückwirkungsverbot besteht, wie ja auch sonst bei Gesetzen, doch war festzustellen, daß die Bekanntmachung oft auch für die Berücksichtigung derjenigen Rechtswirkungen gefordert wird, die nur den internationalen Bereich betreffen⁽³⁷⁹⁾.

Diese Haltung der Rechtsprechung erklärt sich zunächst dadurch, daß vom praktischen Standpunkt aus der Unterschied zwischen Promulgation und Publikation nicht sehr erheblich ist, da die Gewohnheit besteht, auch die Veröffentlichung durch ein Dekret anzuordnen, also auch hier eine Mitwirkung der Exekutive notwendig ist. Dies mag die Gerichte dazu veranlaßt haben, unbewußt von der Annahme auszugehen, daß der Veröffentlichung nicht nur eine tatsächliche Bedeutung zukommt, sondern sie in bestimmtem Umfang einer Anordnung zur Ausführung oder Anwendung gleichzustellen ist. Luchaire⁽³⁸⁰⁾ spricht von einer "getarnten Promulgation", doch erscheint diese Analyse sowohl im Hinblick auf die Verfassung als auch auf die Rechtsprechung unzutreffend.

Die größere Bedeutung der Veröffentlichung liegt gerade in der Einführung des Grundsatzes der unmittelbaren Anwendbarkeit der völkerrechtlichen Verträge begründet, dessen Kehrseite aber die Abschaffung der Promulgation ist. Dies bedeutet aber gerade, daß die Veröffentlichung sich in ihrer Funktion von der Promulgation unterscheidet. Ihre Wichtigkeit ergibt sich daraus, daß es nun allein noch auf sie ankommt. Der Teil der Rechtslehre, die in der Kombination des Ratifizierungs- und Veröffentlichungsverfahrens eine Art Promulgation sehen wollen, tun den tatsächlichen Umständen einer überlieferten Anschauung zuliebe Zwang an; ihre Kommentierung

(379) siehe oben 3.1.3.2. sowie CE 16.11.1956, Tran Cong Phu, RJPUF 1957, 201

(380) aaO, S. 838

der Rechtsprechung tut dieser Unrecht. Denn die Gerichte drücken nichts anderes als ihr Bewußtsein aus, daß die Veröffentlichung angesichts der Folge der Unmittelbarkeit, d.h. der unmittelbaren Folgen bei ihrem Vorliegen besonders sorgfältig zu überprüfen ist. Dies wiederum erklärt den Formalismus, der in der schon besprochenen Rechtsprechung zur Bekanntmachung deutlich wird⁽³⁸¹⁾.

3.3.3.2. Das Approbationsdekret

Die französische Rechtsprechung hat, wie festzustellen war, nur in sehr engen Grenzen die Verbindlichkeit von Abkommen, die allein durch ihre Unterzeichnung in Kraft treten, anerkannt, wenn diese nicht darüberhinaus durch ein Dekret des Präsidenten der Republik gebilligt worden waren⁽³⁸²⁾. In den Fällen, in denen also das Bestätigungsverfahren nicht als eine Voraussetzung der völkerrechtlichen Gültigkeit anzusehen ist, verlangen die französischen Gerichte die Billigung als Erfüllung einer Voraussetzung der innerstaatlichen Anwendbarkeit⁽³⁸³⁾. Während bis zum Ende der IV. Republik die Billigung des Präsidenten also stets als eine Bedingung dafür anzusehen war, daß solche Verträge innerstaatlich angewendet werden konnten, die nicht i.e.S. ratifiziert worden waren, gilt dies auch nach 1958 noch für die eigentlichen Abkommen in vereinfachter Form, nicht dagegen für die nicht ratifizierungsbedürftigen Abkommen im Sinne der Verfassung von 1958, deren Billigung Voraussetzung für die völkerrechtliche Gültigkeit ist⁽³⁸⁴⁾.

Aber auch hier bieten die Urteile zunächst keinen eindeutigen Anhaltspunkt dafür, eine Bestätigung dualistischer Anschauungen anzunehmen. Denn wie festzustellen war, ist dieses in ständiger Rechtsprechung aufgestellte Erfordernis weniger auf rechtstheoretische Erwägungen gegründet als auf den Respekt der Verfassung, die die

(381) siehe oben 3.1.4.

(382) siehe oben 2.1.2.3.

(383) siehe Motulsky, Anm. unter Tribunal de Saargemünd, 22.6.1948, RCDIP 1949, 58 ff

(384) siehe oben 1.2.4.

Kompetenzen zum Abschluß völkerrechtlicher Verträge im Grundsatz dem Präsidenten der Republik zuteilt⁽³⁸⁵⁾.

Eine Ausnahme bilden hier verschiedene jüngere Entscheidungen⁽³⁸⁶⁾, die in der Billigung durch den Staatschef eine Bedingung der Aufnahme des fraglichen völkerrechtlichen Abkommens in die innerstaatliche Rechtsordnung zu sehen scheinen. Tatsächlich scheint das Approbationsdekret, das bei diesen Verträgen Gegenstand der Veröffentlichung ist und daher mit der Anordnung der letzteren zusammenfällt, die Promulgation in ihrer zweifachen rechtlichen Bedeutung wieder auferstehen zu lassen: nämlich als Bedingung dafür, daß das Abkommen "obligatoire" und "exécutoire" wird⁽³⁸⁷⁾. In der Tat ist in diesem Fall der Unterschied zwischen Promulgations- und Billigungsdekret nicht mehr sehr groß. Doch wäre es verfehlt, beide gleichzustellen. Denn einerseits bestand gerade hinsichtlich der Abkommen in vereinfachter Form nicht das Erfordernis einer Promulgierung. Andererseits ist die Billigung hierbei zwar eine Bedingung der innerstaatlichen Anwendbarkeit, aber nur deswegen, weil die völkerrechtliche Gültigkeit bereits gegeben ist. Daher ist die Billigung, die in ihrer Funktion weniger einer Promulgation als einer Ratifizierung entspricht, im Sinne der Vorstellung einer "Teilung" in ihrer Wirkung hier auf den innerstaatlichen Bereich beschränkt. Trotz der in den genannten Entscheidungen verwendeten Formulierungen läßt sich die Rechtsprechung nicht so verstehen, daß sie auf diesem Gebiet eine Rezeption im Sinne der dualistischen Lehre forderte.

In diesem Zusammenhang stellt sich im übrigen ein ähnliches Problem wie das, welches schon bei der Veröffentlichung der völkerrechtlichen Verträge aufgetreten war. Wenn die Billigung durch den Staatspräsidenten erst geraume Zeit nach dem völkerrechtlichen Inkrafttreten eines Abkommens in vereinfachter Form

(385) siehe oben 1.2.1.

(386) CE 13.7.1965, Soc. Navigator, RCDIP 1966, 610 ff, JCP 1965 II 14449, Rec. 1965, 422, Soc. Savana CE 11.4.1962, Rec. 1962, 261

(387) siehe Dehaussy, aaO, Heft 12 A Nr. 78

erfolgte, so ergab sich die Frage einer Rückwirkung in den Fällen, in denen die Bestimmungen des Abkommens so zu verstehen waren, daß eine Anwendung rückwirkend vom Tage des Gültigwerdens im internationalen Bereich erfolgen sollte. Wie bei den diesbezüglichen im Rahmen der Veröffentlichung aufgetretenen Fragen ist auch hier die Haltung der Rechtsprechung Schwankungen unterworfen. In der Entscheidung vom 4. Februar 1936 erkennt die Zivilkammer des Kassationshofes die Rückwirkung der Billigung eines Auslegungsabkommens an⁽³⁸⁸⁾ und hebt aus diesem Grunde das Urteil eines unteren Gerichts auf, das zu einem Zeitpunkt ergangen war, zu dem das fragliche Abkommen noch nicht gebilligt war. Eine spätere Entscheidung der Strafkammer zu einem ähnlichen Fall, bei dem ebenso die Billigung in der Zeit zwischen dem Erlaß des Urteils des unteren Gerichts und des Kassationshofes erfolgt war, kommt zum gegenteiligen Ergebnis, indem erklärt wird, daß die angegriffene Entscheidung zu Recht die Bestimmungen des fraglichen Abkommens unbeachtet gelassen habe, diese also auch rückwirkend nicht zu berücksichtigen seien⁽³⁸⁹⁾.

3.3.3.3. Die Mitwirkung des Gesetzgebers

Soweit es sich bei der Mitwirkung des Parlaments um eine Voraussetzung handelt, die nicht allein von der Rechtsprechung, sondern von der Verfassung selbst gefordert wird, kommt ihr keine andere Bedeutung zu als die, zum Abschluß des betreffenden völkerrechtlichen Vertrages zu ermächtigen. Sie ist in diesem Zusammenhang also als eine Bedingung der völkerrechtlichen Gültigkeit zu verstehen⁽³⁹⁰⁾. Die in Deutschland vorherrschende Lehre, nach der die Mitwirkung des Gesetzgebers die zweifache Wirkung hat, die Ratifizierung eines Abkommens zu genehmigen und die Ausführung desselben anzuordnen, wird in Frankreich nicht anerkannt⁽³⁹¹⁾.

(388) S. 1936 I 257

(389) CC réq. 10.5.1938, GP 1938, 2, 296

(390) siehe oben 1.2.3.

(391) siehe Nguyen Quoc Dinh, aaO RDPSP 1959, 549 ff

In ihr kann also nicht eine Bedingung der Aufnahme eines völkerrechtlichen Vertrages in die innerstaatliche Rechtsordnung gesehen werden⁽³⁹²⁾. Die für die Veröffentlichung befolgte Praxis bestätigt diese Auffassung. Die Verträge werden nicht als Anhang zu dem den Abschluß billigenden Gesetz veröffentlicht; vielmehr wäre eine solche Veröffentlichung nicht ordnungsgemäß und würde daher die Anwendung des fraglichen Abkommens unmöglich machen⁽³⁹³⁾.

3.3.3.4. Ergebnis

Die Haltung der französischen Gerichte zu der Frage des Verhältnisses zwischen Völkerrecht und Landesrecht ist nicht einheitlich. Wie festzustellen war, treten in verschiedenem Zusammenhang Auffassungen zu Tage, die den Lehren des Dualismus zumindest nahe kommen, so z.B., was die Forderung einer Promulgation vor 1946 und die Notwendigkeit einer Approbation der Abkommen in vereinfachter Form und der jüngeren Rechtsprechung angeht. Es sind nur wenige Entscheidungen, die sich eindeutig auf Erwägungen gründen, die dieser Doktrin zuzurechnen sind⁽³⁹⁴⁾.

Andere Entscheidungen, besonders der Zivilgerichte, nehmen auch schon vor 1946 eine eindeutig monistische Haltung ein⁽³⁹⁵⁾. Nach 1946 ist die Anerkennung der monistischen Elemente in der verfassungsrechtlichen Regelung eigentlich ausnahmslos erfolgt⁽³⁹⁶⁾. In mancher Hinsicht geht die Rechtsprechung sogar über die in der Verfassung vorgesehene Lösung hinaus⁽³⁹⁷⁾. Die Anerkennung des

(392) siehe Luchaire, aaO, S. 827; Schilling, aaO, S. 69 ff; Mouskhély, Les traités et la loi dans le système constitutionnel français 1946, ZaöRV XIII, 1950/51, 111

(393) siehe Waelbroek, aaO, S. 130

(394) siehe zu den schon erwähnten Urteilen vor allem die Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte: CE 15.5.1931, Houbron, Rec. 1931, 31; 1.6.1938, Jabin-Dudignon, Rec. 1938, 607; 21.12.1951, Korettem, Rec. 1951, 603

(395) Cour d'Orléans, 21.10.1936, RGDIP 1938, 449; Cour d'Aix 9.2.1943, Semaine juridique 1943 II 2417

(396) siehe unten zur Rechtsprechung bezüglich des Vorrangs der völkerrechtlichen Verträge nach 1946: unten 4.4.

(397) siehe oben 3.3.2.

Grundsatzes wird in vielen Entscheidungen ausdrücklich erklärt⁽³⁹⁸⁾. Schließlich läßt sich auch feststellen, daß die französische Rechtsprechung völkerrechtliche Verträge als Rechtssätze des Völkerrechts auslegt, indem sie z.B. von anderen Staaten gemachte Vorbehalte berücksichtigt⁽³⁹⁹⁾.

Die zuletzt genannten Gesichtspunkte machen deutlich, daß die französischen Gerichte nicht von einer vorgefaßten Konzeption des Verhältnisses zwischen internationalem und innerstaatlichem Recht ausgehen. Sie akzeptieren die monistischen Elemente, die in der für sie geltenden Rechtsordnung enthalten sind, nähern sich indes dualistischen Einstellungen, indem sie die Folgen der verfassungsrechtlichen Vorschriften zu beschränken versuchen, um so ein zu weitgehendes Eindringen der völkerrechtlichen Normen in die innerstaatliche Rechtsordnung zu vermeiden.

3.4. Das Problem der direkten Anwendbarkeit

Neben der Frage des Verhältnisses zwischen Völkerrecht und Landesrecht steht das Problem der direkten Anwendbarkeit, d.h. die Frage, ob ein Vertrag self-executing ist oder nicht, die unter rein praktischen Gesichtspunkten zu beantworten ist. Was unter dem hier angesprochenen Begriff zu verstehen ist, soll im folgenden nur in dem Umfang erörtert werden, in dem sich aus der diesbezüglichen Rechtsprechung eine Antwort herauslesen läßt^(399a).

Eng verbunden mit diesem Problem ist aber auch die Frage, ob ein Vertrag, obwohl er eindeutig keine unmittelbare Anwendung erfahren

(398) siehe besonders zur Anerkennung der unmittelbaren Anwendbarkeit der Verordnungen des Gemeinschaftsrechts: Colmar, 19.12.1967, JCP 1969, IV 101; Lyon, 18.12.1968, GP 1969, somm. 22; CC soc. 16.1.1965, D. 1965, 723, Anm. Voirin, RCDIP 1966, 88, Anm. Lyon-Caen, Cl. 1965, 658, Anm. Ribettes-Tillhet; Dijon, 28.10.1965, RCDIP 1967, 380, Anm. Tallon; Mulhouse, 9.7.1968, D. 1969, 355, Rev. gén. lois 1969, VII, 610, Anm. Ribettes-Tillhet

(399) Rousseau, Précis S. 7

(399a) siehe zur Abgrenzung auch Bernhard, aaO, S. 26; Boehmer, aaO, S. 8; Mosler Das Völkerrecht in der Praxis der deutschen Gerichte, S. 19

kann, dennoch unter bestimmten Umständen von den Gerichten berücksichtigt wird. Dieses Problem ist schon unter dem Gesichtspunkt der Erforderlichkeit einer Veröffentlichung Gegenstand der Untersuchung gewesen⁽⁴⁰⁰⁾. Der Umstand, daß die Gerichte den Bestimmungen eines völkerrechtlichen Vertrages Rechnung tragen, obwohl die Grundlage für eine unmittelbare Anwendung fehlt, wird besonders wichtig auf dem Gebiet der Auslieferungsverträge, weshalb die diesbezügliche Rechtsprechung hier zunächst betrachtet werden soll.

3.4.1. Die direkte Anwendbarkeit von Auslieferungsverträgen

Die ältere Rechtsprechung war der Auffassung, daß die Bedingungen und Formalitäten, die in einem Auslieferungsvertrag enthalten waren, nur im Interesse des die Auslieferung gewährenden Staates vorgesehen waren und nur die Beziehungen zwischen den beteiligten Staaten angingen. So konnte die Auslieferung verweigert werden, wenn die vertraglich vereinbarten Voraussetzungen nicht erfüllt waren. Wurde dagegen die Auslieferung dennoch gewährt, so hatte der Einzelne, um dessen Auslieferung es ging, kein Recht, gegen seine Übergabe Einspruch zu erheben⁽⁴⁰¹⁾. Insoweit konnte der Vertrag also keine Anwendung finden, da er keine subjektiven Rechte gewährte.

In anderen Fällen haben sich die Gerichte die Frage gestellt, ob der Auslieferungsvertrag zugunsten des Einzelnen, dessen Auslieferung in Frage stand, das Recht enthielt, nicht aus anderen Gründen als den vertraglich vorgesehenen ausgeliefert zu werden⁽⁴⁰²⁾. In der Entscheidung des Staatsrates vom 3. Februar 1956 findet sich im übrigen eine Bestimmung dessen, was unter "self-executing" zu verstehen ist: Danach ist eine solche vertragliche Bestimmung

(400) siehe oben 3.1.4.

(401) CC crim. 18.7.1851, D. 1851, 5 Nr. 248; CC crim. 15.4.1865, D. 1865, I, 248; CC crim 13.4.1876, D. 1876, I, 512; CC crim. 1.7.1899, D. 1902, I. 55

(402) CC crim. 20.12.1951, JCP 1952, II, 7014, Anm. Blinx

self-executing, die Rechte und Pflichten für den einzelnen Bürger schafft⁽⁴⁰³⁾. Die jüngere Rechtsprechung neigt immer mehr dazu, ein subjektives Recht des Einzelnen anzuerkennen⁽⁴⁰⁴⁾.

Auch im umgekehrten Fall, daß an Frankreich ausgeliefert wurde und gemäß den Bestimmungen des Auslieferungsvertrages die Auslieferung unter der Bedingung erfolgt war, daß der Ausgelieferte keiner Strafverfolgung aus anderen Gründen ausgesetzt würde als denen, für die die Auslieferung gewährt worden war, haben es die Gerichte dem Beschuldigten zugestanden, sich auf den Vertrag zu berufen, und die Einstellung der in Verletzung dieser Bedingung eröffneten Strafverfolgung zu verlangen⁽⁴⁰⁵⁾.

3.4.2. Die Abgrenzung zwischen self-executing und non self-executing

Die Entscheidungen, die die Anwendbarkeit eines völkerrechtlichen Vertrages auf die Rechtsverhältnisse zwischen Privaten mit der Begründung verneinen, daß zu seiner Anwendung ein ergänzendes innerstaatliches Gesetz hätte erlassen werden müssen, stellen Ausnahmen dar, so etwa die Entscheidung des Gerichts von Colmar vom 14. März 1961⁽⁴⁰⁶⁾, die wegen des Fehlens jeglicher Maßnahmen seitens der französischen Regierung bezüglich des Schicksals der ehemaligen deutschen Patente das Londoner Abkommen vom 27. Juli 1947 für unanwendbar erklärt.

(403) CE, 3.2.1956, Petalas, JCP 1956, II, 9184, Anm. Vitu; hierzu ist jedoch zu bemerken, daß der Staatsrat diese Frage als ein Auslegungsproblem angesehen hat, zu dessen Lösung er die regierungsamtliche Auslegung erbat

(404) CE 30.5.1952, Dame Kirkwood, RDPSP 1952, 749, Anm. Waline; siehe auch die Anm. Magnol in JCP 1951 II 5956; siehe dagegen CE 18.6.1958, Girard, Rec. 1958, 360, und CA Paris, 3.2.1969, Franzone Guiseppe, AFDI 1970, 893

(405) CC crim. 27.1.1887, S. 1887, I 188; CC crim. 2.7.1898, S. 1900 I 1959; CC crim. 14.3.1967, Fudiric, Bull. civ. 1967, 240; RGDIP 1967, 1119

(406) Soc. Muller & Co. ./ Soc. Metalgas Co. LTD, AFDI 1962, 936

In der Regel dagegen neigen die Gerichte dazu, auch solche Verträge, die in non self-executing Klauseln abgefaßt sind⁽⁴⁰⁷⁾, im Rahmen der von der Rechtsordnung eröffneten Möglichkeiten unmittelbar anzuwenden, wie etwa die Entscheidung des Kassationshofes vom 27. Februar 1934⁽⁴⁰⁸⁾ bezüglich der Genfer Konvention vom 10. Juli 1925, durch die sich die Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation lediglich dazu verpflichtet hatten, bestimmte Maßnahmen zu erlassen⁽⁴⁰⁹⁾. Eine andere Entscheidung des Kassationshofes wendet ein Abkommen an, in dem sich die Mitglieder derselben Organisation lediglich abgesprochen hatten, in bestimmten Fällen eine ausreichende Entschädigung zu zahlen⁽⁴¹⁰⁾.

Zurückhaltender spricht sich die französische Rechtsprechung zu der Frage aus, ob eine Vorschrift des Gemeinschaftsrechts als unmittelbar anwendbar anzusehen ist. So verneint die Entscheidung des Kassationshofes vom 11. Dezember 1959⁽⁴¹¹⁾ die unmittelbare Anwendbarkeit des Artikels 65 des EGKS-Vertrages - und nimmt damit eine Haltung ein, die sich im Gegensatz zu derjenigen des EuGH in der Rechtssache "Van Gend en Loos" befindet. Auch in dem nicht veröffentlichten Urteil der 8. Kammer des Gerichts von Paris⁽⁴¹²⁾ verneint das Gericht die unmittelbare Anwendbarkeit der Richtlinie des Rates vom 2. April 1963, zu der keine innerstaatlichen Ausführungsbestimmungen in Frankreich ergangen waren. Daher ist nach Ansicht des Gerichts weiterhin der französisch-holländische Vertrag vom 15. Mai 1953 anzuwenden⁽⁴¹³⁾.

(407) siehe auch oben 1.3.2.

(408) CC Req. DH 1934, 205, S. 1935, I, 1 Anm. Niboyet

(409) siehe auch Cour d'Appel Aix, 7.5.1951, RCDIP 1952, 697, Anm. Loussouarn; Cour de Paris, 17.3.1960, JCP II 11609, Anm. Aymond

(410) CC 28.3.1962, D. 1963, 518

(411) Cl. 1961, 120

(412) 4.1.1967, de Nan ./.. Habrinck et Delsaux, zitiert bei Simon-Depitre, aaO Nr. 40

(413) zustimmend Saint-Esteben, aaO S. 40

Aus der Verknüpfung eines non self-executing völkerrechtlichen Vertrages mit den zu seiner Ausführung erlassenen Maßnahmen des innerstaatlichen Rechts ergeben sich verschiedene Konsequenzen. So zieht einmal der Verfall des Vertrages die Ungültigkeit der ihn ausführenden Bestimmungen nach sich⁽⁴¹⁴⁾. Andererseits sind den Kompetenzen der Gerichte zur Entscheidung über die zur Ausführung ergangenen Vorschriften Grenzen gesetzt, die dort weiter gefaßt sind, wo es sich bei diesen Maßnahmen um "actes détachables" handelt⁽⁴¹⁵⁾. Damit ist jedoch bereits eine Frage der Bedingungen der Anwendbarkeit angeschnitten, die Gegenstand der nun folgenden Kapitel sein werden.

(414) Cour d'Agen, 19.11.1946, RCDIP 1947, 294

(415) siehe unten 5.1.2.

4. Der Vorrang der völkerrechtlichen Verträge

Im folgenden soll nun die Anwendung im eigentlichen Sinne untersucht werden. Es geht also nicht mehr um die Frage, ob die Voraussetzungen erfüllt sind, damit ein bestimmter völkerrechtlicher Vertrag angewendet werden kann. Hier ist vielmehr zu untersuchen, ob - wenn diese Frage zu bejahen ist - tatsächlich angewendet wird. Artikel 55 ordnet den Vorrang der völkerrechtlichen Verträge vor den innerstaatlichen Gesetzen an, womit eine Lösung für alle materielle Konflikte zwischen Vertrag und Gesetz ausgesprochen ist. Im Falle eines inhaltlichen Widerspruchs hat also die Verfassung zugunsten der Anwendbarkeit des völkerrechtlichen Vertrages entschieden. Im folgenden handelt es sich nun vor allem um das Problem, wie die Gerichte Artikel 55 praktisch anwenden.

Dabei sind zwei Gesichtspunkte zu unterscheiden: ob die mit Vorrang anwendbaren völkerrechtlichen Verträge im Ergebnis auf Kosten der widersprechenden Gesetze angewendet werden und wie diese Anwendung im einzelnen im Vergleich zu derjenigen des innerstaatlichen Rechts erfolgt. Während letztere Frage Gegenstand der sich anschließenden Kapitel sein wird, ist hier nur ersteres Problem zu untersuchen. Dabei soll zunächst die Rechtsprechung aus der Zeit vor 1945 dargestellt werden, die die hier aufgeworfenen Fragen ohne besondere verfassungsrechtliche Grundlage zu lösen hatte.

Zunächst haben aber noch zwei Probleme betrachtet zu werden, für die die Regelung des Artikels 55 nicht gilt: die Konflikte zwischen einem völkerrechtlichen Vertrag und der Verfassung, von denen diese Bestimmung nicht spricht, sowie die Fälle, in denen Artikel 55 aus anderen Gründen keine Anwendung finden kann.

4.1. Der Widerspruch zwischen einem völkerrechtlichen Vertrag und der Verfassung

Ebensowenig wie die Gerichte eine Kontrolle der Verfassungsmäßigkeit der völkerrechtlichen Verträge im Hinblick auf die Ordnungsmäßigkeit ihrer Ratifizierung⁽⁴¹⁶⁾ und ihrer materiellen völkerrechtlichen Gültigkeit⁽⁴¹⁷⁾ stellen, prüfen sie die Verfassungsmäßigkeit der Verträge unter dem Gesichtspunkt ihrer innerstaatlichen Anwendbarkeit. Der Umstand, daß in diesem Zusammenhang die Frage der Verfassungsmäßigkeit in anderem Gewande zu stellen ist, ändert nichts an der Haltung der Gerichte, da eine solche Kontrolle auf eine Beantwortung von Fragen hinauslief, über die zu entscheiden sie sich, wie festzustellen war, nicht für kompetent erachten.

Nun ist in diesem Zusammenhang noch ein anderer Fall denkbar als diejenigen, von denen bereits gesprochen wurde. So ist es möglich, daß sich ein Widerspruch zwischen einem völkerrechtlichen Vertrag und einer Bestimmung der Verfassung ergibt, die diesem nachgeht. Ein solcher Widerspruch dürfte zwar kaum nachträglich für die völkerrechtliche Gültigkeit des fraglichen Abkommens Wirkung haben können. Doch wäre ein solcher Fall um so bedeutender für die Frage des Vorrangs, denn die widersprechende verfassungsrechtliche Bestimmung müßte nun als *lex posterior* unbedingt Vorrang genießen - ganz abgesehen davon, daß dies allgemein für die Verfassung gilt. Die Rechtsprechung, die sich weigert, eine entsprechende Überprüfung vorzunehmen, trägt diesem Umstand ebensowenig Rechnung wie auch sonst den Absichten des Verfassungsgebers, den Monismus mit Vorrang der Verfassung zu verwirklichen^(417a).

(416) siehe oben 2.1.4.1.

(417) siehe oben 2.2.2.

(417a) siehe hierzu auch Mosler, *L'application du Droit international public par les tribunaux nationaux*, S. 684

4.2. Die Anwendbarkeit von Abkommen, auf die Artikel 55
keine Anwendung findet

Der Fall eines völkerrechtlichen Abkommens, das innerstaatlich anwendbar wäre, ohne daß die Regelung des Artikels 55 Anwendung finden könnte, ist eigentlich nur denkbar bei der Feststellung des Fehlens der Anwendung des betreffenden Abkommens durch die Gegenseite. Da die Bedeutung dieser Bedingung praktisch nicht sehr groß ist, handelt es sich bei dem hier zu behandelnden Problem im wesentlichen nur um theoretische Fragen.

Ist Artikel 55 nicht anzuwenden, weil keine ordnungsgemäße Veröffentlichung vorliegt, so berührt dies zwar nicht die völkerrechtliche Gültigkeit, doch entfällt in einem solchen Falle die innerstaatliche Anwendbarkeit ganz allgemein, also nicht nur bei einem Widerspruch zu innerstaatlichen Gesetzen.

Liegt kein Widerspruch zu einem innerstaatlichen Gesetz vor, so stellt sich gar nicht die Frage des Vorrangs. Nun könnte es sich um ein Abkommen in vereinfachter Form handeln, welches allein durch die Unterzeichnung im völkerrechtlichen Rahmen in Kraft tritt und das nicht auf einem der anderen in Artikel 53 Absatz 1 genannten Gebiete liegt, auf denen die Mitwirkung des Gesetzgebers erforderlich ist. Nach der französischen Rechtsprechung hängt jedoch die innerstaatliche Anwendbarkeit grundsätzlich in jedem Falle⁽⁴¹⁸⁾ von einer Billigung ab. Erfolgt diese, so ist aber auch schon den Voraussetzungen des Artikels 55 insofern Genüge getan, und es folgt aus ihr nicht nur die innerstaatliche Anwendbarkeit, sondern gleichzeitig die Anwendbarkeit des in diesem Artikel enthaltenen Grundsatzes des Vorrangs der völkerrechtlichen Verträge - der hier freilich keine weiteren Folgen nach sich zieht.

(418) siehe oben 2.1.2.3.

Ist dagegen ein Widerspruch zu einem innerstaatlichen Gesetz gegeben oder betrifft der in Frage stehende Vertrag eines der in Artikel 53 Absatz 1 aufgezählten Gebiete, so ist bei Fehlen einer Ratifizierung oder Billigung bereits die völkerrechtliche Gültigkeit ausgeschlossen. Zwar prüfen die Gerichte nicht in vollem Umfang die Rechtmäßigkeit der Ratifizierung bzw. Approbierung in diesen Fällen⁽⁴¹⁹⁾, doch kontrollieren sie zumindest das Vorliegen einer endgültigen Bestätigung des Vertragsabschlusses und verneinen bei ihrem Fehlen die innerstaatliche Anwendbarkeit wegen völkerrechtlicher Ungültigkeit. Liegt indes die Ratifizierung oder Billigung vor, so ergibt sich daraus das Bestehen einer völkerrechtlichen Verpflichtung sowie deren innerstaatliche Anwendbarkeit - und eo ipso auch die Anwendbarkeit des fraglichen Abkommens mit Vorrang vor innerstaatlichen Gesetzen.

Insoweit die Ordnungsmäßigkeit der Ratifizierung überprüft wird, handelt es sich wiederum um die gleiche Alternative. Entweder ist die völkerrechtliche Gültigkeit und damit auch die innerstaatliche Anwendbarkeit zu verneinen, oder es liegt eine völkerrechtliche Verpflichtung vor, die auch im innerstaatlichen Recht mit Vorrang vor eventuell widersprechenden Gesetzen gilt.

Ein Auseinanderfallen zwischen innerstaatlicher Anwendbarkeit schlechthin und vorrangiger Anwendbarkeit ist also nur dann anzunehmen, wenn feststeht, daß die andere am Vertrag beteiligte Seite diesen nicht anwendet. Diese Feststellung führt dazu, daß der betreffende Vertrag nicht mehr auf Kosten abweichenden innerstaatlichen Rechts angewendet werden kann, beeinträchtigt dagegen nicht seine völkerrechtliche Gültigkeit und unmittelbare Anwendbarkeit im innerstaatlichen Recht, soweit ihm dieses nicht widerspricht. Die fehlende Gegenseitigkeit nimmt dem Vertrag also nicht die Gesetzeskraft, sondern stellt ihn in der Hierarchie der Normen auf die Stufe eines einfachen Gesetzes. Es gilt dann also der Satz "lex posterior"⁽⁴²⁰⁾.

(419) siehe oben 2.1.4.

(420) siehe Lardy, aaO S. 112

4.3. Der Widerspruch zwischen einem völkerrechtlichen Vertrag und einem innerstaatlichen Gesetz in der Rechtsprechung aus der Zeit vor 1946

Vor 1946 gab es keinen Verfassungsgrundsatz, nach dem völkerrechtliche Verträge Vorrang vor den innerstaatlichen Gesetzen gehabt hätten. Die Fragen, die sich im Falle eines Konfliktes zwischen diesen beiden Rechtsquellen ergaben, waren also grundsätzlich von der Rechtsprechung nach den von dieser für entscheidend angesehenen Grundsätzen und Kriterien zu lösen.

Die Gerichte haben in diesem Zusammenhang nicht ihre Kompetenz verneint, Verträge gegebenenfalls den Gesetzen vorzuziehen. Sie haben grundsätzlich zu Widersprüchen zwischen beiden Arten von Rechtssätzen Stellung genommen, manchmal jedoch nur stillschweigend, indem sie nämlich einen Konflikt schlicht leugneten. Die Rechtsprechung schloß also grundsätzlich nicht die Möglichkeit der Anwendung eines völkerrechtlichen Vertrages auf Kosten eines innerstaatlichen Gesetzes aus. Nach welchen Regeln dabei die Anwendung des Gesetzes bzw. Vertrages erfolgte, soll nun im folgenden dargestellt werden.

4.3.1. Der Widerspruch zwischen einem völkerrechtlichen Vertrag und einem älteren Gesetz

Der Fall eines Konfliktes zwischen einem innerstaatlichen Gesetz und einem völkerrechtlichen Vertrag, der diesem nachgeht, hat auch vor 1946 die Rechtsprechung vor keine besonderen Schwierigkeiten gestellt, es sei denn, die Grenzen des Anwendungsbereichs des einen oder anderen waren nicht eindeutig zu bestimmen, oder aber, was die eigentlichen Probleme aufwarf, zu dem Vertrag war keine Billigung durch den Gesetzgeber ergangen.

4.3.1.1. Die Regeln zur Lösung des Konflikts

Grundsätzlich erkannte die Rechtsprechung im Falle der Unvereinbarkeit der Bestimmungen eines innerstaatlichen Gesetzes und eines völkerrechtlichen Vertrages, der später als dieses in Kraft getreten ist, den Vorrang des letzteren an⁽⁴²¹⁾. Hierzu genügte es, dem Vertrag die gleiche verbindliche Kraft wie dem Gesetz beizumessen. Die Gerichte erblickten keine Schwierigkeit darin, den Verträgen Gesetzeskraft zuzuerkennen, da auch diese promulgiert wurden. Damit ließ sich die Regel "lex posterior derogat priori" anwenden, und die Anwendung der Verträge vor den Gesetzen war zu begründen, ohne daß zu grundsätzlichen Fragen Stellung bezogen werden mußte.

4.3.1.2. Die Grenzen dieser Rechtsprechung

Besagte Regel fand jedoch ihre Ergänzung in dem Satz "lex specialis derogat generali", der in manchen Fällen den vorher genannten verstärkt, in anderen aber auch Ausnahmen aus diesem begründen kann. Dieser Fall kann sich ergeben, wenn die neue vertragliche Regelung nur einen Teilbereich aus einem Gebiet betrifft, für das bereits in vollem Umfang innerstaatliche Vorschriften bestehen. Es erfolgt dann nur für diesen Teilbereich eine Aufhebung oder Änderung der Rechtslage. Für die Rechtsverhältnisse, die nicht ausdrücklich vom Vertrag geregelt werden, gelten dagegen weiterhin die Grundsätze des innerstaatlichen Rechts, die nur insoweit durch den völkerrechtlichen Vertrag in ihrer Geltung betroffen werden, als dessen Ausführung es gebietet⁽⁴²²⁾.

(421) CC civ. 19.5.1863, S. 1863, I, 353; CC civ. 11.2.1890, S. 1891, I, 110, Schlußanträge Ronjat; siehe auch Marchant, S. 1932, I, 349

(422) CC req. 23.3.1921, S. 1922 I 87, Cl. 1923, 949

Eine Reihe von Entscheidungen nimmt von den Normen des innerstaatlichen Rechts, die durch jüngere völkerrechtliche Verträge aufgehoben oder abgeändert werden können, eine Bestimmung grundsätzlich aus, nämlich den Artikel 11 des Code Civil, der den Genuß der bürgerlichen Rechte durch Ausländer von dem Beweis der Gegenseitigkeit abhängig macht⁽⁴²³⁾. Danach wird allgemein ein bürgerliches Recht nur unter der Bedingung gewährt, daß ein entsprechendes Recht zugunsten der Franzosen in dem betreffenden Land besteht, d.h. daß zu der diplomatischen Gegenseitigkeit die gesetzgeberische Gegenseitigkeit hinzutritt. Die besagten Entscheidungen erklären, daß die in Frage stehenden Abkommen nicht so zu verstehen seien, daß sie die Angehörigen der anderen an ihnen beteiligten Staaten von der Verpflichtung befreien, die Gegenseitigkeit nachzuweisen⁽⁴²⁴⁾. Die Gerichte erreichten es also, dem Widerspruch zwischen Vertrag und Gesetz aus dem Wege zu gehen, indem sie dem Vertrag eine überaus restriktive Auslegung zuteil werden ließen. Auch hier waren sie also nicht gezwungen, grundsätzliche Fragen zu beantworten.

Dieser Weg, Konflikte zwischen völkerrechtlichen Verträgen und innerstaatlichen Rechtssätzen zu "lösen", ist charakteristisch für die französische Rechtsprechung, wie auch in anderem Zusammenhang noch deutlich werden wird. Dabei kann die Entscheidung sowohl zugunsten des völkerrechtlichen Vertrages als auch des französischen Gesetzes ausfallen. Einige grundsätzliche Bemerkungen hierzu sind bereits an dieser Stelle zu machen.

(423) hier sind vor allem eine Reihe von Entscheidungen aus der Rechtsprechung zu den Miet- und Pachtgesetzen aus dem Jahre 1926 zu nennen, von denen schon die Rede war, siehe oben 2.1.1.2. und 2.1.2.3.; siehe auch Paris, 2.7.1926, D. 1929, 2, 129, Anm. Trasbot; Commission supérieure de Cassation, 1.8.1927, 3 Entscheidungen, RDIP 1928, 87, Anm. Champcommunal; 3.6.1929, DH 1929, 431; CC civ. 22.12.1931, S. 1932, I, 257, Anm. Niboyet, Cl. 1932, 683 Schlussanträge Katter

(424) so aber waren diese Abkommen nach Ansicht der Rechtslehre zu verstehen, siehe Niboyet, Anm. unter CC civ. 30.6.1932, RDIP 1933, 484; im übrigen ist diese Rechtsprechung später aufgegeben worden, siehe CC, 4.2.1936, S. 1936, I, 257, Anm. Raynaud, RCDIP 1936, 457

Prinzipiell verfügen die französischen Gerichte nicht über umfassende Kompetenzen zur Auslegung völkerrechtlicher Abkommen, die Verwaltungsgerichte besitzen grundsätzlich gar keine. Wenn die Richter in dem hier in Frage stehenden Zusammenhang auch dort eine Auslegung vornehmen, wo ihnen eigentlich die Kompetenz dazu fehlt, so geschieht dies in der Regel, ohne daß es deklariert wird, nämlich unter Berufung auf den "klaren Sinn" der betreffenden Vorschrift. Auf die Einzelheiten, die im Ergebnis in den meisten Fällen einen nur schlecht verhüllten Chauvinismus zu Tage treten lassen, wird bei der Untersuchung der Fragen der Auslegung näher einzugehen sein. Doch läßt sich hier schon sagen, daß auch die Weigerung der Gerichte, selbst eine Auslegung vorzunehmen, in den meisten Fällen zu keinem anderen Ergebnis führt. Denn entweder erfolgt eine ähnlich motivierte Interpretation durch die zu dieser befugten Behörde⁽⁴²⁵⁾, also in der Regel das Außenministerium, oder die Gerichte lehnen es überhaupt ab, sich zu dem Vorliegen eines Widerspruchs zwischen Gesetz und Vertrag auszusprechen, auch wenn ein solcher offensichtlich ist. In diesen Fällen wird also ein Konflikt nicht etwa durch eine entsprechende Auslegung vertuscht, die ja in jedem Falle die Überprüfung eines Widerspruchs voraussetzt. Die Anwendung des Gesetzes erfolgt vielmehr ohne Umschweife.

4.3.1.3. Die Anwendung von Verträgen, die nicht vom Gesetzgeber gebilligt waren

Zwar hat die Rechtsprechung bei einem Widerspruch zwischen einem Vertrag und einem älteren Gesetz grundsätzlich den Vertrag angewendet, doch ergaben sich besondere Schwierigkeiten hinsichtlich derjenigen Verträge, bei deren Abschluß der Gesetzgeber in keiner Phase - also auch nicht nachträglich - mitgewirkt hatte. Diese

(425) was nicht immer der Fall zu sein braucht, wie gerade die Rechtsprechung zu den Miet- und Pachtgesetzen von 1926 zeigt, siehe unten Kapitel 6

Mitwirkung war für völkerrechtliche Verträge, die den innerstaatlichen Gesetzen widersprachen, bis 1946 nicht ausdrücklich von der Verfassung vorgeschrieben. Daher zögerten die Gerichte.

Einige ältere Entscheidungen stehen auf dem Standpunkt, daß gesetzestrunder Verträge auch dann für die Gerichte verbindlich waren, wenn keine gesetzgeberische Mitwirkung, sondern lediglich eine ordnungsgemäße Promulgation erfolgt war⁽⁴²⁶⁾. Schon unter dieser Voraussetzung mußte der völkerrechtliche Vertrag anstelle des innerstaatlichen Gesetzes Anwendung finden. Doch wurde diese Rechtsprechung später nicht weiter verfolgt.

Wie schon festzustellen war⁽⁴²⁷⁾, fordern die meisten Entscheidungen die Mitwirkung des Gesetzgebers, obwohl diese von der Verfassung nicht vorgeschrieben war. Von ihr wurde die innerstaatliche Anwendbarkeit abhängig gemacht, was aber nichts anderes heißt, als daß bei ihren Fehlen allein das Gesetz Anwendung finden konnte⁽⁴²⁸⁾.

4.3.2. Der Widerspruch zwischen einem völkerrechtlichen Vertrag und einem jüngeren Gesetz

Auch im Falle eines Konfliktes zwischen einem völkerrechtlichen Vertrag und einem Gesetz, das erst nach dessen Inkrafttreten erlassen worden war, nahmen die Gerichte eine zögernde Haltung ein, da eine verfassungsmäßige Lösung nicht vorlag und die Anwendung der allgemeinen Rechtssätze in vielen Fällen zu unbefriedigenden Ergebnissen führte. Zwischen den beiden Hauptströmungen - der Gleichstellung der beiden Rechtsquellen einerseits und der monistischen Haltung andererseits - sind eine Reihe von Entscheidungen angesiedelt, die durch eine vermittelnde Auslegung Vertrag und Gesetz in Einklang zu bringen versuchten.

(426) siehe die unter 1.2.3. aufgeführte Rechtsprechung

(427) siehe oben 1.2.3. und 2.1.4.2. und die dort zitierte Rechtsprechung

(428) siehe auch Rousseau, Principes S. 420; Blondeau, Bericht zum Colloque de Grenoble, S. 59

4.3.2.1. Die Gleichstellung des Vertrages mit dem Gesetz

Zahlreiche Entscheidungen⁽⁴²⁹⁾ gehen von der Idee einer Gleichstellung des Vertrages mit dem Gesetz aus, von der sie die Anwendbarkeit des Satzes "lex posterior derogat priori" ableiten. Diese Regel führt hier jedoch zum gegenteiligen Ergebnis, nämlich zur Anwendung des Gesetzes, das im übrigen zusätzlich mit dem Hinweis auf die Souveränität des Gesetzgebers begründet wird.

Die Anwendung des Gesetzes erfolgt ebenso in den Fällen, in denen die Gerichte sich weigern, die Konformität des Gesetzes mit den Bestimmungen völkerrechtlicher Verträge zu überprüfen. Dies rechtfertigen sie in der Regel damit, daß über diese Frage nur der Gesetzgeber selbst entscheiden könne⁽⁴³⁰⁾. Obwohl alles auf einen Konflikt hindeutet, wird sowohl die Frage, ob tatsächlich ein Widerspruch vorliegt, als auch die, welcher der beiden in Frage stehenden Rechtssätze im Falle der Feststellung eines Konfliktes vorzugehen habe, offengelassen. Im Ergebnis erfolgt ohne weiteres die Anwendung des Gesetzes.

4.3.2.2. Die vermittelnde Auslegung

Andere Urteile leugnen einfach das Bestehen eines Konfliktes, indem sie den Vertrag restriktiv⁽⁴³¹⁾ auslegen. Hierbei ist freilich zunächst unausgesprochen das Vorliegen eines Widerspruchs zu überprüfen. Die Rechtsprechung entwickelte sich in diesem Sinne besonders im Rahmen der Entscheidungen zu der schon mehrfach erwähnten Miet- und Pachtgesetzgebung aus dem Jahre 1926⁽⁴³²⁾.

(429) siehe etwa Civil Seine 18.5.1916, S. 1920, 2, 15, Ann. Pillet; CC civ. 17.1.1922, Chemin de fer d'Alsace Lorraine ././ Schwarz, S. 1922, I, 225; Nancy, 28.11.1926, Schmidt, RDIP 1929, 603

(430) siehe Civil Seine, 27.10. und 22.11.1926, RDIP 1927, 44, Ann. A. de la Pradelle; Lyon 30.10.1929, Cl. 1930, 660

(431) Comm. Seine 12.10.1922, GP 1923, 26; siehe auch Gohl, aaO, S. 130; Pillet, Traité Nr. 62

(432) Civil Pau 1.2.1930 und Civil Seine 16.2.1930, D. 1932, 2, 107; Rennes, 16.6.1930, D. 1931, 2, 9, Ann. Chauvenau; Commission supérieure de Cassation, 1.12.1932, RDIP 1933, 123, Schlussanträge Lyon-Caen; 30.3.1933, Marchesi ././ Ocelli, DII 1933, 236

Die Entscheidung des Kassationshofes vom 22. Dezember 1931 weist darauf hin, daß

" die eindeutige Ausdrucksweise des Gesetzes vom 30. Juni 1926 deutlich den im übrigen während der parlamentarischen Debatten oft wiederholten Willen zum Ausdruck bringt, Ausländer, außer denen die ausdrücklich genannt werden, von dem Genuß der fraglichen Rechte auszuschließen, ohne Unterschied, ob mit den Staaten, denen diese Ausländer angehören, Verträge bestanden, nach denen diese den französischen Staatsbürgern gleichgestellt waren"⁽⁴³³⁾.

Im übrigen sei das fragliche Abkommen - der Niederlassungsvertrag zwischen Spanien und Frankreich vom 17. Januar 1862 - nicht so zu verstehen, daß

"die Angehörigen der beiden vertragsschließenden Staaten im Gebiet des anderen Staates wie dessen Angehörige alle Rechte genießen, sondern lediglich die Spanier die ihnen durch den Vertrag zuerkannten Rechte, die dem Völkerrecht angehören, ... in Frankreich unter den gleichen Bedingungen ausüben können wie die Franzosen in Spanien"⁽⁴³⁴⁾.

Eine ähnliche Haltung nahmen die Gerichte im Bezug auf die Rechtsstreitigkeiten zu dem décret-loi vom 26. September 1939 ein, das vorsah, daß unter bestimmten Umständen eine Mietverlängerung verlangt werden konnte, dieses Recht aber den französischen Staatsbürgern und bestimmten Gruppen von Ausländern vorbehalten war. Auch hier waren die Gerichte der Meinung, daß die gültigen Niederlassungsabkommen nicht gegen diese gesetzlichen Vorschriften

(433) CC Sanchez ./.. Consorts Gozland, D. 1932, 1, 112, Anm. Trasbot, S. 1932, 1, 257, Anm. Niboyet, Schlußanträge Matter, Cl. 1932, 683, Anm. Perroud, Schlußanträge Matter; siehe auch Chauveau, Anm. unter Rennes, 16.6.1930, D. 1931, 2, 9. und Mazeaud, Anm. unter CC civ. 24.2.1932, Ramon Reynes ./.. Société française des Nouvelles Galeries, S. 1932, I, 249, nach deren Ansicht diese Ausführungen zutreffen (434) siehe Fußnote 433; gemeint ist der in Artikel 11 des Code Civil enthaltene Vorbehalt

geltend gemacht werden konnten⁽⁴³⁵⁾. Diese Entscheidungen machen die traditionelle Neigung des französischen Richters deutlich, Gesetz und Vertrag auf Kosten des letzteren, also durch eine "gesetzeskonforme" Auslegung in Einklang zu bringen.

Der Gedanke einer vermittelnden Auslegung wird von der Rechtslehre im Prinzip gutgeheißen⁽⁴³⁶⁾. Dabei wird jedoch grundsätzlich davon ausgegangen, daß man dem innerstaatlichen Gesetzgeber nicht unterstellen dürfe, er wolle sich seiner völkerrechtlichen Verpflichtungen entziehen. Das von der Rechtslehre befürwortete Ergebnis geht also in genau entgegengesetzter Richtung wie die dargestellte Rechtsprechung. Das Bemühen um eine Lösung des Konflikts durch seine Auflösung, dadurch also, daß das Gesetz mit dem Vertrag in Einklang zu bringen versucht wird, liegt der sogenannten "Matter-Doktrin" zugrunde, die in den Schlußanträgen der gleichnamigen Procureur général vor der schon erwähnten Entscheidung des Kassationshofes vom 22. Dezember 1931 formuliert worden ist. Nach dessen Ausführungen

"besteht gewissermaßen eine Vermutung dafür, daß das Gesetz nicht die Anwendung des Vertrages hindern will, und diese Vermutung kann nur durch eine klare Erklärung des Gesetzes widerlegt werden."

Eine vermittelnde Interpretation kann daher nur dann Zustimmung finden, wenn sie weder dem Gesetz noch dem Vertrag Gewalt antut und vor allem nicht dazu führt, den vertraglichen Bestimmungen jede Wirksamkeit zu nehmen. Die Rechtslehre wendet sich daher gegen die erwähnte Rechtsprechung mit der Begründung, daß diese selbst offensichtliche Widersprüche leugnet, um die Anwendung des Vertrages auszuschließen⁽⁴³⁷⁾.

(435) Cour d'Appel de Paris, 29.10.1940, JCP 1947, 3950, Anm. Ourliac et de Juglart; CC soc. 11.3.1943, GP 1943, I, 262

(436) siehe Kiss, aaO S. 26

(437) siehe Rousseau, Précis S. 50 und Rideau, aaO S. 20

Tatsächlich hat die Rechtsprechung auch einer Auslegung zugunsten des Vertrages zugestimmt, in der Regel jedoch nur, wenn ihr diese Auslegung vorgeschrieben wurde. So erkennt die Entscheidung des Kassationshofes vom 4. Februar 1936⁽⁴³⁸⁾ die Anwendbarkeit des französisch-schweizerischen Abkommens vom 23. Februar 1882 vor dem Gesetz vom 30. Juni 1926 an, da inzwischen ein entsprechendes Auslegungsabkommen abgeschlossen und vom Staatspräsidenten gebilligt worden war⁽⁴³⁹⁾. Ebenso erkennen die Entscheidungen zu den Rechtssachen bezüglich des Dekretes vom 29. September 1939 nach Erlaß des Gesetzes vom 28. Mai 1943 an, daß ältere entgegenstehende völkerrechtliche Abkommen anstelle dieses Dekretes anzuwenden sind, da besagtes Gesetz von der Anwendung der diskriminierenden Bestimmungen des Dekretes die Angehörigen solcher Staaten ausnimmt, die französischen Staatsbürgern eine entsprechende Behandlung gewähren oder mit denen Verträge bestehen, die die Gleichbehandlung mit den französischen Staatsbürgern vorsehen⁽⁴⁴⁰⁾.

4.3.2.3. Die Anerkennung des Vertragsvorrangs

Andere Entscheidungen gründen sich dagegen auf Erwägungen, die monistischen Charakter zu haben scheinen. Sie vertreten die Ansicht, daß völkerrechtliche Verträge den innerstaatlichen Gesetzen nicht einfach gleichzustellen sind, und leiten daraus den Vorrang der Verträge ab⁽⁴⁴¹⁾.

(438) CC civ. S. 1936, I, 257

(439) siehe zu den Fragen bezüglich der Gültigkeit dieser Auslegungsabkommen oben 2.1.2.3.; diese Rechtsprechung beginnt - noch eher mittelbar und recht zurückhaltend - den Vorrang der völkerrechtlichen Verträge vor den innerstaatlichen Gesetzen anzuerkennen, siehe z.B.: Civil Seine, Chambre Spéciale, 12.12.1927, Cl. 1928, 982; 23.12.1927, Cl. 1928, 998, Anm. Perroud; 3.6.1928, Cl. 1929, 391; CC civ. 20.3.1937, RCDIP 1938, 244, RDP 1940, 201

(440) CC soc. 11.5.1944, GP 1944, 2, 5; 9.6.1944 und 22.6.1944, GP 1944, 2, 157; 26.10.1945, JCP 1945, IV, 8

(441) Orléans, 21.10.1936, Hobier ./: Sandrino et compagnie d'assurance La Zurich, RGDIP 1938, 459; Aix, 9.2.1943, SNCF ./: Chavannes, JCP 1943, II, 2417, Anm. Suzanne Bastid

In der Zeit vor 1946 haben also völkerrechtliche Verträge regelmäßig nur in Befolgung der allgemeinen Rechtsgrundsätze, d.h. auf der Grundlage einer Gleichstellung mit den Gesetzen, oder durch eine entsprechende Auslegung, zu der sich die Gerichte jedoch nicht ohne weiteres bereit fanden, auf Kosten der innerstaatlichen Gesetze Anwendung finden können. Nur vereinzelte Entscheidungen erkennen einen grundsätzlichen Vorrang völkerrechtlicher Verträge vor den innerstaatlichen Gesetzen an. Diese Rechtsprechung nimmt die Lösung vorweg, die in die Verfassungen der Nachkriegszeit Eingang gefunden haben.

4.4. Der Widerspruch zwischen einem völkerrechtlichen Vertrag und einem innerstaatlichen Gesetz in der Rechtsprechung aus der Zeit nach 1946

Seit 1946 ist nun der Vorrang der internationalen Verträge vor den innerstaatlichen Gesetzen zum Verfassungsgrundsatz erhoben worden. Auch wenn dieses Prinzip klar ausgesprochen ist, so bestehen doch Zweifel an der Art und Weise, wie seine Durchführung zu bewerkstelligen ist, vor allem hinsichtlich der zu seiner Kontrolle befugten Behörde. So ist die Frage gestellt worden, ob Artikel 26 und 28 der Verfassung von 1946 und Artikel 55 der Verfassung von 1958 sich unmittelbar an den Richter wenden oder aber nur einen Programmsatz politischer Natur enthalten, der sich vor allem an den Gesetzgeber richtet, nicht dagegen dem Richter erlaubt, die Konsequenz der Nichtanwendung widersprechender innerstaatlicher Gesetze zu ziehen. Dieses Problem gewinnt freilich nur bei einem Konflikt mit einem jüngeren Gesetz Bedeutung.

Die Gerichte haben die hier in Frage stehende Kompetenz grundsätzlich bejaht⁽⁴⁴²⁾. Es gibt keine Entscheidung, die es in Frage stellen würde, daß sich Artikel 55 an den Richter wendet und ihm auferlegt, dem Vertrag im Falle eines Widerspruchs zu einem inner-

(442) AFDI 1961, 910; 1962, 937; 1963, 978

staatlichen Gesetz unter der Voraussetzung der von Artikel 55 aufgestellten Bedingungen Vorrang einzuräumen⁽⁴⁴³⁾. Dies bedeutet jedoch nicht, daß die Gerichte einschränkungslos und in allen Fällen diesen Vorrang anerkannt haben. Andere Erwägungen und Grundsätze haben die Grenzen bestimmt, in denen die Richter in der Praxis völkerrechtliche Verträge auf Kosten widersprechender innerstaatlicher Gesetze angewendet haben.

4.4.1. Der Widerspruch zwischen einem völkerrechtlichen Vertrag und einem älteren Gesetz

Im Grunde besteht in diesem Zusammenhang kein besonderes Problem, da bereits die Gleichstellung des völkerrechtlichen Vertrages mit dem innerstaatlichen Gesetz und die daraus folgende Anwendung des Satzes "lex posterior derogat priori" dazu führt, daß der Vertrag vor dem Gesetz Anwendung findet. In diesem Sinne war, wie festzustellen war, die Rechtsprechung aus der Zeit vor 1946 verfahren. Auch der einzig schwierige Fall, nämlich der des Fehlens einer gesetzgeberischen Ermächtigung, hatte nun eine verfassungsrechtliche Lösung erfahren, indem auch im Falle eines Widerspruchs zu einem innerstaatlichen Gesetz stets eine Genehmigung des Abschlusses durch das Parlament zu erfolgen hatte. Dagegen verdient eine besondere Betrachtung die Anerkennung des in Artikel 55 ausgesprochenen grundsätzlichen Vorrangs der Verträge als solchen sowie die von der Rechtsprechung der Anwendung dieses Grundsatzes gezogenen Grenzen.

(443) siehe Lardy, aaO S. 136; Gervais, AFDI 1965, S. 18; siehe hierzu auch Kraus, Der deutsche Richter und das Völkerrecht, in Festschrift für Laun, 1953, S. 227

4.4.1.7. Die ausdrückliche Anerkennung des Vorrangsprinzips

Zahlreiche Entscheidungen der ordentlichen Gerichte⁽⁴⁴⁴⁾ gründen sich ausdrücklich auf die verfassungsrechtlichen Bestimmungen, die den Vorrang der völkerrechtlichen Verträge vor den innerstaatlichen Gesetzen anordnen. Auch die Verwaltungsrechtsprechung bezieht sich in vielen Urteilen expressis verdis auf die Regelung des Artikels 55⁽⁴⁴⁵⁾. Die ausdrückliche Bezugnahme hierauf findet sich ebenso in den Entscheidungen zum Gemeinschaftsrecht, und zwar solchen der ordentlichen Gerichte⁽⁴⁴⁶⁾ wie auch der Verwaltungsgerichte⁽⁴⁴⁷⁾.

(444) CC crim. 29.6.1954, Allgaier, JCP 1954, IV, éd. G, 119; 2.2.1955, Helmut Kahrs, JCP 1955, IV, éd. G, 38; AFDI 1956, 720 und 772; CC comm. 19.11.1957, Soc. Ever Ready Co. Ltd. ./ Soc. La pile Leclanché, GP 1958, 1, 139, RDP 1958, 815, Nr. 10; Trib. correction. Corbeil, 5.4.1954, Aitchinson ./ Witley, RGDIP 1954, 602, Anm. Léauté, AFDI 1955, 537 und 578 ff; Rouen, 21.11.1963, Soc. Cotonnière Rouennaise, D. 1965, II 395; CC crim. 29.1.1958, Cadiot, Bull. Crim. Nr. 677, 1211 und RDP 1960, 821; 18.6.1958, Girard, RDP 1959, 377, Anm. Gervais; Trib. par. Limoux, 10.2.1961, Carayon ./ Ruiz, AFDI 1963, 979; Trib. corr. correction. Seine, 27.11.1962, Ministère public ./ Sciana et Souissian, RCDIP 1963, 270, AFDI 1963, 979; CC civ. I, 16.2.1965 Dame Cader ./ Cader, Bull. civ. 1965, I, 97, Cl. 1965, 629, Anm. Level.

(445) CE 23.12.1949, Soc. Cominfi, S. 1950, 3, 54; CE 18.4.1951, Élection de Nelay, Rec. 1951, 189 - obiter dictum; CE 11.4.1962, Soc. Savanna et Soc. des établissements textiles de Modeliarpeth, Rec. 1962, 216, RGDIP 1963, 219, Anm. Rousseau, RDP 1962, 1126

(446) Paris, 26.1.1963, UNEF ./ Etablissement Consten, JCP 1963, II 13103, Schlußanträge Desangles, Cl. 1963, 728, Anm. Goldman, D. 1963, 189, Anm. Robert, RCDIP 1963, 399, Anm. Mezger; CC crim. 19.2.1964, Cl. 1965, 85, Anm. Jeantet; Trib. Gr. Inst. Strasbourg, 3.6.1965 Rev. trim. dr. eur. 1965, 487; Cour d'Appel de Paris, 7.7.1965, Rev. trim. dr. eur. 1965, 490, Schlußanträgen Toubas, JCP 1966, II, 14578, GP 1965 II 90; Cour d'Appel Colmar, 15.11.1967, GP 1968, 1, CEE 6; CC crim. 22.10.1970, Comité interprofessionnel des vins doux ./ Ramel, Bull. crim. 1970, 658, D. 1971, 1221; CC crim 7.1.1972, Guerrini, RGDIP 1972, 4, 1209

(447) CE 22.12.1961, Rec. 1961, 738. Die Rechtslehre kritisiert die Bezugnahme auf Artikel 55 im Rahmen der Anwendung des Gemeinschaftsrechts vor allem mit dem Hinweis auf die Eigenständigkeit dieser Normen, siehe oben 1.3.1.3.

4.4.1.2. Die Grenzen der Anerkennung des Vorrangsprinzips

Die Anerkennung des Grundsatzes, daß völkerrechtliche Verträge Vorrang vor den innerstaatlichen Gesetzen haben, der in dem hier angesprochenen Zusammenhang des Widerspruchs zu einem älteren Gesetz auch schon vor 1946⁽⁴⁴⁸⁾ in Anwendung der Regel "lex posterior derogat priori" befolgt wurde, unterliegt auch nach seiner verfassungsrechtlichen Verankerung den Schranken, die sich aus der Anwendung des Satzes "lex specialis derogat generali" ergeben⁽⁴⁴⁹⁾. Die Änderung oder Aufhebung des innerstaatlichen Rechts wird nur in dem Rahmen angenommen, in dem der Vertrag eine ausdrückliche, den geltenden Normen widersprechende Regelung enthält⁽⁴⁵⁰⁾. Nur scheinbar wird somit der Grundsatz des Vorrangs der Verträge in der Entscheidung des Staatsrates vom 28. Februar 1958 verneint⁽⁴⁵¹⁾. Tatsächlich enthielt der fragliche Vertrag keine Regelung, die sich unmittelbar auf den strittigen Gegenstand bezogen hätte. Daher war allein das innerstaatliche französische Recht anzuwenden.

Der Grundsatz der Spezialität ist von besonderer Bedeutung im Rahmen der Anwendung des Gemeinschaftsrechts. So geht eine Entscheidung des Kassationshofes vom 11. Dezember 1959⁽⁴⁵²⁾ davon aus, daß nicht Gemeinschaftsrecht, sondern französisches Recht anzuwenden ist, weil die Rechtsverhältnisse, die durch das eine bzw. andere geregelt sind, nicht dieselben sind: Die behauptete Unrecht-

(448) siehe oben 4.3.1.1.

(449) siehe oben 4.3.1.2.

(450) CC comm. 14.2.1954, JCP 1956 II 9214, Anm. De Juglart; zu einer recht strittigen Anwendung dieses Grundsatzes siehe Paris, 24.6.1963, JCP 1963, II, 13359; im entgegengesetzten Sinne Poitiers, 3.7.1962, Cadu, D. 1964, 69, Anm. Malaurie; diese Entscheidung gibt zu Bedenken Anlaß, was das Vorrangsprinzip angeht; siehe auch Cour d'Appel Paris, 5.11.1970, Dordelly ./ Mobil-Oil, GP 1971, I, 112, Anm. Sarrante

(451) Soc. financière et industrielle des Pétroles, RDP 1958, 1121; siehe auch 11.12.1959, Banque des pays de l'Europe centrale, RDP 1960, 877, Anm. Gervais

(452) CC soc. Fabre ./ Soc. comm. d'affrèments et de commissions, Cl. 1961, 120, Anm. Lyon-Caen

mäßigkeit, die in einer industriellen Konzentration liegt, die durch die Hohe Behörde hätte genehmigt werden müssen, geht nur die Beziehung mit der Hohen Behörde an und kann daher nicht relevant sein für das Rechtsverhältnis zwischen einem Betrieb und einem Arbeitnehmer, der aufgrund der Konzentration entlassen wurde⁽⁴⁵³⁾. Dagegen hat der Kassationshof⁽⁴⁵⁴⁾ den Verordnungen des Rates Nr. 3 und Nr. 4 Vorrang vor Artikel 435 des Sozialversicherungsgesetzes eingeräumt, da es sich um ein Rechtsverhältnis handelte, bei dem Beziehungen zu einem anderen EWG-Mitgliedstaat in Frage standen. Das Tribunal von Mulhouse⁽⁴⁵⁵⁾ hat in seiner Entscheidung vom 9. Juli 1968 nicht angenommen, daß die Verordnung Nr. 3 Änderungen des französischen Betriebsverfassungsgesetzes vom 16. April 1946 herbeigeführt habe.

Der Grundsatz der Spezialität kann nun aber nicht bedeuten, daß notwendigerweise dem Vertrag eine restriktive Auslegung zu geben ist. Genau dazu aber neigen die französischen Gerichte. Mehr noch als die unteren Gerichte zeigt der Kassationshof seit langer Zeit eine Vorliebe dafür, von vornherein jedem Konflikt zwischen einem Vertrag und einem Gesetz aus dem Wege zu gehen, indem versucht wird, beide durch Auslegung in Einklang zu bringen. Dies erfolgt vor allem in dem Sinne, daß möglichst das innerstaatliche Gesetz Anwendung findet.

So stellt sich der Kassationshof auf den Standpunkt, daß die Anwendung eines Vertrages auf Kosten eines Gesetzes nur dann erfolgen kann, wenn dieser deutlich erkennen läßt, daß er das

(453) siehe auch Amiens, 9.5.1963, Nicolas et Soc. Maison Brandt Frères, D. 1963, 556, Anm. Hémand, Cl. 1964, 93; CC crim. 22.10. 1964, Cl. 1965, 90, Anm. Jeantet

(454) CC soc. 16.2.1965, D. 1965, 723, Anm. Voirin, RCDIP 1966, 88, Anm. Lyon-Caen, Cl. 1965, 658, Anm. Ribettes-Tillhet; während der Geltungsbereich *ratione materiae* bei beiden Rechtssätzen derselbe war, ergab sich die ausschließliche Anwendbarkeit des Gemeinschaftsrechts aus dem Unterschied der Geltung *ratione personae*, d.h. aus der Tatsache, daß der Angehörige eines anderen Mitgliedstaates betroffen war; siehe dazu auch oben 2.4.2.

(455) D. 1969, 355

Gesetz abzuändern bestimmt ist⁽⁴⁵⁶⁾. Er hat sich daher geweigert, die Anwendung eines Gesetzes, das allein französischen Staatsbürgern gewisse Rechte vorbehält, zugunsten von Niederlassungsverträgen auszuschließen, die zwar die Angehörigen der an ihnen beteiligten Staaten den Franzosen gleichstellen, aber nicht ausdrücklich eben die in Frage stehenden Rechte auf die betreffenden Ausländer ausdehnen⁽⁴⁵⁷⁾. Dies gilt auch für das Gemeinschaftsrecht. So hat die Strafkammer des Kassationshofes die Ansicht ausgesprochen, daß die innerstaatlichen französischen Rechtsvorschriften nicht durch Artikel 70 bis 80 des EWG-Vertrages aufgehoben seien. Sie ist zu diesem Ergebnis gelangt, indem sie den Bestimmungen des Gemeinschaftsrechts eine zumindest bedenkliche Auslegung gegeben hat⁽⁴⁵⁸⁾.

4.4.2. Der Widerspruch zwischen einem völkerrechtlichen Vertrag und einem jüngeren Gesetz

Ohne Zweifel ist Artikel 55 so zu verstehen, daß der Vorrang völkerrechtlicher Verträge auch dann anzunehmen ist, wenn erst in der Zeit nach ihrem Inkrafttreten anderslautende innerstaatliche Gesetze ergehen. Da sich diese Regelung nicht schon aus anderen allgemeinen Rechtsgrundsätzen ergibt, vielmehr gerade der Regel "lex posterior derogat priori" widerspricht, ergingen nur wenige Entscheidungen aus der Zeit vor 1946 im Sinne des Vertragsvorrangs⁽⁴⁵⁹⁾. Dies macht es auch verständlich, daß die Richter anfänglich zögerten, dieses Prinzip zu verwirklichen, und auch später seine Anwendung hier größeren Einschränkungen unterwarfen als im Falle eines Widerspruchs zwischen einem völkerrechtlichen Vertrag und einem älteren Gesetz⁽⁴⁶⁰⁾.

(456) CC soc. 19.5.1953, Bull. civ. IV. 303; 15.7.1953, Bull. civ. IV, 565; 6.1.1955, Bull. civ. IV. 2; 19.10.1956, Nari et Orso ./.

Dame Sevastopoulou, Bull. civ. IV. 564, JCP 1956, IV, éd. G. 159
(457) CC civ. 30.4.1959, Procureur de la République Metz ./.

De Steinfelds, Bull. civ. 1959, S. 5 Nr. 6; CC civ. 5.5.1959, Soc. Aux Editions de Minuit ./.

Soc. Entreprise Graphique "O Cruzeiro", D. 1959, 221

(458) 19.2.1964, Cl. 1965, 8, Ann. Jeantet, GP 1964, 2, 42; s.u. 6.2.5.2.

(459) siehe oben 4.3.2.3.

(460) siehe Blondeau, Bericht zum Colloque de Grenoble, S. 60

Nach einer von verschiedener Seite in der Rechtslehre vertretenen Ansicht erlauben es die Artikel 26 und 28 der Verfassung von 1946 bzw. Artikel 55 der Verfassung von 1958 dem Richter nicht, über die "Vertragsmäßigkeit" von Gesetzen zu befinden, die nach dem Inkrafttreten ihnen widersprechender völkerrechtlicher Verträge ergangen sind⁽⁴⁶¹⁾. Das wesentliche Argument dafür ist die Inkompetenz des französischen Richters, über die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen zu urteilen. Im übrigen würde die Annahme einer derartigen Kontrolle dem Grundsatz der Souveränität des Gesetzgebers widersprechen, die in dem Erlaß des jüngeren Gesetzes ihren zeitlich am kürzesten zurückliegenden Ausdruck gefunden hat.

Doch erkennt diese Ansicht eine andere Bedeutung der Verfassungsregelung an, nämlich die einer Interpretationsregel, die an die Adresse des Richters gerichtet ist. Im Falle eines Konflikts müßte danach dieser von der Vermutung ausgehen, daß der Gesetzgeber unter Beachtung der völkerrechtlichen Verpflichtungen handeln wollte. Ergeben sich irgendwelche Zweifel über die Bedeutung eines Gesetzestextes, so sei stets anzunehmen, daß ein Vorbehalt hinsichtlich der gültigen völkerrechtlichen Verträge beabsichtigt war⁽⁴⁶²⁾, die somit mittelbar Vorrang vor den innerstaatlichen Gesetzen gewinnen oder - besser gesagt - zurückgewinnen.

(461) Pinto, aaO S. 387; Batiffol, Traité, Nr. 40; Savatier, aaO S. 18 und D. 1947, 204 und D. 1953, chron. IV, 21; Mazeaud, Anm. unter Paris, 7.1.1948, JCP 1949 II, 4961; Preuss, Le droit international et le droit interne dans la constitution française von 1946, AJIL 1950, 641 ff; Delaume, De l'interprétation des traités par les tribunaux internes dans les relations franco-américaines, S. 584 ff; Motulsky, Anm. unter crim. Sarreguémies, 22.6.1948, RCDIP 1949, 62; Lerebours-Pigeonnière und Loussouarn, aaO Nr. 52; P. de Visscher, Les tendances internationales des constitutions modernes, RCDAI 1952, I, 515 ff, besonders 560; Ourliac et de Juglart, Anm. unter Trib. par. arr. Bordeaux, 6.9.1946, JCP 1947 II 3379; Francescakis, Anm. unter Paris, 30.1.1948, RCDIP 1948, 496; derselbe, RCDIP 1969, 425; Benoist, Anm. unter Paris, 29.1.1951 und 24.1.1952, JCP 1952, II 7056; Odent, L'article 177 de Traité de Rome et le Conseil d'Etat, Bull. de l'Ass. des juristes europ. 1965, 4. Trim. S. 19; Lafférière, Manuel de droit constitutionnel, S. 952

(462) diese Ansicht entspricht der "Matter-Doktrin", siehe oben 4.3.2.2.

Trotz dieser Interpretationsregel bleibt freilich ein Rest von unlösbarem Widerspruch. Wenn der Gesetzgeber absichtlich die Wirkung eines Vertrages ausschalten wollte, dann muß sich der Richter nach dieser Theorie dieser Absicht beugen und die einmal begangene Vertragsverletzung weiterführen, indem er das innerstaatliche Gesetz auf Kosten des Vertrages anwendet.

Diese Auslegung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen widerspricht nach herrschender Meinung dem Willen des Verfassungsgebers⁽⁴⁶³⁾. Tatsächlich handelt es sich hierbei nicht wirklich um eine Kontrolle der Verfassungsmäßigkeit⁽⁴⁶⁴⁾. Vielmehr müßte der Richter die Konflikte zwischen völkerrechtlichen Verträgen und innerstaatlichen Gesetzen ebenso entscheiden können, wie er dies im Falle eines Widerspruchs zwischen zwei Gesetzen tut⁽⁴⁶⁵⁾. Daher ist die Mehrzahl der in der Rechtslehre zum Ausdruck gekommenen Meinungen bereit, dem Richter die Befugnis zuzuerkennen, aus dem in den genannten Artikeln enthaltenen Prinzip in jedem Falle die letzte Konsequenz zu ziehen, d.h. stets einen völkerrechtlichen Vertrag auch dann anzuwenden, wenn erst nach seinem Inkrafttreten ein innerstaatliches Gesetz anderen Inhalts ergangen ist.

(463) Niboyet, *Cour de droit international privé*, S. 44; Donnedieu de Vabres, *La constitution de 1946 et le droit international*, D. 1948, chron. 5; Rousseau, *Droit International Public*, S. 47; Luchaire, *Festschrift für George Scelle*, S. 815; Weil und Léauté, *JCP 1953 II* 7659; Bial, *Some recent french decisions on the relationship between treaties and municipal Law*, *AJIL* 1955, 347; Niboyet, *Anm. unter Aix 10.11.1947*, *RCDIP* 1948, 243; Dehaussy, *aaO* Heft 12 A Nr. 97; Nguyen Quoc Dinh, *RDPSP* 1959, 552; Lagrange, *La primauté du droit communautaire sur le droit national*, in *Droit communautaire et Droit national*, Semaine de Bruges 1965, S. 41

(464) siehe Lardy, *aaO*, S. 137

(465) Mignon, *Le contrôle juridictionnel de la constitutionnalité des lois*, D. 1952, chron. IX 45 ff; Gény, *JCP* 1947, I, 613; Donnedieu de Vabres, *JCP* 1948, I, 733; Niboyet, *Traité* S. 39; Pépy zu *CC crim.* 3.6.1950, S. 1951 I 109

4.4.2.1. Die mittelbare Anerkennung des Vorrangsprinzips

Die Gerichte haben zunächst den Grundsatz des Vorrangs völkerrechtlicher Verträge vor jüngeren Gesetzen nicht als solchen, sondern nur im Ergebnis, also mittelbar anerkannt, indem sie in die fraglichen Gesetze einen entsprechenden Vorbehalt hineininterpretierten. Bei diesen ersten Entscheidungen ging es wiederum um Rechtsstreitigkeiten auf dem Gebiet des Mietrechts. Zwei Verordnungen vom 14. November 1944⁽⁴⁶⁶⁾ und vom 17. Oktober 1945⁽⁴⁶⁷⁾ gewährten den während der Besatzungszeit ausgewiesenen Mietern bestimmte Rechte, beschränkten jedoch Ausländer in deren Ausübung. Verschiedene Entscheidungen sprechen sich zugunsten einer Anwendung der aus der Zeit vor Erlass dieser Verordnungen stammenden Verträge aus und wenden diese trotz der besagten Beschränkungen an. Sie gehen dabei von dem Gedanken aus, daß die Verordnungen "notwendigerweise die Bestimmungen der gültigen völkerrechtlichen Abkommen vorbehalten"⁽⁴⁶⁸⁾. Dabei fällt auf, daß Artikel 26 der Verfassung von 1946 nicht herangezogen wird, dagegen das schon erwähnte Gesetz vom 23. Mai 1943, das eine entsprechende Auslegung der Mietgesetze angeordnet hatte, dem jedoch keinerlei formeller Vorrang vor späteren Gesetzen zuerkannt werden kann.

Andere Entscheidungen beziehen sich ausdrücklich auf Artikel 20, verstehen diesen jedoch nur als Bestätigung eines Grundsatzes, der schon vorher Eingang in die französische Rechtsprechung gefunden habe⁽⁴⁶⁹⁾.

(466) ordonnance vom 14.11.1944, JO vom 15.11.1944, S. 1309, geändert durch das Gesetz vom 7.5.1946

(467) ordonnance vom 17.10.1945, JO vom 18.10.1945, S. 6614, geändert durch das Gesetz vom 13.4.1946

(468) CC soc. 11.7.1947, époux Verbrigghe ./.. Dlle Bellast, JCP 1947, II, 3950, Anm. Ourliac et de Juglart; 28.7. und 25.11.1948, RCDIP 1949, 306, Anm. Monneray; Paris 20.2.1954, GP 1954, 1, somm. 22; CC civ. 22.11.1957, Bull. civ. 1957, IV, Nr. 1106, S. 791; erstaunlicherweise auch noch in sehr viel jüngeren Entscheidungen, so z.B. Orléans, 27.4.1967, RCDIP 1967, 702

Die Gerichte scheinen im Rahmen dieser Rechtsprechung in Artikel 26 der Verfassung von 1946 bzw. Artikel 55 der geltenden Verfassung nur eine Neuformulierung des Grundsatzes "lex posterior derogat priori" zu sehen, der hinsichtlich der Widersprüche zwischen völkerrechtlichen Verträgen und jüngeren Gesetzen lediglich durch eine Interpretationsregel eingeschränkt ist⁽⁴⁷⁰⁾. Doch muß angenommen werden, daß besagter Artikel zumindest in dieser abgeschwächten Funktion die erwähnten Urteile entscheidend beeinflußt haben. Tatsächlich handelte es sich in dem angesprochenen Zusammenhang um einen Widerspruch, der genau der Grundlage der Rechtsstreitigkeiten auf dem Gebiet des Mietrechts aus den 30iger Jahren entsprach. Wenn die Gerichte hier also ohne Zögern eine für Ausländer günstigere Lösung wählten, so dürfte dies zumindest eine mittelbare Wirkung der inzwischen ergangenen verfassungsrechtlichen Regelung gewesen sein.

4.4.2.2. Die ausdrückliche Anerkennung des Vorrangsprinzips

Zahlreiche Entscheidungen erkennen den grundsätzlichen Vorrang der völkerrechtlichen Verträge auch vor solchen Gesetzen an, die erst in der Zeit nach deren Inkrafttreten erlassen worden sind⁽⁴⁷¹⁾.

(469) Paris, 30.1.1948, RCDIP 1948, 493, Anm. Francescakis; 6.2.1956, JCP 1956, IV 71; siehe auch CC civ. 10.2.1952, Dayras ./.. Grigor, JCP 1955 II 8640; Cour d'Appel de Paris, 22.5.1950, Dame Rollin ./.. Soc. Rasson, JCP 1950 II 106; Cour d'Appel de Nancy, 4.10.1961, Consorts François - Ruoyer ./.. consorts Waxweiler, RCDIP 1962, 55, Anm. Simon-Dépitre, Cl. 1962, 1000, Anm. Sialelli, GP 1962, 79
 (470) siehe Dehaussey, aaO Heft 12 A Nachtrag zu Nr. 93
 (471) CC 28.3.1962, D. 1963 518; Nîmes, 22.5.1968, RCDIP 1965, 448, Anm. Francescakis; Paris 3.1.1969, D. somm. 80; Cour d'Appel Aix, 10.11.1947; CC crim. 29.6.1954, JCP 1954, IV, 119; 2.2.1955; JCP 1955, IV, 30; CC soc. 22.11.1957, époux Pirou ./.. Dame veuve Pliskine, Bull. Civ. IV, Nr. 1106 S. 791, AFDI 1958, 772; CC crim. 20.1.1959, Boisseau ./.. Lotz, Bull. crim. Nr. 52, S. 96, RDP 1959, 821; Trib. Gr. Inst. Seine, 47.1961, Yadid ./.. Cie. L'Helvétia-Vie, Cl. 1962, 163, Anm. Sialelli, AFDI 1962, 937; Paris, 12.12.1962, Soc. Elesta ./.. Rarbes, AFDI 1963, 979, CC crim. 6.6.1956, Rollin, Bull. crim. 1956, 790, AFDI 1954, 690 - bestätigt Aix, 10.12.1952; Trib. civ. Arras, 7.2.1951, Jones-Dujardin ./.. Tournaud et Hansey, D. 1951, 360;

Diese Urteile stützen sich nicht mehr auf die Grundlage des "notwendigen Vorbehaltes", sondern erkennen den Vorrang des völkerrechtlichen Vertrages vor dem innerstaatlichen Gesetz als einen Grundsatz an, der in jedem Falle eine öffentliche Widerspruchs Anwendung zu finden hat⁽⁴⁷²⁾.

Dabei gehen jedoch die Gerichte davon aus, daß der Gesetzgeber - trotz des nicht zu leugnenden Widerspruchs - nicht im Bewußtsein und der Absicht gehandelt hat, die Anwendung des Vertrages auszuschließen. Insofern bedeutet die Feststellung eines Konfliktes nicht, daß die Richter Artikel 55 als einen Grundsatz anwenden, der im Falle eines "unlösbaren" Widerspruchs auch gewissermaßen gegen den Gesetzgeber anzuwenden wäre. Gerade um eine solche Stellungnahme zu vermeiden, gehen sie sehr weit in der einschränkenden Auslegung des Gesetzes. Ohne zu prinzipiellen Fragen Stellung zu nehmen, gründet sich diese Rechtsprechung auf die Annahme, daß der Gesetzgeber nicht seine völkerrechtlichen Verpflichtungen verletzen wollte. Die Rechtsprechung legt hier dem Artikel 55 eine Bedeutung zu, die der Matter-Doktrin sehr nahe kommt.

Trib. civ. Seine, 5.3.1951, Dreifuß ./.. Nordoretzki, D. 1951, 369; Paris, 18.6.1951, Lowy Brothers ./.. Soc. Dugood, GP 1951, 2, 76; Paris, 24.6.1966, Martinez, JCP 1966, II, 14774, Schlußanträge Fortier; Cour d'Appel Paris, 8.6.1971, Kamolpraimpna, RGDIP, 1972, 562, RDP 1972, 371; CC civ. 4.5.1970, Dame Doreau ./.. Moreau, Bull. civ. 1970, I 122; Cour d'Appel Paris, 13.5.1970, Nicola et Cusi ./.. Continesouza, GP 1970, II 38

(472) Dies kommt besonders deutlich in der Entscheidung der Zivilkammer des Kassationshofes vom 28.5.1962 zum Ausdruck, Caisse primaire de la sécurité sociale de la région parisienne ./.. Dame Klaiss, JCP 1962, IV, éd. G S. 71, Bull. civ. 1962, Nr. 354, S. 250; CC soc. 20.12.1954, Dame Bordes ./.. Dame Better, JCP 1954, IV, 13, AFDI 1955, 536, zu den genannten Verordnungen auf dem Gebiet des Mietrechts: hier wird der Grundsatz des Vorrangs ausdrücklich als solcher anerkannt; in einem ähnlichen Zusammenhang: CC soc. 20.12.1956, Horn ./.. époux Petita, JCP 1957, II, 9784, RDP 1957, 753 und 767, sowie 10.1.1957, époux Falchetto ./.. Dame Beurrier, Bull. civ. IV. 25, Nr. 36, RDP 1957, 753 und 767; Cour de Paris, 6.2.1956, Laine ./.. époux Zetoff, JCP 1956 IV 71; siehe auch Valticos, Les conventions internationales du travail devant le juge français, RCDIP 1964, 66 ff

4.4.2.3. Die einschränkende Auslegung des Vertrages

Aber auch als Auslegungsregel ist Artikel 55 von der französischen Rechtsprechung keineswegs grundsätzlich anerkannt worden. Die Gerichte zeigen vielmehr die sich verstärkende Neigung, völkerrechtliche Verträgen eine restriktive Auslegung zu geben. Diese Einstellung drückt sich in zwei Hypothesen aus.

Sie läßt sich einerseits auf den Gebieten feststellen, auf denen sie diese Auslegung selbst vornehmen. So schließen verschiedene Entscheidungen die Anwendung des in der Verfassung ausgesprochenen Grundsatzes dadurch aus, daß sie die Bestimmungen eines innerstaatlichen Gesetzes dem ordre public zurechnen und so als den unbedingten Auftrag des Gesetzgebers verstehen, das Gesetz in jedem Falle - also auch auf Kosten geltender völkerrechtlicher Verträge - anzuwenden. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang vor allem die Entscheidungen zu der Frage, ob Ausländer, die sich auf die vertraglich zugesicherte Gleichstellung mit den französischen Staatsbürgern berufen können, von der Formalität befreit sind, zur Ausübung eines Handelsgewerbes eine besondere Genehmigung zu besitzen⁽⁴⁷³⁾. Die fraglichen Verträge stammen in den meisten Fällen aus der Zeit vor Erlaß der Verordnung vom 2. November 1945 und 20. Januar 1954, die den Besitz der Handelserlaubniskarte vorschrieben. Die Entscheidungen, die diese jüngeren innerstaatlichen Normen vorgehen lassen⁽⁴⁷⁴⁾, scheinen der traditionellen Auffassung anzuhängen, daß sich Frankreich nicht durch einen

(473) "carte de commerçant" ; siehe Savatier, D. 1953, chr. IV 21

(474) siehe vor allem Paris, 29.1.1951, Coll. ./.. Ministère public, JCP 1952, II, 7056, RDP 1953, 520; Toulouse 21.5.1954, Jiminez, D. 1954, 446, AFDI 1955, 539; Paris, 7.1.1948, JCP 1948, II 4691, Anm. Mazeaud; CE 18.3.1955, Franco, Rec. 1955, 167; CE 4.10.1967, Ministère de l'agriculture ./.. Michels, AJ 1968, 169, Schlußanträge Braibant; die Handelserlaubniskarte hielten in den Fällen, in denen ein völkerrechtliches Abkommen geltend gemacht werden konnte, für nicht erforderlich: Cour d'Appel Lyon, 16.2.1952, JCP 1952 II 6996; Cour d'Appel Riom, 11.12.1952, D. 1953, 123; Cour d'Appel Colmar, 7.11.1958, RCDIP 1959, 80; der Kassationshof hat die regierungsamtliche Auslegung erbeten: CC crim. 24.3.1953, RCDIP 1953, 573, Anm. Brouhot; 10.3.1955, RCDIP 1956, 48, Anm. Simon-Depitre; 16.10.1958, RCDIP 1961, 136

völkerrechtlichen Vertrag seiner Hoheitsrechte begeben. (475).
Wenn Artikel 55 als Auslegungsregel zu verstehen sein sollte,
so findet diese in der Rechtsprechung nicht uneingeschränkte
Anwendung; aus der Mehrzahl der Entscheidungen ist vielmehr zu
ersehen, daß die Gerichte von dem umgekehrten Grundsatz ausgehen.

Andererseits findet sich eine Grenze des Vorrangsprinzips darin,
daß die Gerichte, wie im einzelnen noch näher darzulegen sein
wird, nur in beschränktem Maße zur Auslegung völkerrechtlicher
Verträge kompetent sind. In wachsendem Ausmaß wird die Zustän-
digkeit der Regierung angenommen, über Zweifelsfragen bezüglich
des Verständnisses vertraglicher Bestimmungen zu entscheiden (476).

Dies bedeutet indes nur eine mittelbare Einschränkung des Grund-
satzes, nach dem völkerrechtliche Verträge Vorrang vor den inner-
staatlichen Gesetzen haben. Denn auch in diesem Zusammenhang
nehmen die Gerichte keine Stellung zu prinzipiellen Fragen, d.h.
sie schränken nicht den Grundsatz als solchen, sondern nur seine
Anwendung ein, indem sie den Widerspruch zwischen den beiden
fraglichen Rechtssätzen leugnen. Durch die Feststellung, daß
tatsächlich keine Unvereinbarkeit besteht, entfällt die Grund-
lage, auf der dieses Prinzip erst zum Tragen käme.

4.4.2.4. Die Nichtbeachtung des Vorrangsprinzips

Eine Stellungnahme zu der Frage, welche Bedeutung Artikel 55 in
letzter Konsequenz für den Richter hat, ist dagegen in anderen
Entscheidungen enthalten, die ganz auf eine Auslegung des völker-
rechtlichen Vertrages verzichten und das Gesetz ohne Umschweife
anwenden. In diesen Fällen wird zwar die Nichtbeachtung des

(475) diese Einstellung erinnert an den Widerspruch, auf den das
Urteil des Ständigen Internationalen Gerichtshofs vom 17.9.1923 in
der Rechtssache "Wimbledon" hinweist
(476) siehe im einzelnen unten 6.2.1.

Vorrangsprinzips nicht ausgesprochen, ergibt sich jedoch daraus, daß keine "Lösung" des Konflikts auf dem Wege einer Auslegung versucht wird. Die Anwendung des innerstaatlichen Gesetzes im Falle eines ungelösten Widerspruchs ist aber nichts anderes als die Umkehrung des Grundsatzes, daß völkerrechtliche Verträge mit Vorrang vor innerstaatlichen Gesetzen anzuwenden sind.

Die bekannteste Entscheidung auf diesem Gebiet betrifft den Widerspruch zu einer Bestimmung des Gemeinschaftsrechts. Dabei ist daran zu erinnern, daß für den französischen Richter auch derartige Konflikte im Rahmen des Verhältnisses zwischen innerstaatlichem und Völkerrecht gesehen werden. Wenn der Staatsrat in der Entscheidung vom 1. März 1968 also der Verordnung vom 19. September 1962 über die Zolltarife für den Handel zwischen Algerien und Frankreich Vorrang vor der Verordnung Nr. 19 des Ministerrats vom 4. April 1962 bezüglich Abschöpfungen auf dem Gebiet des Getreidehandels gibt, so ist dies nicht nur in Hinblick auf Artikel 189 des EWG-Vertrages zu kritisieren, sondern vor allem auch mit dem Hinweis auf Artikel 55 der französischen Verfassung⁽⁴⁷⁷⁾. Eine einschränkende Auslegung der EWG-Verordnung kam in diesem Falle deswegen nicht in Betracht, weil gemäß Artikel 177 des EWG-Vertrages nicht die Auslegungskompetenz des französischen Richters gegeben war. Der Staatsrat hat jedoch die Vorlage zur Vorabentscheidung nicht für notwendig gehalten, sondern sich darauf beschränkt, ohne Umschweife das Gesetz anzuwenden. Die Hierarchie der Normen, wie sie die Verfassung aufstellt, wird hierbei unbeachtet gelassen und die jüngere Vorschrift angewendet, als wenn beide Bestimmungen gleichrangig wären. Damit beugt sich der Richter der Anordnung des Gesetzgebers und führt die von diesem begangene Verletzung sowohl der Verfassung als auch der internationalen Verpflichtung fort. Obwohl auch der Gesetzgeber an die Verfassung gebunden ist, läßt der Richter den in ihr enthaltenen Auftrag unbeachtet⁽⁴⁷⁸⁾.

(477) Syndicat des Fabricants de Semoules de France, AJP 1968, 235, Schlußanträge Questiaux, DS 1968, 285

Doch sieht sich das oberste Gericht nicht durch Artikel 55 ermächtigt, den Vorrang der Verträge in jedem Falle zu verwirklichen. Vielmehr wird der Grundsatz dieses Artikels - als Auslegungsregel verstanden - von der Rechtsprechung auf den Kopf gestellt, die Regel der völkerrechtsgünstigen Auslegung - Matter-Doktrin - in ihr Gegenteil verkehrt. Der Anerkennung des Vorrangsprinzips sind dadurch enge Grenzen gesetzt⁽⁴⁸²⁾. Eine Einschränkung des Grundsatzes selbst liegt darin jedoch nicht begriffen, da der behauptete Widerspruch durch die Auslegung gewissermaßen aufgehoben wird und somit die Grundlage entzogen wird, auf der das Prinzip erst seine Wirkungen zeitigen könnte.

Eine Beschränkung des Grundsatzes als solchen erfolgt dagegen, wenn die Gerichte den behaupteten Widerspruch nicht lösen, sondern unbeachtet lassen, da sie das innerstaatliche Gesetz als unbedingt verbindlich betrachten. Doch erfolgt diese Beschränkung unausgesprochen, indem der Widerspruch nicht festgestellt wird, sondern einfach offengelassen wird.

Zu einer solchen Feststellung halten sich die Gerichte aber nicht für befugt. Denn damit würden sie in ein Gebiet eindringen, das ihnen herkömmlicherweise verboten ist: nämlich das der Kontrolle der Verfassungsmäßigkeit. Zwar handelt es sich hierbei - wie schon hervorzuheben war⁽⁴⁸³⁾ - nicht um eine eigentliche Überprüfung der Verträge anhand der Verfassung. Doch ähnelt eine unmittelbare Überprüfung der "Vertragsmäßigkeit" eines Gesetzes zu sehr derjenigen seiner Verfassungsmäßigkeit. Zum anderen bedeutet der Erlass eines Gesetzes, dessen Bestimmungen denen eines gültigen völkerrechtlichen Vertrages widersprechen, nicht nur eine Verletzung dieses Vertrages, sondern auch des Artikels 55, der sich ebenso an den Gesetzgeber wendet. Die Feststellung eines Widerspruchs zwischen beiden Rechtssätzen

(482) siehe Guggenheim, Völkerrechtliche Schranken, S. 20; Cocatre-Ziglien, AFDI 1958, 645

(483) siehe oben 2.1.4.4.

liefe daher mittelbar auf die Feststellung dieser Verfassungsverletzung hinaus. Zu einer solchen Kontrolle sind aber die französischen Gerichte nicht kompetent. Die Unmöglichkeit einer Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen ist also der eigentliche Grund dafür, daß die Gerichte in bestimmten Fällen völkerrechtliche Verträge nicht vor jüngeren innerstaatlichen Gesetzen anwenden⁽⁴⁸⁴⁾. Dies scheitert nach alledem daran, daß die Gesetzessouveränität für den französischen Richter ein unantastbares Tabu bedeutet.

Die Anerkennung des Vorrangs völkerrechtlicher Verträge kann aber auch dadurch verweigert werden, daß sich die Gerichte für inkompetent erklären, in bestimmter Hinsicht über einen solchen Vertrag Recht zu sprechen. Würde die Zulassung eines bestimmten Vertrages in einen Rechtsstreit als anzuwendender Rechtssatz eine andere Lösung bedeuten, als die, die sich auf der Grundlage des innerstaatlichen Rechts ergibt, so bedeutet die Haltung der Gerichte auch in diesem Falle eine Nichtanerkennung der Vorrangigkeit der völkerrechtlichen Verträge.⁽⁴⁸⁵⁾

Schließlich ist an die verhältnismäßig hohen Voraussetzungen zu denken, die die Gerichte bezüglich der Anwendbarkeit der internationalen Abkommen, also hinsichtlich der Annahme des Vorliegens der in Artikel 55 aufgestellten Bedingungen der Veröffentlichung und Ratifizierung stellen. Die auf diesem Gebiet recht strenge Rechtsprechung führt mittelbar zu einer Beschränkung des Grundsatzes, dessen Anwendung durch die französischen Gerichte hier zu untersuchen war.

(484) Rideau, aaO S. 20

(485) siehe den folgenden Abschnitt zur Anwendung der Verträge im Verwaltungsrecht; es handelt sich hierbei um die Umkehrung des schon besprochenen Falles, daß die Weigerung der Kontrolle der inhaltlichen Rechtmäßigkeit der Ratifizierung zu einer mittelbaren Anerkennung eines Monismus mit Vorrang des Völkerrechts führt, siehe oben 3.3.2.

5. Die Gleichstellung völkerrechtlicher Verträge mit Gesetzen

Die Frage, welchen Platz völkerrechtliche Verträge in der innerstaatlichen Rechtsordnung einnehmen, beschränkt sich nicht auf das Gebiet, auf dem inhaltliche Widersprüche zwischen den Bestimmungen internationaler Abkommen und den Vorschriften des innerstaatlichen Rechts bestehen. Vielmehr ergibt sich aus der Anordnung des Vorrangs der völkerrechtlichen Verträge mittelbar eine Gleichstellung derselben mit den innerstaatlichen Gesetzen in dem Sinne, daß die Verträge anstelle der widersprechenden Gesetze - dann aber genau wie diese - oder, soweit kein Widerspruch zum innerstaatlichen Recht besteht, überhaupt wie ein solches Gesetz angewendet werden sollen. Diese Gleichstellung, die in Artikel 26 der Verfassung von 1946 noch ausdrücklich festgelegt war, wird in Artikel 55 der heutigen Verfassung nicht mehr ebenso deutlich ausgesprochen, ist jedoch sinngemäß hier ebenso wie dort enthalten⁽⁴⁸⁶⁾. Ob mit Vorrang vor den innerstaatlichen Gesetzen oder als Rechtsregel in einem bislang "rechtsleeren" Raum, sind völkerrechtliche Verträge in ihrer Anwendung funktionell wie französische Gesetze zu behandeln⁽⁴⁸⁷⁾.

Es handelt sich also um die eigentliche Frage, wie die französische Rechtsprechung völkerrechtliche Verträge anwendet. Diese Frage hat vor allem Bedeutung in der Verwaltungsrechtsprechung, und zwar im Hinblick auf die Zulässigkeit verwaltungsrechtlicher Klagen. Dabei kann sich das Problem, ob und inwieweit ein völkerrechtlicher Vertrag als Quelle des Verwaltungsrechts Anwendung

(486) siehe Kiss aaO, S. 6

(487) siehe Rideau aaO, S. 19

finden kann, unter zwei verschiedenen Gesichtspunkten stellen. Wie ein Gesetz kann ein Abkommen als Grundlage für einen Verwaltungsakt dienen, der ohne es unrechtmäßig wäre, da er den Regeln des innerstaatlichen Rechts widersprüche oder aber ganz ohne Ermächtigungsgrundlage ergangen wäre. Die Behauptung einer Verletzung des innerstaatlichen Rechts kann ebenso zur Begründung einer Klage vorgebracht werden, die sich gegen den betreffenden völkerrechtlichen Vertrag selbst richtet.

Andererseits kann eine Verwaltungsmaßnahme, die zwar dem innerstaatlichen französischen Recht entspricht, eine Verletzung eines völkerrechtlichen Vertrages darstellen. In diesem Falle stellt sich die Frage, ob der Richter aus dem Widerspruch zu einer höheren Norm - hier also der vertraglichen Bestimmung - die gleichen Folgerungen zieht wie bei einer Gesetzesverletzung.

Darüberhinaus werden die weiteren Gesichtspunkte zu erörtern sein, unter denen die Anwendung innerstaatlicher Gesetze und internationaler Abkommen zu vergleichen ist. Die Fragen der Auslegung sollen dem sich anschließenden letzten Kapitel vorbehalten werden.

5.1. Die Verletzung des innerstaatlichen Rechts

Die hier zu besprechenden Rechtsschutzmöglichkeiten sind vor allem die Aufhebungsklage⁽⁴⁸⁸⁾ und die Schadensersatzklage⁽⁴⁸⁹⁾.

(488) "recours pour excès de pouvoir"

(489) "recours en pleine juridiction"; Seit der Einführung der Generalklausel bestehen keine wesentlichen Unterschiede zu den deutschen Verhältnissen. Zwar gibt es weniger Klagearten, doch erlauben die bestehenden Klagen umfangreichere Begehren als im deutschen Recht. So ist der recours pour excès de pouvoir nicht auf die Anfechtung von Verwaltungsakten beschränkt, sondern kann auch gegen untergesetzliche Vorschriften gerichtet werden. Der recours en pleine juridiction ist im Grunde eine allgemeine Leistungsklage, bei der das Gericht auch die Entscheidung der Verwaltungsbehörde selbst ändern oder diese zur Zahlung einer Geldsumme verurteilen kann: siehe Ule, aaO, S. 277 und Simon-Depitre, aaO Nr. 23 ff

In der Entscheidung des Staatsrats vom 6. November 1966⁽⁴⁹⁰⁾ wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Eigenschaft des Klägers als Ausländer keinen Grund für die Unzulässigkeit einer Anfechtungsklage darstellt. Dies entspricht allgemeiner Rechtsprechung und gilt ebenso für Schadensersatzklagen.

Wie bei der Erörterung der von den Gerichten ausgeübten Kontrolle der Verfassungsmäßigkeit völkerrechtlicher Verträge⁽⁴⁹¹⁾ bereits zu bemerken war, wird eine solche Überprüfung wie bei Gesetzen grundsätzlich nicht ausgeübt. Aus denselben Gründen, aus denen sich die Gerichte weigern, diese Kontrolle vorzunehmen, erklären sie die Klagen für unzulässig, die unmittelbar auf die Aufhebung völkerrechtlicher Verträge gerichtet sind.

Die Unzulässigkeit solcher Klagen läßt sich hier zusätzlich mit Erwägungen rechtfertigen, die sich auf den kontraktuellen Ursprung der völkerrechtlichen Verträgen gründen. Diese Überlegungen werden gewöhnlich unter der Bezeichnung "Theorie der Regierungsakte" zusammengefaßt, deren Anwendungsgebiet sich jedoch nicht auf die hier angesprochenen Fragen beschränkt.

Diese Theorie spielt ebenso eine Rolle bei den Klagen, die sich gegen Maßnahmen der Verwaltung richten, die in Ausführung eines solchen Vertrages erlassen worden sind. Eine Verletzung des innerstaatlichen Rechts kann freilich dort nicht angenommen werden, wo der die Grundlage der Verwaltungsmaßnahme bildende Vertrag ratifiziert und die Ratifizierung vom Parlament gebilligt worden ist. In diesem Falle ist das innerstaatliche Gesetz durch den internationalen Vertrag wirksam abgeändert oder aufgehoben worden, denn dieser hat Vorrang, und die zu seiner Ausführung erlassene Maßnahme gewinnt insoweit ihre Rechtmäßigkeit unmittelbar aus dem Vertrag. Handelt es sich dagegen

(490) Thati Salah, AJDA 1969, 305

(491) siehe oben 2.1.4.1., 2.2.2. und 4.1.

um einen nicht ordnungsgemäß ratifizierten oder veröffentlichten Vertrag, so fehlt der Ausführungsmaßnahme die gültige Rechtsgrundlage. Sie müßte aus diesem Grunde angefochten und der durch ihren Erlaß verursachte Schaden vor Gericht geltend gemacht werden können. Doch sind auch diese Klagen nicht zulässig, insoweit durch sie die Beziehungen der französischen Regierung zu einem anderen Staat betroffen werden, d.h. wenn die Theorie der Regierungsakte Anwendung findet. Bevor diese Theorie im einzelnen zu erörtern sein wird, sollen die Grenzen aufgezeigt werden, in denen die heutige Rechtsprechung von ihr Gebrauch macht.

5.1.1. Anfechtungsklagen gegen den völkerrechtlichen Vertrag selbst

Der Staatsrat erklärt grundsätzlich Klagen für unzulässig, die sich unmittelbar gegen einen völkerrechtlichen Vertrag oder ein Abkommen richten⁽⁴⁹²⁾. Dies gilt natürlich auch für Klagen, die sich nur gegen einzelne Bestimmungen eines solchen Vertrages richten⁽⁴⁹³⁾. Dabei macht es keinen Unterschied aus, ob es sich um einen recours en annulation pour excès de pouvoir oder aber einen recours en appréciation de validité handelt⁽⁴⁹⁴⁾.

Die Unzulässigkeit umfaßt auch alle Elemente, die zum Abschluß eines völkerrechtlichen Vertrages gehören, wie Unterzeichnung, Ratifizierung oder Billigung⁽⁴⁹⁵⁾. Die Zulässigkeit einer Anfechtungsklage gegen die Ratifizierung z.B. würde im Falle ihrer Begründetheit eben genau zu dem Ergebnis führen, zu dessen Feststellung sich die Verwaltungsgerichte für nicht befugt erachten:

(492) 5.8.1921, Goffard, Rec. 1921, 883; 11.7.1937, Soc. des Etablissements Alkan & Cie. DH 1937, 442, S. 1937, 3, 108, D. 1937, 3, 47, Anm. Silz; 14.3.1873, Goulet, Rec. 1873, 253

(493) 4.3.1964, Dechamps, JCP 1964, II, 13754

(494) 28.7.1951, Soc. Mathieu, Rec. 1951, 468

(495) 5.2.1926, Dame Caraco, D. 1927, 3, 1, Anm. Deveau; 3.3.1961, André et Soc. des tissages Nicolas Caimant, Rec. 1961, 154, RPDA 1961 Nr. 117

Die Ratifizierung müßte als unrechtmäßig aufgehoben werden, was gleichzeitig die Erklärung der Ungültigkeit des völkerrechtlichen Vertrages selbst bedeutete.

Diese Haltung der Rechtsprechung erscheint erklärlich, ohne daß die Theorie der Regierungsakte bemüht werden müßte - die, wie festzustellen sein wird, selbst weniger Gründe liefert als sucht. Es handelt sich hierbei im wesentlichen um die gleichen Erwägungen, die die Grenzen der richterlichen Kontrolle über die Gültigkeit der Verträge im Prozeß bestimmen. Diese Gründe fallen freilich noch erheblich mehr ins Gewicht, wo ein Vertrag unmittelbar mit einer Klage angegriffen wird, wo also seine Aufhebung begehrt wird, und nicht nur die Feststellung seiner Unanwendbarkeit innerhalb eines einzelnen Rechtsstreits.

Dies kommt besonders deutlich in der Entscheidung des Staatsrats vom 3. März 1961 zum Ausdruck⁽⁴⁹⁶⁾. Dieser Entscheidung liegt eine Klage auf Anfechtung des Verfahrens zugrunde, mit dem der EWG- und Euratomvertrag ratifiziert worden sind und die gesetzgeberische Ermächtigung zu diesen Ratifizierungen gegeben worden ist. Zur Begründung dieses recours pour excès de pouvoir wurde behauptet, daß diese Verträge erst nach Erlaß eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung hätten ratifiziert werden dürfen. Das Urteil, mit dem der Staatsrat die Klage abweist, stellt fest, daß

"die Klagebegründung, nach der das (die Ratifizierung billigende) Gesetz vom 2. August 1957 ... gegen die Verfassung vom 27. Oktober 1946 verstoße, nicht vor den Verwaltungsgerichten geltend gemacht werden kann".

(496) 3.3.1961, André et Soc. des tissages Nicolas Caimant, Rec. 1961, 154, RPDA 1961 Nr. 117

Dieses Ergebnis entspricht der herkömmlichen Weigerung der französischen Gerichte, die Verfassungsmäßigkeit völkerrechtlicher Verträge nicht zu überprüfen. Tatsächlich ist ein Vertrag kein Verwaltungsakt, der der Kontrolle des Staatsrats unterliegt, sondern ein zweiseitiger Rechtsakt, der zwischen zwei oder mehreren Staaten zustande gekommen ist⁽⁴⁹⁷⁾. Der kontraktuelle Ursprung als Ausdruck der Souveränität im internationalen Bereich läßt den völkerrechtlichen Vertrag für die Gerichte eines der an ihm beteiligten Staaten zu einem ähnlichen Tabu wie das innerstaatliche Gesetz werden, das als Ausfluß der *volonté générale*, also der Souveränität im internen Sinne, gerade für den französischen Richter einen unbedingten Befehl bedeuten. Ebensowenig wie Klagen gegen Gesetze zulässig sind, kann es daher zu den Befugnissen der Gerichte gehören, die Wichtigkeit eines völkerrechtlichen Vertrages festzustellen.

5.1.2. Anfechtungsklagen gegen die zur Ausführung eines völkerrechtlichen Vertrages erlassenen Maßnahmen

Aus denselben Gründen sind Klagen, die die Verletzung eines innerstaatlichen Gesetzes behaupteten, abgewiesen worden, wenn sie sich gegen eine Verordnung oder einen Verwaltungsakt richteten, die zur Ausführung eines internationalen Abkommens erlassen worden waren. Die Gerichte befürchteten, daß auf diesem Wege die Rechtmäßigkeit des Vertrages selbst in Frage gestellt werden könnte. Dabei wurde nicht danach unterschieden, ob die angegriffene Maßnahme in Ausführung einer durch den Vertrag gebundenen Kompetenz ergangen war oder aber ihr Inhalt im wesentlichen auf dem Ermessen der innerstaatlichen Behörde beruhte⁽⁴⁹⁸⁾.

(497) siehe Hiboyet, *La législation des loyers en France, le droit constitutionnel et de droit international*, RDIP 1929, 593; Chailley, aaO Nr. 91; Pinto, *Le contrôle de la régularité des conventions internationales*, 443

In diesem letzteren Falle macht jedoch die jüngere Rechtsprechung eine Ausnahme aus der grundsätzlichen Unzulässigkeit der Anfechtungsklagen, indem sie die angegriffenen Maßnahmen als "vom Vertrag trennbar" betrachtet⁽⁴⁹⁹⁾. Soweit von der Regierung oder der Verwaltung getroffene Maßnahmen "völlig unabhängig vom Vertrag selbst" sind, unterliegen sie richterlicher Kontrolle, d.h. sie können mit einer Anfechtungsklage angegriffen werden⁽⁵⁰⁰⁾. Hierbei handelt es sich z.B. um die Festlegung der Art und der Menge der Waren, die aufgrund eines völkerrechtlichen Abkommens zollfrei nach Frankreich eingeführt werden können⁽⁵⁰¹⁾, oder die Entscheidungen von Behörden, die mit der Festsetzung der Verteilung von Entschädigungen beauftragt waren, zu deren Zahlung sich ausländische Staaten pauschal zugunsten französischer Staatsbürger in einem völkerrechtlichen Vertrag verpflichtet hatten⁽⁵⁰²⁾.

Der Begriff der Trennbarkeit wird in der jüngeren Rechtsprechung auch auf solche Maßnahmen ausgedehnt, deren Inhalt bereits durch den völkerrechtlichen Vertrag bestimmt ist. Diese Ausweitung betrifft vor allem das Dekret zur Anordnung der Veröffentlichung. Bereits die Entscheidung "Dame Caraco"⁽⁵⁰³⁾ hatte die Trennbarkeit desselben insoweit bejaht, als es die innerstaatliche Ausführung des völkerrechtlichen Vertrages anordnete. Damit wurde

(498) CE 22.12.1922, Foltzer, Rec. 1922, 992; 20.11.1929, Soc. des Phosphates tunésiens S. 1930, 3, 61, Rec. 1930, 1008; 6.6.1934, Tep Suon, Rec. 1934, 644; 29.3.1935, Soc. Beudes, S. 1936, 3, 100; 11.5.1938, Gondal, Rec. 1938, 412; 3.7.1946, Soc. A. Lotti, Rec. 1946, 190; 28.7.1951, Soc. Mathieu, rec. 1951, 468

(499) "détachable", siehe zu dem Begriff in einzelnen unten 5.3.2.

(500) CE 27.6.1924, Goldschmidt et Strauss, Rec. 1924, 607; 28.1.1948, Lecanu, RDPSP 1948, 472, Anm. Waline, Rec. 1948, 41; 23.3.1952, Soc. des Etablissements Ricalens, Rec. 1952, 187; 1.3.1961, Dame Frank, Act. jur. 1961, II, 253; 30.10.1962, C.O.D.A.I. Act. jur. DA 1963, II, 104; 19.10.1962, Perruche, RDP 1963, 136; 13.3.1964, Vassil, Rec. 1964, 179, RGDIP 1964, 1013, RDP 1964, 843; 2.12.1964, Roty, Rec. 1964, 853

(501) siehe Entscheidung Goldschmidt et Strauss

(502) siehe Entscheidung Dame Frank

(503) siehe Fußnote 495

die theoretische Möglichkeit zugegeben, die Rechtmäßigkeit dieses Dekrets im Hinblick auf das innerstaatliche Recht zu überprüfen. Doch beschränkt sich die richterliche Kontrolle auf die Behauptung solcher Mängel, die dem Dekret selbst anhaften⁽⁵⁰⁴⁾. Dagegen fällt alles, was den Inhalt des Vertrages, die gesetzliche Ermächtigung zur Ratifizierung sowie die Ordnungsmäßigkeit letzterer angeht, nicht unter die Kompetenzen der Verwaltungsgerichte⁽⁵⁰⁵⁾.

Auf mittelbarem Wege erlaubt die Einführung des Begriffes der Trennbarkeit jedoch einen Rechtsschutz, der nicht sehr weit hinter der Möglichkeit einer unmittelbaren Anfechtung des Vertrages selbst zurückbleibt. Soweit nämlich Klagen gegen Maßnahmen zur Ausführung völkerrechtlicher Verträge unter dem Gesichtspunkt der Trennbarkeit zugelassen werden, ermöglicht dies eine Überprüfung der Ratifizierung bzw. Billigung und der Veröffentlichung in dem üblichen Rahmen⁽⁵⁰⁶⁾. Unmittelbare Klagen gegen den Vertrag, die sich auf eben diese Elemente beziehen, wären nicht zulässig. Die aufgrund der Trennbarkeit als zulässig angesehene Kontrolle führt nun dazu, daß etwa bei Fehlen der Ratifizierung die angegriffene Verordnung oder der angefochtene Verwaltungsakt aufgehoben werden⁽⁵⁰⁷⁾. Dies kommt insbesondere in den Fällen praktisch einer Feststellung der Ungültigkeit eines gegebenen Abkommens gleich, in denen dieses

(504) CE 16.3.1966, Cartel d'action morale et sociale, Cl. 1967, 383, Anm. Pinto, JCP 1967, II 15057, Rec. 1966, 211, RDP 1966, 610, RGDIP 1966, 708

(505) siehe CE 3.3.1961, André et Soc. des tissages Nicolas Caimant, Rec. 1961, 154, RPDA 1961, Nr. 177, Act. jur. DA 1962, II, 35, RDP 1962, 585, sowie besonders die Schlußanträge von Henry in RGDIP 1961, 626, sowie die dortige Anm. von Rousseau

(506) siehe oben Kapitel 2 und 3

(507) siehe CE 11.4.1962, Soc. Savana et Soc. des Etablissements Modeliarpeth, Rec. 1962, 261, RDP 1962, 1226, RGDIP 1963, 219, Anm. Rousseau

nicht ohne Ausführungsmaßnahmen anwendbar ist. Die Möglichkeit eines Rechtsschutzes durch Zugrundelegung des Begriffes der Trennbarkeit finden jedoch in der Praxis dort eine Grenze, wo die Gerichte den vertraglichen Bestimmungen bereits self-executing Charakter zuerkennen. Dabei gehen sie, wie festzustellen war⁽⁵⁰⁸⁾, in der Regel sehr weit.

5.1.3. Schadensersatzklagen

Ebenso wie Anfechtungsklagen gegen völkerrechtliche Verträge oder Maßnahmen zu deren Ausführung ursprünglich grundsätzlich unzulässig waren, ließ die Verwaltungsrechtsprechung auch keine Klagen auf Ersatz eines durch den Abschluß oder die Anwendung eines völkerrechtlichen Vertrages oder den Erlass einer Ausführungsmaßnahme verursachten Schadens zu⁽⁵⁰⁹⁾. Auch hier war zu befürchten, daß eine solche inzidenter im Prozeß erfolgende Vertragsanwendung eine richterliche Stellungnahme zu Fragen nötig machen könnte, zu deren Entscheidung die Gerichte nicht befugt waren. Daher wurde kein Unterschied gemacht zwischen den Fällen, in denen allein ein Schaden geltend gemacht wurde, und denen, die die Unrechtmäßigkeit des Abschlusses des betreffenden Vertrages behaupteten⁽⁵¹⁰⁾. Ebensowenig war von Bedeutung, ob zum Abschluß des betreffenden Vertrages die Ermächtigung des Parlaments vorgelegen hatte und ob derselbe durch den Staatsoberhaupt ratifiziert oder gebilligt worden war⁽⁵¹¹⁾. Zu einer diesbezüglichen Überprüfung konnte es schon deswegen nicht kommen, weil alle Klagen ohne Unterschied als unzulässig abgewiesen wurden.

(508) siehe oben 3.4.2.

(509) CE 12.2.1834, Argenton, Rec. 1834, 812; 14.2.1851, Lucas, Rec. 1851, 85; 5.3.1926, Général Gramat, Rec. 1926, 245; 1.6.1951, Soc. des étains et wolfram du Tonkin, Rec. 1951, 312, RJPUF 1951, 254, Anm. Donnedieu de Vabres; 29.10.1954, Taurin et Mérienne, D. 1954, 361, Anm. Benoît; 14.2.1961, Horrie, D. 1961, J 728, Anm. Rouyer-Hameray (510) CE 23.7.1875, Villebrun, Rec. 1875, 517; 5.12.1884, SA belge des chemins de fer, Rec. 1885, 875

(511) CE 7.9.1945, Soc. Worms et Cie, Rec. 1945, 189

Auch auf diesem Gebiet hat ein Wandel in der Rechtsprechung stattgefunden. So lassen jüngere Entscheidungen auch Klagen auf Ersatz eines Schadens zu, der durch die Maßnahmen zur Ausführung eines völkerrechtlichen Vertrages entstanden ist⁽⁵¹²⁾. Dabei wurde auch hier zunächst zur Bedingung gemacht, daß es sich bei dem schadensverursachenden Ereignis um eine von dem betreffenden völkerrechtlichen Vertrag trennbare Maßnahme handelt⁽⁵¹³⁾, wobei dieser Begriff später auch auf das Fehlen der Veröffentlichung des Vertrages ausgedehnt wurde⁽⁵¹⁴⁾.

Auch in diesem Zusammenhang gestattet die jüngere Rechtsprechung des Staatsrates eine weitergehende Kontrolle über das Vorliegen der Voraussetzungen für die innerstaatliche Gültigkeit des betreffenden internationalen Abkommens. So erklärt die Entscheidung vom 14. Januar 1959⁽⁵¹⁵⁾ ausdrücklich, daß die ministerielle Entscheidung, um die es ging, nicht als vom Vertrag untrennbare Maßnahme angesehen werden kann; da aber der Vertrag nicht veröffentlicht war, fehlte dieser Maßnahme die Rechtsgrundlage. Es erfolgte also eine Überprüfung dieser Voraussetzung der innerstaatlichen Anwendbarkeit.

Andere Entscheidungen lassen sogar Klagen zu, die einen Schaden aufgrund des Abschlusses eines völkerrechtlichen Vertrages geltend machen, ohne daß der Eintritt dieses Schadens von weiteren - möglicherweise trennbaren - Ausführungsmaßnahmen verursacht

(512) Ein anderes Problem, das auch die Gleichstellung mit den innerstaatlichen Gesetzen betrifft, ist dasjenige der Begründetheit dieser Klagen, das jedoch von den hier zu behandelnden Fragen der Zulässigkeit derselben zu trennen und an dieser Stelle allein zu behandeln ist; zur Begründetheit siehe unten 5.4.

(513) CE 18.11.1935, Bizet, Rec. 1935, 1028

(514) CE 7.12.1945, Soc. Ranc, Tiburce et Cie., S. 1946, 3, 29;

13.7.1961, Soc. indochinoise d'électricité, Rec. 1961, 519;

14.2.1962, D'Argence, Rec. 1962, 107; 10.12.1962, Soc. indochinoise de constructions électriques et mécaniques, Rec. 1962, 676

(515) Soc. française d'armement, RPD 1959, Nr. 47

worden wäre. Hierbei handelte es sich zunächst um Klagen, die sich auf eine vertragliche Haftungsgrundlage stützten, nämlich auf die vom Staat eingegangene Verpflichtung, bestimmte Schäden zu ersetzen. So ist anerkannt worden, daß der Abschluß eines völkerrechtlichen Vertrages in gleichem Maße als schadensverursachendes Ereignis die Haftung des Staates begründen kann wie der Erlass eines Gesetzes⁽⁵¹⁶⁾. Es sind aber auch Klagen zugelassen worden, die den Anspruch auf Ersatz eines aus einem Vertragsabschluß resultierenden Schadens auf eine außervertragliche Haftungsgrundlage stützten⁽⁵¹⁷⁾. Dies bedeutet jedoch nicht, daß seitdem Klagen Erfolg haben, die auf die Feststellung der Unrechtmäßigkeit des Abschlusses eines völkerrechtlichen Vertrages selbst hinauslaufen. Vielmehr führt eine solche Behauptung regelmäßig dazu, daß die Begründetheit derartiger Klagen verneint wird⁽⁵¹⁸⁾.

5.2. Die Verletzung des Vertrages selbst

Auch solche verwaltungsrechtlichen Klagen, die eine Verletzung des Vertrages selbst durch eine zu seiner Ausführung erlassene Maßnahme behaupten, sind nicht unter allen Umständen zulässig. Dabei entsprechen die Gründe, aus denen die Rechtsprechung diese Klagen unter Umständen abweist, denen, die die Unzulässigkeit der eine Verletzung des innerstaatlichen Rechts behauptenden Klagen erklären. Es versteht sich, daß Klagen gegen Gesetze, die in Anwendung eines völkerrechtlichen Vertrages erlassen wurden, unzulässig sind.

(516) CE 22.12.1961, SNCF, Rec. 1962, 738; Schlußanträge Combarneus; siehe zu diesem Urteil auch Chevallier, Le droit de la communauté européenne et les juridictions françaises, in RDP 1962, 646

(517) CE 30.3.1966, Compagnie générale radio-électrique, RDP 1966, 774 Schlußanträge Bernard, Act. jur. DA 1966 I 350, Anm. Puissochet und Leca, JCP 1967, II 15000, Anm. Dehaussy, Cl. 1967, 77, Anm. Touscoz; siehe dagegen auch 30.3.1966, Guyot, RGDIP 1967, 508, sowie 28.6.1967, Soc. des transports en commun de la région d'Hanoi, Rec. 1967, 279

(518) siehe auch unten 5.4.2.

Klagen, die eine Verletzung eines völkerrechtlichen Vertrages durch eine zu seiner Ausführung erlassene Maßnahme behaupten, sehen sich einem zusätzlichen Hindernis gegenüber: eine Maßnahme, die die Regierung oder Verwaltung zur Anwendung eines Vertrages beschließt, beruht stets auf einem bestimmten Verständnis des fraglichen völkerrechtlichen Vertrages, d.h. in der Maßnahme zur Anwendung liegt oft eine Stellungnahme zur Auslegung begriffen. Nun wird aber festzustellen sein, daß sich die Verwaltungsgerichte grundsätzlich für inkompetent erachten, völkerrechtliche Verträge auszulegen⁽⁵¹⁹⁾. Ausführungsmaßnahmen, die eine stillschweigende Vertragsauslegung enthalten, sind daher nicht mit verwaltungsrechtlichen Klagen anzugreifen, wenn - was in der Regel notwendigerweise der Fall ist - die Entscheidung des Gerichts eine Stellungnahme zu der implizierten Auslegung erfordern würde.

5.2.1. Anfechtungsklagen

Die ältere Rechtsprechung weist ausnahmslos Klagen ab, die eine Vertragsverletzung durch eine Ausführungsmaßnahme behaupten. Tatsächlich enthielt in vielen Fällen der angegriffene Verwaltungsakt eine Auslegung seitens der Regierung bzw. Verwaltung⁽⁵²⁰⁾. In den Fällen dagegen, in denen dies nicht der Fall war, ist es allein die Eigenschaft der Ausführungsmaßnahme, die die Zulässigkeit der Klagen hindert⁽⁵²¹⁾.

(519) siehe unten 6.1.

(520) CE 12.2.1904, Bachatori dit Bachadour, Rec. 1904, 105; 23.7.1924, Paulat, D. 1925, 3, 29; 9.1.1925, Baléchat, Rec. 1925, 26, D. 1925 III 65, Ann. Deveau; 21.1.1927, Commune de Lanne, D. 1929, 3, 49; 10.1.1930, Soc. française radio-électrique, Rec. 1930, 25

(521) CE 22.7.1921, Huter, Rec. 1921, 727; 4.11.1929, Vandelet et Faraud, Rec. 1929, 494; 10.3.1933, Reitlinger, Rec. 1933, 299; 15.5.1935, Strauss, Rec. 1935, 548

Die jüngere Rechtsprechung dagegen stellt auch hier auf die Trennbarkeit ab. So sind weiterhin Klagen unzulässig, die unmittelbar das Verhältnis zwischen der französischen Regierung und derjenigen eines anderen an dem betreffenden Vertrag beteiligten Staates angehen⁽⁵²²⁾. Dagegen sind Klagen zulässig gegen Ausführungsmaßnahmen, die von dem völkerrechtlichen Vertrag, in dem sie ihre Grundlage haben, trennbar sind⁽⁵²³⁾ oder keine stillschweigende Auslegung desselben enthalten⁽⁵²⁴⁾.

Diese Ausnahmen betreffen im Grunde denselben Sachverhalt. Wie bei der Untersuchung der Einstellung der Verwaltungsgerichte näher darzulegen sein wird, stellt deren Weigerung, völkerrechtliche Verträge auszulegen, einen besonderen Fall der Anwendung der Theorie der Regierungsakte dar. Deren Verwendung stützt sich hierbei auf die konkreten Gründe, daß eine Auslegung seitens der Gerichte diplomatische Schwierigkeiten auslösen könnte⁽⁵²⁵⁾.

(522) CE 28.5.1937, Decerf, S. 1937, 3, 373, Anm. Laroque; 16.3.1962, Prince Sliman Bey, RGDIP 1963, 220, Anm. Rousseau, zu dem Vertrag von Bardo, mit dem das Protektorat über Tunesien errichtet worden war; (523) CE 10.3.1936, Diakonoff, Rec. 1936, 339; 8.3.1939, Guéron, Rec. 1939, 65; 23.12.1949, Cominfi, Rec. 1949, 570; 30.5.1952, Dame Kirkwood, RDP 1952, 701, Anm. Waline; 27.5.1955, Soc. Kovit, RPDA 1955, 167, Schlußanträge Laurent; 3.2.1956, Petalas, Rec. 1956, 44, JCP 1956 II 9184; 26.10.1956, Lérin, RDP 1957, 753; 16.11.1956, Villa, RDP 1957, 123 Schlußanträge Laurent; 6.2.1957, Soc. La Trébonnaise, RDP 1957, 753, RPDA 1957, Nr. 84; 21.10.1949, Persager, Rec. 1949, 431; 16.6.1954, Chale, Rec. 1954, 358; 18.3.1954, Franco, Rec. 1954, 167; 18.6.1958, Girard, Rec. 1958, 360, RDP 1959, 377, Anm. Gervais; 3.7.1959, Soc. belge des auteurs, compositeurs et éditeurs, RPDA 1959, 278, RDP 1960, 387, Anm. Gervais; 12.2.1960, Soc. Eky, JCP 1960, II 11629, Anm. Vedel, D. 1960, 263, Anm. L'Huillier, RDP 1960, 676, Anm. Gervais; 11.2.1959, Cie. française des chemins de fer de l'Indochine et du Yunnan, Cl. 1960, 408, Anm. Pinto (524) CE 26.10.1934, Duhamel, S. 1935, 3, 25, Anm. Laroque; 11.7.1937, Soc. des établissements Aikan, D. 1939, 3, 47, Anm. Silz; 16.12.1955, Deltel, RDPSP 1956, 150, Anm. Waline, D. 1956, 44, Schlußanträge Laurent; 17.1.1958, Veuve Rubel, Rec. 1958, 33; 28.2.1958, Soc. financière et industrielle des pétroles, Rec. 1958, 133; 18.11.1960, Pionon, RPDA 1960, Nr. 369; Cl. 1961, 1064, Anm. Goldman; 13.7.1963, Dame Keim, Rec. 1963, 464; 20.12.1963, Hurni, RGDIP 1964, 755; 13.3.1964, Vassile, RGDIP 1964, 1013 (525) siehe unten 6.1.6.

Genau diese Gefahr besteht auch in den Fällen, in denen der Richter über nicht vom Vertrag trennbare Anwendungsmaßnahmen Recht sprechen würde. In dem hier angesprochenen Rahmen bedeutet daher die Trennbarkeit nichts anderes als die Tatsache, daß die fragliche Ausführungsmaßnahme keine Auslegung enthält⁽⁵²⁶⁾.

5.2.2. Anfechtungsklagen gegen im Widerspruch zum Gemeinschaftsrecht erlassene Ausführungsmaßnahmen

Die genannten Gründe, aus denen die Verwaltungsgerichte die Zulässigkeit von Klagen gegen Maßnahmen zur Ausführung völkerrechtlicher Verträge einschränken, haben nicht die gleiche Bedeutung im Rahmen des Gemeinschaftsrechts. So hat der Staatsrat die Zulässigkeit eines recours pour excès de pouvoir zugelassen, der eine Verletzung des Artikels 37 des Vertrages von Rom durch den Erlass einer innerstaatlichen Verordnung behauptete⁽⁵²⁷⁾. In dem Urteil vom 10. Februar 1967⁽⁵²⁸⁾ wird die Behauptung einer Vertragsverletzung zugelassen, doch als unbegründet abgewiesen, indem erklärt wird, daß die fraglichen Bestimmungen nicht unmittelbar anzuwenden sind.

Eine andere Entscheidung hebt ein Dekret vom 3. Juli 1963 auf, jedoch nicht unmittelbar wegen Widerspruchs zum Gemeinschafts-

(526) aber nur in diesem Rahmen, da sowohl das Fehlen der Trennbarkeit als auch das Auslegungsverbot die Grenzen der richterlichen Kontrolle auch auf anderen Gebieten ausschließen; im übrigen läßt der Staatsrat in diesem Zusammenhang die Anwendung der "Theorie des klaren Sinnes" zu: CE 18.2.1949, Veuve Cuisson, Rec. 1949, 66; 18.5.1949, Veuve Rolland, Rec. 1949, 229; 7.3.1951, Garot, Rec. 1951, 141; 26.12.1951, Galtier, Rec. 1951, 621; 5.12.1952, Cie. française des Hydrocarbures, RDPSP 1952, 173, Anm. Waline; zu dieser Theorie siehe unten 6.1.3.

(527) CE 19.6.1964, Shell-Berre, Rec. 1964, 344; die Klage wurde jedoch als unbegründet abgewiesen

(528) Petitjean, Rec. 1967, 63

recht, sondern wegen Verstoßes gegen das Dekret vom 27. Juli 1962, das bestimmt hatte, daß spätere Verordnungen im Einklang mit dem EWG-Recht zu stehen hätten⁽⁵²⁹⁾. Diese Entscheidung ist im übrigen mit den Urteilen zu vergleichen, die den Vorrang völkerrechtlicher Verträge bestätigen, indem sie sich auf das Gesetz vom 28. Mai 1943 über die Anwendung der Miet- und Pachtgesetze auf Ausländer stützen, die die in diesen Verträgen enthaltenen Vergünstigungen geltend gemacht hatten⁽⁵³⁰⁾.

5.2.3. Schadensersatzklagen

Im Rahmen der Erweiterung der Zulässigkeit verwaltungsrechtlicher Klagen auf der Grundlage der Abgrenzung zwischen von den betreffenden völkerrechtlichen Verträgen trennbaren und untrennbaren Ausführungsmaßnahmen hat der Staatsrat auch Klagen auf den Ersatz des Schadens zugelassen, der durch das fehlerhafte Funktionieren der mit der Anwendung eines Vertrages beauftragten französischen Verwaltungsbehörde verursacht worden war⁽⁵³¹⁾. Auch in diesem Rahmen wird die Überprüfung der Voraussetzungen der innerstaatlichen Anwendbarkeit völkerrechtlicher Verträge erweitert. Dabei schließt es der Staatsrat aus, daß sich auf Verträge berufen wird, die nicht veröffentlicht sind⁽⁵³²⁾.

(529) CE 15.2.1967, Rec. 1967, 73, Rev. trim. dr. eur. 1967, 404, Schlußanträge Braibant.

(530) siehe dazu oben 4.3.2.2.

(531) siehe vor allem 18.5.1955, Soc. Anonyme des tanneries lyonnaises, Rec. 1955, 265, aber auch schon 11.6.1937, Soc. Georges Paras, S. 1937, 3, 109; 9.11.1945, Gracia-Bauderesse, Rec. 1945, 231

(532) CE 20.10.1967, Soc. française d'entreprises de dragages et de travaux publics, RDP 1968, 694

5.3. Bemerkungen zu dieser Rechtsprechung

Wie in den ersten Kapiteln dieser Untersuchung bereits festzustellen war, sind den Möglichkeiten richterlicher Überprüfung der Voraussetzungen der innerstaatlichen Anwendbarkeit völkerrechtlicher Verträge enge Grenzen gesetzt. Wie in dem vorangegangenen Kapitel deutlich wurde, sind diese Grenzen noch enger gezogen, wenn die richterliche Kontrolle auf unmittelbarem Wege begehrt wird, wenn also nicht eine Einrede, sondern Klage erhoben wird. Wie schon zu bemerken war und wie in dem nachfolgenden Kapitel über die Auslegung der völkerrechtlichen Verträge noch im einzelnen darzulegen sein wird, bestehen darüber hinaus Beschränkungen der richterlichen Nachprüfung aufgrund des Umstandes, daß sich die Gerichte nur unter erheblichen Einschränkungen zur Interpretation befugt erachten, die Verwaltungsgerichte grundsätzlich gar nicht. Im folgenden soll versucht werden, die Grundlagen dieser Rechtsprechung - oder vielmehr des Ausschlusses einer Rechtsprechung auf den angesprochenen Gebieten - aufzudecken.

5.3.1. Die Theorie der Regierungsakte

Die Weigerung der Gerichte, auf bestimmten Gebieten eine Kontrolle auszuüben, wird in der Rechtslehre allgemein dadurch erklärt, daß auf diesen Gebieten die sogenannte "Theorie der Regierungsakte" Anwendung finde⁽⁵³³⁾. Diese Theorie behauptet das Vorhandensein

(533) siehe Duez, Les actes de gouvernement; Waline, Droit administratif, Nr. 322; De Laubadère, Traité élémentaire de droit administratif, S. 228 ff; Apelt, L'acte de gouvernement dans la jurisprudence et la doctrine en France et en Allemagne, in CE, Livre jubilaire, 1952, S. 655 ff; Duez et Debeyre, Traité de Droit administratif, Nr. 726; Odent, aaO S. 126; Stassinopoulos, Responsabilité de l'Etat du fait des actes de gouvernement ayant trait aux relations internationales, aaO S. 641 ff; derselbe S. 1961, 20; Virally, Conseil d'Etat et les

von Regierungshandlungen, die normative Bedeutung für die Rechtsordnung haben, jedoch keiner richterlichen Kontrolle unterliegen. Dies sei die Folge aus Gründen, die ihnen eigen seien und die ihre Zusammenfassung in der Kategorie eben der "Regierungsakte" erlauben. Dabei stellt sich einmal die Frage, ob tatsächlich eine solche Kategorie existiert. Zum anderen kann die Einordnung als Regierungsakt allein noch nicht den Ausschluß richterlicher Kontrolle begründen. Vielmehr bedarf es in jedem Falle einer besonderen Rechtfertigung dafür, daß eine gerichtliche Überprüfung in dem fraglichen Zusammenhang nicht stattfinden kann, was dann erst die Einreihung in die Regierungsakte begründen kann. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß die Gerichte selbst diesen Begriff niemals namentlich verwenden, sondern daß die Theorie der Regierungsakte lediglich die Erklärungsversuche bezeichnet, die die Rechtslehre zur Rechtfertigung - aber auch zur Kritik - der Rechtsprechung unternimmt.

5.3.1.1. Die Begründung der Anwendung der Theorie der Regierungsakte auf dem Gebiet der Anwendung völkerrechtlicher Verträge

Zur Begründung der Haltung der Rechtsprechung ist gesagt worden, daß die Führung der auswärtigen Angelegenheiten, und insbesondere der Abschluß und die Anwendung völkerrechtlicher Verträge, Sache der Regierung ist. Diese empfangen die eventuellen Beschwerden der anderen an einem Vertrag beteiligten Staaten, und nur sie könne zu diesen Stellung nehmen. Daher habe sie über die Anwendung internationaler Abkommen besonders zu wachen. Dieses Argument⁽⁵³⁴⁾ berechtigt zumindest zu dem Einwand, daß es grundsätzlich Aufgabe der Rechtsprechung ist, über die Rechtmäßigkeit

traités internationaux, JCP 1953, I, 1098; derselbe, L'introuvable acte de gouvernement, RDPSP 1952, 317; derselbe, les actes de gouvernement en droit français; Chapus, L'Acte de gouvernement; Monstre ou victime?, D. 1958 chron. 5
(534) siehe Kiss, aaO, S. 23

aller rechtssetzenden und recht anwendenden Instanzen zu befinden. Die Befürchtung einer Sinnmischung in die Tätigkeit der Regierung auf außenpolitischem Gebiet kann hier deshalb nicht durchschlagen, weil grundsätzlich die Pflicht der Richter auf die Beurteilung vollziehender Akte beschränkt ist, d.h. auf eine Zeit, zu der von einer Entscheidung kein Nachteil ausgehen kann (535).

Eine Ausnahme bildet hier höchstens der Fall, daß der Richter einen Vertrag falsch anwendet oder auslegt und dadurch die Haftung des Staates begründet. Doch ist es zur Vermeidung dieser Gefahr nicht notwendig, **kategorisch** bestimmte Klagen oder Auslegungskompetenzen auszuschließen - es würde ausreichen, wenn sich die Gerichte in echten Zweifelsfällen mit der Bitte um Auslegung an die Regierung wenden und auch diese nur als Information werten.

Zur Ergänzung des genannten Arguments wird in der Regel auf den Grundsatz der Gewaltenteilung hingewiesen. Der französische Richter habe die Befürchtung, daß er durch eine Überprüfung auf den fraglichen Gebieten seine Kompetenzen überschreite und in diejenigen der Regierung eindringe (536). Auch diesem Gesichtspunkt kann bei näherer Betrachtung nicht gefolgt werden. Es ist keineswegs zwingend, die funktionelle Gewaltenteilung der organisatorischen Gewaltenteilung in diesem Sinne zuzuordnen (537). Zwar lassen sich völkerrechtliche Verträge insoweit mit der Führung der auswärtigen Angelegenheiten in Verbindung bringen, als sie ein Mittel zur Verwirklichung der von der Regierung angestrebten Außenpolitik sein können. Unter dem hier jedoch im Vordergrund stehenden Aspekt ihrer Anwendung und Auslegung im innerstaatlichen Bereich unterfallen sie dagegen eher der

(535) siehe BVerfGE VI, 327: Durch Ausführungen des Bundesverfassungsgerichtes über die Gültigkeit internationaler Verträge wird die Bundesregierung in ihrer Handlungsfreiheit im völkerrechtlichen Verkehr nicht beschränkt

(536) siehe Kiss, Rép. 109

(537) siehe Maunz, S. 66 und 236

Rechtsprechung, d.h. der Funktion, die sich normalerweise an die Gerichtsorganisation knüpft. Der Hinweis auf die Gewaltenteilung ist also im Grunde mehr ein Argument gegen als für die Haltung der Gerichte⁽⁵³⁸⁾.

5.3.1.2. Die für die Haltung der Gerichte bestimmenden Elemente

Diese Einstellung läßt sich also auf der Grundlage streng rechtlicher Betrachtungsweise kaum begründen. Daher soll versucht werden, die praktischen außerrechtlichen Gründe aufzudecken, die für diese Rechtsprechung ausschlaggebend sind, um diese so - wenn auch nicht rechtfertigen - so doch wenigstens erklären zu können. Ein hier naheliegender Gesichtspunkt scheint die Verteilung der Gewichte zu sein, die die Verfassung zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gewaltenteilung vornimmt.

Frankreich ist als eine der ältesten Demokratien, in der das Prinzip der Gewaltenteilung verwirklicht worden ist, auch heute noch in verschiedener Hinsicht auf eine ältere, **traditionellere** Weise demokratisch als andere Länder, die diese Grundsätze erst später und damit oft in bereits weiterentwickelter Form aufgenommen haben. An dieser Situation hat sich auch nichts wesentliches aufgrund der Tatsache geändert, daß nach dem Kriege zwei neue Verfassungen ergingen. Denn diese haben verschiedene, im Laufe der französischen Verfassungsgeschichte immer wieder bestätigte Grundlagen der staatlichen Organisation unverändert übernommen.

(538) im übrigen war es gerade Montesquieu gewesen, der neben die beiden bereits von Locke "geteilten" Gewalten der Exekutive und Legislative die Jurisdiktion als unabhängige dritte Gewalt gestellt hatte, siehe Geist der Gesetze, Buch XI, Kap. 6, S. 22 der Neuausgabe von Forsthoff; auch für eine Einschränkung des Grundsatzes der Gewaltenteilung auf der Grundlage des komplementären Prinzips der "checks and balances", also der gegenseitigen Kontrollen und Hemmnisse, fehlt hier jeder Anknüpfungspunkt

Die Verfassung von 1958 bedeutet in dieser Hinsicht sogar eine Besinnung auf Grundsätze, deren Aufgabe die Konstitution von 1946 bereits eingeleitet hatte. So huldigt die heutige Verfassung längst obsoleten Vorstellungen wie denen der nationalen Souveränität, die in der Person des Staatspräsidenten verkörpert wird. Sie räumt diesem unvergleichlich weitgehende Machtbefugnisse ein⁽⁵³⁹⁾. Gemäß Artikel 5 ist der Präsident der Republik Hüter der Verfassung; er scheint ihr also nicht in gleichem Maße unterworfen zu sein wie die anderen Gewaltträger. Nach Artikel 14 ist er darüberhinaus Chef der Diplomatie. Diese Regelung ist nichts Außergewöhnliches, da auch in demokratischen Staaten die Staats- bzw. Regierungschefs Herr ihrer Außenpolitik bleiben.⁽⁵⁴⁰⁾ Schließlich bestimmt Artikel 64, daß der Staatspräsident Hüter der Unabhängigkeit der richterlichen Gewalt ist. Es läßt sich nicht verkennen, daß ihm dies eine gewisse Handhabe über eben diese Gewalt verleiht⁽⁵⁴¹⁾. Im übrigen befindet sich gerade die Verwaltungsrechtsprechung in einer besonderen Lage, denn sie war ursprünglich ein Teil der Exekutive und sieht sich daher auch heute noch - obwohl den Verwaltungsgerichten in unserer Zeit der Gerichtscharakter nicht bestritten werden kann - in einer gewissen Abhängigkeit gegenüber der Regierung, mit deren Handlungen sie sich solidarisch zu erklären geneigt ist. Hinzukommt, daß sich die französischen Gerichte als Diener der Legislative betrachten, als den "Mund des Gesetzes", dessen Anwendung allein sie sicherzustellen haben⁽⁵⁴²⁾.

Zum anderen läßt die französische Rechtsprechung auf dem Gebiet der Anwendung völkerrechtlicher Verträge deutlich erkennen, daß es den Richtern vor allem darum geht, nicht die Einheit des Staates

(539) sogenannter Orleanismus, d.h. der Präsident ist politisch nicht für alle Handlungen vor dem Parlament verantwortlich; nach Loewenstein, Verfassungslehre, S. 103, dreht sie "den Zeiger der Uhr bis zur orleanistischen Verfassung von 1830 und sogar bis zur Charte von 1814 zurück".

(540) siehe Bouthoul, Sociologie de la politique, S. 70

(541) siehe Peuch, Cour de droit constitutionnel

(542) siehe Lardy, aaO, S. 140

in Frage zu stellen⁽⁵⁴³⁾. In diesem Zusammenhang bedeutet "Gewaltenteilung" nicht mehr ein staatsrechtliches Konzept, sondern eine Form der Kompetenzverteilung, die den Zweck hat, Überschneidungen und damit widersprüchliche Maßnahmen zu vermeiden. Es bedarf keiner Hervorhebung, daß dieses Verständnis von der Gewaltenteilung die ihr zugrundeliegende Staatsphilosophie auf den Kopf stellt.

5.3.1.3. Bemerkungen zu der Theorie der Regierungsakte

Es entspricht allgemeiner Ansicht, daß es eine Grenze der gerichtlichen Nachprüfung gibt, daß also ein bestimmter Bereich der Ausübung staatlicher Gewalt keiner richterlichen Kontrolle unterfällt⁽⁵⁴⁴⁾. Der Versuch, diese Begrenzung des Rechtsschutzes mit dem Begriff des Regierungsaktes zu rechtfertigen, wirft zunächst die Frage auf, ob dieser Begriff im inhaltlichen oder formellen Sinne zu verstehen ist. Auch wenn man⁽⁵⁴⁵⁾ darunter nur diejenigen Regierungshandlungen versteht, bei denen beide Kriterien erfüllt sind, ermöglicht dies noch keine brauchbare Bestimmung der Grenzen, innerhalb derer die gerichtliche Kontrolle ausgeschlossen ist.

Die Kompetenz der Gerichte beschränkt sich auf die Entscheidung über Rechtsverhältnisse. Sie besteht dagegen nicht, wo ein Streit über außerrechtliche Beziehungen geführt wird. Vielmehr sind Klagen, die Entscheidungen über andere als Rechtsfragen begehren, unzulässig⁽⁵⁴⁶⁾. Versteht man unter Regierungsakten solche

(543) weshalb materielle Kontrollen weitgehend ausgeschlossen sind, siehe oben 2.1.4. Die Unabhängigkeit des Richters besteht nur innerhalb der Grenzen, die durch die Gesetze bestimmt sind, wobei auch deren Bestehen nur einer formellen Überprüfung unterliegt

(544) siehe Forsthoff, S. 466

(545) wie dies Wolff, Verwaltungsrecht Band I, S. 265 tut

(546) Ule, aaO, S. 23

Handlungen zur Ausübung hoheitlicher Gewalt, die politische Entscheidungen außerhalb des Rahmens rechtlicher Gebundenheit darstellen, so besteht für diese in der Tat eine Ausnahme von der richterlichen Zuständigkeit⁽⁵⁴⁷⁾. Besagtes Merkmal haftet den fraglichen Hoheitsakten selbst an und begründet den Ausschluß richterlicher Überprüfung ihres Inhalts. In diesem Sinne können völkerrechtliche Verträge als Regierungsakte bezeichnet werden. Es entspricht allgemeinen Rechtsgrundsätzen, daß Klagen, die sich auf eine materielle Kontrolle richten, unzulässig sind.

Die eigentliche Theorie der Regierungsakte beginnt jedoch erst jenseits dieses Gebietes. In den anderen Fällen, in denen die Gerichte keine Klagen zulassen, handelt es sich durchaus um Streitigkeiten über rechtliche Beziehungen. Es fehlt hier also - im Gegensatz zu einer Klage auf inhaltliche Überprüfung des Vertrages selbst - keineswegs das Kriterium, das zur Begründung der richterlichen Zuständigkeit notwendig ist. Demnach kann es aber nur ein zusätzlicher Grund sein, der - im nachherein - die gerichtliche Kontrolle unmöglich macht. Wie festzustellen war, kann dieser Grund nicht rechtlicher Natur sein, denn alle rechtlichen Erwägungen sprechen eher für eine Aufgabe dieses Reservats fehlender Rechtsstaatlichkeit. So ergibt sich die Unzulässigkeit der Klagen dort allein aus dem Umstand, daß der Streitgegenstand irgendwie mit einem Regierungsakt - dem völkerrechtlichen Vertrag - in Verbindung steht. Dies bedeutet, daß die Gerichte die Justizfreiheit dieser Hoheitsakte zu einer allgemeinen Gerichtsfreiheit ausdehnen.

Dieser Ausschluß der richterlichen Kontrolle geht weiter, als rechtliche Erwägungen ihn rechtfertigen könnten. Er widerspricht sogar allen rechtlichen Überlegungen. Seine Erklärung kann daher allein auf außerrechtlichem, d.h. politischem Gebiet liegen. Die Eigenschaft eines Hoheitsaktes, politische Bedeutung zu haben,

(547) siehe Ule, aaO, S. 129; siehe auch Smend, Die politische Gewalt im Verfassungsstaat, in Staatsrechtliche Abhandlungen, S. 71, sowie die dort zitierte Literatur

haftet aber im Grunde jeder Regierungshandlung an und erlaubt daher keine brauchbare Abgrenzung. Die Frage, wie politisch eine solche Handlung ist, läßt sich kaum jemals genau beantworten. Die Verwendung eines solchen Kriteriums erscheint noch weniger möglich, wenn es von außen in ein Rechtsverhältnis hineingetragen wird, das mit dieser Begründung der richterlichen Kontrolle entzogen werden soll. Denn dabei stellt sich zusätzlich das Problem, in welchem Umfang das fragliche Rechtsverhältnis davon betroffen ist⁽⁵⁴⁸⁾.

Der Vorwurf, der der Theorie der Regierungsakte zu machen ist, ist also vor allem die Tatsache, daß sie die Gerichte nur deswegen zum Schweigen verurteilt, weil völkerrechtliche Verträge eine mehr oder weniger große Rolle spielen⁽⁵⁴⁹⁾. Die Schwäche dieser Begründung kommt besonders deutlich in der Tatsache zum Ausdruck, daß durchaus nicht alle Klagen unzulässig sind, die völkerrechtliche Verträge betreffen. Je nach Betrachtungsweise erscheint den Richtern einmal eine Klage so eng mit einem völkerrechtlichen Vertrag im Zusammenhang zu stehen, daß das politische Element überwiegt und somit die Unzulässigkeit begründet, während Klagen bezüglich desselben Vertrages zulässig sein können, wenn rechtliche Fragen im Vordergrund stehen. Das Problem der Regierungsakte liegt also im wesentlichen im Charakter des Verwaltungsrechtsschutzes begründet⁽⁵⁵⁰⁾. Soweit die Richter sich weigern, Klagen zuzulassen, beruhen diese Entscheidungen auf politischen Erwägungen und werden nur nachträglich mit einer rechtlichen Begründung verkleidet. Dem Begriff des Regierungs-

(548) so schließt der Staatsrat z.B. die Anwendung der Theorie der Regierungsakte aus, wenn keine vertragliche Verpflichtung seitens Frankreich besteht, siehe CE 30.11.1962, Cie. de developpement agricole et industriel, Rec. 1962, 664; siehe auch Paul de Geouffre de la Pradelle, Jurisdiction administrative et droit international, Etudes documentaires Conseil d'Etat 1962, S. 13

(549) auch ohne den Begriff des Regierungsaktes namentlich zu verwenden, verfährt die französische Rechtsprechung auf eben diesem Weg

(550) siehe Forsthoff, aaO, S. 16

aktes kommt daher selbst kein Erklärungswert zu. Sein Kriterium ist allein das einer Negation, nämlich des Ausschlusses richterlicher Kontrolle.

5.3.2. Der Begriff der Trennbarkeit

Die Willkürlichkeit der Abgrenzung, nach der sich die Unzulässigkeit der Klagen bestimmt, wird noch deutlicher bei näherer Betrachtung des Kriteriums, nach dem über die Ausnahmen aus dem Grundsatz der Unzulässigkeit entschieden wird, also dem Begriff der Trennbarkeit⁽⁵⁵¹⁾. Wie festzustellen war, neigt die jüngere Rechtsprechung dazu, die actes détachables in weiterem Umfang zuzulassen und damit die acte de gouvernements einzuschränken⁽⁵⁵²⁾. Dies betrifft vor allem die Rechtsprechung zu den Fragen der Veröffentlichung der völkerrechtlichen Verträge, führt mittelbar jedoch auch zu einer Kontrolle der Rechtmäßigkeit des Vertragsabschlusses selbst. Wenn eine zur Ausführung eines völkerrechtlichen Vertrages erlassene Maßnahme, die mit einer Anfechtungsklage angegriffen wird, auf einem nicht ordnungsgemäß ratifizierten oder veröffentlichten Vertrag beruht, so wird sie aufgehoben, es sei denn, daß sie ihre Grundlage im innerstaatlichen Recht findet.

Die Aufgabe der Theorie der Regierungsakte auf diesem Gebiet führt gleichzeitig zur Aufgabe einer Rechtsprechung, die im Ergebnis die Verwirklichung monistischer Konzeptionen bewirkt hatte. Dies war der Fall, soweit Klagen als unzulässig abgewiesen wurden, die eine Verletzung des innerstaatlichen Rechts durch

(551) "acte détachable", siehe dazu Rousseau, Principes, Nr. 264; Duez, Les actes de gouvernement, 62 ff; Virally, L'introuvable acte de gouvernement, RDPSP 1952, 346 ff; De Laubadère, Traité élémentaire de droit administratif Nr. 420; Benoist, L'interprétation des traités d'après la jurisprudence française, RHDI 1953, 105; Colliard, La notion d'acte détachable et son rôle dans la jurisprudence du Conseil d'Etat

(552) siehe Dehaussy, aaO Heft 12 A, Nachtrag zu Nr. 64, aa Stassinopoulos, RGDIP 1969, 23

einen zur Ausführung eines völkerrechtlichen Vertrages erlassenen Verwaltungsakt behaupten. Selbst wenn solche Klagen begründet waren, weil der fragliche völkerrechtliche Vertrag eigentlich in der innerstaatlichen Rechtsordnung nicht anzuwenden war, also tatsächlich eine Verletzung des innerstaatlichen Rechts gegeben war, so war die betreffende Ausführungsmaßnahme nach der älteren Rechtsprechung nicht mit Rechtsmitteln anzugreifen. Auf diese Weise erlangte der Vertrag mittelbar Vorrang vor den französischen Gesetzen⁽⁵⁵³⁾.

Doch beruht die Abgrenzung zwischen *acte détachable* und *acte non détachable* nicht auf so eindeutigen Kriterien, wie die Schlußanträge von Letourneur vor der Entscheidung des Staatsrats vom 30. Mai 1952⁽⁵⁵⁴⁾ dies erwarten ließen⁽⁵⁵⁵⁾. Andererseits machen aber gerade diese Schlußanträge deutlich, worauf die neuere Entwicklung der Rechtsprechung beruht: Seit Erlaß der Verfassung von 1946 haben die völkerrechtlichen Verträge Gesetzeskraft erhalten, d.h. sie sind eine eigenständige Rechtsquelle geworden, auf die die gleichen allgemeinen Prinzipien anzuwenden sind wie auf innerstaatliche Gesetze. Welche Stellung internationale Abkommen in der innerstaatlichen französischen Rechtsordnung in anderer Hinsicht einnehmen, wird im folgenden zu untersuchen sein.

(553) CE 3.7.1946, Soc. A. Lotti, Rec. 1946, 190; 28.7.1951, Mathieu, Rec. 1951, 468; Nancy, 6.2.1963, Maire d'Auboué, Rec. 1963, 678; siehe auch Virally, *Le Conseil d'Etat et les traités internationaux*, JCP 1953, I, 1098 sowie Gervais, *AFDI* 1965, 13; ein entsprechendes Ergebnis war schon bei der Weigerung der Gerichte festzustellen gewesen, die Ordnungsmäßigkeit der Ratifizierung im materiellen Sinne zu überprüfen, siehe dazu oben 3.3.2.

(554) Dame Kirkwood, *RDPSP* 1952, 781

(555) siehe Dehaussy, *aaO* Heft 12 A Nachtrag zu 64

5.4. Die Gleichstellung der völkerrechtlichen Verträge mit den innerstaatlichen Gesetzen

Zwar erfahren völkerrechtliche Verträge gemäß dem, was im vorangegangenen Abschnitt festzustellen war, als selbständige Quelle des Verwaltungsrechts grundsätzlich die gleiche Behandlung wie innerstaatliche Gesetze. Doch ist diese Gleichstellung den Beschränkungen unterworfen, die auch die jüngere Rechtsprechung hinsichtlich der Zulässigkeit von Klagen macht, die sich auf völkerrechtliche Verträge beziehen. Hier sollen nun die weiteren Gesichtspunkte erörtert werden, unter denen die Frage der Gleichstellung aufgeworfen wird.

Dabei ist zunächst darauf hinzuweisen, daß die ordentlichen Gerichte die Anwendung völkerrechtlicher Verträge niemals im Sinne der Theorie der Regierungsakte einschränken⁽⁵⁵⁶⁾. Der Kompetenzgerichtshof folgt in dieser Hinsicht der Rechtsprechung der ordentlichen Gerichte⁽⁵⁵⁷⁾.

Die Gleichstellung der völkerrechtlichen Verträge mit den innerstaatlichen Gesetzen findet in der Rechtsprechung aus der Zeit vor 1946 ihre Grundlage in dem Umstand, daß die Verträge regelmäßig wie Gesetze "promulgiert" wurden⁽⁵⁵⁸⁾. Die Gleichbehandlung drängte sich noch mehr in den Fällen auf, in denen zum Abschluß der Verträge ein Billigungsgesetz ergangen war. Daher erklären verschiedene Entscheidungen, daß die betreffenden völkerrechtlichen Abkommen zu innerstaatlichen Gesetzen geworden sind⁽⁵⁵⁹⁾.

(556) CC comm. 19.12.1956, Soc. Valcke Frères, Bull. civ. 1956 III 352; Tribunal Lyon 12.3.1953, JCP 1954, II, 8032; CC civ. 3.2.1954, Etat français ./ Garcia, JCP 1954 IV 38, AFDI 1955, 549

(557) Tribunal des Conflits, 24.6.1954, Barbaran ./ Etat français, AFDI 1955, 549 und 581; 26.5.1954, Soc. des Hauts-fourneaux de la Chiers ./ Administration des Douanes, Act. jur. 1954, II 327

(558) siehe dazu oben 3.3.1.1.

(559) Paris, 11.4.1892, Cl. 1892, 389; CC crim. 28.2.1930, Kiss, Rép. I 1049 - 1054 und 1056; Trib. comm. Seine, 9.7.1964, DMF 1964, 243; CC comm. 2.2.1954, I, 333; CC civ I, 6.7.1954, Dehodes, Cl. 1956, 136; CC comm. 8.5.1963, Bull. civ. III, 1963, 90

Andere Entscheidungen - und dies ist die Mehrzahl - betrachten dagegen internationale Verträge als eine neben den innerstaatlichen Gesetzen bestehende, unabhängige Rechtsquelle. Diese Anschauungen liegen denjenigen Urteilen zugrunde, die bereits vor 1946 monistische Konzeptionen offenbaren⁽⁵⁶⁰⁾.

Diese Anschauungen entsprechen der seit dem Krieg geltenden verfassungsrechtlichen Lösung. Nach dieser - und dies ist in der Konstitution der IV. Republik noch wörtlich zum Ausdruck gekommen - haben völkerrechtliche Verträge grundsätzlich Gesetzeskraft, besitzen jedoch Vorrang vor den innerstaatlichen, ihnen widersprechenden Gesetzen. Dies bedeutet, daß die Verträge als eigenständige Rechtsquelle mit einer den französischen Gesetzen zumindest entsprechenden Verbindlichkeit anerkannt sind. Soweit nicht die besondere Frage eines materiellen Konflikts - also die des Vorrangs - gestellt ist, besteht gemäß der Verfassung - auch der in dieser Hinsicht weniger ausführlichen Regelung von 1958 - eine funktionelle Gleichstellung zwischen völkerrechtlichen Verträgen und innerstaatlichen Gesetzen.

Eine gewisse Widersprüchlichkeit offenbart die französische Rechtsprechung zur Frage der Qualifizierung des Gemeinschaftsrechts. Während gewisse Entscheidungen von einer Gleichstellung mit dem innerstaatlichen Recht ausgehen⁽⁵⁶¹⁾, erkennen die meisten Urteile die Eigenständigkeit des Gemeinschaftsrechts an⁽⁵⁶²⁾, gründen jedoch dessen Vorrangigkeit sowohl auf Artikel 55 der französischen Verfassung als auch auf die Natur des Gemeinschaftsrechts⁽⁵⁶³⁾.

(560) siehe oben 4.3.2.3.

(561) Trib. comm. Marseille, 13.5.1969, GP somm. S. 3

(562) CE 22.12.1961, SNCF, Rec. 1961, 739

(563) sowie gegebenenfalls auf Artikel 189 des Vertrages von Rom; siehe Cour d'Appel Paris, CTM ./ Maschinbau Ulm, 22.2.1967, D. 1967, 631; siehe auch Chevallier, aaO

5.4.1. Die Anwendung ex officio

Völkerrechtliche Verträge legen sich den Parteien und dem Richter mit der gleichen Verbindlichkeit wie innerstaatliche Gesetze auf, d.h. sie sind ex officio anzuwenden⁽⁵⁶⁴⁾. Das bedeutet zunächst, daß die Parteien keine Möglichkeit haben, ihre Privatrechtsverhältnisse, soweit es sich bei den Bestimmungen der betreffenden völkerrechtlichen Verträge nicht um dispositives Recht handelt, auf andere Weise zu regeln, als dies in eben diesen Abkommen bestimmt ist⁽⁵⁶⁵⁾.

Daraus folgt aber auch, daß wie bei einer Gesetzesverletzung die Verletzung eines völkerrechtlichen Vertrages Revisionsgrund ist⁽⁵⁶⁶⁾. Auch der Staatsrat läßt Rechtsmittel zu, die die Aufhebung einer verwaltungsgerichtlichen Entscheidung wegen Vertragsverletzung begehren⁽⁵⁶⁷⁾.

(564) CC civ. 15.7.1811, De Champeaux-Grammont, S. 1811, 1377; Rouen, 12.7.1957, Soc. La Marine Marchande ./.. Cie Générale Transatlantique, RCDIP 1957, 648, Anm. Jambu-Merlin, RDP 1958, 365; CC civ. I, 20.12.1960, Flor, JCP 1961, IV 14, RDP 1961, 908; Paris, 26.1.1963, UNEF ./.. Etablissement Consten, JCP 1963, II 13103, Schlußanträge Desangles, Cl. 1963, 728, Anm. Goldman, D. 1963, 189, Anm. Robert; Trib. Gr. Inst. Seine, 4.7.1961, Cie La Nationale ./.. Bachy, RCDIP 1962, 545, Anm. Gavalda, Cl. 1962, 186, Anm. Sialelli, AFDI 1962, 937; Rouen 21.11.1963, GP 1964, I 223; CC civ. 23.4.1969, D. 1969, 341

(565) Trib. comm. Rouen, 8.2.1968, Assureurs ./.. Cie. Générale Transatlantique et Armement R. Bornhausen, DMF 1969, 546

(566) "pourvoi en cassation": CC civ. 15.7.1811, S. 1811, I 377; 11.2.1890, Cassanova ./.. Nouzille, S. 1891, I 109; Schlußanträge Roujat. 11.5.1927, de Raemy et Tamer, Cl. 1928, 378; 4.4.1960, Bull. Civ. 1960 III Nr. 134 S. 122; CC soc. 17.12.1963, Bull. civ. 1963, IV S. 734; 16.11.1966, Bull. civ. 1966, 5; CC civ. I, 24.6.1968, Bull. civ. I, 134; CC soc. 3.7.1968, Bull. civ. V S. 289; siehe auch zum Gemeinschaftsrechts: CC soc. 16.2.1965, D. 1965, 723; 26.7.1969, Bull. civ. V, S. 374

(567) CE 11.12.1959, Commissaire du gouvernement près la Commission de répartition d'indemnité des nationalisations tchécoslovaques und 11.12.1959, Banque des pays de l'Europe Centrale, RDP 1960, 877

Die Verkenntung oder unrichtige Auslegung von Bestimmungen völkerrechtlicher Verträge kann unter Umständen gemäß Artikel 86 des Gesetzes der 20. Ventôse des Jahres VIII zu einer Berufung "dans l'intérêt de la loi" führen⁽⁵⁶⁸⁾. Wirksamer, da sie Wirkung für die Prozeßparteien hat, stellt sich jedoch die Aufhebung wegen "excès de pouvoir" dar, die früher Artikel 80 des gleichen Gesetzes vorgesehen hatte und heute durch Artikel 52 des Gesetzes vom 23. Juli 1947 eröffnet wird. Im Falle der Feststellung einer Verkenntung der Bestimmungen eines völkerrechtlichen Vertrages durch eine untere Instanz erfolgt Aufhebung der Entscheidung⁽⁵⁶⁹⁾.

5.4.2. Die Begründetheit der Schadensersatzklagen

Wie bei der Untersuchung der Zulässigkeit verwaltungsrechtlicher Klagen schon festzustellen war, hat die Gleichstellung völkerrechtlicher Verträge mit den innerstaatlichen Gesetzen allmählich, wenn auch nicht zu einer Aufgabe, so doch zumindest zu einer Einschränkung der Anwendung der Theorie der Regierungsakte geführt. Damit sind auch Schadensersatzklagen gegen den Staat aus dem Gesichtspunkt der Haftung für den Abschluß und die Anwendung völkerrechtlicher Verträge zugelassen worden. Die Gleichbehandlung von Vertrag und Gesetz müßte nun auf der Grundlage der Rechtsprechung "La Fleurette", die die Haftung des Staates für Schäden aus gesetzgebende Akte eröffnet hatte, auch dazu führen, die Begründetheit der Klagen zu bejahen, einen solchen Schaden in Zusammenhang mit einem völkerrechtlichen Vertrag geltend machen.

(568) CC civ. 19.5.1863, S. 1863, I 353

(569) CC Req. 23.1.1933, S. 1933, I, 249, Anm. Rousseau; 18.3.1935, GP 1935 I 715; 5.2.1936, RCDIP 1936, 1, 157, S. 1936, 1, 151, RCDIP 1936, 451; CC civ. 6.7.1954, Cl. 1956, 136, Anm. Sialelli, RCDIP 1954, 612, Schlußanträge Rey und Anm. Leonan; CC civ. 4.6.1955, JCP 1955, II 8777, RCDIP 1956, 66, Anm. Batiffol

Die Gleichbehandlung müßte, um vollständig zu sein, eine Übertragung der Regeln erlauben, nach denen die Haftung des Staates als Gesetzgeber bestimmt wird; es müßten die gleichen Bedingungen anwendbar sein auf die Frage der Begründetheit von Klagen, die den Ersatz des Schadens begehren, der sich aus den staatlichen Tätigkeiten auf dem Gebiet der "internationalen Gesetzgebung" herrührt, also aus dem Abschluß völkerrechtlicher Verträge.

Wie schon im Rahmen der Zulässigkeit ist auch hier als erste Entscheidung das Urteil des Staatsrats vom 22. Dezember 1961⁽⁵⁷⁰⁾ zu nennen, das sowohl die Zulässigkeit als auch die Begründetheit einer Klage auf Schadensersatz bejaht, wobei als tragender Gedanke die Gleichbehandlung von Vertrag und Gesetz deutlich zu Tage tritt. Die Grundlage für die Haftung war in dieser Rechtsache eine vertragliche Vereinbarung zwischen der französischen Regierung und den französischen Staatsbahnen, nach deren Wortlaut letztere für alle Einbußen zu entschädigen waren, die sich für sie aus gesetzlichen oder verwaltungsrechtlichen Maßnahmen ergaben. Dem Abschluß eines völkerrechtlichen Vertrages - der im vorliegenden Fall im Rahmen der EGKS zustande gekommen war - wurde die gleiche Bedeutung wie dem Erlaß einer innerstaatlichen Rechtsnorm beigemessen. Eine Anerkennung der Staatshaftung ist mit dieser Entscheidung jedoch noch nicht erfolgt, da eben Haftungsgrundlage ein Vertragsverhältnis war⁽⁵⁷¹⁾.

Die außervertragliche Haftung wurde schließlich in der Entscheidung des Staatsrates vom 30. März 1966⁽⁵⁷²⁾ grundsätzlich bejaht. Diese Entscheidung legt die Voraussetzungen fest, nach denen sich die Anwendung der Rechtsprechung "La Fleurette" in dem hier angesprochenen Zusammenhang bestimmt:

(570) SNCF, Rec. 1961, 739

(571) worauf die Schlußanträge des Regierungskommissars Combarnous ausdrücklich hinweisen

(572) Cie. générale radio-électrique, Rec. 1966, 257

- der fragliche völkerrechtliche Vertrag muß in der innerstaatlichen Rechtsordnung anwendbar, d.h. ordnungsgemäß ratifiziert und veröffentlicht sein;
- weder der Vertrag noch das eventuell zu seiner Ratifizierung ermächtigende Gesetz dürfen unmittelbar oder im Wege der Auslegung in dem Sinne zu verstehen sein, daß eine Entschädigungspflicht ausgeschlossen sein soll;
- es muß sich um einen besonderen und beachtlichen Schaden handeln, so daß eine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes angenommen werden muß.

Andere Entscheidungen dagegen machen die Grenzen der Tragweite dieser Rechtsprechung deutlich, die zwar grundsätzlich die Haftung des Staates bestätigt, doch noch weit von praktischer Bedeutung entfernt ist. An erster Stelle ist hier die am gleichen Tage vom Staatsrat ausgesprochene Entscheidung "Guyot"⁽⁵⁷³⁾ zu nennen. Tatsächlich hatte der Kläger keine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes - bezüglich des ihn treffenden besonderen Schadens - behauptet, sondern das Verhandlungsgeschick der französischen Regierung auf dem Gebiet des Abschlusses völkerrechtlicher Verträge in Frage gestellt. Damit bezog sich der Streitgegenstand weniger auf einen infolge des Abschlusses des betreffenden Vertrages erlittenen Schaden als auf den Inhalt der Vereinbarungen, die im Verlaufe der Verhandlungen festgelegt worden waren. Eine richterliche Kontrolle über die dem Vertragsabschluß vorausgehenden Verhandlungen findet jedoch nicht statt⁽⁵⁷⁴⁾; insofern haben wir es ohne Zweifel mit einem "Regierungsakt" zu tun.

Das Wiederauftauchen der Theorie der Regierungsakte auf der Ebene des Sachurteils geht jedoch weiter, als die zuletzt genannte Entscheidung es vermuten läßt. Selbst wenn kein Verschulden

(573) 30.3.1966, RGDIP 1967, 503; siehe auch 4.10.1968, Sieur Levy, Rec. 1968, 473; 18.12.1968, Sieur Beinish, Cl. 1969, 361, Ann. Ruzié; 29.11.1969, Jallagrand, D. 1969, J 386, Ann. Silvera; JDI 1969, 382, Ann. Ruzié, RDP 1969, 606, Ann. Waline; die Mehrzahl der genannten Entscheidungen bezieht sich auf die Genfer Abkommen von 1954
 (574) siehe Puisoye, JCP 1965, I 1939

der französischen Regierung beim Vertragsabschluss beanstandet wird - was, wie in so. zuletzt zitierte ⁽⁵⁷⁵⁾ Fall, wiederum die Anwendung der Theorie der Regierungsakte erlaubt - schleicht sich diese Theorie auf dem Umweg über die Kausalität wieder ein. Dies kommt besonders deutlich in dem Urteil des Staatsrats vom 28. Juni 1967 zum Ausdruck ⁽⁵⁷⁵⁾. Im Rahmen der hier in Frage stehenden "responsabilité pour risque" ⁽⁵⁷⁶⁾ findet die Adäquanztheorie Anwendung. Die Zugrundelegung des Kriteriums der Adäquanz hat nun den Staatsrat dazu geführt, den Schaden, für den Ersatz begehrt wurde, der Handlung einer "collectivité publique étrangère" zuzurechnen - einer ausländischen öffentlich-rechtlichen Gemeinschaft also, als die hier die nicht anerkannte Volkrepublik Nordvietnam bezeichnet wird. Die Beziehungen zu einer solchen ausländischen Gemeinschaft unterfallen aber in keinem Falle den richterlichen Kompetenzen des Staatsrats. Der Begriff der Kausalität wird insofern zu Hilfe genommen, um den Begriff des Regierungsaktes wieder einzuführen ⁽⁵⁷⁷⁾.

Andere Urteile folgen dem Weg, der durch die Entscheidung "Compagnie générale radio-électrique" gewiesen worden war. Sie verneinen die Begründetheit der Klagebegehren, indem entweder die Besonderheit des erlittenen Schadens verneint wird oder gesagt wird, daß die Bestimmungen des betreffenden völkerrechtlichen Vertrages eine Entschädigungspflicht ausschließen ⁽⁵⁷⁸⁾.

(575) Sté. des transports en commun de la région d'Hanoi, Rec. 1967, 276; siehe auch 13.12.1967, Sté. indochinoise des maiseries et rizeries, Rec. 1968, 167; 3.5.1968, Sté. indochinoise des Bois et des Mines, RDP 1968, 1141

(576) unter dem Begriff "responsabilité pour risque" fällt die französische Rechtsprechung die Aufopferung und die Gefährdungshaftung zusammen, siehe Forsthoff, aaO S. 316

(577) siehe Touscoz, Ann. Cl. 1967, 77; siehe Duez et Debeyre, aaO S. 434; Chapus, Responsabilité publique et responsabilité privée, S. 308 ff; Benoit, JCP 1957, I, 1351

(578) CE 31.1.1969, Sieurs Moraly et Sté. Maison Moraly Rec. 1969, C,

wiederum andere Schadensersatzklagen werden als unbegründet abgewiesen, wobei sich die erkennenden Gerichte auf Erwägungen stützen, die sich auf den Grundsatz des Vorrangs der völkerrechtlichen Verträgen vor den innerstaatlichen Gesetzen beziehen. Der Vorrang wird hier als das beide Rechtsquellen unterscheidende Merkmal verstanden; der Gedanke einer Gleichbehandlung - selbst im funktionellen Sinne - wird damit ausgeschlossen. So hatte eine Klage vor dem Staatsrat keinen Erfolg, mit der der Ersatz des Schadens verlangt wurde, der sich aus der Änderung eines französischen Gesetzes als Folge aus dem Abschluß eines internationalen Abkommens ergeben hatte⁽⁵⁷⁹⁾. Die Konsequenz aus der Statuierung der Vorrangigkeit des letzteren wird also nicht so angesehen, daß sie die Haftung des Staates begründe.

Gleiches gilt indes auch für das Ausbleiben einer Änderung oder Aufhebung der innerstaatlichen Gesetze: So ist der Staatsrat der Ansicht, daß die Entscheidung der Regierung darüber, einen völkerrechtlichen Vertrag zu veröffentlichen oder nicht zu veröffentlichen, allein die Beziehungen der französischen Regierung zu den anderen Unterzeichnerstaaten angeht und daher nicht öffentlich-rechtliche Ersatzansprüche begründen kann⁽⁵⁸⁰⁾.

D. 1969, J 426, Anm. Silvera, JCP 1969, II 15847, Anm. Ribs und Manesse, RDP 1969, 656, RGDIP 1969, 1151, Anm. Rousseau; 23.4.1969, D. 1969, 341, JCP 1966, 15097; 5.11.1969, Sté. des domaines de Sainte Louise, DA 1969, 541; es handelt sich bei diesen Rechtssachen um die Anwendung der Verträge von Evian, deren Eigenschaft als völkerrechtliche Verträge vom Staatsrat auf der Grundlage regierungsamtlicher Auslegung anerkannt worden war, siehe oben 1.3.1.5., siehe auch Rousseau, Anm. in RGDIP 1963, 110; siehe dagegen die Meinung, die derselbe in seiner Anm. in RGDIP 1966, 204 zum Ausdruck bringt. Diese Anerkennung erlaubt es hier, die Schadensersatzklage mit einem Sachurteil abzuweisen. Andere Entscheidungen dagegen kommen zu dem gleichen Ergebnis mit der Begründung, daß das fragliche Abkommen nicht die Eigenschaft eines völkerrechtlichen Vertrages habe, siehe Trib. adm. Paris, 10.2. 1970, Sté. Européennes d'Etudes et d'Entreprises, JCP 1971 II 16310, Anm. Ruzié
(579) CE 27.6.1969, Sté. Savana, Rec. 1969 Tables 707, RGDIP 1970, 520 (50) CE 4.11.1970, Sieur de Walglave, Rec. 1970, 635; siehe auch 24.1.1951, Rec. 1951, 39

Der Vorrang der internationalen Verträge liegt schließlich aus Grund dafür sein, daß sich der Anbruch auf den Gevorsatz nicht gegen den französischen Staat richten kann. So ist es entschieden worden, daß für einen Schaden, der infolge der Erlaßung einer EWG-Verordnung erlitten worden ist, nicht Frankreich, sondern allenfalls die Kommission der Europäischen Gemeinschaften haftbar gemacht werden könne^(5.1).

5.4.3. Die Gleichstellung der völkerrechtlichen Verträge mit den innerstaatlichen Gesetzen auf den übrigen Gebieten

Andere Gesichtspunkte, unter denen sich ein Vergleich zwischen der Anwendung der innerstaatlichen Gesetze und der völkerrechtlichen Verträge anbietet, sind bereits erwähnt worden oder werden noch zu behandeln sein. So war festzustellen, daß sich die Anwendbarkeit völkerrechtlicher Abkommen auf die Überseeischen Departements und Gebiete in der Zeit vor 1954 nach den gleichen Grundsätzen bestimmte wie diejenige der französischen Gesetze^(5.2). Ebenso verhält es sich mit dem Problem einer eventuellen Rückwirkung^(5.3). Schließlich ist eine Gleichbehandlung - wenn man in diesen Zusammenhang von einer solchen sprechen will - insoweit festzustellen, als Verträge und Gesetze keiner Kontrolle seitens der Gerichte bezüglich ihrer inhaltlichen Verfassungsmäßigkeit unterliegen.

Dagegen zeigen die französischen Gerichte eine gewisse Zurückhaltung, den Bestimmungen völkerrechtlicher Verträge in gleichen Maße wie innerstaatlichen Gesetzen eine unmittelbare praktische Anwendbarkeit zuzuerkennen. Die unterschiedliche Behandlung war in Bezug auf Auslieferungsverträge weniger wichtig sein, hat jedoch ungleich größere Bedeutung auf dem Gebiet des Gemeinschaftsrechts. Obwohl der Stantarat in seinem Gutachten vom 20. Mai 1954

(5.1) CE 5.11.1971, Comptoir agricole du Pays-de-Normandie, RGDP 1972, S. 910

(5.2) siehe oben 5.4.1.1.

(5.3) siehe oben 5.4.1.1.

Die Gleichstellung der Gemeinschaftsrechte mit den Rechtsätzen des französischen innerstaatlichen Rechts grundsätzlich anerkannt hat, weigern sich verschiedene Entscheidungen⁽⁵⁰⁴⁾, die unmittelbare Anwendbarkeit von gemeinschaftsrechtlichen Normen zu bejahen, denen der Europäische Gerichtshof eben diese Eigenschaft zuerkannt hatte⁽⁵⁰⁵⁾. Schließlich ist zu bemerken, daß sich der französische Richter nicht der ihm von der innerstaatlichen Rechtsordnung zur Verfügung gestellten Mittel bedient, um die Regierung zum Erlaß der für die Anwendbarkeit erforderlichen Maßnahmen zu veranlassen⁽⁵⁰⁶⁾.

Auf einem Gebiet endlich kann grundsätzlich nicht von einer Gleichbehandlung gesprochen werden⁽⁵⁰⁷⁾, nämlich dem der Auslegung. Nur einer der wichtigsten Ausgangspunkte ist derselbe: insoweit keine Unterschiede hinsichtlich der Kompetenzen der Gerichte zur Auslegung bestehen, hebt der Kassationshof die Urteile unterer Gerichte auf, die sich geweigert haben, völkerrechtliche Verträge auszulegen⁽⁵⁰⁸⁾. Die Einzelheiten der Rechtsprechung zu den Fragen der Auslegung der völkerrechtlichen Verträge werden Gegenstand der sich nun anschließenden Betrachtungen sein.

(504) CC 11.12.1959, Cl. 1961, 120

(505) Rechtssache "Van Gend en Loos"; siehe auch oben 3.4.2.

(506) CC civ. I 23.4.1969, Kassalo ./.. Crédit foncier d'Algérie et de Tunisie, Bull. civ. 1969, I 109

(507) worauf die Schlußanträge von Letourneur vor der Entscheidung "Dane Kirkwood" auch ausdrücklich hinwiesen; siehe auch Gervais, AFDI 1965, 19

(508) CC civ. I, 193.1963, Receveur-percepteur du 5e arrondissement de Paris ./.. Chassagne, JCP 1963, II 15270, Anm. Marc Ancel, D. 1963, 529, Anm. Malaurie, Cl. 1963, 1044, Anm. Goldman, RCDIP 1964, 93, Anm. Batiffol

6. Die Auslegung völkerrechtlicher Verträge

Die Bedeutung der Auslegung völkerrechtlicher Verträge für deren Anwendung durch die Gerichte war schon bei der Behandlung der Fragen des Vorrangs der Verträge vor den innerstaatlichen Gesetzen und dem Problem der Zulässigkeit verwaltungsrechtlicher Klagen deutlich geworden. Im folgenden soll die gerichtliche Auslegungspraxis nun im Zusammenhang untersucht werden.

Die Haltung der französischen Gerichte bezüglich der Auslegung völkerrechtlicher Verträge ist durch eine ausgeprägte Zurückhaltung gekennzeichnet. Während sich die Gerichte der meisten anderen Länder dafür kompetent erachten, im Rahmen von Rechtsstreitigkeiten über die Anwendung völkerrechtlicher Verträge, die in ihre Zuständigkeiten fallen, diese im gleichen Umfang wie andere Rechtssätze auszulegen, gilt dies nicht für die französische Rechtsprechung. Diese hat ihre Kompetenz zur Auslegung internationaler Abkommen immer mehr eingeschränkt und wendet sich im Fall von Auslegungsschwierigkeiten immer häufiger an die Regierung mit der Bitte um "regierungsamtliche Auslegung", zu der in der Regel der Außenminister befugt ist. Diese allgemeine Haltung der französischen Richter äußert sich jedoch in verschiedener Weise in der Rechtsprechung der ordentlichen und der Verwaltungsgerichte⁽⁵⁸⁹⁾.

(589) siehe dazu allgemeine Stassinopoulos, *Remarques sur la jurisprudence française relative à l'interprétation des traités internationaux*, RGDI 1969, I 5 ff; Rousseau, *Principes*, Nr. 409 - 415; Mestre, *RCADI* 1931, IV, 283 - 302; Barthélémy et Duez, *Traité du droit constitutionnel*, S. 360 ff; Valéry, *Manuel*, Nr. 451 f

Grundlage der Rechtsprechung der ordentlichen Gerichte ist eine Unterscheidung zwischen Fragen, die sich auf Privatinteressen beziehen, und solchen, die den *ordre international public* betreffen. Ihre Kompetenz zur Auslegung völkerrechtlicher Verträge bejahen sie herkömmlicherweise nur im ersten Fall⁽⁵⁹⁰⁾. Im Falle der zweiten Alternative dagegen sind nicht sie, sondern die Regierung zur Auslegung befugt. Die Haltung der Verwaltungsgerichte ist demgegenüber sehr viel **kategorischer**: sie halten sich in keinem Fall dazu ermächtigt, internationale Abkommen auszulegen, sondern setzen, wenn sich eine Auslegungsfrage stellt, das Verfahren aus, bis die Regierung erklärt hat, welcher Sinn der streitigen Bestimmung beizulegen ist⁽⁵⁹¹⁾.

Eine ähnliche Teilung der Kompetenzen zur Auslegung, wie sie der Rechtsprechung der Zivilgerichte zugrundeliegt, kann unter Umständen zwischen den innerstaatlichen französischen Gerichten und dem Europäischen Gerichtshof auf der Grundlage der Artikel 150 des Euratom-Vertrages und 177 des EWG-Vertrages erfolgen. Die Teilung geschieht hier also zwischen zwei Behörden, denen beiden Gerichtscharakter zukommt. So ist der Europäische Gerichtshof dafür kompetent, in einer Vorabentscheidung über Fragen der Auslegung zu entscheiden, die sich auf Bestimmungen des Euratom- oder EWG-Vertrages oder aber auf Rechtshandlungen der Gemeinschaftsorgane beziehen. Nach den genannten Artikeln muß die Vorlage zur Vorabentscheidung erfolgen, wenn es sich bei dem innerstaatlichen Gericht um ein solches handelt, gegen dessen Entscheidungen keine innerstaatlichen Rechtsmittel mehr offenstehen. Sie kann erfolgen durch die unteren Gerichte, gegen deren Urteile Berufung oder Revision einzulegen sind.

(590) als erste in diesem Sinne ergangene Entscheidung wird gewöhnlich diejenige des Kassationshofes vom 24.6.1839 Napiet, Fox et Consorts ./.. Duc de Richmond, DP 1839 I 257; S. 1839 I 577 (591) diese Rechtsprechung hat ihren Ursprung in der Entscheidung des Staatsrates vom 3.9.1823, Rougemont, Rec. 1823, 675

Die unteren Gerichte können also die europäischen Verträge und die Rechtshandlungen der Gemeinschaftsorgane selbst auslegen, wenn sie der Meinung sind, daß eine Vorlage zur Vorabentscheidung durch den Europäischen Gerichtshof überflüssig ist.

Den Kompetenzen der französischen Gerichte zur Auslegung völkerrechtlicher Verträge sind darüberhinaus Grenzen dadurch gesetzt, daß bereits eine Auslegung vorhanden ist, die entweder durch ihre Form oder durch die Autorität der sie erteilenden Behörde auch für die innerstaatlichen französischen Gerichte verbindlich ist.

So war schon davon die Rede, daß der Gesetzgeber selbst in den Streit über die einem völkerrechtlichen Vertrag zu gebende Auslegung eingreift, indem er diese durch den Erlaß eines entsprechenden Gesetzes festlegt. Dies geschah z.B. mit dem Gesetz vom 20. März 1943 über die Anwendung der Gesetze auf dem Gebiet des Miet- und Pachtrechtes auf Ausländer, denen durch völkerrechtliche Verträge die Gleichbehandlung mit den französischen Staatsbürgern zugesichert war⁽⁵⁹²⁾. Erstaunlicherweise hat sich die französische Rechtsprechung auf dieses Gesetz auch noch später im Rahmen der Auslegung von Gesetzen gestützt, die nach seinem Erlaß ergangen sind⁽⁵⁹³⁾. Wie festzustellen war, führte die Anwendung der in diesem Gesetz ausgesprochenen Auslegungsregel zu einem Vorrang völkerrechtlicher Verträge vor den widersprechenden innerstaatlichen Gesetzen. Da der Grundsatz des Vertragsvorrangs zu dieser Zeit bereits Eingang in die Ver-

(592) JO vom 6.8.1943, S. 2046; siehe zu den dieses Gesetz berücksichtigenden Entscheidungen oben 4.3.2.2.

(593) siehe oben 4.4.2.1. zu den Rechtsstreitigkeiten auf dem Gebiet der Rückeinweisung der während der Besatzungszeit ausgewiesenen Mieter; siehe auch Ourliac et de Juglart, La condition des fermiers et des metayers étrangers depuis la loi du 13 Avril 1946, JCP 1946 I 555; Esmein, Les difficultés d'application du statut des baux ruraux, GP 1947 I, doctrine 26

fassung gefunden hatte, kann weniger das Ergebnis erstaunen, zu dem diese Rechtsprechung gelangt, als der Weg, den sie einschlägt. So ist nicht ersichtlich, aus welchen Gründen besagtes Gesetz formell Vorrang vor späteren Gesetzen haben sollte und wie es diesen gegenüber seinen Geltungsbereich erweitern könnte⁽⁵⁹⁴⁾.

Die Richter haben auch eine solche Auslegung zu befolgen, die bezüglich der Statuten einer internationalen Organisation durch die kompetenten Organe derselben gegeben wird, soweit die Statuten diese Organe ausdrücklich dazu ermächtigen. Dies ist z.B. der Fall in den Verträgen von Bretton Woods zur Gründung des Weltwährungsfonds⁽⁵⁹⁵⁾.

Ebenso versteht es sich, daß die Gerichte durch die Auslegungen gebunden sind, die einem völkerrechtlichen Vertrag in einem Anhang oder Protokoll beigelegt sind⁽⁵⁹⁶⁾.

Schließlich sind Verträge, die zur Auslegung eines bereits gültigen völkerrechtlichen Vertrages abgeschlossen werden, als Teil des Vertrages anzusehen⁽⁵⁹⁷⁾ und daher für den Richter im gleichen Maße verbindlich wie diese selbst⁽⁵⁹⁸⁾. Auslegungsverträge sind also im gleichen Umfange wie andere völkerrechtliche Verträge einer richterlichen Kontrolle entzogen. Eine "authentische Interpretation" braucht nicht durch ein Abkommen ausgesprochen zu werden, das allein zu diesem

(594) siehe auch CC comm. et fin., 29.11.1965, Caisse nationale des marchés de l'Etat ./.. Soc. nationale des Chemin de fer belge, Bull. civ. 1965, II 547

(595) siehe dazu Paris 20.6.1961, de Boer veuve Moojen ./.. Ducro, Cl. 1962, 718, RCDIP 1962, 67, Ann. Loussouarn

(596) Tribunal Grande Instance Seine, 16.4.1961, Soc. Barker Bros. Co. ./.. Bossez, D. 1961, 499, AFDI 1962, 934

(597) siehe CC crim., 22.1.1963, RDP 1963, 1230; CC civ. 24.3.1965, Bull. civ. 1965, II 211

(598) und unter den gleichen Voraussetzungen, siehe zur Rechtsprechung zum Problem der Verbindlichkeit auslegender Verträge Kiss, Rép. I Nr. 355 bis 660, 320 f und oben 2.1.1.3. und 2.1.2.3.

weck abgeschlossen ist. Sie ist in gleicher Weise verbindlich, wenn sie sich aus einem späteren Vertrag ergibt, der das gleiche Gebiet betrifft⁽⁵⁹⁹⁾. Dieser Gedanke findet übrigens auch im Rahmen der regierungsamtlichen Auslegung Anwendung.

6.1. Die Auslegung in der Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte

Im Gegensatz zu den ordentlichen Gerichten machen die Verwaltungsgerichte keinen Unterschied zwischen den einzelnen Gesichtspunkten, unter denen sich Auslegungsfragen stellen: sie weigern sich in jedem Falle, völkerrechtliche Verträge auszulegen. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Auslegung bereits von zuständiger Stelle erfolgt ist oder nicht. Fehlt sie, so setzen die Verwaltungsgerichte aus und beantragen sie. Ist sie dagegen bereits ergangen, so wird sie als verbindlich angesehen, und die Einwände, die gegen sie erhoben werden, nicht zugelassen.

Doch erfährt auch dieses Prinzip in der Praxis Einschränkungen in mehrerer Hinsicht. Im folgenden sollen die Konsequenzen näher untersucht werden, die sich aus der Haltung der Verwaltungsgerichte ergeben, ihre eigene Kompetenz zur Auslegung völkerrechtlicher Verträge zu verneinen.

6.1.1. Der von den Verwaltungsgerichten befolgte Grundsatz

Der von der Verwaltungsrechtsprechung befolgte Grundsatz, eine Auslegung völkerrechtlicher Verträge nicht selbst vorzunehmen, hat seit 150 Jahren immer wieder Bestätigung gefunden. Zahllose Entscheidungen sind in diesem Sinne ergangen⁽⁶⁰⁰⁾.

(599) CC soc. 3.2.1951, *époux Lucan c./ époux Gauchet*, Bull. civ. IV 172, 136, Cl. 1961, 1094, AFDI 1962, 935

(600) CE 5.7.1907, *Humblot*, Rec. 1907, 637; 5.6.1921, *Goffart*, Rec.

6.1.2. Die Ausnahmen aus dem Grundsatz

Mindestens die ältere Rechtsprechung des Staatsobersten hat auch dessen Kompetenz anerkannt, völkerrechtliche Verträge wenigstens auf bestimmten Gebieten auszulegen⁽⁶⁰¹⁾. Dies ist z.B. zu Fragen der Steuerimmunität konsularischer Beamten geschehen,

1921, 333; 23.7.1924, Paulat, RDP 1924, 585, D. 1925, 3, 9; 21.1.1927, Commune de Lanne, Cl. 1927, 1109, D. 1929, 3, 49, Anm. Deveaux; 14.11.1930, Merklen, D.H. 1931, 55; 4.7.1931, Karl et Toto Samé, S. 1931, 3, 129, Anm. Rousseau, Schlußanträge Ettori; 26.10.1934, Du hamel, S. 1935, 3, 25, 28.5.1937, Decerf, Cl. 1938, 767, S. 1937, 3, 75; 11.8.1937, Sté. des Atbls. Alkan, D. 1939, 3, 47, Anm. Silz, S. 1937, 3, 108, RCDIP 1938, 455, RGDIP 1939, 400; 23.12.1936 und 15.7.1938, Cie des services contractuels des Messageries Maritimes ./.. Tito Landi, Rec. 1936, 1154, RGDIP 1938, 466, Cl. 1937, 771, 1939, 68; 23.2.1940, Scholtes, Rec. 1940, 78; 28.7.1951, RCDIP 1953, 104, Anm. Loussouarn; 28.2.1952, Soc. commentry, RCDIP 1953, 108; 27.5.1955, Kovit, RPDA 1955, 167, Rec. 1955, 308, AFDI 1956, 776, Anm. Kiss; 18.3.1955, Franco, RPDA 1955, Nr. 205; 25.1.1956, Bolufer, AFDI 1957, 691; 3.2.1956 Fernandez, RDP 1956, 981; 3.2.1956, Petalas, JCP 1956, II, 9183, Anm. Vitu, Cl. 1957, chron. 154, RPDA 1956, Nr. 75; 26.10.1956, Lérin, RDP 1957, 755, Anm. Gervais; 29.3.1957, Sté. des Mines et fonderies de la Vieille Montagne, RDP 1958, 1122; 30.9.1957, GP 1957, 1, 361; 18.4.1958, Hedi Ben Zakour, RDP 1958, 1123; 25.6.1958, X..., Cl. 1960, 808, Act. jur. D A 1959, Nr. 145; 19.6.1959, Hussmann, RPDA 1959, Nr. 255; 8.7.1960, Sté Indochinoise d'électricité, Rec. Lebon 1960, 458, RPDA 1960, Nr. 286, AFDI 1961, 912; 18.11.1960, Pion, 3 Entscheidungen, Cl. 1961, 1064, Anm. Goldman, RPDA 1960, 369, Act. Jur. D.A. 1961, II, 75, Anm. Jacquignon, RDP 1961, 909; 25.1.1963, Costa, Rec. 1963, 47; 19.6.1963, Cie. des eaux de Hanoi, Rec. 1963, 375; 23.10.1963, Rec. 1963, 496; 20.12.1963, Secrétaire d'Etat au commerce intérieur ./.. Hurni, Rec. 1963, 650, RGDIP 1964, 755, RCDIP 1964, 258, Anm. Simon-Depitre; 7.4.1965, Hurni, RCDIP 1965, 532, Anm. Simon-Depitre; 1.10.1965, Ministère des Affaires Etrangères ./.. Dame Lavielle, Rec. 1965, 484; 23.11.1966, Traimond, Rec. 1966, 345, somm.; 12.10.1962, Union régionale de la CFTC, RGDIP 1963, 425; 7.5.1965, Soc. foncière et minière de Madagascar, Rec. 1965, 266; 3.3.1965, Wormser, RCDIP 1965, 1163, Anm. Rousseau; 21.2.1966, Sieur B, Rec. 1966, 129; 8.2.1967, Cie française des chemins de fer de l'Indochine et du Yunnan, Rec. 1967, 683, somm.; 3.5.1967, Rec. 1967, 106; 24.5.1967, Dame Kliks, Rec. 1967, 668, somm.; 26.5.1967, Dame Biron, Rec. 1967, 668; 10.12.1969, ministère des Affaires Etrangères ./.. Sieur Guérin, Rec. 1969, 565 (601) 25.6.1825, Boisot et Cie., Rec. 283; 27.3.1839, Nadau, Rec. 1839, 283; 5.12.1833, Perret, S. 1837 II, 630

wobei die den Entscheidungen zugrundeliegende Auslegung derjenigen des Ministers widerspricht⁽⁶⁰²⁾. Eine andere Entscheidung vom 14. Dezember 1923⁽⁶⁰³⁾ wendet sich gegen die ministerielle Auslegung des Brüsseler Abkommens vom 23. September 1910 über die gegenseitige Hilfe bei Seenot. Auch bezüglich der Frage, wie das Römer Abkommen vom 26. Juni 1906 über den Austausch von Postpaketen zu verstehen ist, ist der Staatsrat nicht der Auslegung des Ministers gefolgt⁽⁶⁰⁴⁾. Das Urteil wurde später von den als Schiedsrichter eingesetzten norwegischen und italienischen Postbehörden als gegen den Geist und sogar den Wortlaut des Abkommens bezeichnet⁽⁶⁰⁵⁾. Im Jahre 1935 wurde dem Staatsrat die gleiche Frage vorgelegt, zu der er nun aber die Auslegung durch den Außenminister erbat⁽⁶⁰⁶⁾. Seit dieser Zeit haben die Verwaltungsgerichte völkerrechtliche Verträge nicht mehr im eigentlichen Sinne selbst ausgelegt⁽⁶⁰⁷⁾.

6.1.3. Die Theorie des klaren Sinnes

Der Grundsatz, nach dem die Verwaltungsgerichte die Auslegung völkerrechtlicher Verträge nicht selbst vornehmen, ist ein theoretisches Prinzip, das sich - wie im einzelnen noch näher darzulegen sein wird - indes auf eher praktische Erwägungen gründet. Aus ebenso praktischen Gesichtspunkten heraus erfolgt auch seine wichtigste Einschränkung, die man jedoch allgemein als "Theorie des klaren Sinnes" bezeichnet. Danach sind solche Vertragsbestimmungen nicht auszulegen, die keiner Auslegung

(602) CE 12.7.1901, Rec. 1901, 524, D. 1902, 3, 117, S. 1904, 3, 46; 23.1.1907, Comolet, D. 1909, 3, 59, Rec. 1907, 69

(603) Rec. 1923, 860, Théophilatos

(604) CE 28.2.1913, Cie. des Chemins de fer de l'Est, Rec. 1913, 307

(605) siehe Rousseau, Principes Nr. 415

(606) CE 27.7.1935, Cie des chemins de fer du Nord, Rec. 1935, 917

(607) siehe zu der älteren Rechtsprechung zu diesen Fragen: Emile Clunait, De la limitation des cas dans lesquels les tribunaux judiciaires ou administratifs peuvent interpréter les conventions internationales, Cl. 1913, 23

bedürfen, da ihr Sinn klar und eindeutig ist. In diesem Fall hat ohne weiteres eine Anwendung zu erfolgen. Das Fehlen der Auslegungskompetenz betrifft also nur solche Bestimmungen, die auch tatsächlich Unklarheiten bezüglich ihres Inhalts oder ihrer Grenzen aufweisen und von denen der Ausgang des betreffenden Rechtsstreits abhängt. Der Staatsrat behauptet das Vorliegen eines klaren Sinnes in sehr zahlreichen Fällen⁽⁶⁰⁸⁾.

Die Frage, ob eine Bestimmung klar und eindeutig ist, wird von den Gerichten selbst entschieden⁽⁶⁰⁹⁾. Der Staatsrat geht soweit, aus dieser Theorie die letzte Folgerung zu ziehen: so ist er der Auffassung, daß eine Bestimmung, die deutlich und genau gefaßt ist, nicht ausgelegt werden darf⁽⁶¹⁰⁾.

6.1.4. Die einzelnen Folgen aus dieser Haltung

Aus der Auffassung der Verwaltungsgerichte, nicht selbst zur Auslegung völkerrechtlicher Verträge befugt zu sein, ergeben sich eine Reihe von Regeln, nach denen sich die Verbindlichkeit der von anderer Seite erteilten Auslegung beurteilt. Andere Folgen leiten sich wiederum aus dieser Verbindlichkeit ab. Diese können sich für den in Frage stehenden Rechtsstreit ergeben, aber auch auf andere Prozesse auswirken.

(608) CE 30.1.1948, Lehericy, Rec. 1948, 41; 28.1.1948, Lecanu, RDPSP 1948, 472, Anm. Waline; 18.5.1949, veuve Rolland, Rec. 1949, 229; 22.2.1950, Dlle Herraez, Rec. 1950, 18; 29.6.1951, Soc. Bonduelle, JCP 1952, II, 7032, Anm. Virally; 21.12.1951, Korette, Rec. 1951, 603; 26.12.1951, Rec. 1951, 621; 5.12.1952, Cie française des hydrocarbures, RDPSP 1953, 173, Anm. Waline; 29.3.1957, Soc. des Mines et Fondrières de la Vieille Montagne, Rec. 1957, 230, RDP 1957, 756; 3.2.1956, Pétales, Rec. 1956, 44; 18.2.1949, Veuve Cusson, Rec. 86; 7.3.1951, Garot, Rec. 1951, 141; 26.12.1951, Galtier, Rec. 1951, 621; 17.1.1958, veuve Rubel, Rec. 1958, 33; 8.5.1961, Fribourg, Rec. 1961, 309; 23.5.1959, Rec. 1969, 266, RGDIP, 1969, 1153, Anm. Rousseau, JCP 1969 II 16020, Anm. Ruzié

(609) CE, Consorts Fansigny, Lucigne et Leroux, GP 1944, II, 414

(610) CE 10.2.1965, Rec. 1965, 97; 16.2.1966, Bouchet, Rec. 1966, 116

5.1.4.1. Die Form der regierungsamtlichen Auslegung

Der Staatsrat stellt an die von der Regierung erteilten Auslegung keine besonderen Anforderungen, was deren Form angeht. So betrachtet er sich nicht allein durch die Entscheidung über Auslegungsfragen gebunden, die in Form eines Dekretes angeordnet wird. Als ebenso offiziell und verbindlich wird eine in ministeriellen Rundschreiben enthaltene Interpretation angesehen, wobei es nicht darauf ankommt, daß diese veröffentlicht werden. Die Verwaltungsgerichte scheinen sich in dieser Hinsicht immer weniger streng zu zeigen. So ist es zugelassen worden, daß die Auslegung in Form einer "Depesche" oder eines "Briefes" an den Staatsrat erteilt worden ist⁽⁶¹¹⁾.

Wie an früherer Stelle festzustellen war⁽⁶¹²⁾, erkennen die französischen Gerichte die Verbindlichkeit von Abkommen in vereinfachter Form auch, wenn es sich um Auslegungsabkommen handelt, in der Regel nur unter der Voraussetzung an, daß diese durch ein Dekret gebilligt werden. Dieses kann zwar mit dem Dekret zur Veröffentlichung zusammenfallen. Doch besteht hinsichtlich der durch den Außenminister zu erteilenden Auslegung nicht einmal das Erfordernis der Bekanntmachung. Daher wird allgemein auf den Widerspruch hingewiesen⁽⁶¹³⁾, der darin liegt, daß die Rechtsprechung nur unter den genannten Bedingungen die Verbindlichkeit einer bilateralen Auslegung - etwa eines Notenwechsels der Außenminister - annimmt, dagegen die unilaterale Interpretation allein des französischen Außenministers auch dann als verbindlich betrachtet, wenn eben diese Voraussetzungen nicht erfüllt sind⁽⁶¹⁴⁾.

(611) siehe CE 3.2.1950, X et Dame X, RCDIP 1955, 634; 1.8.1955, Bertina, RCDIP 1956, 50, Ann. Simon-Depitre, Cl. 1955, 584; 27.5.1955, Soc. Kovit, RPDA 1955, 167; 16.11.1956, Villa, RDPSP 1957, 140

(612) siehe oben 2.1.2.3.

(613) siehe Rousseau, Principes Nr. 400; Dehaussy, aaO Heft 1: C Nr. 5, 30 und 42

(614) siehe auch oben 3.1.5.

Praktisch dürfte jedoch dieser Widerspruch keine Konsequenzen haben, da in dem Falle, daß die Gerichte die Verbindlichkeit eines Auslegungsabkommens bestreiten, der Außenminister die in diesem enthaltene Auslegung seinerseits als regierungsamtliche Auslegung den Richtern vorschreiben kann - wozu er im übrigen aufgrund der völkerrechtlichen Verbindlichkeit eben dieses Auslegungsabkommens verpflichtet wäre.

6.1.4.2. Die Kompetenz zur Erteilung der Auslegung

Die Rechtsprechung der III. Republik hat die Verbindlichkeit der Auslegung von keinen besonderen Voraussetzungen abhängig gemacht, was die Kompetenz zur Erteilung derselben angeht. So wurde auch die Auslegung berücksichtigt, die vom Marineminister⁽⁶¹⁵⁾, vom Innenminister⁽⁶¹⁶⁾, vom Kolonialminister⁽⁶¹⁷⁾ oder schließlich vom Kriegsminister⁽⁶¹⁸⁾ gegeben worden waren⁽⁶¹⁹⁾.

Die Nachkriegsrechtsprechung stellt in diesem Zusammenhang in der Regel strengere Forderungen auf. Für sie hat ausschließlich der Außenminister die Kompetenz, internationale Abkommen auszulegen. In der Rechtssache "Société Kovit" etwa hat der Staatsrat trotz des Umstandes, daß die Auslegung des Vertrages zwischen Frankreich und Khmer vom 8. November 1949 in Frage stand, diese vom Außenminister und nicht vom Minister für die Beziehungen mit den assoziierten Staaten erbeten⁽⁶²⁰⁾. Der Regie-

(615) CE 23.7.1924, Paulat, D. 1925, 3, 29

(616) CE 21.1.1927, Commune de Lanne, D. 1929, 3, 49, Anm. Deveau; 10.1.1930, Soc. française radio-électrique et Cie générale de télégraphie sans fil, Rec. 1930, 25

(617) CE 4.7.1931, Karl et Toto Samé, S. 1931, 3, 134, Schlußanträge Ettori

(618) CE 22.11.1923, Mamon, Rec. 1923, 1071; 9.1.1925, Balechat, Rec. 1925, 26, RDP 1925, 3, 65, Anm. Deveau

(619) siehe zu diesen Fragen Virally, Le Conseil d'Etat et les traités internationaux, JCP 1953, I, 1098

(620) RPDA 1955, 167, Rec. 1955, 308, AFDI 1956, 776

rungskommissar Laurant hatte dies in seinen Schlußanträgen ausdrücklich als Einmischung in das Organisationsrecht der Regierung kritisiert. Im gleichen Sinne betrachtet die Entscheidung vom 9. November 1955⁽⁶²¹⁾ eben die vom letzteren erteilte Auslegung als nicht regierungsamtlich, obwohl es sich um Verträge zwischen Frankreich und Vietnam bzw. Laos handelte. Auch in der Entscheidung "Pétalas"⁽⁶²²⁾ spricht der Staatsrat den Grundsatz aus, daß die Auslegung nur durch den Außenminister erfolgen kann. Noch in einer Entscheidung aus dem Jahre 1960 bringt der Staatsrat die gleiche Ansicht zum Ausdruck⁽⁶²³⁾.

In einer nur wenig jüngeren Entscheidung wird es dagegen wiederum zugelassen, daß der Minister für Zusammenarbeit die Verträge zwischen Frankreich und Madagaskar vom 2. April und 27. Juni 1960 auslegt, wobei darauf hingewiesen wird, daß die sachlichen Fragen in die Zuständigkeiten dieses Ministers fallen und daher dessen Stellungnahme in ihrer rechtlichen Bedeutung derjenigen des Außenministers gleichkommt⁽⁶²⁴⁾.

6.1.4.3. Die Verbindlichkeit der regierungsamtlichen Auslegung

Die von zuständiger Seite und in der erforderlichen Form erteilte Auslegung ist für den Verwaltungsrichter verbindlich, d.h. er ist gehalten, sie seiner Entscheidung zugrunde zu legen⁽⁶²⁵⁾,

(621) Soc. des transport routiers Aviat, RJPUP 1955, 410, AFDI 1957, 691, Schlußanträge Laudrin

(622) 3.2.1956, JCP 1956, II, 9184, Anm. Vitu

(623) 3.7.1960, Soc. indochinoise d'électricité, Rec. 1960, 519

(624) 13.2.1963, Lallemand, RDSP 1963, 908; siehe auch zur Kompetenz desselben Ministers, 23.2.1962, Raboto, Rec. 1962, 119

(625) CE 3.2.1950, X et Dame X, Rec. 1950 III 89, RCDIP 1951, 634;

28.7.1951, RCDIP 1953, 104; 22.2.1955, RCDIP 1956, 5; 16.11.1960,

RDP 1961, 909; 12.10.1962, AFDI 1963, 977; 13.11.1963, AFDI 1964

850, 5.3.1965, Union régionale d'Algérie de la CFTC, RGDIP 1965,

845, Anm. Rousseau, Rec. 1965, 71; 4.10.1967, Ministère de l'agri-

culture ./.. Sieur Michels, Rec. 1967, 347; 4.1.1964, RDP 1964, 627;

9.10.1964, Rec. 1964, 459; 3.2.1967, Cie. française des chemins de

fer de l'Indochine et du Yunnan, Rec. 1967, 600 somm.; Sté. indochinoise d'électricité, 13.7.1961, Rec. 1961, 405

Der Verwaltungsrichter verneint aus den gleichen Gründen, aus denen er grundsätzlich eine Auslegung völkerrechtlicher Verträge ablehnt⁽⁶²⁶⁾, auch seine Kompetenz, über die Einwände zu entscheiden, die seitens einer Prozeßpartei gegen die regierungsamtliche Auslegung erhoben werden. Die Notwendigkeit dieser Auslegung ergibt sich ja gerade aus dem Fehlen richterlicher Kompetenz. Daher kann ebensowenig eine Kontrolle über die von der Regierung erteilte Interpretation durch die Gerichte vorgenommen werden; entsprechende Einwände sind somit unzulässig⁽⁶²⁷⁾.

Die Verwaltungsgerichte betrachten sich auch durch die Auslegung gebunden, die im Rahmen eines anderen Rechtsstreits erteilt worden war, wenn es in der Sache, zu deren Entscheidung sie angerufen sind, um die gleiche Frage geht. Daher ist es ohne Bedeutung, einen Unterschied zu machen zwischen fallbezogener und abstrakter Auslegung⁽⁶²⁸⁾.

Allgemein wird angenommen, daß die regierungsamtliche Auslegung auf den Tag der Veröffentlichung des ausgelegten völkerrechtlichen Vertrages rückwirkt. Dies gilt selbst, wenn die Rechtshängigkeit bereits eingetreten ist, bevor die Auslegung erfolgt⁽⁶²⁹⁾. Im übrigen hebt der Staatsrat die Entscheidungen unterer Gerichte auf, soweit diese selbst eine Auslegung vorgenommen haben, anstelle sie vom Außenministerium zu erbitten⁽⁶³⁰⁾.

(626) siehe dazu im einzelnen unten 6.1.6.

(627) CE 11.6.1920, Rodrigo, Rec. 1920, 571; 27.1.1922, Tramways et éclairage de Shanghai, D. 1923, 1, 220, Rec. 1922, 17; 21.2.1925, Saurer, Rec. 1925, 528; 22.11.1923, Mamon, Rec. 1923, 1027; 22.5.1939, Etbls. Alkan, Rec. 1939, 335; 4.8.1924, Amondruz, Rec. 1924, 46; 19.6.1965, Cie. des Eaux d'Hanoi, Rec. 1963, 375; CE 3.3.1965, Wormser, RCDIP 1965, 1163

(628) CE 29.6.1966, Institut des vices de consommation courante, Rec. 1966, 420; 2.12.1965, Dame Razanabelo, Rec. 1966, 1029, somm.

(629) CE 13.7.1963, Dame Kein, Rec. 1963, 464

(630) 10.11.1960, Pioton, Rec. 1960, 632, RPDA 1960, Nr. 36, Cl. 1961, 1064, Ann. Goldman

6.1.4.4. Die Kompetenzkompetenz

Wie schon unterstrichen worden ist, erfolgt eine erhebliche Einschränkung des Grundsatzes, nach dem die Verwaltungsgerichte nicht zur Auslegung internationaler Verträge kompetent sind, durch die Anwendung der "Theorie des klaren Sinnes". über diese Anwendung entscheiden die Gerichte selbst, indem sie sich dafür befugt betrachten, festzustellen, ob eine Bestimmung eindeutig zu verstehen ist oder nicht⁽⁶³¹⁾. Dabei könnten unter Umständen das angerufene Gericht und das Außenministerium verschiedener Meinung sein. Doch sind die Voraussetzungen für einen Kompetenzkonflikt nicht gegeben, da die Verwaltungsgerichte stets die regierungsamtliche Auslegung als verbindlich anerkennen⁽⁶³²⁾. Es ist keine Entscheidung bekannt, bei der sich der Staatsrat auf diese Theorie gestützt hätte, um eine bereits vom Außenminister erteilte Auslegung unberücksichtigt zu lassen⁽⁶³³⁾.

Der Staatsrat läßt es andererseits sogar zu, daß die regierungsamtliche Auslegung über die Grenzen seiner eigenen Kompetenzen entscheidet⁽⁶³⁴⁾.

(631) siehe oben 6.1.3.

(632) freilich könnten als negative Kompetenzkonflikte die Fälle angesehen werden, in denen die Gerichte einer Auslegung seitens der Regierung deswegen nicht gefolgt sind, weil sie nicht von dem nach ihrer Auffassung zuständigen Minister erteilt worden war; die Verwaltungsgerichte nehmen insofern die Kompetenzkompetenz für sich in Anspruch, als sie die Forderung aufstellen, daß die Auslegung vom Außenminister zu erteilen ist

(633) siehe Miracciole, La jurisprudence française relative au droit international public, AFDI 1955, 559; Chrétin, L'interprétation des traités bilatéraux sur la double imposition, JCP 1960, I, 1561, Nr. 6

(634) hinsichtlich der ehemaligen Protektorate und Besitzungen, siehe dazu CE 16.7.1958, Hedi Ben Zakour, RDP 1959, 370, Nr. 2; 23.2.1962, Raboto, Rec. 1962, 119; siehe zu den Fragen des räumlichen Geltungsbereichs im einzelnen oben 1.4.1.

5.1.5. Die Auslegung des Gemeinschaftsrechts

Die Einstellung der Verwaltungsgerichte bezüglich der durch Artikel 177 des Vertrages von Rom dem Europäischen Gerichtshof erteilten Auslegungskompetenzen unterscheidet sich grundsätzlich von ihrer Haltung gegenüber den Zuständigkeiten der französischen Regierung, völkerrechtliche Verträge auszulegen. Während letztere Kompetenzen einschränkungslos respektiert werden, erkennen die Verwaltungsgerichte die Befugnisse des Luxemburger Gerichtshofs nur zögernd an.

6.1.5.1. Die Ablehnung des Vorlageverfahrens

Auf einen Aspekt der Auslegung des Gemeinschaftsrechts ist schon im Zusammenhang mit der Betrachtung der Rechtsprechung zu den Fragen des Vorrangs der völkerrechtlichen Verträge vor den innerstaatlichen Gesetzen eingegangen worden⁽⁶³⁵⁾. Dabei zeigte sich, daß sich der Staatsrat selbst in einer jüngeren Entscheidung⁽⁶³⁶⁾ nicht geweigert hat, bei einem offensichtlichen Widerspruch zwischen Gemeinschaftsrecht und jüngeren französischen Gesetz die Anwendung des letzteren vorzuziehen. Er hatte sich dabei auf den Standpunkt gestellt, daß die Vorlage zur Vorabentscheidung an den Europäischen Gerichtshof nicht erforderlich war.

6.1.5.2. Die Theorie des klaren Sinnes

Letztere Entscheidung ist nur die Fortsetzung einer Rechtsprechung, die fast als "ständig" bezeichnet werden könnte und deren Beginn das bekannte Urteil des Staatsrats vom 19. Juni 1964 darstellt⁽⁶³⁷⁾. Grundlage dieser Entscheidung ist nichts anderes als

(635) siehe oben 4.4.2.4.

(636) CE 1.3.1968, Fabricants des Sémoules de France, D. 1968, 205

(637) Soc. des pétroles Shell-Berre, Rec. 1964, 345, Schlußanträge

eine sehr weitgehende Anwendung der Theorie der klaren Sinne:

"Ein innerstaatliches Gericht, gegen dessen Entscheidung kein weiteres Rechtsmittel des innerstaatlichen Rechts zulässig ist, ... ist nur dann gehalten, das Vorrecht auszusetzen und den Europäischen Gerichtshof anzurufen, wenn in dieser Sache eine "Frage" bezüglich der Auslegung des Vertrages "aufgeworfen" wird; das dies nur dann der Fall ist, wenn Zweifel über den Sinn oder die Grenzen einer oder mehrerer auf den Hauptrechtsstreit anzuwendender Vertragsbestimmungen bestehen und wenn die Entscheidung über diesen von der Lösung dieser Schwierigkeiten abhängt".

Nach Auffassung des Gerichts lag eine solche Unklarheit im Falle des Artikels 37 des Vertrages von Rom - um den es hierbei ging - nicht vor, wohingegen Rechtslehre und der Gerichtshof auf dem gegenteiligen Standpunkt stehen⁽⁶³⁸⁾.

Seitdem sind eine ganze Reihe von Entscheidungen dem so gewiesenen Weg gefolgt⁽⁶³⁹⁾. Besonders zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang das Urteil des Staatsrats vom 10. Februar 1967, in dem die Vorlage zur Vorabentscheidung an den Europäischen Gerichtshof mit der Begründung verweigert wird, daß es sich aus einer von diesem bereits zu einer anderen Rechtssache erteilten Auslegung eindeutig ergebe, welche Bedeutung den fraglichen Bestimmungen beizulegen sei⁽⁶⁴⁰⁾.

Questiaux, AJDA 1964, Fr. 45, RDP 1964, 1014, Ann. Labaudère, Cl. 1964, 794, Ann. De Soto; Rev. trim. droit eur. 1965, 121, Act. jur. 1964, II 455, Ann. Labaudère, CMLR 1955/56, 100 ff, Ann. Chevallier (638) siehe die Entscheidung des EuGH vom 15.7.1964, Costa ./ EEL, Rechtssache 6/64, Entscheidungssammlung Band 10, S. 1141 ff, Revue du Marché Commun, 1964, 494, LM 1964, 2371; siehe auch Colliard, L'obscur clarté de l'article 37 du traité des communautés économiques européennes, D. 1964, doc. 253 (639) CE 27.1.1967, Rev. trim dr. eur. 1967, 390, Schlußanträge Bernard; 15.2.1967, Rev. trim. droit eur. 1967, 404, Schlußanträge Questiaux; 23.5.1969, JCP 1969, II, 16020, Ann. Ruzié, sowie die schon erwähnte Entscheidung vom 1.3.1968 (640) Soc. des Etablissements Petitjean, Rev. tri. droit eur. 1967, 661, Schlußanträge Questiaux, Rec. 1967, 61.

6.1.5.3. Die Einholung der Vorabentscheidung

Erst vor Erlaß der Entscheidung vom 20. Juli 1970 entschließt sich der Staatsrat, dem Europäischen Gerichtshof eine Auslegungsfrage zur Vorabentscheidung vorzulegen⁽⁶⁴¹⁾. Das Syndicat national du Commerce extérieur des Céréales hatte vor dem Staatsrat Klage gegen eine Entscheidung des Office national et interprofessionnel des Céréales erhoben, durch die festgelegt worden war, welche Personen, die nicht die Eigenschaft eines "collecteur agréé" besitzen, als Händler auf dem Getreidemarkt tätig sein konnten. Es handelte sich im Grunde um die Frage, ob sich der Getreidehandel nach den engeren Vorschriften der französischen innerstaatlichen Verordnung oder im Sinne der liberaleren Lösung der Gemeinschaftsverordnung regelte. Der Staatsrat sah es als erforderlich an, die Auslegung der letzteren durch den Gerichtshof zu erbeten, da er ihre Bestimmungen nicht als klar und eindeutig betrachtete.

6.1.6. Bemerkungen zu dieser Rechtsprechung

Diese Rechtsprechung gründet sich auf die Tatsache, daß völkerrechtliche Verträge als Regierungsakte angesehen werden, deren Beurteilung nicht in den Rahmen richterlicher Kontrollbefugnisse fällt⁽⁶⁴²⁾. Wie im Zusammenhang mit den Fragen der Zulässigkeit verwaltungsrechtlicher Klagen, die sich auf die Verletzung völkerrechtlicher Verträge durch Maßnahmen zu deren Ausführung stützen, schon aufzuzeigen war, wird diese Zulässigkeit vor allem da verneint, wo in dem Erlaß eines ausführenden Verwaltungsaktes eine Stellungnahme zu Auslegungsfragen begriffen ist⁽⁶⁴³⁾. Dabei stellt sich die Frage nach dem Verhältnis zwischen Grund und

(641) siehe Lecour, Un nouvel ordre juridique européen, in 30 Jours d'Europe, Nr. 148 vom November 1970, S. 35 f

(642) Rousseau, Précis, S. 59

(643) CE 21.1.1927, Commune de Lanne, D. 1929, 3, 49; 23.7.1924, Paulat, D. 1925, 3, 29; 10.1.1930, Soc. française radio-électrique, Rec. 1930 25; siehe im übrigen auch oben 5.2.1.

folgt, so kann die Theorie der Auslegung als solche die justifizierung der Regierung nicht begründen, denn viel eher ist die Regierungsmacht (544). Die Theorie der Regierungsmacht ist die Theorie der richterlichen Kontrolle auch auf andere Weise, nämlich der Vertragsauslegung aus (545). Somit kann das Fehlen der Auslegungskompetenz nicht als ausreichende Begründung für diese Theorie angesehen werden.

Wie schon zu bemerken war (546), gibt es für diese Theorie keine einheitliche Begründung. Vielmehr handelt es sich bei der unter der Bezeichnung "Theorie der Regierungsakte" zusammengefaßten Lehre um eine Vielzahl von in ständiger Rechtsprechung befolgten Grundsätzen, die sich auf verschiedene Erwägungen gründen und lediglich im Ergebnis zusammenlaufen, nämlich im Ausschluß der richterlichen Kontrolle. Daher kann auch die Einstufung als Regierungsakt ihrerseits nicht das Fehlen der Auslegungskompetenz begründen.

Die Anwendung der "Theorie der Regierungsakte" in diesem Zusammenhang erklärt sich wohl vor allem aus den Erwägungen, die auch schon an anderer Stelle deutlich geworden sind, daß nämlich die Rechtsprechung bemüht ist, nicht die Einheit des Staates im Verhältnis zu den anderen als einen völkerrechtlichen Vertrag beteiligten Staaten in Frage zu stellen. Im Hinblick auf die völkerrechtlichen Beziehungen stellt sich der Staat stets als eine Einheit dar. Daraus folgt, daß trotz der innerstaatlichen Gewaltenteilung die Haftung des Staates auch durch eine von der Rechtsprechung begangene Verletzung eines völkerrechtlichen Vertrages begründet werden kann (547). Auch dieser Gesichtspunkt mag für die Haltung der Richter bestimmend sein. Schließlich sei an die besondere Abhängigkeit der Verwaltungsrechtsprechung von der Regierung erinnert.

(644) siehe Duez, Les actes de gouvernement, S. 56; Virally, L'introuvable acte de gouvernement, RDPSP 1952, 343; Benoist, L'interprétation des traités d'après la jurisprudence française, REDI 1953, 105 ff

(645) siehe Waelbroek, aaO, S. 253

(646) siehe 5.3.1.

(647) siehe Berber, Band III, S. 10

- - -

Auf die Gefahren, die die Unmöglichkeit einer Auslegung internationaler Verträge durch eine unabhängige Behörde für die innerstaatliche Rechtsordnung bedeutet, braucht nicht näher hingewiesen zu werden⁽⁶⁴⁸⁾. Sie liegen vor allem darin, daß sich die Regierung bei ihrer Auslegung im Rahmen eines Rechtsstreits zwischen einem Einzelnen und der Verwaltung nicht unparteiisch verhalten, sondern einseitig die Interessen des Staates berücksichtigen könnte. Die Kritik an diesem Mißstand läßt sich auch nicht mit dem Hinweis darauf entkräften, daß die Erteilung der Auslegung durch die Regierung dazu beitragen müßte, den gemeinsamen Willen der Vertragsparteien im innerstaatlichen Bereich zu verwirklichen⁽⁶⁴⁹⁾. Es ließ sich gerade feststellen, daß das Außenministerium ebensowenig wie die Gerichte zögern, die Bestimmungen völkerrechtlicher Verträge, aus denen sich die ursprüngliche Absicht der beteiligten Staaten nicht eindeutig ersuchen läßt, vor allem unter Berücksichtigung der eigenen Interessen zu verstehen.

Damit ist aber dieser Haltung der Rechtsprechung genau mit dem Argument zu begegnen, mit dem die Anhänger der Theorie der Regierungsakte diese zu begründen versuchen: Tatsächlich stellt die Überlassung der Kompetenz zur Auslegung völkerrechtlicher Verträge eine Verletzung des Prinzips der Gewaltenteilung dar. Dies bedeutet aber nichts anderes, als daß der *ordre international* über den *ordre interne* gesetzt wird⁽⁶⁵⁰⁾. Damit wird auch deutlich, daß sich die eigentlichen Motive und die offizielle Begründung nicht auf derselben Ebene befinden. Eine Diskussion dieser Rechtsprechung ist daher von vornherein zum Scheitern verurteilt⁽⁶⁵¹⁾.

(648) siehe Chailley, aaO Nr. 107, S. 318, Anm. 481

(649) so aber Lagrange, *Droit communautaire et droit national*, S. 41

(650) siehe dagegen Chevallier, *Le juge national et le droit communautaire*, S. 20

(651) siehe die bei Stassinopoulos zitierte parlamentarische Debatte vom 20.5.1929, JO, *Débat parlementaires*, 1929, *Chambre des Députés*, S. 1729 f

... Die Auslegung in der Rechtsprechung der ordentlichen Gerichte

Die Rechtsprechung der ordentlichen Gerichte offenbart, wie eingangs schon erwähnt worden ist, eine grundsätzlich andere Einstellung. Danach wird zwischen Auslegungsfragen unterschieden, die Privatinteressen betreffen, und solche, die Fragen des *ordre international public* berühren. Während für die ersten die Gerichte ihre Kompetenz zur Auslegung bejahen, nehmen sie bezüglich der zweiten eine Haltung ein, die derjenigen der Verwaltungsgerichte ähnelt.

Es ist schwierig, zu bestimmen, ob die Annahme der Auslegungskompetenz hier Grundsatz oder vielmehr Ausnahme ist. Für eine Teil der Rechtslehre, die sich dabei vor allem auf die schon erwähnte Entscheidung vom 24. Juni 1939⁽⁶⁵²⁾ sowie das Urteil⁽⁶⁵³⁾ vom 22. Dezember 1931 stützt, ist im Prinzip die Auslegungskompetenz der ordentlichen Gerichte gegeben. Nach anderer Ansicht ist auf die Mehrzahl der Entscheidungen abzustellen, wobei sich ergeben würde, daß in den meisten Fällen die regierungsamtliche Auslegung zu berücksichtigen sei, da öfter Fragen des *ordre international public* als solche betreffend Privatinteressen aufgeworfen würden.

6.2.1. Die Abgrenzung der Auslegungskompetenzen

Bevor sich eine Feststellung zu diesem Problem treffen läßt, wird die Entwicklung der Abgrenzung der Auslegungskompetenzen in der Rechtsprechung sowie deren heutige Grundlage und Tendenz zu betrachten sein. Schließlich wird die Anzahl der Entscheidungen zu berücksichtigen sein, in denen die Gerichte einzelne Auslegungsfragen der einen oder anderen **Kategorie** zugerechnet haben.

(652) CC, Napier, Fox et Consorts ./.. Duc de Richmond, S. 149, I, 577
(653) CC, Sanchez ./.. Consorts Gozland, D. 1932 I 131: "die zur Entscheidung über einen Rechtsstreit über Privatinteressen angerufenen ordentlichen Gerichte sind grundsätzlich befugt, die Bedeutung und die Grenzen eines völkerrechtlichen Abkommens zu bestimmen..."

3.2.1.1. Die Entwicklung der Abgrenzung

Die älteste Entscheidung gründet sich auf den Hinweis, daß die aufgeworfene Auslegungsfrage Privatinteressen betreffe:

„...daß völkerrechtliche Verträge den Charakter von Gesetzen habe und daher nur in der Weise und von den Behörden, die im Rahmen ihrer Zuständigkeit alle Gesetze anzuwenden haben, angewendet und ausgelegt werden können, wenn die Einwände, die zu dieser Auslegung Veranlassung gebe, Privatinteressen zur Gegenstand haben, für die nach dem Gesetz die richterliche Gewalt zuständig ist.“⁽⁵⁴⁾

Bei diesen ersten Entscheidungen ging es jedoch noch nicht darum, diese Befugnis gegenüber den Kompetenzen der Regierung abzugrenzen.⁽⁵⁵⁾ Es handelte sich vielmehr darum, überhaupt die Auslegungskompetenz der ordentlichen Gerichte zu begründen.

Dagegen stellt sich ein Urteil der Chambres des requêtes aus dem Jahre 1861 auf den Standpunkt, daß diese Befugnis in keinem Falle angenommen werden könne.⁽⁵⁶⁾ Doch schon wenige Jahre später erkennt die gleiche Kammer des Kassationshofs wiederum das Recht der ordentlichen Gerichte an, völkerrechtliche Verträge in der Fällen auszulegen, in denen die strittigen Punkte Gegenstand privater Interessen sind.⁽⁵⁷⁾

In einer Entscheidung aus dem Jahre 1864 hat der Kassationshof zum ersten Mal die Abgrenzung formuliert, die in der Folgezeit nie bestritten werden sollte.

(54) CC, *Prinier, Fox et Consorts* ././ Duc de Richmond, S. 1839, I,

(55) so aber *Leetre*, RCADI 1951 IV 292; *Gaolist*, L'Interprétation des traités d'après la jurisprudence française, RHDI 1955, 109; siehe dagegen *Dehaussy*, aaO Heft 12 C Nr. 31; siehe auch CC Rec. 1861, I 141, S. 144, I 147

(56) CC rec. 1867, I 542

(57) CC rec. 1864, I 116, *Schlusstränge Réverchon*, sowie *Appert*, De l'interprétation des traités diplomatiques au cours d'un procès, Cl. 1899, 439

Danach ist es Sache der ordentlichen Gerichte, völkerrechtliche Verträge auszulegen, insoweit diese auf einen Rechtsstreit privaten Interesses Anwendung finden. Dagegen haben sie die Auslegung, wo diese erforderlich erscheint, den kompetenten Regierungsbehörden zu überlassen, wenn es sich darum handelt, den Sinn und die Grenzen der Bestimmungen eines internationalen Abkommens in völkerrechtlicher Hinsicht festzustellen.⁽⁶⁵⁸⁾

Nachdem sich die ordentlichen Gerichte in der Folgezeit noch verschiedentlich in etwas weiterem Umfang zur Auslegung völkerrechtlicher Verträge befugt ansahen⁽⁶⁵⁹⁾, legten sie schließlich in ständiger Rechtsprechung die zuletzt genannte Abgrenzung zugrunde⁽⁶⁶⁰⁾.

Jüngere Entscheidungen, vor allem der Strafkammer des Kassationshofes, nehmen wiederum den Standpunkt ein, daß die Auslegungskompetenz der ordentlichen Gerichte grundsätzlich nicht gegeben ist⁽⁶⁶¹⁾. Diese Rechtsprechung hat erhebliche Kritik

(658) CC civ. 30.6.1864, I, 174; in diesem Rechtsstreit war der Vertrag bereits durch die Regierung ausgelegt worden, und es hatte sich für den Richter das Problem ergeben, ob er diese Auslegung als verbindlich ansehen konnte, um seine Entscheidung zu begründen.

(659) siehe CC civ. 17.6.195, Cl. 1 97, 16.

(660) CC crim. 23.2.1912 und 8.3.1913, D. 1915, I 61, Anm. Pic; CC civ. 22.3. und 9.8.1923, DP 1923, I 121, Anm. Nast, S. 1924, I 69, Anm. Roux; 2.6.1923, D. 1923, I 217, Anm. Pic; CC crim. 15.12.1920, RDIP 1929, 79, D. 1932, I 113, Anm. Deveaux; Paris 11.5.1934, S. 1936, 2, 49, Anm. Rousseau; CC comm. 9.5.1955, JCP 1956 II 9177; CC civ. I, 21.11.1956, Acroxon ./.. Procureur général Colmar, JCP 1956 IV éd. G 102, RCDIP 1957, 38, Anm. Loussouarn, Cl. 1959, 762, Anm. Bredin; CC crim. 16.10.1958 und 2.1.1959, RCDIP 1961, 136; CC civ. 5.2.1965, RGDIP 1966, 501; CC civ. 5.11.1962, Administration des domaines ./.. époux Widman, Bull. civ. 1962, I 393; 5.10.1965, Faure et association des porteurs français des scripts Lombard ./.. Etat Italien et Comité des obligataires de la Cie. des chemins de fer Danube-Save-Adriatique, Bull. civ. 1965, I, 305, GP 1966, 2, 364; JCP 1966 II 14831, Anm. Ancel; Trib. gr. inst. Seine, 24.5.1961, GP 1961 II 37; Cour d'Appel Paris 11.12.1962, JCP 1963 IV 13167.

(661) CC crim. 20.7.1943, S. 1950, 1, 37, Anm. Durrenberger; 24.3.1953, Arro-Arroyas, Cl. 1953, 645, Anm. Goldman, JCP 1953, II 7569, Anm. Weil und Léauté, RCDIP 1953, 573, Anm. Broichot, DP 1953, 365, Anm. Savatier; 9.2.1954, Balseiro, Bull. crim. Nr. 760, S. 1390, 3.3.1954, Bull. crim. 1954, 174, AFDI 1955, 539; 25.5.1956, Bull. crim. 1956, 718; 3.10.1956, Bull. crim. 1956, 1076; 22.1.1963, D. 1963, 531, RDPSP 1963, Nr. 1230; siehe auch Angers, 25.11.1954, Cl.

herausgefordert⁽⁵⁶²⁾. Es erscheint verfrüht, hierin einen e a-
gültigen Wandel in der Rechtsprechung erblicken zu wollen⁽⁵⁶³⁾.

Im Verlaufe dieser Entwicklung fehlt es nicht an Urteilen, die
die Auslegungskompetenz der ordentlichen Gerichte bejahen und
damit anderen Entscheidungen widersprechen, die bei gleich-
artigen Vertragsklauseln die Kompetenz der Regierung annehmen.⁽⁵⁶⁴⁾
Andere Entscheidungen erkennen die Auslegungskompetenz der
ordentlichen Gerichte in Fällen an, in denen ohne jeden Zweifel
unmittelbar Fragen des *ordre international public* berührt werden⁽⁵⁶⁵⁾.

1956, 142, Anm. Goldman; Paris 26.2.1957, Cl. 1957, 414; CC crim.
4.3.1956, Procureur général, Colmar ./.. Weill, JCP 1956, IV, 54;
22.1.1963, Aschbader, D. 1963, 531; zur Zivilrechtsprechung, CC civ.
20.11.1956, Bull. civ. 1956 I 313; 23.10.1957, veuve de Piero Rosa
./.. Caisse régionale d'allocation vieillesse de Paris, Cl. 1956,
670, Anm. Bredin, GP 1958 I 79
(562) Batiffol, *Traité élémentaire* Nr. 41; Rousseau *Principes* Nr. 414
(563) siehe Waelbroeck aaO S. 206; siehe jedoch dagegen CC crim.
9.5.1972, Gauthiers-Lafond, RGDIP 1973, 1, 307
(564) so zu bestimmten Vorrechten ausländischer Konsulen, keine Aus-
legung durch CC civ. 30.6.1886, S. 1886, I, 174, dagegen Auslegung
durch CC civ. 17.6.1895, Cl. 1897, 160; Klauseln über Gerichts-
immunität, Auslegung durch Limoges, 12.5.1899, Cl. 1899, 783; und
Aix, 30.12.1929, DP 1932, 2. 153, Anm. Pic sowie CC civ. 27.2.1934,
S. 1935, 1, 369 Schlußanträge Matter, Anm. Rivière und CC req.
20.11.1934, S. 1935, 1, 103, RCDIP 1935, 796, Anm. S. Basdevant;
keine Auslegung durch CC crim. 23.2.1912, D. 1915, I 81, Anm. Pic
und 15.12.1920, RDIP 1929, 79, D. 1932, I, 113, Anm. Deveaux sowie
CC civ. 6.7.1954, Cl. 1956, 136, Anm. Sialelli, RCDIP 1954, 612,
Anm. Leonan; zu Fragen der Gleichstellung mit den französischen Staats-
angehörigen, Auslegung: CC civ. 22.12.1931, Cl. 1932, 603; keine Aus-
legung: CC crim. 24.3.1953, RCDIP 1953, 573, Anm. Brouhot und
10.3.1955, RCDIP 1956, 48, Anm. Simon-Depitre sowie 16.10.1958, RCDIP
1961, 136; betreffend die Staatsangehörigkeit, keine Auslegung:
Chambres réunies, 27.4.1950, Friedman, D. 1950, 379, JCP 1950 II,
5650, Anm. Lerebours-Pigeonnière, Cl. 1950, 526, Anm. Goldman, RCDIP
1951, 93, Anm. Monneray, S. 1950 I 65, Anm. Niboyet und 6.4.1951,
JCP 1951 II 6351, Anm. Aymond; die Auslegung erfolgte dagegen in der
älteren und jüngeren Rechtsprechung: CC Req. 6.3.1877, S. 1879 I, 305;
CC crim. 7.12.1883, Cl. 1884, 621; CC civ. 22.5.1960, Moss ./.. Proc-
ureur général Paris, Cl. 1961, 150, Anm. Sialelli, JCP 1961 II 11936,
Anm. Aymond, RCDIP 1960, 557, Anm. Mezger, Bull. civ. I Nr. 173
S. 13, RDP 1961, 727, Anm. Gervais; Klauseln über Steuerimmunität,
keine Auslegung: CC comm. 2.2.1954, RCDIP 1954, 771; 9.5.1955, JCP
1956 II 9177; dagegen Auslegung durch CC civ. I, 19.3.1963, D. 1963
(565) etwa Klauseln, aus denen sich die Anwendbarkeit der französi-
schen Strafgesetze auf dem Gebiet der Protektorate bestimmte: CC crim.

3.2.1.2. Die Abgrenzung in der heutigen Rechtsprechung

Diese Schwankungen in der Rechtsprechung machen bereits deutlich, daß ein einheitliches Abgrenzungskriterium fehlt. Dies wird von der Rechtslehre allgemein festgestellt, aber ebenso bedauert und kritisiert⁽⁶⁶⁶⁾. Man beschränkt sich in der Regel zur Darstellung dieser kasuistischen Rechtsprechung auf eine Aufzählung der Gebiete, auf denen die Auslegung durch die Gerichte erfolgt bzw. der Regierung überlassen wird⁽⁶⁶⁷⁾.

Die traditionelle Abgrenzung zwischen Fragen des Privatinteresses und solchen, die den *ordre international public* berühren, wird auch in der jüngsten Rechtsprechung weiterhin zugrundegelegt⁽⁶⁶⁸⁾. Die - zumindest während eines gewissen Zeitraumes - ständige Verwendung dieser Abgrenzung veranlaßte Teile der Rechtslehre zu der Behauptung, daß in jedem Falle auf die Natur der fraglichen Interessen und nicht der auszulegenden Vertragsbestimmungen abzustellen sei⁽⁶⁶⁹⁾.

Die jüngere Rechtsprechung ist jedoch darüber hinausgegangen. Wohl in dem Bewußtsein, daß sich die beiden verwendeten Kriterien auf zwei verschiedenen Ebenen befinden und sich daher weder ausschließen noch wirklich ergänzen können⁽⁶⁷⁰⁾, stelle vor-

9.11.1994, S. 1194, 1, 527; CC crim. 12.4.1924, S. 1929, 1, 15, Anm. Rivière; CC crim. 2.2.1935, Dh 1935, 227; oder die Regelung eines Grenzverlaufes: CC civ. 7.3.1910, DP 1911, 1, 253; siehe hierzu Batiffol, aaO

(666) siehe Malaurie, Anm. in D. 1963, 530; Boyer, Sur la compétence des tribunaux en matière d'interprétation des traités, JCP 1966 I 2036; Sialelli, Anm. in Cl. 1961, 150

(667) Stassinopoulos, Remarques sur le jurisprudence française relative à l'interprétation des traités internationaux, RGDI 1969, I S. 24 zweifelt - wohl zu Recht - auch an deren Nützlichkeit

(668) CC civ. 28.3.1962, Dame Klais, D. 1963, 51., Anm. Malaurie; siehe sogar 16.12.1960, Port ./., Directeur Général des impôts, Bull. civ. 1961, I 243

(669) Mestre, RCADI 1931, IV 291; Batiffol, Traité Nr. 3.; Benoist, aaO, RHDI 1953, 110; Bartin, Principes, Nr. 51; Chaillay, aaO Nr. 92

(670) worauf die Kritik der Rechtslehre deutlich hingewiesen hatte, siehe unten 6.2.6.

schiedene Urteile neueren Datums auf eine andere Unterscheidung ab. Danach dürfte Art. 170 des Völkerrecht nicht von den ordentlichen Gerichten ausgelegt werden⁽⁶⁷¹⁾. Die erste Entscheidung, die sich auf diesen Grundsatz stützt, kommt zu dem Ergebnis, daß Fragen der Staatsangehörigkeit von den ordentlichen Gerichten selbst auszulegen sind, was in einer älteren Entscheidung noch als außerhalb derer Auslegungsbefugnis betrachtet worden war⁽⁶⁷²⁾. Insofern ist also eine Neigung festzustellen, sich in einem weiteren Umfang zur Interpretation internationaler Verträge kompetent anzusehen⁽⁶⁷³⁾.

Aber auch diese Formulierung des Prinzips, nach dem nur dann die richterliche Auslegungskompetenz zu verneinen ist, wenn "Völkerrecht" zu interpretieren ist, hat sich in der Folgezeit als unzureichend erwiesen, da sich aus ihr eine Erweiterung der gerichtlichen Befugnisse ergab, die sich mit den herkömmlichen Auffassungen der Richter von der der Regierung vorbehaltenen Sphäre nicht vertrug. Das Bemühen, nicht die Außenpolitik der Regierung zu stören, war schon in den Begründungen zu älteren Entscheidungen zum Ausdruck gekommen⁽⁶⁷⁴⁾. Im gleichen Sinne stellen jüngere Urteile neben die Abgrenzung nach der Art der Klauseln den Grundsatz, daß nicht die Handlungsfreiheit der Regierung auf dem Gebiet der auswärtigen Angelegenheiten beeinträchtigt werden darf. Wo diese Gefahr besteht, ist die Kompetenz der ordentlichen Gerichte zur Auslegung völkerrechtlicher Verträge zu verneinen⁽⁶⁷⁵⁾.

(671) CC civ. I 22.3.1950, Moss, Cl. 1961, 150, Anm. Sialelli; 19.3.1953, Receveur-Percepteur du 5e Arrondissement de Paris ./ Chassagne, JCP 1963, II, 1370, Anm. Ancel, D. 1963, 529, Anm. Malaurie, Cl. 1963, 1044, Anm. Goldman, RCDIP 1964, 93, Anm. Batiffol.

(672) CC Chambres réunies, 27.4.1950, Friedman, JCP 1950 II 5650

(673) Dehaussy, aO, Heft 12 C Nachtrag zu Nr. 26, 27, 28

(674) siehe dazu Duez, L'interprétation des traités, RGDIP 1925, 442; Casdevant, aO, RCDIP 1949, 428; Chrétien, De l'application et de l'interprétation des clauses fiscales des traités internationaux par les tribunaux français, RCDIP 1951, 41 ff

(675) Paris, 21.5.1965, Agent judiciaire de Trésor ./ Mallea, GP 1965, 2, 220, DS comm. 1965, 116; Paris, 22.2.1966, Veuve Ben Senoussi ./ Etablissement National des Invalides de la Marine, D. 1966, 306, Schlussanträge Fortier, JCP 1966 II 14765

Eine ähnliche, aber noch weitergehende Einschränkung findet sich in Entscheidungen, die auf den Begriff des "acte de haute administration" abstellen. So schließt das Urteil des Kassationshofes vom 1. Dezember 1965 die Kompetenz des Richters zur Auslegung mit der Begründung aus,

"daß völkerrechtliche Verträge und vor allem Auslieferungsverträge Akte der hohen Verwaltung sind, die nur durch die Mächte ausgelegt werden können, unter denen sie abgeschlossen sind."⁽⁶⁷⁶⁾

Doch dürfen die in den Entscheidungen zu Auslieferungsverträgen⁽⁶⁷⁷⁾ bezogenen Haltungen der Gerichte nicht überbewertet werden, da die Eigenart des betreffenden Gebietes in den meisten Fällen die Weigerung des Richters zu eigener Auslegung verständlich macht⁽⁶⁷⁸⁾.

Es dürfte schwerlich möglich sein, in dieser Rechtsprechung einen Grundsatz zu erkennen, nach dem die Auslegungskompetenz der Gerichte Regel oder Ausnahme wäre. Tatsächlich gibt es immer wieder Entscheidungen, die jeden Systematisierungsversuch zum Scheitern bringen. Zum anderen wäre dabei zu unterscheiden, ob auf die absolute Anzahl der in dem einen oder anderen Sinne ergangenen Entscheidungen abzustellen ist oder vielmehr auf die relative Tendenz. Interessanter dürfte der letztere Ausgangspunkt sein, da ersterer zu sehr dem Zufall unterworfen erscheint. Hinsichtlich der in der Rechtsprechung zum Ausdruck kommenden Tendenz besteht in der Rechtslehre Einigkeit darüber, daß eine Verengung des Gebietes festzustellen ist, auf dem sich die

(676) Oufkir et Dlimi, DS 1967, 23, RDP 1967, 385, Anm. Robert; die gleiche Entscheidung führt sie anschließend jedoch auf dem Umweg über eine recht weitgehende Anwendung der Theorie des klaren Sinnes wiederum ein

(677) siehe oben 3.4.1.

(678) siehe Waelbroeck aaO S. 205 und die dort genannte Rechtsprechung sowie Kopelmanas, Du conflit entre le traité international et la loi interne RDILC 1937, 101; siehe insbesondere auch CC crim. 9.5.1972, Gauthiers-Lafond, RGDI 1973, 1, 307

ordentliche Gerichte für die Auslegung völkerrechtlicher Verträge befugt erklären⁽⁵⁷⁹⁾. Sie betrachten viele Auslegungsaufträge, die nach früherer Rechtsprechung Privatinteressen betreffen, heute als solche, die den *ordre international public* berühren⁽⁵⁸⁰⁾. Wenn man in der Formulierung der Entscheidung "Napier, Fox et Consorts" den Ausdruck eines Grundsatzes sehen will, gemäß dem die ordentlichen Gerichte in der Regel zur Auslegung internationaler Abkommen kompetent sind⁽⁵⁸¹⁾, so zeigt eine Betrachtung der sich heute in der Rechtsprechung abzeichnenden Tendenz doch, daß allmählich die Ausnahme - also das Fehlen der Kompetenz - genau so wichtig wird wie die Regel und sich sogar an die Stelle des ursprünglichen Grundsatzes zu setzen scheint.

Doch dürfte dies nur in einem quantitativen Sinne zutreffen. Alle Entscheidungen, die die Befugnis der Regierung zur Auslegung behaupten, scheinen nämlich die Notwendigkeit einer besonderen Begründung dafür anzuerkennen. Denn die Auslegung hängt zunächst mit der Anwendung zusammen; will man beide trennen, so bedarf es eines ausdrücklichen Hinweises und besonderer Umstände, die diese Einschränkung der normalen richterlichen Funktion rechtfertigen. Insofern muß trotz aller anderslautenden Entscheidungen als Prinzip nach wie vor das Bestehen der Kompetenz der ordentlichen Gerichte zur Auslegung völkerrechtlicher Verträge angenommen werden. Auf diese Frage ist noch unter dem Gesichtspunkt der Kompetenzkompetenz zurückzukommen.

(579) siehe Lardy, aaO, S. 146; Dehaussy, aaO Heft 12 C Nr. 21 und 29; Goldnan, Anm. in Cl. 1953, 644

(580) siehe zu der oben dargestellten widersprüchlichen Rechtsprechung Bredin, Anm. Cl. 1956, 768; die gegenteilige Tendenz wird von Stassinopoulos, aaO RGDIP 1969, S. 23 behauptet

(581) siehe oben; zumindest in späteren Entscheidungen wird dies zum Grundsatz erhoben

1. ... Gebiete, auf denen eine Auslegung der Strafrechtsvorschriften
nur auf Grund der Bestimmungen ...

Diese Auffassung wird im übrigen unbewusst von dem Teil der
Rechtslehre bestätigt, der es unternimmt, diese kasuistische
Rechtsprechung nach Gebieten darzustellen. Dabei werden näm-
lich gewöhnlich diejenigen Gebiete aufgezählt, auf denen keine
Auslegung erfolgt - die also die Ausnahme darstellen. Nur auf
wenigen Teilgebieten läßt sich eine ausreichend ständige Recht-
sprechung nachweisen⁽⁶⁶²⁾.

So betrachten die ordentlichen Gerichte fast ausnahmslos die
Auslegungsfragen zu Bestimmungen, durch die in Niederlassungs-
verträgen Ausländer den französischen Staatsbürgern gleichge-
stellt werden, als zum ordre international public gehörig. Sie
weigern sich daher, in diesem Rahmen eine Auslegung selbst vor-
zunehmen⁽⁶⁶³⁾.

Wie schon hervorzuheben war, legen die Strafgerichte grund-
sätzlich Auslieferungsverträge nicht aus, was sich aus dem be-
sonderen Charakter dieses Rechtsgebiets erklärt, auf den in der
Regel dem Einzelnen keine subjektiven Rechte zuerkannt werden.
Vielmehr wird davon ausgegangen, daß hier die Interessen der
beteiligten Staaten im Vordergrund stehen⁽⁶⁶⁴⁾.

(662) siehe im übrigen die bei der Untersuchung der Entwicklung der
Abgrenzung schon genannten Einzelfälle; siehe auch vor allem Rousseau,
Principes, Nr. 412 S. 653 ff
(663) Paris, 15. Ch. 26.2.1957, Cl. 1957, 414 Schlußanträge Lecourtier;
Trib. civ. Moissac, 7.1.1956, JCP 1956 éd. G 132; CC civ. 14.6.1955,
RCDIP 1956, 66, Anm. Batiffol; 23.10.1957, Cl. 1958, 760, Anm. Bredin;
CC crim. 10.3.1955, Hurtado, RCDIP 1956, 48, Anm. Simon-Depitre;
25.5.1956, Sasstella, Bull. crim. 718; 25.7.1956 Padilla, JCP 1956,
II 9516; 3.10.1956, Propeano et Giacomello, Cl. 1957, 134, Anm.
Sialelli; 4.5.1957, Garcia, JCP 1957, IV éd. G 86; 4.3.1958, Cl. 1958,
760, Anm. Bredin; 5.3.1958, Soardi, JCP 1958, IV éd. G 54, RDP 1958,
1124; 2.7.1958 Corneli, GP 1958, 2, 217, JCP 136, JCP 1958 IV éd.
G 161
(664) CC crim. 18.7.1951, D. 1951, 5, 248; 4.7.1967, D. 1967, I 2 1;
crim. 27.7.1977, D. 1978 I 137; 11.4.1947, S. 1947, 1, 397; 1.7.1.99

Nicht ausgelegt werden im übrigen Klauseln über die Freistellung ausländischer Staatsangehöriger von Zwangsverpflichtungen⁽⁶⁰⁵⁾.

3.2.5. Die Theorie des klaren Sinnes

Auch die Rechtsprechung der ordentlichen Gerichte bejaht grundsätzlich die Anwendbarkeit der "Theorie des klaren Sinnes", auf die schon im Rahmen der Verwaltungsrechtsprechung einzugehen war und nach der eine Auslegung dann zu unterbleiben hat, wenn der Sinn und die Grenzen einer Bestimmung keinem Zweifel unterliegen. In diesen Fällen hat die Anwendung der fraglichen Klausel ohne weiteres zu erfolgen⁽⁶⁰⁶⁾.

Die Theorie des klaren Sinnes ist von den unteren Gerichten während mehrerer Jahre in recht erheblichem Umfang verwendet worden, wobei nicht nur eine eigene Auslegung versteckt, sondern sogar diese gegen die von der Regierung erteilte Interpretation durchgesetzt werden sollte⁽⁶⁰⁷⁾. Diese Rechtsprechung erging zu der Frage, ob spanische Staatsangehörige gemäß dem Niederlassungsabkommen von 1862 von der Notwendigkeit des Besitzes einer Handelserlaubniskarte befreit waren. Die genannten Entscheidungen stehen auf dem Standpunkt, daß die vom Außenminister erteilte Auslegung gegen den klaren und eindeutigen Wortlaut des besagten Abkommens verstoße, und weigern sich mit dieser Begründung, ihr zu folgen. Ähnlich wie in der Rechtsprechung

8. 1902, 1, 55; 27.7.1904, Bull. crim. Nr. 20; Trib. Gr. Inst. Nevers, 10.3.1967, AFDI 1967, 249; 1.12.1966, D. 1967, J 23; CC crim. 27.2.1964, Vo Khac Hung, Bull. crim. 1964, 170
(605) CC crim. 6.3.1915, D. 1915, I 31, Ann. Pic; 19.1.1954, GP 1954, I 417, JCP 1954, II 152
(606) CC crim. 3.3.1954, Dame Dubreuil, Bull. 1954, 174; 3.10.1956, Bull. crim. 1956, 1076; CC civ. 23.10.1957, GP 1958, I 79; 10.7.1961, L'air liquide et Jallais, JCP 1961, IV éd. G 129, D. 1961, 601, Ann. Holleaux; CC civ. II 10.7.1965, Mauzitz ./.. Caisse d'assurance vieillesse des travailleurs salariés de Paris, Bull. civ. II Nr. 157 S. 97; CC civ. I, 19.10.1965, Girardini ./.. Procureur général d'Aix-en-Provence, JCP 1966, II 14376, Ann. Aymond
(607) Trib. correction. Poitiers, 27.6.1957, GP 1957, 2, 147; Poitiers, 20.12.1957, GP 1958, 1, 114, RDP 1957, 517

der Verwaltungsgerichte dient die Berufung auf diese Theorie auch hier dazu, die Kompetenz der Regierung zur Vertragsauslegung einzuschränken.

Jedoch hat sich der Kassationshof entschieden gegen diese "Revolte" der unteren Gerichte gewandt und deren Entscheidungen, soweit er in ihnen einen Mißbrauch des besagten Grundsatzes zu erblicken meinte, aufgehoben⁽⁶⁸⁸⁾. Einzelne Gerichte ersannen indes ein neues Mittel, sich der Verpflichtung zu entziehen, einer von ihnen als unzutreffend erkannten regierungsgesamtlichen Auslegung zu folgen: bevor sie nach Rückverweisung durch den Kassationshof neu entschieden, legten sie die Interpretation des Außenministers selbst noch einmal aus, was recht unmittelbar den Gedanken an einen Kompromiß hervorruft⁽⁶⁸⁹⁾.

Soweit sich untere Gerichte dagegen auf den klaren Sinn einer Vorschrift in den anerkannten Grenzen berufen, hebt der Kassationshof deren Urteile nicht mit der Begründung auf, daß eine Auslegung durch den ordentlichen Richter erfolgt sei, da dieser nicht befugt ist⁽⁶⁹⁰⁾. Ebenso wie der Staatsrat geht auch der Kassationshof so weit, es den unteren Gerichten zur Pflicht zu machen, eine Norm unmittelbar anzuwenden, wenn deren Sinn und Grenzen keinem Zweifel unterliegen⁽⁶⁹¹⁾.

(688) CC crim. 16.10.1958, Procureur général Colmar ././ Mangeluzzo, Bull. crim. Nr. 632 S. 118, Cl. 1959, 820, RDP 1959, 379, Ann. Gervais, AFDI 1959, 74; 3.12.1958 Procureur général, Poitiers ././ Juan Miguel, Bull. crim. Nr. 714 S. 1276, Cl. 1959, 8742; 2.1.1959, Procureur général Douai ././ Doll, Bull. crim. Nr. 5, S. 7, Cl. 1960, 470, RDP 1959, 385.

(689) Rouen, 24.11.1958, Padilla, RCDIP 1959, 471, Ann. Sino-Dépitre

(690) CC civ. I 15.6.1957, Bull. civ. I 21, Nr. 270; 17.6.1957, Bull. civ. I, 1957 Nr. 279 S. 224; 25.6.1957, Bull. civ. I 1957, Nr. 280, S. 224

(691) CC crim. 1.12.1966, Oufkir et Dlimi, DS 1967, 28, RDP 1967, 385

5.1.4. Die einzelnen Folgen aus dieser Haltung

Aus dem Fehlen eines eindeutigen Kriteriums für die Abgrenzung zwischen der Auslegungskompetenz der Gerichte und der Regierung ergibt sich eine recht undurchsichtige Haltung hinsichtlich der Folgen, die die ordentlichen Gerichte bei der Feststellung der Vorliegen bzw. Fehlens ihrer Auslegungskompetenz eintreten lassen.

6.2.4.1. Die Form der regierungsamtlichen Auslegung

Die Teilung der Auslegungskompetenzen zwischen richterlicher und ausführender Gewalt hat zu zahlreichen Kompetenzkonflikten geführt. Daher hat die Form, in der die regierungsamtliche Auslegung erfolgt bzw. zu erfolgen hat, im Hinblick auf deren Verbindlichkeit für die ordentlichen Gerichte erheblich größere Bedeutung als für die Verwaltungsrechtsprechung. Nach einer zum Teil in der Rechtslehre vertretenen Ansicht ist es erforderlich, daß die durch die Regierung gegebene Auslegung in Form eines Dekrets ergeht⁽⁵⁹²⁾. Auch der Kassationshof hat sich früher durch eine regierungsamtliche Auslegung nur unter der Voraussetzung als gebunden angesehen, daß diese als Dekret erteilt wurde, nicht dagegen, wenn sie in Form eines ministeriellen Rundschreibens mitgeteilt worden war⁽⁵⁹³⁾.

(592) siehe Bialelli, *Chronique de jurisprudence française*, Cl. 1957, 154 ff; Batiffol, aaO Nr. 41; Mestre aaO, RCADI, S. 299; Pic, Ann. in DP 1915, 1, 41; Rousseau, *Principes* Nr. 405 S. 646 (1935) CC civ. 22.12.1931, DP 1932, 1, 131, Ann. Trasbot, S. 1932, 1, 287, Ann. Siboyet, *Schlussanträge Matter*; siehe dagegen die früheren Entscheidungen der Commission supérieure de Cassation, 21.11.1910, DP 1910, 569, S. 1950, 2, 151, Ann. Odinet; 5.12.1929, D. 1930, 1, 149, S. 149, 70; letztere Entscheidungen erkennen die Verbindlichkeit einer Auslegung an, die in einem Brief des Justizministers an die Justizministerien erhalten war und sich auf die Antwort des Justizministers an die Justizministerien gegenüber den Justizministerien vom 17.1.1929 bezieht; dieser Brief war durch Rundschreiben des Justizministers vom 22.7.1929, CC von 15.1.1929, D. 1929, 1, 1, 1, bestätigt worden.

Die neuere Rechtsprechung dagegen erkennt auch die Auslegung als verbindlich an, die die Regierung dem Gericht in Form einer "Depesche" übermittelt oder in einem Brief der interessierte Partei mitteilt⁽⁶⁹⁴⁾.

Die Urteile der Strafkammer jedoch, die schon deswegen zu erwähnen waren, weil sie grundsätzlich jede Kompetenz der ordentlichen Gerichte zur Auslegung völkerrechtlicher Verträge zu verneinen scheinen, stellen die Forderung auf, daß die von der Regierung zu erteilende Auslegung im Journal Officiel veröffentlicht wird⁽⁶⁹⁵⁾. Zwar ist die Strafkammer nicht so weit gegangen, ein Dekret zu verlangen, sondern hat die Kompetenz des Außenministers anerkannt. Doch kann der Widerspruch nicht übersehen werden, der darin liegt, daß einerseits die eigene Kompetenz der Gerichte verneint wird, andererseits aber die Verbindlichkeit der von kompetenter Seite erteilten Auslegung von besonderen Formvoraussetzungen abhängig gemacht wird. So ist es im Rahmen der Rechtsprechung zu den Handelserlaubniskarten⁽⁶⁹⁶⁾ zu einem von der Rechtslehre - zu Recht - sehr lebhaft kritisierten Kompetenzkonflikt gekommen⁽⁶⁹⁷⁾. Die Strafkammer hat in einem Fall vier Jahre lang auf eine formgerechte Antwort des Außenministers warten müssen, um eine Entscheidung zu fällen⁽⁶⁹⁸⁾.

(694) CC Chambres réunies, 27.4.1950, Friedman, JCP 1950 II 5650, Anm. Lerebours-Pigeonnière, Cl. 1950, 523, Anm. Goldman, RCDIP 1951, 93, Anm. Monneray, D. 1950, 379; CC comm. 2.2.1954, RCDIP 1954, 771; CC civ. 21.11.1956, RCDIP 1957, 39, Anm. Loussouarn, Cl. 1956, 760, Anm. Bredin; Nîmes, 10.3.1966, Van der Swaelen ./., Dame Rogues, RCDIP 1967, 307, Anm. Simon-Depitre: diese Entscheidungen begnügen sich mit einer Depesche; das Urteil Aix 2.12.1965, AFDI 1966, 656 mit einem Brief an eine Partei

(695) CC crim. 10.3.1955, RCDIP 1956, 46, Anm. Simon-Depitre; 25.7.1956, JCP 1956, II, 9519; 4.5.1957, Bull. crim. 1957, Nr. 352, 654; AFDI 1958, 773; 2.7.1958, GP 1958, 2, 217; 16.10.1958 und 2.1.1959, RCDIP 1961, 136; 4.3.1958, Cl. 1958, 760, Anm. Bredin; 5.3.1958, RDP 1958, 1128, Anm. Gervais; 28.8.1958, Bull. crim. 1958, S. 111, Nr. 632; 3.12.1958, Bull. crim. Nr. 714 S. 1276

(696) zu der die meisten erwähnten Urteile gehören, siehe oben 4.4.2.3. (697) siehe die Schlußanträge von Lecourtier, Cl. 1957, 422

(698) CC crim. 24.3.1953, RCDIP 1953, 573, Cl. 1953, 544

und andere ist auf dem auch in der Verwaltungsrechtsprechung enthaltenen Widerspruch hinzuweisen. Wie der Staatsrat stellt der Kassationshof höhere Formerfordernisse dafür auf, sich durch die in einem Interpretationsabkommen enthaltene Auslegung gebunden zu betrachten, als wenn dieselbe Auslegung allein durch den Außenminister gegeben wird. Dieser Widerspruch wiegt jedoch angesichts der Weilung der Auslegungskompetenzen im Rahmen der Rechtsprechung der ordentlichen Gerichte weniger schwer. So bieten die Entscheidungen zu den Miet- und Pachtgesetzen eher den Beweis dafür, daß die Pragmatik dieser Rechtsprechung solche Widersprüche in der Regel zu vermeiden weiß.

Die wichtige Entscheidung des Kassationshofes vom 22. Dezember 1931⁽⁶⁹⁹⁾ folgt der einseitigen Auslegung des Außenministers deswegen nicht, weil nach Auffassung des Gerichts lediglich Privatinteressen eine Rolle spielen. Die Entscheidung der Commission supérieure de Cassation vom 22. Dezember 1932 dagegen erkennt die Verbindlichkeit von bilateralen Auslegungsabkommen bereits an, bevor diese durch ein Dekret gebilligt worden waren⁽⁷⁰⁰⁾.

Wenn die jüngere Rechtsprechung die Billigung durch ein Dekret fordert, um die Verbindlichkeit eines Auslegungsabkommens anzuerkennen, so wird dies durchaus verständlich, wenn man berücksichtigt, daß eine solche Auslegung auch zu Fragen Stellung nehmen kann, die nur Privatinteressen betreffen, für die also die Kompetenz der Regierung zu einseitiger Auslegung nicht gegeben wäre.

(699) Cl. 1932, 5-3

(700) RDIP 1932, 144

... Die Kompetenz zur Erteilung von Urteilen

Seitdem die Rechtspflege der ordentlichen Gerichte nicht mehr ein Dekret fordert, um die Verbindlichkeit einer regierungsmäßigen Auslegung anzuerkennen, stellt sich ebenso wie in Fällen der Verwaltungsrechtsprechung die Frage, wo nach Auffassung dieser Gerichte die Verbindlichkeit zur Abgabe einer verbindlichen Auslegung liegt⁽⁷⁰¹⁾.

In einer Entscheidung aus dem Jahre 1955 läßt ein unteres Gericht die durch einen für die Beziehung zu den assoziierten Staaten zuständigen Staatssekretär erteilte Auslegung mit der Annahme unberücksichtigt, daß diese der tatsächlichen Anwendung des betreffenden Abkommens seitens der Regierung widerspreche⁽⁷⁰²⁾. Doch hat die Erste Zivilkammer des Kassationshofes in dem Urteil vom 21. November 1955⁽⁷⁰³⁾ auch die Kompetenz eines anderen Ministers, nämlich des Finanzministers, anerkannt, ein völkerrechtliches Abkommen mit verbindlicher Wirkung für die Gerichte auszulegen. Eine einheitliche Haltung läßt sich also in der Rechtsprechung der Zivilgerichte ebensowenig erkennen, wie dies in den Entscheidungen des Staatsrats der Fall ist⁽⁷⁰⁴⁾.

Eine klarere Linie verfolgen demgegenüber die schon erwähnten Urteile der Strafkammer, die eine Veröffentlichung der regierungsmäßigen Auslegung fordern. Sie erkennen darüberhinaus ausschließlich die Kompetenz des Außenministers zur Erteilung dieser Auslegung an. So bestätigt die Entscheidung vom 10. März 1955⁽⁷⁰⁵⁾ die Auffassung der unteren Instanz, die die durch einen Ministerialdirigenten gegebene Auslegung als unverbindlich angesehen hatte. Ein anderes Urteil⁽⁷⁰⁶⁾ hebt die Entscheidung des unteren Gerichts

(701) zum Erlaß eines Dekrets war zuächst der Staatspräsident, später auch der Ministerratspräsident befugt.

(702) Paris 7.1.1955, JCP 1955 II 1549.

(703) Soc. Acroxon, Bull. civ. I 1956, 1.

(704) siehe oben 6.1.4.2.

(705) Hurtado, Bull. crim. 1955, n. 14, S. 165.

(706) 25.7.1956, Bull. crim. 1956, n. 14, S. 165.

mit der Begründung auf, daß die in diesem berücksichtigte Interpretation, die von einem hohen Beamten des Außenministeriums erteilt worden war, nicht als regierungsamtlich anerkannt werden könne, obwohl diesem die Angelegenheit delegiert worden war und obwohl die Auslegung in Form eines im Journal Officiel veröffentlichten Kanzleirundschreibens bekannt gemacht worden war.

6.2.4.5. Die Verbindlichkeit der regierungsamtlichen Auslegung

Soweit es sich um Auslegungsfragen handelt, die den ordre international public berühren, erkennen die ordentlichen Gerichte unter der Voraussetzung, daß die genannten formalen Voraussetzungen erfüllt sind, die regierungsamtliche Auslegung als verbindlich an. Ist diese Auslegung noch nicht erteilt, so setzen sie das Verfahren aus, bis die Auslegungsfragen von kompetenter Seite beantwortet sind. Wenn dagegen die Auslegung bereits vorliegt, so betrachten sich die Richter durch diese gebunden. Einwände gegen dieselbe sind ebenso wie vor den Verwaltungsgerichten unzulässig, da auf dem fraglichen Gebiet eben keine Auslegungskompetenz besteht⁽⁷⁰⁷⁾.

Aus dem gleichen Grunde hebt der Kassationshof auch die Entscheidungen der unteren Gerichte auf, die eine bereits erteilte - nach seiner Auffassung verbindliche - regierungsamtliche Auslegung nicht berücksichtigt haben⁽⁷⁰⁸⁾. Ebenso werden solche Urteile unterer Instanzen aufgehoben, die nicht eine offizielle Auslegung eingeholt haben, sondern selbst Bestimmungen ausgelegt haben, die dem ordre public international zuzurechnen sind⁽⁷⁰⁹⁾.

(707) siehe die schon erwähnte Rechtsprechung sowie Dehaussy, aaO Heft 12 C Nr. 45

(708) CC crim. 23.2.1912, D. 1915, I, 31, Anm. Pic; 2.1.1959, RCDIP 1961, 137, sowie die oben 6.2.3. genannten Entscheidungen der unteren Gerichte, die sich unter Berufung auf den klaren Sinn der fraglichen Bestimmungen gegen die regierungsamtliche Auslegung gewendet haben (709) CC civ. 2.7.1923, D. 1923, I 215, Anm. Pic; CC crim. 24.3.1953, D. 1953, 369, Anm. Savatier, JCP 1953, II 7659, Anm. Weil und Léauté, RCDIP 1953, 573, Anm. Brouchet, Cl. 1953, 644; CC crim. 10.3.1955, RCDIP 1956, 40, Anm. Simon-Depitre

Andererseits stellt der Kassationshof die Forderung auf, daß die unteren Gerichte die Auslegung selbst vornehmen, zu der sie befugt sind. Er verlangt daher die Überprüfbarkeit der von den unteren Instanzen getroffenen Feststellungen zu der Frage des Vorliegens der Auslegungskompetenz. So ist ein Urteil aufgehoben worden, das die Kompetenz des Richters allein mit der Begründung verneint hatte, daß Fragen des Völkerrechts aufgeworfen waren, ohne daß näher angegeben noch untersucht worden war, um welche Fragen es sich dabei handelte⁽⁷¹⁰⁾.

Hinsichtlich der Frage, wer sich an die Regierung mit der Bitte um Auslegung zu wenden hat, stellen sich verschiedene Entscheidungen auf den Standpunkt, daß dies Aufgabe des Gerichtes sei, während andere zulassen, daß das Gericht nur aussetzt und es den Parteien überläßt, die Antwort des Außenministers zu beantragen⁽⁷¹¹⁾.

Ebenso wie der Staatsrat werden auch die ordentlichen Gerichte durch eine regierungsamtliche Interpretation nicht nur im Rahmen des Rechtsstreits gebunden, für den diese erteilt worden ist, sondern auch sonst, da sie insoweit abstrakten Charakter besitzt. Es besteht also kein Grund zum Aussetzen des Verfahrens und zur Beantragung der Auslegung durch den Außenminister, wenn diese sich aus einer anderen ergibt, die in einem analogen Fall bereits erteilt worden ist⁽⁷¹²⁾. So ist sogar von einer solchen Auslegung Gebrauch gemacht worden, die für einen Prozeß vor dem Staatsrat erteilt worden war⁽⁷¹³⁾.

(710) CC 9.6.1966, Consortium Caldumbide ././ Etat français, RDP 1967, 385, RGDI 1967, 506, JCP 1966 II 14313, Anm. Ericaud

(711) CC civ. II, 24.1.1962, Bull. civ. II 1962, 75; siehe auch Kiss, aaO, S. 39

(712) CC crim. 4.3. und 5.3.1953, Cl. 1956, 760, Anm. Bredin; Paris 22.2.1966, D. 1966, J 306 Schlußanträge Fortier; Trib. gr. inst. Vienne, 16.2.1965, Créa, AFDI 1966, 356; dieser Grundsatz erfährt jedoch in der jüngeren Rechtsprechung Einschränkungen, siehe CC 5.11.1970, Tailleurs ././ Geinoz, Bull. civ. 1970 III 413, Cl. 1971, 322

(713) bestätigt durch CC 7.11.1969, Etat français ././ Consorts Caldumbidge, Bull. civ. 1969 III 547; dagegen hat noch das Berufungsgericht Paris im Jahre 1965 die abstrakte Wirkung der Auslegung verneint: 21.5.1965, Agent judiciaire du Trésor ././ Malléa, AFDI 1966, 457

6.2.4.4. Die Kompetenzkompetenz

Aufgrund der eingangs dargelegten Erwägungen ist von dem Grundsatz auszugehen, daß die Auslegung völkerrechtlicher Verträge als Teil der richterlichen Funktion zu betrachten und daher grundsätzlich der Kompetenz der Rechtsprechung zuzurechnen ist⁽⁷¹⁴⁾. Im Anschluß an die Untersuchung der formalen Voraussetzungen, von deren Erfüllung die Verbindlichkeit der regierungsamtlichen Auslegung abhängig gemacht wird, stellt sich die Frage nach der Kompetenzkompetenz. Mit anderen Worten, es bleibt zu untersuchen, ob diese Verbindlichkeit darüberhinaus von den Gerichten nur unter der Voraussetzung anerkannt wird, daß es sich um Auslegungsfragen bezüglich des *ordre international public* handelt, oder ob die Regierung vielmehr den Gerichten eine bestimmte Auslegung in allen Fällen vorschreiben kann, in denen sie deren Befolgung durch die Rechtsprechung wünscht.

Grundsätzlich haben sich die ordentlichen Gerichte nicht bereit gefunden, eine regierungsamtliche Auslegung zu Fragen betreffend Privatinteresse als verbindlich anzusehen, die nach ihrer eigenen Auffassung der Bedeutung der fraglichen Bestimmungen widersprach. Diese Einstellung wurde besonders deutlich in den Entscheidungen, die zu der Frage der Anwendung der Miet- und Pachtgesetze von 1926 auf Ausländer ergingen, die sich auf die in entsprechenden Niederlassungsverträgen zugesicherte Gleichbehandlung mit den französischen Staatsbürgern beriefen. Obwohl die regierungsamtliche Auslegung in der erforderlichen Form und von zuständiger Seite erteilt worden war, weigerten sich die Gerichte, sie als verbindlich zu betrachten, und zwar mit der Begründung, daß die betreffenden Auslegungsfragen nicht den *ordre international public* berührten⁽⁷¹⁵⁾. Dagegen hatte der

(714) siehe im Übrigen die "Rapports présentés au Président de la République par le Ministère des Affaires Étrangères" vom 14.4. und 6.5.1933, JO vom 21.4. und 15.5.1933

(715) CC civ. 22.12.1931, Cl. 1932, 683, Schlußanträge Matter; 30.6.

Außenminister das Vorliegen seiner Auslegungskompetenz in dem Brief an den Justizminister behauptet, der als Handschreiber vom 22. Juli 1929 veröffentlicht worden war⁽⁷¹⁵⁾.

Diese Rechtsprechung wird oft mit den Entscheidungen verglichen, die zu der Frage ergangen sind, ob bestimmte Gruppen von Ausländern, die begünstigende Niederlassungsverträge geltend machen konnten, von den Vorschriften über den Besitz einer Handelsreiselaubniskarte auszunehmen waren. Obwohl die Auslegungsfragen⁽⁷¹⁶⁾ einem recht ähnlichen Zusammenhang entstammen, behaupten die Entscheidungen des Kassationshofes das Fehlen der richterlichen Auslegungskompetenz, da der ordre public international berührt werde. Auch wenn es scheint, daß hierbei dieser Begriff sehr weit gefaßt worden ist, so darf doch nicht vergessen werden, daß es die Gerichte sind, die diese Berechnung vorgenommen haben. Der Kassationshof hätte vermutlich mit dem gleichen Erfolg wie im Rahmen der Rechtsprechung zu den Miet- und Pachtgesetzen auch hier den umgekehrten Standpunkt vertreten können, wie dies im übrigen zahlreiche untere Gerichte versucht haben⁽⁷¹⁷⁾.

Verschiedene Entscheidungen scheinen dagegen von dem Grundsatz auszugehen, daß es Sache der Regierung ist, zu entscheiden, in welchen Fällen sie die Kompetenz zur Auslegung völkerrechtlicher Verträge für sich in Anspruch nehmen kann. Dieser Gedanke tritt vor allem in der jüngeren Rechtsprechung zutage, die die Kompetenz der Gerichte mit der Begründung verneint, daß im Falle einer eigenen Auslegung durch den Richter die Gefahr diplomatischer Konflikte gegeben sei⁽⁷¹⁸⁾. Die in diesen Entscheidungen ver-

1932, RDIP 1933, 475, Ann. Riboyet; Commission supérieure de Cassation, 1.12.1932, RDIP 1933, 126, Schlußanträge Lyon-Caen; 30.3.1933, DH 1933, 286; siehe auch Chambres réunies, 27.4.1950, JCP 1950 II 5660; 4.5.1956, JCP 1956 II 9581; 15.5.1957, Bull. civ. III 1957 Nr. 155, S. 154 (716) JO 1929, vom 13.8.1929, und D. 1929, 4, 256 (717) CC crim. 24.3.1953, RCDIP 1953, 673, Ann. Brouchet; 10.3.1955, RCDIP 1956, 48, Ann. Simon-Depitre; 16.10.1956, RCDIP 1961, 136 (718) siehe oben 6.2.3.
(719) CC civ. 21.11.1956, Soc. Acroxon, Bull. civ. 1956, 100; CC crim. 5.3.1956, Soardi, JCP 1956 IV éd. G 54; 21.3.1952, D. 1952, 51, Ann. Kalaury, Bull. civ. II 1953, Nr. 354, S. 249

wendeten Formulierungen lassen sich jedoch nicht so verstehen, daß die Erteilung einer Auslegung durch den Außenminister grundsätzlich die für die Gerichte verbindliche Entscheidung darüber enthalte, daß die betreffende Frage dem *ordre public international* zuzurechnen ist⁽⁷²⁰⁾. Vielmehr handelt es sich bei dem Kriterium, das auf die "Gefahr diplomatischer Komplikationen" abstellt, allein um eine Neuformulierung des subjektiven, d.h. politischen Elements, das zur Ergänzung der Abgrenzung nach "Bestimmungen des Völkerrechts" notwendig war, um wieder zum "*ordre international public*" zurückzukommen.

Ebensowenig erlaubt die Feststellung, daß die ordentlichen Gerichte zu einer Einengung der Grenzen neigen, in denen sie sich eigene Auslegungskompetenzen zuerkennen, zu dem Schluß einer Umkehrung der Kompetenzkompetenz. Es liegt hier allein eine Umschichtung der Befugnisse zur Auslegung vor, zu deren Vornahme jedoch ausschließlich die Gerichte kompetent sind. Sie sind es, die das letzte Wort haben, und zwar sowohl hinsichtlich der Formerfordernisse, von deren Erfüllung sie die Anerkennung der Verbindlichkeit der regierungsamtlichen Auslegung abhängig machen⁽⁷²¹⁾, als auch bezüglich der Entscheidung darüber, ob eine bestimmte Auslegungsfrage Privatinteressen betrifft oder aber den *ordre international public* berührt. Jede Einschränkung oder Ausweitung der gerichtlichen Auslegungskompetenz ist letztlich von einer richterlichen Entscheidung abhängig⁽⁷²²⁾.

(720) so aber Batiffol, RCDIP 1956, 66 und Anneal, Anm. in JCP 1963, II, 13270

(721) dies wird durch den schon erwähnten negativen Kompetenzkonflikt belegt, zu dem die Rechtsprechung der Strafkammer des Kassationshofes während einiger Jahre geführt hat

(722) trotz der genannten Entscheidung des Kassationshofes vom 9.6.1966, *consortium Caldumbide*, siehe oben 6.2.4.3., die das Urteil der unteren Instanz mit der Begründung aufgehoben hat, daß nicht näher untersucht worden war, um welche Art von Auslegungsfrage es sich handelte, muß davon ausgegangen werden, daß zumindest der Kassationshof selbst die regierungsamtliche Auslegung in jedem Falle anfragen kann

6.2.5. Die Auslegung des Gemeinschaftsrechts

Die Teilung der Auslegungskompetenzen zwischen Gerichten und Regierung findet eine Parallele in der Regelung des Artikels 177 des EWG-Vertrages. Wie die Verwaltungsgerichte nehmen auch die ordentlichen Gerichte bezüglich der dem Europäischen Gerichtshof zuerteilten Auslegungskompetenzen nicht die gleiche Haltung ein wie in den Fällen, in denen eine Interpretation vom Außenminister gegeben wird⁽⁷²³⁾.

6.2.5.1. Die Ablehnung des Vorlegeverfahrens

Abgesehen von den Urteilen, in denen untere Gerichte - zu Recht - davon ausgehen, daß sie zur Vorlage nicht verpflichtet sind⁽⁷²⁴⁾, verweigern die ordentlichen Gerichte die Vorlage zur Vorabentscheidung mit zwei Begründungen, von denen die eine bedenklich, die andere nur scheinbar richtig ist.

So haben einige Entscheidungen Artikel 177 umgangen, indem sie selber die Vorschriften des Gemeinschaftsrechts auslegten. Das ist vor allem in dem Urteil des Kassationshofes vom 16. Februar 1965⁽⁷²⁵⁾ festzustellen, das eine Auslegung des Artikels 31 der Verordnung Nr. 3 gab, obwohl die Vorlage nötig erschien. Da es sich hier um ein oberstes Gericht handelte, muß hierin ein Verstoß gegen Artikel 177 gesehen werden⁽⁷²⁶⁾. Auch untere Gerichte legen in vielen Fällen gemeinschaftsrechtliche Bestimmungen aus. Dies widerspricht zwar nicht der besagten Vorschrift des EWG-Vertrages, da diese in solchen Fällen nicht zu einer Vorlage ver-

(723) siehe die Berichte von Blondeau und Ruzié beim Colloque von Grenoble

(724) siehe Trib. comm. Seine, 8.3.1965, JCP 1965, II, 14200, Anm. Lyon-Caen, Rev. trim. droit eur. 1965, 286; siehe auch Chevallier, Le juge national et le droit communautaire, S. 10

(725) CC soc. D. 1965, 723, Anm. Voitin; RGDIP 1966, , Anm. Lyon-Caen, Cl. 1965, 650, Anm. Ribettes-Hillhet

(726) der allerdings weniger schwer wiegt, da dem Gemeinschaftsrecht in diesem Falle Vorrang eingeräumt wurde

pflichtet. Die Haltung der Gerichte, die in einer Reihe von diesen Urteilen deutlich wird, erscheint jedoch zumindest bedauerlich⁽⁷²⁷⁾.

Andere Entscheidungen⁽⁷²⁸⁾ stellen sich auf den Standpunkt, daß die betreffende Auslegungsfrage auf einen Konflikt zwischen innerstaatlichem und Gemeinschaftsrecht hinausläuft und der Europäische Gerichtshof zu dessen Feststellung nicht kompetent sei. Dieser Hinweis ist im Ansatz richtig⁽⁷²⁹⁾, doch bedarf es, um diese Feststellung zu treffen, einer Auslegung sowohl der innerstaatlichen wie der gemeinschaftsrechtlichen Vorschriften. Unter dem letzteren Gesichtspunkt wäre das Verfahren der Vorabentscheidung erforderlich gewesen.

6.2.5.2. Die Theorie des klaren Sinnes

Ebenso wie die Verwaltungsgerichte zögern auch die ordentlichen Gerichte nicht, auch auf die Auslegung des Gemeinschaftsrechts die Theorie des klaren Sinnes anzuwenden⁽⁷³⁰⁾. Die Folge, die sich aus der Anerkennung der Eindeutigkeit einer Vorschrift ergibt, ist die gleiche wie im Rahmen der Teilung der Auslegungskompetenzen zwischen Regierung und Rechtsprechung: aus der Verneinung einer Auslegungsbedürftigkeit begründet sich die Notwendigkeit einer "unmittelbaren" Anwendung der fraglichen Bestimmung, d.h. diese wird der Auslegungskompetenz der eigentlich zuständigen Behörde - hier also des Europäischen Gerichtshofs - entzogen.

(727) Colmar, 31.10.1968, JCP 1969, IV 217; Lyon, 18.12.1968, GP 1969, somm. 22; Paris, 11.3.1969, D. 1969, 354

(728) Amiens, 9.5.1963, Nicolas et Soc. Brandt Frères, D. 1963, 556, Ann. Hémar, RCDIP 1963, 812, Ann. Mezger, Cl. 1964, 93, Ann. Goldman, JCP 1963, II 13222; CC crim. 22.10.1964, gleiche Rechtssache, RCDIP 1965, 161, Ann. Mezger, Bull. crim. 1964, 591; CC crim. 19.2.1964, Riff, Bull. crim. 1964, 125

(729) siehe Rechtssache Albatros ././ SOPECO, 4.2.1965, EuGH 2/64

(730) CC crim. 5.1.1967, D. 465, JCP 1967, II 15249, Rev. trim. droit eur. 1967, 696

2.2.5.1. Die Entwicklung der Vorabentscheidungen

Erst im Jahre 1963 ist eine Entscheidung eines oberen elischen Gerichts die Ausgestaltung des Verfahrens vorgegangen⁽⁷³¹⁾. Das Gericht hatte den Erlaß einer Entscheidung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften zu einer de Rechtsstreit betreffende der Frage rechtliche Bedeutung beigegeben, und daher die Unterbrechung der Vorabentscheidung. Das Gericht hat sich hierbei noch nicht um das Vorlageverfahren nach Artikel 177 des EWG-Vertrages.

Ein erster Versuch zu einer Vorabentscheidung im Sinne dieses Verfahrens wurde von dem Gericht von Douai unternommen, das jedoch statt des Gerichtshofs die durch Artikel 43 der Verordnung Nr. 177 geschaffene Verwaltungskommission befaßt hat⁽⁷³²⁾. Der Kassationshof hob aus diesen Gründe die Entscheidung auf und verwies an ein anderes Gericht, ohne selbst die Stellungnahme der Europäischen Gerichtshofs einzuholen⁽⁷³³⁾.

Ab Mitte 1965 finden sich mehrere untere Gerichte bereit, den Weg der Vorlageverfahren zur Vorabentscheidung einschlagen⁽⁷³⁴⁾. Doch offenbaren die Zwischenurteile noch erhebliche Mängel bezüglich des Verständnisses der in Artikel 177 vorgesehenen Prozedur. So setzt das Gericht von Colmar einen bestimmten Termin für die Fortsetzung des Verfahrens fest, was deutlich macht, daß der Gerichtscharakter des Luxemburger Gerichtshofs nicht

(731) Paris 26.1.1963, Soc. UMF ./ Etablissement Constan, JCP 1963, II 13103, Schlußanträge Denangier, CL 1963, 72, Ann. Golan, D. 1963, 1:9, Ann. Robert; siehe auch CC comm. 12.3.1963, D. 1963, 367, Ann. Robert
(732) 10.10.1963, Caisse régionale de Sécurité sociale vieillesse Nord ./ Torrekeus, D. 1964, 3 299, RCDIP 1964, 461, Ann. Lyon-Caen
(733) CC civ. II 1.12.1965, D. 1965 373, Ann. Chevalier, JCP 1966 II 1457
(734) Colmar, 1.6.1965, Deminco e Lazzarotti ./ Lazzarotti, JCP 1965, II 102, JCP 1965, II, 102, Rev. tri. droit com. 1965, 4:6; Strasbourg, 3.6.1965, Etablissement Constan ./ Lazzarotti, JCP 1965, II 172; Paris, 7.7.1965, Soc. M.M. ./ Soc. Lazzarotti, JCP 1965, II 30

berücksichtigt wurde. Das genannte Urteil von Paris übermittelte das Ersuchen auf Auslegung auf diplomatischem Wege⁽⁷³⁵⁾.

Auch der Kassationshof hat nicht viel später von der in Artikel 177 eröffneten Möglichkeit Gebrauch gemacht. Zwei Entscheidungen erkennen die Notwendigkeit an, den Europäischen Gerichtshof über die Auslegung einer Gemeinschaftsverordnung - es handelte sich auch in diesen beiden Fällen um die Verordnung Nr. 3 - entscheiden zu lassen⁽⁷³⁶⁾. Grundsätzlich wird also die Kompetenz dieses Gerichtshofs anerkannt, indem von dem Vorlegungsverfahren zur Vorabentscheidung über Auslegungsfragen Gebrauch gemacht wird⁽⁷³⁷⁾. Doch war der Weg dorthin beschwerlich, und es scheint nicht so, daß das Ziel schon vollständig erreicht wäre.

6.2.5.4. Die Verbindlichkeit der Auslegung durch den Europäischen Gerichtshof

In dem Rahmen, in dem die Gerichte die Auslegungskompetenzen des Europäischen Gerichtshofs anerkennen, betrachten sie die von ihm gegebenen Auslegungen auch als verbindlich⁽⁷³⁸⁾. Diese Verbindlichkeit wird wiederum auf Artikel 55 der französischen Verfassung gestützt, indem auch die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs dem völkerrechtlichen Vertragsrecht gleichgestellt werden⁽⁷³⁹⁾. Ebenso wie der regierungsamtlichen Aus-

(735) siehe Jeantet, JCP 1966, I, 1967 Nr. 15

(736) CC civ. II 27.4.1967, D. 1967, 541, Schlußanträge Schmeilch, Cl. 1968, 740, Anm. Ribettes-Tillhet, Rev. trim. droit europ. 1967, 701; CC soc. 24.10.1968, Caisse régionale de Sécurité Sociale du Nord de la France ././ Torrekens, Droit Social 1969, 331, Anm. Lyon-Caen, Cl. 1969, 12, Anm. Ribettes-Tillhet

(737) Rideau, aaO S. 2.

(738) CC civ. II, 21.3.1968, Cl. 1968, 740, Anm. Ribettes-Tillhet; Grenoble, 3.2.1968, Cl. 1967, 642, Anm. Ribettes-Tillhet, GP 1967, CEE 37; Paris, 22.1.1967, RCDIP 1968, 78, Anm. Mezger, JCP 1967 II 15236, Anm. Robert, Rev. trim. droit eur. 1967, 140; Orléans, 3.11.1967, GP 1969, I, 50

(739) Colmar, 13.11.1967, RGDIP 1968, 360, GP 1968, 1, CEE 6; Paris, 12.1967, GP 1969, I, 49

...e so, wie ... die ...
Bedeutung bei, d.h. sie erkennen an, daß diese nur auf eine
...
...
...
...
...
...

"das in dem Falle, daß eine Frage, die bei der Auslegung einer
Gemeinschaftsnorm aufgeworfen wird, sachlich mit einer solchen
übereinstimmt, die bereits unter gleichen Umständen vor einem
einer Vorabentscheidung des Gerichtshofs war, das Gericht davon
absehen kann, das Verfahren auszusetzen und der Gerichtshof
in Anwendung des Artikels 177 des EGV-Vertrages ...
aufgrund der bereits erteilten Auslegung der in diesem Artikel
ausgesprochenen Verpflichtung nicht erneut nachgekommen werden
müß." (741)

Soweit die Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs anerkannt
ist, ist die Verbindlichkeit einer Auslegung ausgeschlossen, die
zu der betreffenden Frage bereits früher von der Regierung er-
teilt worden ist (742).

6.2.6. Bemerkungen zu dieser Rechtsprechung

Um die Haltung der ordentlichen Gerichte bezüglich der Frage
ihrer Kompetenz zur Auslegung völkerrechtlicher Verträge beur-
teilen zu können, erscheint es zunächst notwendig, festzustellen,
auf welcher theoretischen Grundlage die angenommene Abgrenzung
zwischen den eigenen und fremden Auslegungskompetenzen steht.
Zum anderen ist daran zu denken, welche praktischen Folgen sich
aus dieser Teilung der Zuständigkeiten ergeben.

(740) Derouche et Cornet ./.. Sté. Promater, D. 1957, 19, Rev. ri.
droit eur. 1957, 729; siehe auch CC civ. I Sécurité sociale ./.. Goffart
Robert, 21.9.1967 und Colmar, 19.12.1957, JCP 1958, IV 100.

(741) Jeantet hat jedoch Zweifel an der behaupteten sachlichen ...
stimmung, siehe JCOI, oft 12 C. r. 7.

(742) Colmar, 15.11.1957, St 1957, 1, 455, 1958, 1, 100, 1958, 1, 100.

5.1.6.1. Die Grundlagen der Abgrenzung

Wie bei der Untersuchung der Entwicklung der Abgrenzung der Auslegungskompetenzen schon deutlich geworden ist, beruht diese auf recht vagen Kriterien, die im Laufe der Zeit verschiedene Formulierungen erfahren haben⁽⁷⁴³⁾. Während viele Entscheidungen mehr auf Fragen, die der *ordre international public* berühren,⁽⁷⁴⁴⁾ Urteile, oder andere Urteile eine Abgrenzung nach der rechtlichen Anordnung der auszulegenden Bestimmungen zugrunde⁽⁷⁴⁵⁾.

Obwohl die zuletzt genannte Abgrenzung eine Erweiterung der Kompetenzen der ordentlichen Gerichte zur Auslegung völkerrechtlicher Verträge vermuten läßt, war doch auch die gegenläufige Tendenz festzustellen, die wiederum eine Einengung dieser Befugnisse bedeutete. Hierbei wurde zum Teil auf die politische Tragweite der angesprochenen Auslegungsfragen hingewiesen, zum Teil sogar die richterliche Auslegungskompetenz kategorisch verneint⁽⁷⁴⁶⁾.

So läßt sich trotz aller Schwankungen in der Rechtsprechung feststellen, daß die Abgrenzung stets auf zwei Kriterien beruht, die gemeinsam verwendet werden. Dabei bezieht sich das eine mehr auf rechtliche Gesichtspunkte, während das andere die politische Bedeutung der aufgeworfenen Auslegungsfrage berücksichtigt. Seit der Entscheidung "Hapiet, Fox et Consorts" werden juristische Argumente angeführt, um die Kompetenz der Gerichte zu begründen. Die Unterschiede in den verwendeten Formulierungen

(743) siehe Basdevant, RCDIP 1949, 425

(744) CC crim. 15.12.192, D. 1932, I 113, Ann. Devaux, RDIP 1929, 79; Chambres réunies, 27.4.1950, D. 1950, 379, JCP 1950 II 5650, Ann. Lerebourg-Pigeonnière, RCDIP 1951, 99, Ann. Monneray; CC civ. 19.2.1954, GP 1954 I 407; CC comm. 2.2.1954, RCDIP 1954, 771; 9.5.1955, JCP 1956 II 9177; CC civ. 21.11.1956, RCDIP 1957, 39, Ann. Loussouarn, Cl. 1958, 760, Ann. Bredin; CC crim. 16.10.1959 und 2.1.1959, RCDIP 1961, 136; CC civ. 24.5.1962 D. 1963, 51, RCDIP 1954, 83

(745) CC civ. 22.3.1950, RCDIP 1960, 557, Ann. Lezger; 19.3.1963, D. 1963, 529; Paris, 21.5.1965, GP 1965, 5

(746) siehe oben 6.2.1.1.

... dass es sich um eine Entscheidung handelt, die ausschließlich auf der Grundlage des Rechts zu erfolgen hat, das anzuwendende Recht zu bestimmen. Immerhin ist zu beachten, dass alle Streitparteien, in deren Angelegenheit die Zivilgerichte angerufen werden, Drittstaaten betreffen. Die Kompetenz dieser - wie festzustellen war: grundsätzlich gegeben - Kompetenz erfolgt dagegen auf der Grundlage von Erwägungen, die hiermit zunächst nichts zu tun haben. So ist ebenso darauf hingewiesen worden, dass die schlechte Ausführung oder falsche Anwendung völkerrechtlicher Verträge immer den *ordre international public* berührt. Beide Kriterien schließen sich also nicht gegenseitig aus; es fehlt ihnen - seit der Entscheidung des Kassationshofes vom 27. Juli 1977⁽⁷⁴⁷⁾ - die Komplementarität.

Der Ausschluß einer unter rechtlichen Gesichtspunkten grundsätzlich zu bejahenden Kompetenz durch außerrechtliche Erwägungen bedeutet aber nichts anderes als eine Argumentierung auf der der Theorie der Regierungsakte eigenen Grundlage. Daher wird die Haltung der ordentlichen Gerichte zu der Frage ihrer eigenen Auslegungskompetenz auf gleiche Weise kritisiert wie auch die der Verwaltungsgerichte und überhaupt die Rechtsprechung, in der diese Theorie zum Ausdruck kommt⁽⁷⁴⁸⁾. Der Grundsatz der Gewaltenteilung, der verschiedentlich zur Erklärung dieser Rechtsprechung bemüht wird⁽⁷⁴⁹⁾, ist für die herrschende Meinung ein Argument für die Kritik derselben⁽⁷⁵⁰⁾. Doch bevor zu der Anwendung der Theorie der Regierungsakte auf diesem besonderen Teilgebiet der

(747) Cass. crim., Yver. ./ Administration des Douanes, S. 1977, 1, 405, D. 1978 I 137; siehe auch Dehaussy aaO Heft 12 C Nr. 27.

(748) siehe u.a. Rousseau, *Principes* r. 414; Wadewant, RGDIP 1971, 425; Konneray, RGDIP 1951, 113 ff; Lestre, RGDIP 1974 IV 894; Chailier, aaO S. 270 ff; Batiffol, *Traité* r. ; Isopet, *Traité* r. 4; etc., RGDIP 1910, 5; Appert, Gl. 199, 40; Ancel, JCP 1971 II 1720.

(749) siehe Kiss, aaO S. 30.

(750) Stassinopoulos, aaO S. 5; Benoist, JCP 1955, I 1181; Greppin, JCP 1955 II 750; Chevallier, aaO, unter Verweis auf CC civ. 11.11, Bull. civ. I 1955, 312.

Rechtsprechung Stellung zu nehmen ist, soll ein Blick auf die praktische Seite des Problems geworfen werden, d.h. auf die Bedeutung und die Auswirkungen der richterlichen und rechtswissenschaftlichen Auslegung, die allein die Beweggründe aufzudecken versagen, die die Gerichte in ihrer Haltung bestimmt haben.

2.2.2.2. Die Bedeutung der Abgrenzung

Die Annahme, daß der Grundsatz das Vorliegen der richterlichen Kompetenz und die Ausnahme die Kompetenz der Regierung zur Auslegung ist und daß sich diese Ausnahme auf außerrechtliche, politische Erwägungen gründet, wird durch eine nähere Betrachtung der Fälle bestätigt, in denen die Gerichte sich hinter die Theorie der Regierungspunkte verschanzt haben - unausgesprochen freilich, wie schon hervorzuheben war. Allgemein läßt sich sagen, daß die Begründung für die Ausnahme aus der richterlichen Auslegungskompetenz die Gefahr diplomatischer Komplikationen ist. Tatsächlich ist es in der Regel für den Richter einfacher, die Verantwortung für eine die nationalen Interessen weitgehend berücksichtigende Vertragsauslegung auf die Regierung abzuwälzen. Die Entscheidungen, die zu den Rechtsstreitigkeiten über die Handelsreisepaßkarte ergingen, stellen hierfür bereichende Beispiele dar. Besonders in den Fällen, in denen bereits ein Streit zwischen den Regierungen über Fragen der Vertragsauslegung entstanden ist, in denen also kein Zweifel daran bestehen kann, daß die französische Regierung die Interessen Frankreichs - d.h. der innerstaatlichen Rechtsordnung - gegen die anderen am Vertrag beteiligten Staaten abzugrenzen bemüht ist, ist für die Gerichte der einfachste Weg der, ihre eigene Auslegungskompetenz zu verneinen und sich durch eine regierungsamtliche Interpretation abzusichern: (751).

(751) siehe u.B. CC crim. 15.12.1928, RDIP 1929, 79; zu einem umgekehrten Fall CC crim. 13.8.1920, D. 1921, 1, 58.

... nun aber keinesfalls ausnahmslos Grund für die Gerichte, die eigene Auslegungskompetenz zu verweigern. Ein "Regierungsakt" wird vielmehr dann nicht angenommen, wenn nicht damit berechnet werden kann, daß die Regierung in dem von den Gerichten aufgeführten Sinne auslegen würde. Dieser Fall ist vor allem in Fällen, in denen Rechtssachen auf dem Gebiet der Anwendung der Miet- und Pachtgesetze von 1926 auf Ausländer auftraten. Da das Außenministerium geneigt war, den fraglichen "Réglement" zu kommen eine günstigere Auslegung zu geben, war für die Gerichte die einzige Möglichkeit, um die Anwendung des innerstaatlichen Rechts sicherzustellen, die Behauptung des Vorliegens ihrer eigenen Interpretationsbefugnis. Dies wurde hierbei dadurch erreicht, daß die aufgeworfenen Auslegungsfragen als solche privater Interessen bezeichnet wurden. In anderen Fällen ergab sich aus dessen eine Berufung auf den klaren Sinn der fraglichen Bestimmung⁽⁷⁵²⁾.

Es ist wohl zu Recht darauf hingewiesen worden, daß die in der nach dem Kriege ergangenen Rechtsprechung der ordentlichen Gerichte festzustellende Sincereität der richterlichen Auslegungskompetenzen zeitlich mit der verfassungsrechtlichen Verankerung des Grundsatzes zur Erfüllung, nach dem Völkerrecht der Vorrang vor dem innerstaatlichen Recht besteht⁽⁷⁵³⁾. Wie schon zu zeigen war, ist die Vertragsinterpretation⁽⁷⁵⁴⁾ die beste "Waffe" gegen eine zu weitgehende Anwendung des Prinzips⁽⁷⁵⁵⁾. Es scheint so, daß den Richtern dieser Grundsat-

(752) so vor allem bei Auslegungsfragen, zu deren Entscheidung der EuGH angerufen werden könnte - und eine die französischen Interessen zu wenig berücksichtigende Auslegung geben könnte; dieser Fall läßt sich zwar nicht in die Theorie der Regierungsakte einreihen, ist aber ähnlich gelagert

(753) Lardy, aaO S. 50

(754) neben der Kontrolle der Voraussetzungen der Anwendbarkeit; ebenso war festzustellen, daß die Gerichte seit dieser Zeit in den meisten Fällen auch nicht mehr die materielle Rechtmäßigkeit der Ratifizierung überprüfen, zu diesem Widerspruch siehe oben 2.4.4.4.

(755) siehe De Visscher, JCDIP 1955, 295 ff

unheimliche Gefahr, nur die Bewegung über, in praktischer Hinsicht also nicht aus Mangel an, die Vorrang durch eine eine restriktive Auslegung einzuschränken, so scheuen sich die Gerichte davor, aus eigener Macht die Feststellung eines inhaltlichen Widerspruchs zwischen innerstaatlichem und Völkerrecht vorzunehmen. Sie ziehen es vor, den Vertrag durch die Regierung auslegen zu lassen und so mit dieser die Verantwortung dafür zu teilen, aus der Normenkollision die Folgerung der Unanwendbarkeit des innerstaatlichen Rechts zugunsten völkerrechtlicher Bestimmungen zu ziehen⁽⁷⁵⁶⁾.

6.2.3.3. Kritik an der Haltung der ordentlichen Gerichte zur Frage ihrer eigenen Auslegungskompetenz

Die Kritik, die im allgemeinen der Haltung der ordentlichen Gerichte auf dem Gebiet der Auslegung völkerrechtlicher Verträge gemacht wird, richtet sich gegen die Kriterien, nach denen die Abgrenzung der Auslegungskompetenzen erfolgt. Damit trifft diese Kritik jedoch nicht ihr Ziel, denn die Abgrenzung kann nicht besser sein als die Grundlage, auf der sie beruht. Diese Grundlage ist aber bereits das Ergebnis einer Vermischung von rechtlichen und außerrechtlichen Gesichtspunkten. Allein dies macht es erklärlich, daß dieselben Auslegungsfragen von verschiedenen Entscheidungen mal dem *ordre international public* zugerechnet werden, mal als solche bezeichnet werden, die Privatinteressen betreffen⁽⁷⁵⁷⁾. Es handelt sich also wiederum um einen typischen Fall der Anwendung der "Theorie der Regierungsakte": außerrechtliche Erwägungen führen dazu, daß eine Ausnahme von einem Grundsatz gemacht wird, der allein rechtlichen Überlegungen entspringt und entspricht. Zwar soll der Einzelne vor den Gerichten sein

(756) siehe auch oben 4.2.3. und Trib. gr. inst. Nevers, 10.3.1967, Brillard, AFDI 1968, 149: diese Entscheidung führt als Begründung dafür, daß die Beziehungen zu anderen Regierungen nicht Gegenstand richterlicher Auslegung sein dürfen, die in Artikel 55 angeordnete Vorrangigkeit der völkerrechtlichen Verträge an...
(757) siehe Lerebours-Ligeonnière, JCP 1950 II 5650

entweder, doch soll die letztere nicht durch-
geführt werden. Die Verneinung dieser beiden Absichten
selbst ist zu kritisieren. Wenn überhaupt die zweite berück-
sichtigt wird, so steht zum Schaden der erste. Offensichtlich
liegt hier ein erheblicher Einbruch in die Rechtsstaatlichkeit
vor. Diese Bewegung wird als legalisiert bezeichnet, da sie
nur gewisse Grenzen und Bedingungen zu überwinden hat. Die
Gründen versucht werden, zu deren Überwindung die Bewegung
auf der Grundlage außerrechtlicher Überlegungen getrieben ist.

Sobange die genannten Bewegungen für die von ihnen be-
stimmten Gerichte bestimmend bleiben - und über einen nahen Wandel
sollte man sich keine Illusionen machen - wird auch die mög-
liche Abgrenzung vorgenommen werden. Damit ist in praktischer
Hinsicht erscheint diese besser und besser durchführbar, als die
Schwäche ihrer theoretischen Basis es erwarten läßt. So wirft
man es ihr z.B. zu Verecat vor, auf einen Widerspruch zu beruhen,
insofern auch nur Verneinung der eigenen Auslegungsbefugnis der
Richter zunächst eine Auslegung vorzunehmen habe⁽⁷⁵⁹⁾. Natürlich
erfolgt diese Auslegung zur Feststellung der eigenen
Kompetenz und nicht im Rahmen einer eigentlichen Vertragsanweisung.
Anderen sind die Gerichte bereit, der Regierung auch solche
Auslegungsfragen zu unterbreiten, die sich unmittelbar auf die
Kompetenzen des Richters beziehen⁽⁷⁶⁰⁾. Die Berufung auf den
klaren Sinn einer Vorschrift, die Behauptung, daß allein Privat-
interessen im Spiele sind, und schließlich die Möglichkeit,
auch in letzterem Falle die regierungsamtliche Auslegung anzu-
fordern⁽⁷⁶¹⁾, machen den Pragmatismus deutlich, der dieser
Rechtsprechung eigen ist und den meisten Argumenten, die zu ihrer
Kritik vorgebracht werden, die Spitze bricht.

(759) siehe Waelbroek, aaO S. 210

(759) so Stassinopoulos, aaO S. 19

(760) siehe oben 1.4.1.

(761) in den oben aufgewiesenen Grenzen, siehe 6.2.4.a. und 6.2.4.b.

5. Der Verhältnis der Rechtsprechung beider Gerichtszweige zu derjenigen der Auslegung völkerrechtlicher Verträge

Die Betrachtung der Rechtsprechung der ordentlichen Gerichte zu den Fragen der Vertragsauslegung hat gezeigt, daß diese immer mehr ihre eigenen Kompetenzen einzuschränken geneigt sind. Sie scheinen sich damit der Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte anzunähern. Es wird zu untersuchen sein, inwieweit tatsächlich Entsprechungen in der Rechtsprechung der beiden Gerichtszweige bestehen.

5.3.1. Die Annäherung der Rechtsprechung der ordentlichen Gerichte an diejenige der Verwaltungsgerichte

Ein gewichtiger Teil der Rechtslehre sieht in der Tatsache, daß die Verwaltungsgerichte niemals selbst völkerrechtliche Verträge auslegen, keinen Widerspruch zu der Haltung der ordentlichen Gerichte, sondern eine Bestätigung der von diesen verwendeten Abgrenzung, da die vom Staaterrat zu entscheidenden Rechtsstreitigkeiten stets den *ordre international public* berühren (762).

Nach anderer Ansicht ist diese Behauptung zu allgemein formuliert (763).

Doch läßt sich zumindest eine Parallele in der Begründung der Verwaltungsgerichte und derjenigen der ordentlichen Gerichte feststellen, mit der letztere ihre Kompetenz in Fällen einschließen, in denen sie herkömmlicherweise selbst eine Auslegung vorgenommen haben (764).

(762) siehe Lardy, aaO S. 186; Waline, *Droit Administratif*, Nr. 108; Rousseau, *Principes*, Nr. 415; Laroque S. 1953, 3, 25; Loussouarn, RCDIP 1953, 101; Konneray, RCDIP 1951, 120; Leroan, RCDIP 1954, 623 (763) Duez, *Les actes de gouvernements*, S. 52; Waelbroek, aaO, S. 213; Chrétien, RCDIP 1951, 57

(764) Lecourtier, Ann. unter Paris, 26.2.1957, Cl. 1957, 424; siehe auch schon die Schlußanträge von Lattier vor der Entscheidung des Kassationshofes vom 22.12.1931, in der er sich auf Laffarière, *Traité de la Jurisdiction administrative* bezieht; siehe auch Trib. civ. Seine, 14.1.1950, RDP 1950, 374

Die Motive, aus denen die ordentlichen Gerichte die Kompetenz verweigern, betreffen, wie oben schon erwähnt, das Kriterium betreffen, eine Sache die ausschließlich den Verwaltungsgerichten vorbehalten ist. Diese Motive sind, wie oben schon erwähnt, eine Abwägung der verschiedenen Interessen, die im Streitfall im Spiel sind. Die Verwaltungsgerichte berücksichtigen diese besonderen Umstände gründlich. Die ordentlichen Gerichte tun dies insofern den Verwaltungsgerichte. (766).

Ebenso wie die Verwaltungsgerichte machen die ordentlichen Gerichte die Verbindlichkeit der Regierung zur Einhaltung der bestimmten Voraussetzungen abhängig. Da die jedoch die Kompetenz der Regierung zur Auslegung völkerrechtlicher Verträge in immer weiteren Umfang bejahen, schränken sie auch die Voraussetzungen für die Bindungswirkung immer mehr ein. So erkennen beide Gerichtszweige heute grundsätzlich die Zuständigkeit des Außenministers zur Interpretation an, ausnahmsweise sogar die eines anderen Ministers (766).

Diese weniger strenge Haltung drückt sich auch hinsichtlich der Formerfordernisse aus. Seit der Grundsatzentscheidung vom 27. April 1950 (767) begnügen sich auch die ordentlichen Gerichte - mit Ausnahme der Strafkammer des Kassationshofes während einiger Jahre - mit einer einfachen Depesche, einem Brief oder einem Rundschreiben. So sind die Bedingungen, die die ordentlichen Gerichte an die Verbindlichkeit der regierungsamtlichen Auslegung stellen, geringer als die, von denen die Gültigkeit eines zwei- oder mehrseitigen Auslegungsabkommens abhängig gemacht wird. Ein entsprechender Widerspruch hat sich auch in der Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte nachweisen lassen. Auch hier liegt also eine Parallele in der Haltung der beiden Gerichtszweige vor.

(765) siehe Stassinopoulos, a.a.O. S. 24.

(766) siehe oben 6.1.4.1. und 6.1.4.2.

(767) Friedman, D. 1950, 472.

6.3.2. Unterschiede in der Rechtsprechung der beiden Gerichtszweige

unterschiedliche Einstellungen in der Rechtsprechung der ordentlichen und Verwaltungsgerichte machen sich vor allem bezüglich der Bereitschaft bemerkbar, auszusetzen, um den Weg des Vorlegungsverfahrens zur Vorabentscheidung über Auslegungsfragen des Gemeinschaftsrechts nach Artikel 177 des EWG-Vertrages zu beschreiten. Während der Kassationshof den Europäischen Gerichtshof zum ersten Mal vor der Entscheidung vom 27. April 1967 angerufen hat, konnte sich der Staatsrat erst vor Erlass des Urteils vom 10. Juli 1970 zu dem gleichen Schritt entschließen. Dies mag sich daraus erklären, daß die Zivil- und Strafgerichte es gewohnt sind, präjudizielle Fragen den Verwaltungsgerichten vorzulegen⁽⁷⁶⁸⁾. Die Zurückhaltung, die die ordentlichen Gerichte seit dem Erlass des gegen sie gerichteten Gesetzes vom 16. und 24. August 1970 zeigen, setzt sich heute auf der Ebene des Gemeinschaftsrechts fort⁽⁷⁶⁹⁾.

6.3.3. Kritik an der Trennung zwischen Anwendung und Auslegung

Die Haltung der ordentlichen Gerichte und noch mehr der Verwaltungsgerichte zu den Fragen der Abgrenzung der Kompetenzen zur Auslegung völkerrechtlicher Verträge ist Gegenstand heftiger Kritik gewesen. Dabei wird vor allem auf den richterlichen Auftrag hingewiesen, der im funktionellen Sinne nicht nur die Anwendung, sondern auch die Auslegung der anzuwendenden Rechtssätze umfaßt. Der Unterschied, der hiergegenüber der Anwendung von innerstaatlichen Gesetzen besteht, lasse sich nicht durch den Hinweis auf praktische Vorteile begründen⁽⁷⁷⁰⁾. Vielmehr müßten die Gerichte, soweit sie zur Anwendung internationaler Abkomme:

(768) vgl. die Entscheidung "Septfonds".

(769) siehe die unveröffentlichte Annahme gen. der Universität Sizilien, S. 11.

(770) Rousseau, Principes, n. 444; Valéry, Manuel, n. 453; Mestre, RCADI 1971, IV, 204; Bartélemy et Duez, aaO, S. 360; Batiffol, aaO n. 41.

befugt sind, auch zu derol. Auslegung ermächtigt (771). Die Verwaltungsgerichte vermachten, wenn es zwischen Anwendung und Auslegung, der auch die ordentlichen Gerichte teilweise (772), ist künstlich und daher nicht ohne Widersprüche durchzuführen (773).

Auf das enge Abhängigkeitsverhältnis zwischen Anwendung und Auslegung war bereits mehrfach hinzuweisen. So hängt die Anwendung eines völkerrechtlichen Vertrages von der Interpretation ab, die ihm oder einer ihm widersprechender Norm der innerstaatlichen Rechts gegeben wird. Hierauf war im Rahmen der Rechtsprechung zum Vorrang der Verträge schon einzugehen. Ebenso werden die Grenzen der Anwendung dadurch bestimmt, daß die Gerichte diese mit der Begründung verweigern, mit ihr sei eine verbotene Auslegung verbunden. Andererseits kann sich eine Auslegungsfrage erst dann stellen, wenn die Anwendbarkeit eines völkerrechtlichen Vertrages nicht bereits aus anderen Gründen verneint worden ist. Dabei ist nicht nur an die Fälle zu denken, in denen ein solcher Vertrag als innerstaatlich nicht verbindlich angesehen wird, sondern auch an die Unzulässigkeit gewisser verwaltungsrechtlicher Klagen, die dazu führt, daß eine Anwendung in einem Rechtsstreit unmöglich ist (772). Anwendung und Auslegung bedingen sich also in erheblichem Umfang gegenseitig.

Dies wird noch deutlicher, wenn die Richter die Erforderlichkeit einer Auslegung bestreiten, um selbst "ohne weiteres" anwenden zu können, wenn sie also den klaren Sinn einer vertraglichen Bestimmung behaupten (773).

(771) Chrétien, L'interprétation des traités bilatéraux sur la double imposition, JCP 1950, I 1561 Nr. 6; Brouchet, Ann. u. ter CC chambre réunies, 26.7.1950, JCP 1950 II 500; Konteray, Ann. RCDIP 1951, 120; siehe dagegen Reuter, Bericht für den Colloque de Grenoble, S. 50.

(772) ohne daß dafür der Grund ein Auslegungsverbot wäre.

(773) dies kommt vor allem in der Entscheidung des Kassationshofes vom 10.2.1965 zum Ausdruck: Kauzitz ./.. Caisse d'assurance vieillesse des travailleurs salariés de Paris, Bull. civ. 1965 II 9, APD 1966, 153.

1.5.4. Kritik an der Theorie der klaren Sinne

Allgemein wird diese "Theorie" mit der Behauptung verteidigt, daß es nicht erlaubt sei, etwas auszulegen, was nicht auslegungsbedürftig ist. Solange dies klingen mag, enthält diese Formulierung doch eine **petitio principii**, da nämlich gerade nachzuweisen ist, daß eine Bestimmung eindeutig in dem Sinne verstanden werden muß, dem man ihr beizulegen gedankt.⁽⁷⁷⁴⁾ Es soll versucht werden, diesen Zusammenhang deutlich zu machen.

Jeder völkerrechtliche Vertrag oder jedes Gesetz gebrauchen Wörter und Wendungen, die einen bestimmten Gedanken wiederzugeben bestimmt sind. Insoweit entsprechen sie jeder anderen sprachlichen Äußerung, die zur Übermittlung einer Aussage erfolgt. Das Verstehen des ursprünglichen Gedankens dessen, der die fragliche Aussage gemacht hat, vollzieht sich durch den vermittelnden Gebrauch der Sprache stets auf folgendem Wege: Derjenige, der eine Aussage machen will, hat einen bestimmten Gedanken im Sinn, für den er zum Zwecke seiner Übermittlung ein passendes Wort, ein Bild sucht, das diesen Sinn ausdrückt. Der Empfänger muß, um diesen Gedanken zu verstehen, nun die umgekehrte Denkarbeit leisten, die eben darin besteht, der ursprünglichen Gedanken, die dem verwendeten Wort zugrunde liegen, hinter demselben aufzufinden.

Ein Verständnis liegt nur dann vor, wenn vermittels des Wortes dem Mitteilenden gelingt, in dem Empfänger denselben Gedanken, dieselbe Vorstellung zu erwecken, die er selbst ursprünglich hatte. Dieses Verständnis ist am einfachsten zu erreichen, wenn das Bild "eindeutig" ist, also besonders dann, wenn alle Umstände, die die Wahl gerade dieses Bildes = Wortes bestimmten, dem Empfänger erkennbar sind.

(774) Lauterpacht, AIDI 1950, S. 366 - 432; zum anderen ist darauf hinzuweisen, daß die Gerichte vor allem deswegen angerufen werden, weil der Sinn eines Rechtsatzes zwischen den Parteien streitig ist; siehe im übrigen auch Lord McNair, aaO, S. 373

Aber auch in diesem Idealfall, bei dem man wohl von einem "klaren Sinn" sprechen könnte, ist ein Auseinanderfallen zwischen dem der Äußerung zugrundeliegende Sachverhalt und dem als Inhalt der Äußerung verstandenen Vorstellung zumindest insoweit festzustellen, als es sich hierbei eben nicht um ein und dasselbe handelt.

Jedes Verständnis, ob es sich nur um einen eindeutigen oder auslegungsbedürftigen Ausdruck handelt, vollzieht sich in dem beschriebenen Auffinden des Sinnes. Inwieweit liegt stets und in allen Fällen eine qualitativ gleichartige Gedankenoperation vor, die sich lediglich quantitativ danach unterscheiden kann, daß mehr oder weniger Sucharbeit zu dieser Auffindung erforderlich ist, bis man sich den Sinn sicher ist. Somit ist aber alles Auffinden Auslegen.

Man kann man hinsichtlich dieser quantitativen Abweichungen natürlich erhebliche Unterschiede feststellen, die sich zwischen den Gegensätzen "klar" und "unverständlich" anordnen. Und so ist man geneigt, in dem einen Falle von Interpretation zu sprechen, in einem anderen diesen Begriff deswegen nicht zu verwenden, weil die erforderliche gedankliche Arbeit nicht bewußt wird. Dennoch handelt es sich hierbei nur um einen graduellen Unterschied, den - wenn man eine Abgrenzung einführen will - man wohl in einfachster Weise folgendermaßen beschreibt: Dort, wo ein Verständnis nicht ohne Verwendung einer spezielleren Auslegungsmethode zu erreichen ist, kann man von "Auslegung" sprechen. Diese Bedeutung der Begriffe dürfte den entsprechen, was herkömmlicherweise unter ihm verstanden wird - doch zeigt die Unmöglichkeit eines genaueren Kriteriums die Unmöglichkeit einer Rechtspredung, die auf diese Weise ihre Kompetenz abgrenzen will.

schon allede. Man sich auch nicht sagen, daß die Berufung auf die Klarheit einer Vorschrift - wie dies in der Regel deklariert wird - eine Anwendung ohne vorherige Auslegung bedeutet. Vielmehr handelt es sich hierbei sowohl in der Rechtsprechung der ordentlichen wie der Verwaltungsgerichte um eine Ausnahme auf dem Gebiet, auf dem normalerweise keine richterliche Auslegung kompetent gegeben ist. Mit anderen Worten, die Gerichte betrachten sich in jedem Falle dazu befugt, völkerrechtliche Verträge insoweit auszulegen, als es darum geht, die Eindeutigkeit einer Bestimmung festzustellen. Dies heißt aber nichts anderes, als daß sich die Gerichte für kompetent ansehen, bis zu einem gewissen Schwierigkeitsgrad selbst zu interpretieren. Sobald jedoch kompliziertere Auslegungsmethoden anzuwenden sind, überlassen die Verwaltungsgerichte die Auslegung der Regierung, während die ordentlichen Gerichte dieselbe nur in dem Rahmen vornehmen, in dem Privatinteressen betroffen sind. Die dabei verwendeten Methoden sollen nun näher betrachtet werden.

6.4. Die Interpretationsmethoden

Eine Untersuchung der von der französischen Rechtsprechung bei der Auslegung völkerrechtlicher Verträge benutzten Methoden wird durch den Umstand erschwert, daß sich die Gerichte in nur sehr beschränktem Umfang zu einer eigentlichen Auslegung bereit finden. Daher lassen nur wenige Entscheidungen erkennen, daß die Gerichte die besondere Eigenart der Bestimmungen internationaler Abkommen berücksichtigen. Doch wird nicht nur anerkannt, daß die Interpretation solcher Abkommen nach den besonderen Regeln des Völkerrechts zu erfolgen hat, sondern es werden auch die allgemeinen Interpretationsmethoden in der besonderen Ausprägung gebraucht, die diese im Völkerrecht erfahren haben.

6.4.1. Allgemeine Interpretationsmethoden, die im Völkerrecht eine besondere Ausführung erfahren haben.

Allgemein gilt, daß jede Auslegung beim gewöhnlichen Sinn der verwendeten Wörter zu beginnen hat. Dieser normale Wortgebrauch war für die französischen Richter lange Zeit der Schlüssel, da die Ausdrücke im innerstaatlichen französischen Recht haften⁽⁷⁷⁵⁾. Die jüngere Rechtsprechung dagegen erkennt an, daß die Bedeutung desselben Wortes in der Rechtsordnung der verschiedenen bei dem Vertrag beteiligten Staaten aufzusuchen oder aber jede innerstaatliche Bedeutung als unerheblich anzusehen ist⁽⁷⁷⁶⁾.

Die Gerichte haben dagegen Bedenken, die ursprüngliche Absicht der Vertragsparteien zu berücksichtigen. Doch lassen sie in den Fällen, in denen diese Absicht ohne Schwierigkeiten festzustellen ist, eine Auslegung zu, die dem kontraktuellen Charakter der völkerrechtlichen Verträge Rechnung trägt⁽⁷⁷⁷⁾. Ebenso wie die Gerichte der regierungsamtlichen Auslegung eine Verbindlichkeit beilegen, die über den Einzelfall, zu dem sie erfolgt, hinausgeht, lassen sie es zu, daß zur Auslegung eines bestimmten Vertrages andere Abkommen herangezogen werden, die zwischen den gleichen Staaten auf dem gleichen Gebiet abgeschlossen wurden⁽⁷⁷⁸⁾.

(775) Martin. Principes, Nr. 53; Batiffol, Traité, Nr. 39

(776) Cour d'Orléans, 6.4.1940, Etat français ././ Etablissements Montmousseau, S. 1949, 2, 141, RCDIP 1940, 511, Ann. Francescakis; die Entscheidung des Staatsrats vom 7.2.1953, Rec. 1956, 91, nomm., gibt jedoch einem Ausdruck, dessen Bedeutung zwischen den Parteien strittig war, den Sinn, den dieser in der französischen Rechtsordnung hat

(777) CC civ. 5.2.1972, Jurisprudence du XIX^e siècle, 1872, Band 1, S. 431; Paris, Première Chambre supplémentaire, 27.1.1955, Soc. Th. Jansen ././ Soc. Neurty, D. 1955, J 277, RCDIP 1955, 530; Trib. gr. inst. Seine, 19.5.1964, Soc. Sofipro - Suprafilm, RCDIP 1965, 69; Rouen, 12.4.1957, Maché ././ Air France, RCDIP 1959, 343

(778) CC crim. 27.10.193, Magny, Rougil et autres, D. 1934, 1, 424

... völkerrechtliche Auslegungsregel.

Die französischen Gerichte werten die allgemeinen Regeln des Völkerrechts über die Auslegung von internationalen Verträgen, insbesondere also, die den Besonderheiten des Völkerrechts Rechnung tragen und in ihrer Anwendung auf dieses beschränkt sind. Dies gilt etwa für die Regel, nach der völkerrechtliche Verträge, die bei ihrem Abschluß in nur einer Sprache abgefaßt worden sind, allein in dieser Sprache authentisch sind, wohingegen spätere Übersetzungen als unverbindlich zu betrachten sind und nicht Gegenstand der Auslegung sein können⁽⁷⁷⁹⁾.

Eine andere dem Völkerrecht eigene Auslegungsregel, die in den Entscheidungen französischer Gerichte anerkannt wird, ist der Grundsatz der restriktiven Vertragsauslegung. Dies gilt nicht nur - wie auch sonst im innerstaatlichen Recht - für Aufzählungen⁽⁷⁸⁰⁾ und im Strafrecht⁽⁷⁸¹⁾, sondern allgemein aufgrund der Überlegung, daß die in völkerrechtlichen Verträgen enthaltene Einschränkung der Souveränität der beteiligten Staaten nur in dem Umfang angenommen werden darf, in dem sie ausdrücklich ausgesprochen sind⁽⁷⁸²⁾. Der Grundsatz der restriktiven Vertragsauslegung ist im übrigen das Alibi all der Entscheidungen, in denen sich der Chauvinismus des französischen Richters auswirkt, wenn dieser so weit geht, den Grundsatz des Vorrangs der völkerrechtlichen Verträge vor den innerstaatlichen Gesetzen zu kompromittieren⁽⁷⁸³⁾.

(779) Cour d'Appel Sarrebruck, Chambre franco-sarroise, 4.2.1950, Journal de Sarrebruck ./.. Klerig, JCP 1950 IV 112

(780) Cour d'Appel de Paris, 9.7.1947, National Provincial Bank ./.. Dollfus, RGDIP 1947, 454

(781) Riom, 25.1.1950, Vermote, S. 1950, 2, 155; CC crim. 22.12.1969, Albrand, Bull. crim. 1969, 351, D. 1970, J 152

(782) CC Chambres réunies, 30.4.1959, Ministère public ./.. Dame Steinfels veuve Skosowsky, JCP 1959 II 11136, Ann. Aymond, RGDIP 1959, 746, Ann. Rousseau, RDP 1959, 1270, Ann. Gervais; Trib. gr. inst. Seine 17.1.1963, Soc. Christian Dior ./.. K. Jackson, Cl. 1963, 1070, RGDIP 1963, 732, Ann. Lousseuarn; Riom, 1.2.1963, Callamand ./.. Debord, RGDIP 1964, 7, Ann. Simon-Depitre; Paris 7.11.1966, Kurt Gebauer ./.. Guicheney, GP 1 27

(783) siehe oben Kapitel 4

In diesem Sinne nähert sich die Theorie des klaren Sinnes der Grundsatz der restriktiven Vertragsauslegung. Nur insoweit, wie sich aus einem völkerrechtlichen Vertrag klar ergibt, daß das innerstaatliche widersprechende Gesetz nicht anzuwenden ist, wird der Vorrang von den Gerichten anerkannt.

Schließlich erkennt die französische Rechtsprechung die Regel des "effet utile" an, nach der der Wortlaut eines völkerrechtlichen Vertrages, die wörtlich verstanden wird, erscheint, dadurch Wirkung zu verleihen ist, daß ihr der nach der Logik des Vertrages als Absicht der Unterzeichnerstaaten zu verstehende Sinn beigelegt wird⁽⁷⁸⁴⁾.

Diese letztere Auslegungsregel stellt im Übrigen nicht eine eigentliche Interpretationsmethode dar, sondern muß als die logische Ergänzung zur Theorie des klaren Sinnes verstanden werden⁽⁷⁸⁵⁾, indem sie einen Grundsatz aufstellt, der das Verhältnis der verschiedenen Auslegungsmethoden zueinander bestimmt: wenn nämlich der Sinn einer Bestimmung nicht ohne weiteres zu erkennen ist, so muß eine andere, besondere Interpretationsmethode herangezogen werden. Die Regel des "effet utile" kann selbst noch nicht die endgültige Antwort geben, sondern führt zu der Anwendung einer eigentlichen Auslegungsmethode in den Fällen, in denen der Sinn der Vorschrift eines völkerrechtlichen Vertrages nicht klar und eindeutig ist.⁽⁷⁸⁶⁾

(784) Trib. correction. Seine 10.1.1959 und Paris, 17.3.1960, Confédération Nationale des Vins et Spiritueux, JCP 1960, II, 11609, AFDI 1960, 1031, Ann. Kiss

(785) siehe Trib. inst. Briançon 21.12.1965, Corti ././ Beaune, AFDI 1966, 850

(786) Insofern erscheint die Übersetzung "Effektivitätsregel" unzutreffend

"Les grandes institutions françaises reconstruisent patiemment après chaque poussée constitutionnelle une structure que des innovations ont eu pour objet de modifier ..."(77)

Es ist in der Tat bemerkenswert, wie eng sich die Grundsätze der heutigen französischen Rechtsprechung auf dem Gebiet der Anwendung und Auslegung völkerrechtlicher Verträge an die von den Gerichten des vorigen Jahrhunderts entwickelten Prinzipien anlehnen. Diesen Geist, der den französischen Richter auf der Suche nach den Lösungen sich ständig neu stellender Rechtsfragen leitet, aufzuzeigen, war Anliegen dieser Arbeit.

Dabei kam es weniger darauf an, die Fülle der Einzelprobleme so erschöpfend wie möglich darzustellen, als vielmehr die Zusammenhänge aufzudecken. Daher soll an dieser Stelle darauf verzichtet werden, einzelne Ergebnisse in gedrängter Form zusammenzustellen. Dies würde gerade die Verbindungen zwischen den Überlegungen verdunkeln, die zu den Einzelfragen angestellt werden. Allein diese Betrachtungen vermögen die Grundsätze dieser Rechtsprechung zu erklären und die Beweggründe verständlich werden lassen, die die Richter bei ihren Entscheidungen bestimmen: das Bemühen, die Einheit des Staates nicht in Frage zu stellen, was die Neigung begründet, den ordre international über den ordre interne zu stellen, aber auch die Absicht umfaßt, jeden Einbruch in das Gebiet der Außenpolitik zu vermeiden - nicht zuletzt, um nicht den Staat gegenüber anderen Völkerrechtssubjekten haftbar werden zu lassen; das Selbstverständnis

der Gerichte, die sich als Gewaltträger sowohl der Exekutive wie auch der Legislative in einer gewissen Unabhängigkeit setzen, was sich vor allem auch in einer fast Übertriebenen Reue vor dem Gesetz ausdrückt; in Zusammenhang wiederum damit die Beschränkung des Rechtsschutzes auf die formale Seite der Rechtsstaatlichkeit, was unter Umständen zu Ungebillen führt, die im Widerspruch zu eben all diese Grundsätze stehen.

Diese Grundlagen haben eine beachtliche - wenn auch nicht nachhaltige - Erschütterung erfahren, als im Jahre 1947 eine neue Verfassung dem Völkerrecht wie die innerstaatliche Rechtsordnung ein Gleiches. In der Verfassung ist jeder Hinsicht die Vorbereitungen für einen Einzug des internationalen Rechts. Dies spiegelt sich nicht zuletzt in der Verfassung selbst wider, die dem Konflikt zwischen innerstaatlichem und Völkerrecht den Vorzug gibt.

Die Widersprüchlichkeit dieser Lösung, die auf voluntaristischer Grundlage eine idealistische Konzeption mit dem Ziel zu verwirklichen bemüht ist, objektive Erfordernisse gerecht zu werden, bedarf keiner Hervorhebung. Mag der Dualismus überholt sein, so erscheint doch der eigentliche Konflikt noch nicht unserer Zeit zu entsprechen: wie das Verhältnis zwischen Völkerrecht und Landesrecht überhaupt befinden sich auch diese verfassungsrechtlichen Vorschriften am Höhepunkt einer dialektischen Entwicklung, der durch das Ausmaß der vorhandenen Widersprüche gekennzeichnet ist.

Angesichts dieser Umstände erscheint die Lage des innerstaatlichen Richters verständlicher. Die Besonderheit der Rechtsprechung, die zu erhellen versucht worden ist, liegt nicht in ihrer Antwort auf Streite zwischen völkerrechtlichen Lehrmeinungen - denn dies ist keineswegs ihr Zweck - sondern in ihrer

Beweglichkeit, die durch die Gesamtheit der Entscheidungen belegt wird, ihrem Empirismus, der ihre Stärke ist, in ihrer Anpassungsfähigkeit, die erst jede Verwirklichung der Gerechtigkeit möglich macht, und in ihrem Pragmatismus, der gleichzeitig Quelle einer außergewöhnlichen Beständigkeit - und damit Rechtssicherheit - ist.

S C H R I F T U M S V E R Z E I C H N I S

1. Einzelschriften und Sammelwerke

ANZILOTTI	Cours de droit international, Übersetzung von Gidel, Band I, Paris 1929
APELT	L'acte de gouvernement dans la jurisprudence et la doctrine en France et en Allemagne, in Conseil d'Etat, Livre jubilaire, Paris 1952
BARTHELEMY ET DUEZ	Traité de droit constitutionnel, Paris 1935
BARTIN	Principes de droit international privé, Band I, Paris 1930
BASDEVANT, J.	Règles générales du droit de la paix, RCADI 1936, Band IV
BASDEVANT, S.	Rapport sur la publication des traités, Bulletin de la société des études législatives, Band XXIX, Paris 1933
BASTID	Droit International Public, Principes Fondamentaux, 3 Bände, Paris 1969
BATIFFOL	Traité élémentaire de droit international privé, 3. Auflage, Paris 1959
BERBER	Lehrbuch des Völkerrechts, 3 Bände, München und Berlin 1960
BOEHMER	Der völkerrechtliche Vertrag im deutschen Recht, Köln und Berlin 1965
BERNHARD	Der Abschluß völkerrechtlicher Verträge im Bundesstaat, Köln und Berlin 1957

BONNET	De la promulgation, Dissertation, Poitiers 1908
BOUTHOUL	Sociologie de la Politique, Paris 1967
BURDEAU	La valeur juridique du préambule de la Constitution de 1946, Etudes Juridiques, Paris 1954
CARRE DE MALBERG	La loi, expression de la volonté générale, Paris 1931
derselbe	Contribution à la théorie générale de l'Etat, spécialement d'après les données fournies par le droit constitutionnel français, 2 Bände, Paris 1920 und 1922
CHAILLEY	La nature juridique des traités internationaux, Dissertation, Paris 1932
CHAPUS	Responsabilité publique et responsabilité privée, Paris 1957
CHEVALLIER	Commentaire de l'article 177 du traité des Communautés Européennes, Dissertation, Paris 1964
derselbe und andere	Le juge national et le droit communautaire, Brüssel und Leyden 1966
COLLIARD	Institutions internationales, Paris 1963
derselbe	La notion d'acte détachable et son rôle dans la jurisprudence du Conseil d'Etat, in L'évolution du Droit public, Festschrift Mestre, Paris 1956
DAHM	Völkerrecht, 3 Bände, 3. Band, Stuttgart 1961
DEHAUSSY	Les traités, in Jurisclasseur du droit international, Heft 11 und 12, Paris
DEHOUSSE	La ratification des traités, Dissertation Lüttich, Paris 1935

DICTIONNAIRE	de la terminologie de droit international, Paris 1960
DUEZ	Les actes de gouvernement, Paris 1935
derselbe	De l'indépendance de l'autorité législative et des autorités réglementaires dans la fixation des règles de droit, Dissertation, Lille 1914
DUEZ ET DEBEYRE	Traité de droit administratif, Paris 1952
DUPUY	Droit International Public, Paris 1965
DUVERGER	Institutions politiques et droit constitutionnel, Paris 1968
ENGISCH	Einführung in das juristische Denken, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz, 1956
FORSTHOFF	Lehrbuch des Verwaltungsrechts, München und Berlin 1961
derselbe	Neuauflage des Geistes der Gesetze von Montesquieu, München 1967
FREYMOND	La ratification des traités et le problème des rapports entre le droit international et le droit interne, Dissertation Lausanne, Paris 1947
GECK	Die völkerrechtlichen Wirkungen verfassungswidriger Verträge, Köln und Berlin 1963
GUGGENHEIM	Lehrbuch des Völkerrechts, Band I, Basel 1948
derselbe	Völkerrechtliche Schranken im Landesrecht, Genf 1955
von der HEYDTE	Völkerrecht, München und Köln 1958
JAQUET	Les rapports du droit interne et du droit international dans le cadre de la Constitution du 27 Octobre 1946, Dissertation, Paris 1956
KISS	L'application et l'interprétation des traités en France, Cours de l'Institut des Hautes Etudes Internationales, Paris 1967/68

- KRAUS Der deutsche Richter und das Völkerrecht, in Gegenwartsprobleme des internationalen Rechts und der Rechtsphilosophie, Festschrift für Rudolf Laun zu seinem 70. Geburtstag, 1953
- LAFFARIERE Traité de la juridiction administrative, Paris 1936
- derselbe Manuel de droit constitutionnel, Paris 1932
- LAGRANGE La primauté du droit communautaire sur le droit national, in Droit communautaire et droit national, Semaine de Bruges 1965
- LARDY La force obligatoire du droit international en droit interne, Dissertation Lausanne, Paris 1966
- DE LAUBADERE Traité élémentaire de droit administratif, Paris 1953
- LAUTERPACHT Oppenheim's International Law, 8. Auflage, London 1958
- LEREBOURS-PIGEONNIERE Droit international privé, et LOUSSOUARN Paris 1962
- LOEWENSTEIN Verfassungslehre, Tübingen, 1969
- LUCHAIRE L'exercice de la fonction exécutive du droit international par les organes étatiques, Festschrift Scelle, Paris 1950
- MAUNZ Deutsches Staatsrecht, 15. Auflage, München und Berlin 1966
- MAURY Règles générales des conflits de lois, RCADI 1939, Band IV
- MCNAIR The Law of Treaties, London 1961
- MENZEL Völkerrecht, München und Berlin 1962
- MESTRE Les traités et le droit interne, RCADI 1931, Band IV

MOSLER	L'application du droit international public par les tribunaux nationaux, RCADI 1957, Band I
derselbe	Das Völkerrecht in der Praxis der deutschen Gerichte, Karlsruhe 1957
NIBOYET	Traité du droit international privé. français, Paris 1947
derselbe	Cours de droit international privé, Paris 1949
NOEL	De l'autorité des traités comparée à celle des lois, Contribution à l'étude des rapports du droit international et du droit public, Paris 1921
ODENT	Cours du contentieux administratif, Paris 1953/54
PARTSCH	Die Anwendung des Völkerrechts im innerstaatlichen Recht, Überprüfung der Transformationslehre, Arbeiten der Ersten Studienkommission der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht, Bericht der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht, Heft 6, 1964
PILLET	Traité pratique de droit international privé, Grenoble und Paris 1923
PEUCH	Droit constitutionnel, Cours de la Faculté de Droit et des Sciences Economiques de Nice, 1969/70
PINTO	Le contrôle de la régularité des conventions internationales par les juridictions françaises, Festschrift Mestre, Paris 1956
QUADRI	Droit international public, RCADI 1964
RAPPORT	du Colloque de Grenoble, L'application du droit international par le juge français, Berichte von REUTER, BLONDEAU, QUESTIAUX, DUBOIS, RUZIE, Paris 1972

REUTER	Droit international public, Paris 1961
RIDEAU	Droit international et droit interne français, Paris 1971
RIGEAUX	Rapport sur le problème des dispositions directement applicables (self-executing) des traités internationaux et son applica- tion aux traités instituant les Communautés, Deuxième Colloque international de droit européen, Den Haag und Zwolle, 1966
ROUSSEAU	Principes généraux du droit international public, Paris 1944, Neuauflage 1970
derselbe	La ratification des traités en France depuis 1946, Festschrift Mestre, Paris 1956
derselbe	Droit international public, Précis, Paris 1971
derselbe	Droit international public, Paris 1953
derselbe	Le régime actuel de conclusion des traités en France, Festschrift Scelle, Paris 1950
SAINT-ESTEBEN	Droit communautaire et droits nationaux, Paris 1967
SAVATIER	Cours de droit international privé, Paris 1953
SCELLE	Précis de droit des gens, Paris 1932/34
SCHILLING	Völkerrecht und staatliches Recht in Frankreich, Hamburg 1964
SIBERT	Traité de droit international public, Paris 1951
SIMON-DEPITRE	Le droit d'établissement en France - Das Niederlassungsrecht in Frankreich, Sammlung Jura Europae, Paris, München und Berlin 1973
SMEND	Die politische Gewalt im Verfassungsstaat, in Staatsrechtliche Abhandlungen, 1955

SMETS	La conclusion des accords en forme simplifiée, Brüssel 1969
STRUPP - SCHLOCHAUER	Wörterbuch des Völkerrechts, 3 Bände, 2. Band 1961, 3. Band 1962, Berlin
DE SOTO	La promulgation des traités, Paris 1945
TROTABAS	Manuel de droit public et administratif, 16. Auflage, Paris 1968
ULE	Verwaltungsprozeßrecht, München und Berlin 1966
VALERY	Manuel de droit international privé, Paris 1914
VEDEL	Manuel élémentaire de droit constitutionnel, Paris 1949
VELLAS	Droit international public, Institutions internationales, Paris 1967
VERDROSS	Völkerrecht, 5. Auflage, Wien 1964
VIRALLY	Les actes de gouvernement en droit français, Paris 1959
DE VISSCHER, P.	Les tendances internationales des constitutions modernes, RCADI 1952, Band I
DE VISSCHER, Ch.	De la conclusion des traités internationaux, Brüssel 1943
WAELEBROEK	Traités internationaux et droit interne dans les pays du Marché Commun, Brüssel 1969
WALINE	Droit administratif, Paris 1963
WATRIN	Quelques difficultés constitutionnelles suscitées en France par l'élaboration des conventions internationales du travail, Festschrift Mahaim, Paris 1935
WENGLER	Völkerrecht, 2 Bände, 1. Band, Berlin, Göttingen, Heidelberg 1964
WOLFF	Verwaltungsrecht, 3 Bände, München und Berlin, 1. Band, 6. Auflage 1965; 2. Band, 2. Auflage 1966; 3. Band, 2. Auflage 1967

2. Aufsätze und Anmerkungen

APPERT	De l'autorité des traités diplomatiques au cours d'un procès, Cl. 1899, 431
BASDEVANT, J.	Le rôle du juge national dans l'interprétation des traités diplomatiques, RCDIP 1949, 413
BENOIST	La force obligatoire pour les tribunaux des accords diplomatiques en forme simplifiée, JCP 1953, 992
derselbe	L'interprétation des traités diplomatiques par les tribunaux judiciaires, JCP 1953, I, 1123
derselbe	L'interprétation des traités d'après la jurisprudence française, RHDI 1953, 103
BIAL	Some recent french decisions on the relationship between treaties and municipal law, AJIL 1955, 347
BOYER	Sur la compétence des tribunaux en matière d'interprétation des traités, JCP 1966, I, 2036
CHAPUS	L'acte de gouvernement, monstre ou victime?, D. 1958, chron. 5
CHAYET	Les accords en forme simplifiée, AFDI 1957, 3
CHEVALLIER	Le droit de la Communauté Européenne et les juridictions françaises, RDP 1962, 646
CHRETIEN	L'application et l'interprétation des clauses fiscales des traités internationaux, RCDIP 1951, 41
derselbe	L'interprétation des traités bilatéraux sur la double imposition, Méthodes et procédures, JCP 1960, I, 1561

CLUNET	De la limitation des cas dans lesquels les tribunaux judiciaires ou administratifs peuvent interpréter les conventions internationales, Cl. 1913, 23
COCATRE-ZIGLIEN	Constitution de 1958, droit international, relations extérieurs et politique étrangère, AFDI 1958, 645
COLLIARD	L'obscurité de l'article 37 du traité des Communautés européennes, D. 1964, chron. 263
DE CORAIL	Le rôle des chambres en matière de politique extérieure, RDP 1956, 771
DEHAUSSY	Les conditions d'application des normes conventionnelles sur le for interne français, Cl. 1960, 702
DONNEDIEU DE VABRES	La rétroactivité des articles 26 et 28 de la seconde constitution de 1946, JCP 1948, I, 733
derselbe	La constitution de 1946 et le droit international, D. 1948, chron. 5
DUEZ	L'interprétation des traités internationaux, RGDIP 1925, 429
DUMON	Conflits entre des normes résultant des traités ayant institué les communautés européennes et celles des droits nationaux des Etats membres, RIDC 1965, 21
ESMEIN	Les difficultés d'application du statut des baux ruraux, GP 1947, I, doct. 26
FRANCESSAKIS	Remarques critiques sur le rôle de la Constitution dans un conflit entre le traité et la loi interne devant les tribunaux français, RCDIP 1969, 425
GENY	De l'inconstitutionnalité des lois et des autres actes de l'autorité publique et des sanctions qu'elle comporte dans le droit nouveau de la IV ^e République Française, JCP 1947, I, 613

GERVAIS	Constatations et réflexions sur l'attitude du juge administratif français à l'égard du traité international, AFDI 1965, 13
JEZE	Le pouvoir de conclure des traités internationaux et les traités secrets, RDP 1912, 313
derselbe	Pouvoirs du gouvernement en matière de ratification des traités relatifs aux finances publics, RDP 1929, 479
derselbe	La ratification des accords sur les dettes interalliées, RDP 1927, 92
KAUFMANN	Die völkerrechtlichen Vorkriegsverträge, ZaöRV 19 (1958), 225
KOPELMANAS	Du conflit entre le traité international et la loi interne, RDILC 1937, 88 et 310
LAMPUE	L'application des traités dans les territoires et départements d'outre-mer, AFDI 1960, 907
LANGNER und WENGLER	Die Rechtsnatur der Bekanntmachung über das Inkrafttreten völkerrechtlicher Verträge, NJW 1962, 228 und 231
DE LAUBADERE	La Constitution française de 1958, ZaöRV 1959, 506
LECOUR	Un nouvel ordre juridique: Le Conseil d'Etat français et la Cour de la Communauté, in 30 jours d'Europe, Nr. 148, Nov. 1970, 36
LESAGE	Les procédures de conclusion des accords internationaux de la France sous la Ve République, AFDI 1962, 873
LEVEL	La publication des traités en tant que condition d'application des traités par les tribunaux nationaux, RCDIP 1961, 83
LOUIS-LUCAS	La République tunésienne et les traités antérieurs à l'indépendance, Cl. 1961, 86

MARTIN	La responsabilité de la puissance publique d'occupation en ce qui concerne les dommages causés en zone française d'occupation , Cl. 1950, 798
MIGNON	Le contrôle juridictionnel de la constitutionnalité des lois, D. 1952, chron. 45
derselbe	La valeur juridique du préambule de la Constitution selon la doctrine et la jurisprudence, D. 1951, chron. 127
MIRKINE-GUETZEVICH	Les tendances internationales des nouvelles constitutions, RGDIP 1948, 375
MOUSKHELY	Le traité et la loi dans le système constitutionnel français de 1946, ZaöRV 1950, 98
NGUYEN QUOC DINH	La constitution de 1958 et le droit international, RDP 1959, 515
NIBOYET	La constitution nouvelle et certaines dispositions de droit international, D. 1946, chron. 89
derselbe	La législation des loyers en France, le droit constitutionnel et le droit international, RDIP 1929, 529
ODENT	L'article 177 du traité de Rome et la jurisprudence du Conseil d'Etat, Bulletin de l'association des juristes européens, 1965, 4
OURLIAC et DE JUGLART	La condition des fermiers et des métayers étrangers depuis la loi du 13.8.1946, JCP 1946, I, 555
PIC	De l'interprétation des traités internationaux, RGDIP 1910, 6
DE LA PRADELLE	Juridiction administrative et droit international, Et. doc. Conseil d'Etat, 1962, 13
PREUSS	The relation of International Law to Internal Law in the French Constitutional System, AJIL 1950, 641
derselbe	Droit international et droit interne dans la constitution française de 1946, RIHPC 1951, 199

PUISOYE	Pour une conception plus restrictive de la notion d'acte de gouvernement, AJDA 1965, 211
REGLADE	De la nature juridique des traités internationaux et du sens de la distinction des traités-lois et des traités contrats, RDP 1924, 505
ROBINET DE CLERY	Des conditions de validité des traités diplomatiques dans l'état actuel de notre législation, Cl. 1876, 346
SAVATIER	A propos des cartes de commerçant, les traités d'établissement et l'individualisation des étrangers, D. 1953, chron. 21
SCELLE	De la prétendue inconstitutionnalité interne des traités, RDP 1952, 1012
STASSINOPOULOS	Responsabilité civile de l'Etat du fait des actes de gouvernement ayant trait aux relations internationales, S. 1961, 20
derselbe	Responsabilité de l'Etat du fait des actes de gouvernement ayant trait aux relations internationales, Festschrift Séfériades 1961, 641
derselbe	Remarques sur la jurisprudence française relative à l'interprétation des traités internationaux, RGDIP 1969, 5
TROTABAS	Les actes de gouvernement en matière diplomatique, RCLJ 1925, 342
VALTICOS	Les conventions internationales du travail devant le juge français, RCDIP 1964, 41
VIRALLY	Le Conseil d'Etat et les traités internationaux, JCP 1953, I, 1098
derselbe	L'introuvable acte de gouvernement, RDP 1952, 317
ZACHER	Ratifikationsgesetz und Normenkontrolle, DVBl 1955, 649

LEBENS LAUF

Am 12. Februar 1946 wurde ich als Sohn des Pflanzenzüchters Georg Plasa und seiner Ehefrau Ursula geb. Hildebrandt in Hann.-Münden geboren.

Nach Besuch der dortigen Grundschule und des Gymnasiums bestand ich im Februar 1965 die Reifeprüfung.

Ich studierte dann Rechtswissenschaft an den Universitäten Freiburg/Br., München, Nizza und Mainz. Im Juni 1968 erwarb ich das Diplôme supérieur d'études françaises. Die Erste Juristische Staatsprüfung legte ich im November 1969 in München ab. Nach weiteren Studien (WS 1969/70) am Institut Européen des Hautes Etudes Internationales der Universität Nizza erwarb ich das Diplom des Instituts.

In der Folgezeit arbeitete ich an meiner Dissertation in Paris und studierte dort gleichzeitig am Institut d'Etudes Politiques und am Institut des Hautes Etudes Internationales. Im Sommer 1972 bestand ich die Abschlußprüfung beider Institute.

Nach einer Tätigkeit als Praktikant bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften in Brüssel schloß ich meine Dissertation ab.

Die mündliche Doktorprüfung bestand ich am 24. Juni 1974.

